

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Game Studies

Feige, Daniel Martin: Computerspiele. Eine Ästhetik, 205 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

In seiner 180 Seiten langen, bei Suhrkamp erschienenen Monographie „Computerspiele. Eine Ästhetik“ geht es dem Philosophen Daniel Martin Feige in seinen eigenen Worten „um eine Bestimmung der ästhetischen Eigenarten des Computerspiels aus der Perspektive der philosophischen Ästhetik und Kunsttheorie“ (S. 19). Dabei hält er gleich zu Anfang fest, dass man „über ein ästhetisches Medium nur im Lichte seiner vielfältigen Beziehungen zu anderen ästhetischen Medien nachdenken“ (S. 20) könne; das ist auch die sozusagen vorab verratene Pointe des Buches. Nach einer Geschichte des Mediums widmet sich Feige in einem ersten Teil der Frage des Wesens (bzw. der Definition) des Mediums (Kap. 2), dann dem Computerspiel als ästhetischem Medium (Kap. 3) und schließlich dem Computerspiel als Kunst (Kap. 4), wobei die drei Teile argumentativ aufeinander aufbauen.

Die vorangestellte „ebenso kurze wie rabiate Geschichte des Computerspiels“ (S. 25) bietet einen gut lesbaren und sinnvollen Einstieg in das Thema. Leider basiert sie auf denselben „Geschichtsbüchern“, auf die fast alle Autorinnen und Autoren zu diesem Thema zurückgreifen und die zu problematisieren ist. Diese, vorwiegend von Journalisten zusammengetragene „Computerspielgeschichte“ stellt – wenig repräsentativ und kaum kritisch reflektiert – „männliche Softwarepioniere“ in den Mittelpunkt. Dieses Manko kann man aber nicht dem Autor vorhalten, denn es gibt bis dato keine ernstzunehmenden historischen Darstellungen und Studien.

In seinem analytischen Teil (Kap. 2, 3 und 4) werden in seiner dialektischen Argumentation die Stärken von Feiges Ansatz deutlich. Im Zusammenhang mit der Frage nach dem „Wesen“ des Computerspiels, also nach den Merkmalen des Mediums fällt gleich zu Beginn einer der Kernsätze des Buches: „Vielleicht muss es darum gehen, eine Definition zu finden, die letztlich mit unserem Gebrauch des entsprechenden Begriffs kompatibel ist und diesem nicht widerstreitet“ (S. 41). Dass dies nur ein scheinbarer Gemeinplatz ist, zeigt Feige auf den folgenden Seiten. Er dekonstruiert dabei zwei definitionsmächtige

Denkschulen der *game studies* in ihren narratologischen beziehungsweise ludologischen Ansätzen. Feige weist logisch und anhand vieler illustrativer Beispiele zuerst die Stärken der jeweiligen Definitionen aus, zeigt dann aber ihre Grenzen und Schwächen auf und kommt zu dem Schluss: „Beide waren angetreten das, was das Computerspiel ausmacht zu definieren und sind gescheitert“ (S. 55). Es geht ihm allerdings nicht darum, eine „bessere Definition“ zu finden – vielmehr ist es ihm wichtig zu zeigen, dass der Zugang zum Medium immer von der Fragestellung abhängt. Solch ein relativistischer Zugang mag auf einen ersten Blick verstören, kommt aber im Grunde gerade den sehr quellenzentrierten Untersuchungen von Geschichtswissenschaftler_innen entgegen.

In einem nächsten Kapitel widmet sich der Autor der titelgebenden Frage nach der Ästhetik des Computerspiels. Dabei geht es nicht um die Frage, ob Computerspiele im populären Sinne ästhetisch sind, denn aus philosophischer Sicht, sind selbstverständlich alle Computerspiele ästhetische Erfahrungen. Es geht vielmehr um die Frage, wie man Computerspiele begreifen und beschreiben will: Auf der Ebene der Software (des Codes) oder auf ästhetischer Ebene in ihrer ganzen Fülle (spezifisches Aussehen, Klang, Haptik und Motorik). Dabei konzentriert sich Feige vor allem auf die Begegnungsräume mit anderen ästhetischen Medien, wie Literatur, Film, Architektur, Theater und Musik. Mithilfe vieler überzeugender Beispiele rekonstruiert Feige hier ein komplexes Geflecht wechselseitiger Einflüsse. Hier beweist der Autor in aller Eindeutigkeit die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit eines fächerübergreifenden Denkens.

Obwohl (oder auch weil) der Autor explizit darauf hinweist, dass sein Buch nicht hierarchisch strukturiert ist, entsteht doch dieser Eindruck, wenn Feige sich zum Abschluss dem Computerspiel als Kunstwerk widmet. Im Gegensatz zum vorhergehenden Aspekt der Ästhetik ist der Begriff der Kunst durchaus exklusiv zu verstehen. Nicht jedes ästhetisch gelungene Spiel darf/kann/muss als Kunst verstanden werden. Feige nähert sich seiner Kunstdefinition durch Abgrenzungen – in diesem Fall vom Politischen, vom Moralischen und Religiösen und von der Selbsterkenntnis. Danach distanziert er sich von einem subjektivistischen Zugang zum Begriff der Kunst (Kunst läge im Auge des Betrachters), da Urteile über Kunstwerke immer einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben müssten (S. 159). Nach Feige werde ein Computerspiel erst dann

zum Kunstwerk, wenn seine Elemente eine ästhetische Notwendigkeit entwickeln: „Nichts könnte hier anders sein, ohne dass der Sinn des Ganzen zusammenbräche“ (S. 173).

In seinem drei Seiten langen Schluss erklärt Feige nochmals seine dialektische Vorgehensweise; eine große zu erwartende erklärende Synthese sucht man ebenso wie abschließende Gedanken oder Forschungsperspektiven allerdings vergebens. In der Frage nach den Schlussfolgerungen werden die Leser_innen vom Autor alleine gelassen. Diese fehlende Conclusio ist der einzige wirkliche Kritikpunkt an diesem spannenden und wichtigen Buch. Oder soll dies als Aufforderung verstanden werden?

Solche – im Grunde doch subjektive – Monita können aber nicht davon ablenken, dass Daniel Martin Feige mit seiner Monographie eine wissenschaftlich aber auch sprachlich hochwertige philosophische Annäherung an das Medium des Computerspiels gelungen ist, die in ihrer logischen und argumentativen Stringenz Vorbildcharakter hat. Die – oft brillant klare – Sprache als Werkzeug einer überzeugenden Logik ist eine der Hauptstärken des Autors. Seine Feststellung, dass die Definition des Computerspiels flexibel bleiben muss, ist deswegen auch keineswegs beliebig, sondern im Gegenteil sinnvoll. Hier zeigt der Autor, dass der kräftezerrende Streit um eine vereinheitlichende Definition des Mediums nicht nur oft unfruchtbar ist, sondern in manchen Fällen auch eine ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Computerspielen erschwert.

Wien

Eugen Pfister

Diesseits und jenseits des Illustrativen

Grüne, Niels/Oberhauser, Claus (Hrsg.): Jenseits des Illustrativen. Visuelle Medien und Strategien politischer Kommunikation, 278 S., V&R unipress, Göttingen 2015.

Im Frühjahr 2013 organisierte der Innsbrucker Forschungsschwerpunkt „Kulturelle Begegnungen – Kulturelle Konflikte“ eine Veranstaltungsreihe zur historischen Bildforschung, deren Beiträge in Auswahl (und ergänzt durch weitere Texte) in diesem Band veröffentlicht sind. Im Anschluss an eine knappe und prägnante Einleitung der Herausgeber gehen die Autorinnen und Autoren der Frage nach, welche Rolle Bilder „jenseits des Illustrativen“ als Quellen, Informationsträger oder

selbstständige Akteure in einer traditionell textorientierten Disziplin spielen (können).

Am Anfang des Bandes stehen zwei Texte, die eine Metaperspektive einnehmen. Martin Knauer hat sich in die Niederungen des akademischen Alltags begeben und die Aktivitäten dreier Sonderforschungsbereiche (Bielefeld, Münster und Konstanz) einer kritischen Rückschau unterzogen. Dabei stellt er fest, dass die historische Zunft sich besonders gern mit denjenigen Bildmedien beschäftigt, die sich vergleichsweise einfach in Sprache übersetzen lassen: mit Symbolen, Visualisierungen von Ritualen und bildlichen Repräsentationen. Bis heute gebe es ein „elementares Bedürfnis nach belastbaren Kriterien historischer Einordnung und Kontextualisierung“, und es bedürfe noch größerer „interdisziplinäre[r] Anstrengungen“ (bei gleichzeitiger Bereitschaft, eigene Positionen infrage zu stellen), um die methodischen Defizite der Geschichtswissenschaft im Umgang mit Bildern in den Griff zu bekommen (S. 38).

Martina Sauer nimmt Horst Bredekamps Begriff des ‚Bildakts‘ zum Ausgangspunkt für eine ideengeschichtliche Spurensuche, die sie unter anderem zu dem Entwicklungspsychologen Heinz Werner und zu Ernst Cassirer führt. Sauer schlägt vor, den Begriff des Bildakts dahingehend zu erweitern, dass er nicht nur die zur Handlung anstiftende Wirkung eines Bildes bezeichnet, sondern auch die Person des Schöpfers/Gestalters einbezieht: „Denn nur wenn das Bild als seine Ansicht/Meinung über etwas ernst genommen wird und entsprechend eine Antwort des Betrachters einzufordern vermag, erweist sich die Bilderfahrung [...] als historisch relevant“ (S. 57f.).

Der zweite Teil des Bandes enthält vier chronologisch angeordnete Fallstudien, die „Orte und Milieus visueller Medialisierung“ zum Thema haben. Jennifer Hein beschreibt das Bildprogramm des Athener Parthenon, Stefan Ehrenpreis untersucht Illustrationen in frühneuzeitlichen Schulbüchern, ein Text von Katrin Sterba hat die Fresken der Jesuitenkirche Sankt Ignatius in Ig-lau zum Gegenstand, und Philipp Hubmann analysiert einen zweibändigen Bildband von 1912, in dem die deutsche Fürsorgeerziehung der Öffentlichkeit präsentiert wird. Die ersten drei Beiträge bestätigen den Befund von Martin Knauer, dass Bilder in der Geschichtswissenschaft vor allem als Repräsentationen und Symbole wahrgenommen werden: Von den Autoren werden Bilder als Medien analysiert, die politische Ideen vermitteln, unterstützen und transportieren können, aber nicht selbst generieren. Symptomatisch ist, in

allen drei Texten kommen die Bilder überhaupt erst nach einer langen Einleitung zur Sprache.

Deutlich stärker auf das Bild als Medium bezogen ist der Beitrag von Philipp Hubmann zur Fürsorgeerziehung, der die Bilder (mit einer Formulierung von Kaja Silvermann) als „gesellschaftlich bedingtes Formatierungsinstrument“ (S. 146) beschreibt. Dieser Beitrag untersucht konsequenter als die meisten anderen auch die Rolle der Bilder als Argumente jenseits dessen, was gegebenenfalls auch sprachlich kommuniziert werden kann.

Der dritte Teil des Bandes versammelt, ebenfalls chronologisch angeordnet, Aufsätze zu „Funktions- und Wirkungsweisen bildlicher Repräsentation“. Birgit Emich befasst sich mit der Pariser Bluthochzeit (oder Bartholomäusnacht) von 1572 und beschreibt deren Visualisierungen als „ideal geeignet, um den unrechtmäßigen Tyrannen seiner politischen Illegitimität zu überführen und den Opfern der Gewalt das Recht auf Widerstand zuzubilligen“ (S. 199). Silke Meyer untersucht die Druckgrafik des 18. Jahrhunderts als Medium der politischen Kommunikation, das danach strebt, „kollektive Verbindlichkeit für das Handeln und Deuten der Akteur/innen zu schaffen“ (S. 207). Mit ihr werden „Sehgewohnheiten begründet und damit Wahrnehmungsmodalitäten“ (ebd.) geprägt. Ellinor Forsters Beitrag behandelt österreichische Landkarten des 18. und frühen 19. Jahrhunderts und verweist darauf, wie gut solche Karten geeignet waren, politische Wirklichkeit zu konstituieren: „Ihnen wurde ein Wahrheitscharakter zugesprochen“, obwohl man sich ihrer „Konstruiertheit auch bewusst war“ (S. 246). Sybille Moser-Ernst und Ursula Marinelli unterziehen das sogenannte Karikatur-Projekt von Ernst Kris und Ernst Gombrich einer kritischen Revision bezüglich des Stellenwerts, den dieses als Beitrag zur Grundlagenforschung in Werk und Leben vor allem von Ernst Gombrich hatte.

Nach der Lektüre aller Beiträge ergibt sich folgender Befund: Zwar wird den Bildern (mit Horst Bredekamp) gern eine eigene *agency* zugesprochen. Dafür eine eigene historische Methodik und Sprache zu entwickeln, fällt vielen Autorinnen und Autoren jedoch schwer. Gelungen ist dies nach meinem Eindruck vor allem in den Beiträgen von Philipp Hubmann („Fürsorgeerziehung“) und Birgit Emich („Pariser Bluthochzeit“). Wenngleich viele Einzelbeiträge eher für Spezialisten interessant sind, können doch in jedem Fall die Lektüre der empirisch fundierten Rückschau von Martin Knauer und der programmatische

Beitrag von Martina Sauer wärmstens zur Lektüre empfohlen werden.

Potsdam

Annette Vowinckel

Geschichtsphilosophie – phänomenologisch und material

Carr, David: Experience and History. Phenomenological Perspectives on the Historical World, 256 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.

Metz, Karl Heinz: Von der Erinnerung zur Erkenntnis. Eine neue Theorie der Geschichte, 239 S., WBG, Darmstadt 2012.

Das Feld ‚Geschichtsphilosophie‘ bietet ein verwirrendes Bild. Unter seinem Titel treten höchst verschiedene Denkweisen auf, die kaum aufeinander Bezug nehmen und so gut wie überhaupt nicht miteinander vermittelt sind. Dominant dürften gegenwärtig Analysen der historischen Sinnbildung sein, für die paradigmatisch die Geschichtsschreibung steht. Daneben liegt das Feld der analytischen Geschichtsphilosophie, die demjenigen auf die Spur kommen will, was überhaupt mit ‚Geschichte‘ gemeint ist. Unabhängig davon wird auch eine Geschichtsphilosophie traditionellen Zuschnitts gepflegt, die sich ihres Ursprungs um die Wende zum 19. Jahrhundert verpflichtet weiß. Wiederum unabhängig davon gibt es einen hoch entwickelten Erinnerungsdiskurs, der die Überzeugung pflegt, mit seinem Thema die Grundlage und den Ausgangspunkt allen historischen Denkens ins Auge gefasst zu haben.

Die Geschichtswissenschaft hat in dieser zerklüfteten Landschaft keinen rechten Platz gefunden, obwohl sie mit der ‚Historik‘ eine eigene Version geschichtsphilosophischen Denkens entwickelt hat. Hart bedrängt von literaturwissenschaftlichen und linguistischen Analysen der Repräsentation in der Vergangenheit pocht sie auf die Besonderheit ihres Gegenstands ‚Geschichte‘ und dessen methodisch-forschender Erschließung, die sich narrativitätstheoretisch nicht hinreichend begreifen lassen.

In allen diesen Feldern wird von Geschichte geredet, aber es lassen sich nur schwer Gesichtspunkte ausmachen, die sie gemeinsam haben und von denen her sie fruchtbar miteinander vermittelt werden können. Schon 1997 hat Frank R. Ankersmit energisch einen solchen Gesichtspunkt vorgeschlagen: die historische

Erfahrung („Die drei Sinnbildungsebenen der Geschichtsschreibung“, in: Klaus Müller/Jörn Rüsen „Historische Sinn Bildung“, S. 98–117, bes. S. 106–115). Mit ihr wird der narrativistische Formalismus der historischen Repräsentation auf den Boden der Empirie zurückgeholt, die die alte klassische Geschichtsphilosophie der methodisch geregelten Erkenntnis erschlossen hatte. Außerdem gewinnt mit ihr das historische Denken eine Bezugsgröße, die seine Eigenart und Unterschiedlichkeit von anderen Vorgängen der narrativen Sinnbildung deutlich macht. Was aber ist historische Erfahrung?

David Carr hat auf diese Frage eine phänomenologische Antwort gegeben. Es geht ihm zunächst einmal nicht um die historische Erfahrung als etwas Spezifischem, sondern um *Erfahrung überhaupt*. Im ersten Kapitel seines Buches „Experience and History. Phenomenological Perspectives on the Historical World“ legt er, an David Hume, John Locke, Immanuel Kant und G.W.F. Hegel und dann vor allem an Edmund Husserl und Martin Heidegger anschließend, eine komplexe Theorie der Erfahrung vor. Er unterscheidet verschiedene Arten: eine passive der sinnlichen Präsenz von etwas; eine zeitlich erstreckte, die Erkenntnis einschließt; eine verstandesbestimmte Grundlage für Erkenntnis; und schließlich eine mystisch-religiöse des Numinosen.

Er bezieht sich dann in seinen weiteren Überlegungen auf den ersten und insbesondere auf den zweiten Modus von Erfahrung, um dem Phänomen des Historischen im menschlichen Bewusstsein näher zu kommen. Entscheidend dafür ist seine Einsicht in eine innere Zeitlichkeit, die aller menschlichen Erfahrung zukommt. Geschichte als Ausprägung dieser Zeitlichkeit ist etwas, das gleichsam ‚von außen‘ in das menschliche Bewusstsein durch einen spezifischen Modus der Erfahrung hineinkommt (dies wird im zweiten Kapitel „Experience and History“ näher ausgeführt). Die der Geschichte eigene Zeitlichkeit ist ein Modus der Erfahrung selbst. Sie ist als mentale Prozedur auf Gegenwärtiges ausgerichtet, aber zugleich in ihrer Intentionalität durch Protention und Retention bestimmt. Sie entfaltet aus sich selbst die Zeit, die das Geschichtsbewusstsein mit Geschehen der Vergangenheit füllt.

Mit dieser, stark von Husserl beeinflussten Analyse kritisiert Carr die Versuche, historisches Denken auf Erinnerung zu gründen und seine Eigenart von der Erinnerung her zu bestimmen. Erinnerung trennt aber zwischen Gegenwart und Vergangenheit, während die Vergangenheit in der inneren Zeitlichkeit der Erfahrung selber immer

schon (vor aller Erinnerung) gegenwärtig ist (S. 47). Diese Gegenwärtigkeit der Vergangenheit ist der Grund jeden historischen Denkens. Sie liegt der Unterscheidung der Vergangenheit von der Gegenwart, die von diesem Denken natürlich vollzogen wird, voraus und zugrunde und stattet die Vergangenheit mit der Sinnträchtigkeit aus, die sie als Geschichte für den Menschen hat. Das gilt nicht nur für das individuelle Bewusstsein, sondern uneingeschränkt auch für das gesellschaftliche.

Mit dem Argument dieser vorgängigen Gegenwärtigkeit der Vergangenheit verweist Carr auf die Verankerung des historischen Denkens in der menschlichen Subjektivität, wo Individuen und soziale Gebilde an der Verknüpfung der drei Zeitdimensionen arbeiten, um ihre Identität auszubilden (S. 49–55). Anstatt sich an der modischen Destruktion der menschlichen Identität zu beteiligen, klärt Carr in subtiler phänomenologischer Analyse ihre Struktur und Prozessualität auf.

Im dritten Kapitel („Experience and Philosophy of History“) beschreibt Carr den spezifisch geschichtsphilosophischen Charakter seiner phänomenologischen Analysen. Im vierten Kapitel („The Metaphysics of History and Its Critics“) ordnete er sie historisch in die Entwicklung der Geschichtsphilosophie ein. Dabei bleibt er ganz in der westlichen Perspektive. Das ist angesichts der Grundsätzlichkeit seiner Analyse verständlich, aber doch bedauerlich, da in den Kulturwissenschaften im Zeitalter der Globalisierung eine interkulturelle Dimensionierung ihrer Themen und Argumentationen in Angriff genommen werden sollte.

Im fünften Kapitel („A Phenomenological Re-Reading of the Classical Philosophy of History“) schlägt Carr ein neues Verständnis von Geschichtsphilosophie vor. Er geht von der gegenwärtig dominierenden Narrativitätstheorie aus, wie sie vor allem Arthur Danto entwickelt hat, gibt ihr aber im Unterschied zur prominenten Weiterentwicklung durch Hayden White und andere einen ganz anderen Sinn, nämlich einen ethisch-handlungstheoretischen. Für Carr ist historisches Denken alles andere als eine poetische Reprojektion von Sinn in die menschliche Vergangenheit. Das ist für ihn deshalb so, weil sich das historische Erzählen auf eine in sich bereits sinnträchtige Vergangenheit bezieht. In minutiösen Analysen legt Carr dar, dass das menschliche Handeln in seiner Zeitlichkeit selber eine Struktur aufweist, die derjenigen einer Erzählung gleicht. Historisches Erzählen ist daher grundsätzlich realistisch. Sein innerer Zusammenhang mit der

menschlichen Welt gibt ihm in epistemologischer Hinsicht keinen primär kognitiven, sondern einen praktischen, auf Orientieren des Handelns in der Zeit ausgerichteten Charakter. Carr wendet diese Einsicht auf die klassische Philosophie der Geschichte (Hegel, Marx u. a.) an und gibt ihr damit einen neuen Sinn und eine neue Bedeutung für das historische Denken heute. Es geht nicht um Erkenntnis eines vorgegebenen Sachverhalts, sondern um eine erfahrungsgestützte Ethik persönlichen und sozialen Handelns.

In den letzten drei Kapiteln zieht Carr aus seinen Analysen systematische Konsequenzen und entwickelt die Grundlinien einer eigenen – phänomenologischen – Philosophie der Geschichte. Diese Philosophie holt das historische Denken auf den Boden der Tatsachen zurück, den es seit seiner narrativistischen Wendung zunehmend unter den Füßen verloren hat. Sie bekräftigt seine lebenspraktische Bedeutung als unverzichtbare Orientierung der Lebenspraxis und arbeitet seinen fundamental-ethischen Charakter heraus. Damit wird sie nicht nur anschlussfähig an die Tradition der klassischen Geschichtsphilosophie und Theorie der Geschichtswissenschaft (Droysen), sondern gibt ihr einen Denkanstoß, der neue Einsichten in den inneren Zusammenhang der Zeitdimensionen des menschlichen Lebens verspricht. In einer ganz elementaren Weise macht Carr das historische Denken ‚menschlich‘, indem er es in der inneren Zeitlichkeit des menschlichen Handelns und seiner Sinnbestimmtheit verankert.

Zwei kritische Einwände bleiben zurück. Carrs Menschlichkeit der Historie ist universal, aber seine Argumentation beschränkt sich auf die Tradition des Westens. Damit wird seine Einsicht nicht hinfällig, wie es uns der Postkolonialismus in den Kulturwissenschaften weismachen will, sondern nur interkulturell erweiterungsbedürftig. Der andere Einwand betrifft den Reflexionsbedarf der Geschichtswissenschaft. Carr vermittelt ihr einen neuen Erfahrungsbezug als Voraussetzung der fachlichen Erkenntnisleistung und klärt sie über ihre ethischen Implikationen auf. Aber der besondere, durch die methodischen Regelungen der historischen Forschung bestimmte Charakter geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis bleibt unerörtert. Man könnte hier mit guten Gründen von einer sekundären, einer abgeleiteten, ja einer geradezu künstlichen (freilich nicht poetischen) Erfahrung reden. Das aber beschwört die Gefahr herauf, das historische Denken und seinen disziplinären Charakter für uneigentlich und den aktuellen Zersetzungsprozess disziplinärer Strukturen in den Kulturwissenschaften für einen

kognitiven Fortschritt zu halten. Natürlich ist die Geschichtswissenschaft in ihrer disziplinären Verfassung nicht fixiert, sondern in ständigem Wechsel (in „ewiger Jugendlichkeit“, wie Max Weber gesagt hat) begriffen. Aber wenn diesem Wandel ein Verlust an methodischer Stringenz und methodologischer Einsicht droht, ist eine Reflexion nötig, um die Carrs Phänomenologie erweitert werden sollte.

Karl-Heinz Metz' „neue Theorie der Geschichte“ kann wie eine Ergänzung zu Carrs Geschichtsphilosophie gelesen werden. Sie behandelt ‚Geschichte‘ als Inbegriff der Sachverhalte, mit denen sich das Geschichtsbewusstsein beschäftigt. Metz bezeichnet sie als „neue“ Theorie, und das ist sie auch, was ihre Ausführungen im Einzelnen betrifft. Sie steht aber in einer Tradition geschichtswissenschaftlicher Reflexion, für die die ‚Systematik‘ in Droysens „Historik“ (1977, S. 285–393) und die Kapitel über die drei Potenzen und sechs Bedingtheiten in Jacob Burckhardts „weltgeschichtlichen Betrachtungen“ (1982, S. 254–292) als prominente Beispiele stehen. Metz bringt damit einen Zweig der Geschichtstheorie wieder zu Ehren, der lange im Schatten der Erkenntnis- und Erzähltheorie gestanden hat. Folgt man den literaturtheoretisch inspirierten Analysen des historischen Denkens, dann schwindet dessen Gegenstandsbereich, das Geschehen der menschlichen Welt in der Vergangenheit, aus dem Blick, und Geschichte wird zur bloßen Konstruktion gegenwärtiger Sinnbildner. Metz ist an solchen Theorien des historischen Denkens nicht interessiert. Auf 13 Seiten behandelt er „Geschichte als Denken“ und startet mit dem provokanten Satz: „Die Geschichte gibt es nicht“ (S. 9). (Carr könnte ihn eines Besseren belehren.) Metz gründet das historische Denken auf Erinnerung und zeichnet knapp seine logische Entwicklung über Kritik zur Erkenntnis. Deren Geltungsansprüche werden nicht erörtert, wohl aber ihre Funktion in der kulturellen Ordnung des menschlichen Lebens.

Es geht Metz vor allem um die begriffliche Erschließung und Deutung des Phänomenbestandes der historischen Erfahrung, also um die „Kategorien“ des historischen Denkens und die zeitlichen „Strukturen“ der kategorial erschlossenen Sachverhalte. Er hält sich nicht lange mit diskursiven Verhandlungen mit einschlägigen Autoren auf, sondern widmet sich in eindrucksvoller begrifflicher Präzision und rhetorischer Sprachkraft ganz der Sache selbst. Es geht ihm in einer durch und durch anthropologischen Argumentation um die fundamentalen Triebkräfte des Weltgeschehens.

Man könnte im goetheschen Sinne von *Urphänomenen der Geschichte* sprechen: Gewalt, die der Politik zugrunde liegt; Technik, die Arbeit (und damit die Ökonomie) begründet; Sprache, die Kommunikation und damit Kultur ermöglicht; und schließlich Sicherheit, die Gesellschaft erforderlich macht. Hinzu kommen natürlich Vernetzungen und zeitliche Entwicklungen dieser Urphänomene. Stets geht es um anthropologische Universalien. In ihnen steht die Geschichte nicht still, sondern im Gegenteil: Sie werden als „bewegende Kräfte“ (Humboldt) geschildert, die die menschliche Welt im Ganzen zeitlich formieren. Sie eröffnen einen universellen Blick auf die Vergangenheit und sind damit angetan, die heutzutage beliebte Kritik am westlichen Denken als ethnozentrisch an sich abprallen zu lassen. Dass sie zugleich anthropologisch den Menschen ins Zentrum des historischen Denkens stellen, sollte eigentlich selbstverständlich sein, ist aber angesichts modischer Tendenzen des Posthumanen in den Kulturwissenschaften geschichtstheoretisch reflexionsbedürftig. Eben diese Reflexion wird geleistet. Metz lässt uns in den Spiegel einer materialen Geschichtstheorie blicken und unser Menschsein als umfassendes, in Zukunft ausgreifendes Zeitgebilde wahrnehmen.

Er folgt damit der traditionellen hermeneutischen ‚erkenne dich selbst‘-Direktive als Fundamentalimpuls (Droysen, Dilthey) des historischen Denkens. Was aber kommt in den Blick? Ein düsteres Bild. Metz verschärft die kantische These, die zeitliche Bewegtheit des Geschehens der Vergangenheit verdanke sich der „ungeselligen Geselligkeit“ der menschlichen Lebensführung, und er bestätigt das hegelsche Diktum, die Geschichte sei eine „Schlachtbank [...], auf welcher das Glück der Völker, die Weisheit der Staaten und die Tugend der Individuen zum Opfer gebracht worden“ (G.W.F. Hegel „Die Vernunft der Geschichte“, 1955, S. 80). Im Unterschied zu Kant und Hegel integriert er aber diese Negativität nicht in ein Sinngebilde, das ihm seinen Schrecken nimmt. Im Gegenteil: Sie wird zur Signatur der Geschichte im Ganzen: „Die Entdeckung des Tötens ist das eingreifendste Ereignis in der Geschichte des menschlichen Bewusstseins. Mit ihr beginnt die Geschichte“ (S. 38). Dieses Kraftwort meint nicht, dass Geschichte nichts anderes ist als Kontinuität des Tötens. Getötet wird schließlich auch im Tierreich, und das nicht zu knapp. Wenn es aber um den Menschen geht, dann generiert sich das Schicksal seiner Gattung daraus, dass das Töten mehr als eine schlichte Tatsache ist, sondern zu einer *Grundfrage der menschlichen Existenz*: „Der Mensch ist fähig, den Tod zu denken,

und er ist fähig, überlegt zu töten. Das ist ein Ausgangspunkt aller Menschengeschichte. Die Frage nach der Gewalt wird damit zur Urfrage des Menschen“ (S. 53). Der Mensch stellt die Natur seines Tötens also infrage, und Geschichte ist das zeitlich entfaltete Geschehen, auf diese Frage eine Antwort zu finden. Sie muss als eine ununterbrochene Kette des Umgangs mit dem Töten und der Versuche, mit und aus ihm spezifisch menschliches Leben zu gewinnen, angesehen und verstanden werden.

Metz legt diese Kette in ihren mannigfaltigen Verflechtungen systematisch, aber auch historisch dar. Sprache und Technik konstituieren Kultur (S. 86), und als solche stellen sie das Gegenteil von Gewalt dar (S. 67, 82). Gesellschaft als Produkt des menschlichen Sicherheitsverlangens hat die „Funktion“, „Gewalt durch Kommunikation abzulösen“ (S. 95). So stellt sich letztlich die Gewalt als Triebkraft des historischen Geschehens stets gebrochen in mannigfachem kulturellen Gewande dar. Metz' Theorie ist ein weitgehend überzeugender Versuch, diese Mannigfaltigkeit systematisch zu ordnen, Geschichte also umfassend denkbar zu machen. Dabei bedient er sich stets konkreter geschichtlicher Beispiele, verliert sich nie im Glasperlenspiel abstrakter Begrifflichkeit.

Hier aber liegt zugleich eine Grenze seines theoretischen Bemühens. Es glänzt durch die Fülle seiner Konkretionen, ist also reich an zeitlichen Geschehnissen, an Entwicklungen im Netzwerk der Urphänomene. Es fehlt aber eine übergreifende und integrale Zeitbestimmtheit des vergangenen Geschehens. Metz lässt keinen Zweifel daran, dass es so etwas gibt, wenn er zum Beispiel von „Stufen des kulturellen Prozesses“ (S. 90) spricht. In seinen einzelnen Analysen der anthropologischen Kategorien wimmelt es von Entwicklungen im Zeitraster der sich auf Gegenwart hinbewegenden Vergangenheit (mit gelegentlichen Ausblicken in die Zukunft). Aber ein explizites Zeitintegral im Gesamtbereich der historischen Erfahrung, das seinen gelegentlichen Anspielungen entspräche, fehlt.

So ist es auch mit der Menschheit als Bezugsgröße von Metz' eindrucksvoller historischer Anthropologie. Natürlich weiß er von Menschheit als Größe und Faktor historischer Entwicklungen (z. B. S. 99), aber er bleibt bei der Vielfalt von unterschiedlichen Zivilisationen stehen. Er kennt die „Idee des Ganzen“ (S. 237), lässt sie aber implizit. Und er scheut sich auch nicht, „Errungenschaften“ der westlichen Kultur aufzuzählen, an denen gegen jede postkoloniale Kritik

festzuhalten wäre (S. 216). Er hält aber die Frage nach Richtungsbestimmungen der geschichtlichen Entwicklungen, in denen die Gegenwart mit ihren kulturellen Orientierungen den Boden der Geschichte unter die Füße bekäme und die Globalisierung ihr zeitliches Profil universalhistorisch gewänne, wohl für obsolet. Die traditionelle Geschichtsphilosophie hatte diese Frage gestellt und beantwortet. Ihre Unterstellung einer Sinnhaftigkeit des Ganzen dürfte sich für Metz aufgrund seiner Einsicht in die fortdauernde Gewalttätigkeit des Menschen verflogen haben. Was ist geblieben? „Ein Geschichtsschreiber, insbesondere einer der Zeitgeschichte seiner Nation, der bei seiner Tätigkeit keinen Schmerz verspürt, nur Triumph und die Selbstgewissheit einer siegreichen Gegenwart, hat von Geschichte nichts verstanden“ (S. 16).

Ist das das letzte Wort der Geschichtstheorie? Nimmt man die Orientierungsfunktion des historischen Denkens ernst, dann sollte es die Zielbestimmtheit lebensermöglichenden Handelns und dessen innere Sinnhaftigkeit als Frage auf sich beziehen und um eine Antwort ringen.

Bochum

Jörn Rüsen

Zur Rassenanthropologie

Etzemüller, Thomas: Auf der Suche nach dem Nordischen Menschen. Die deutsche Rassenanthropologie in der modernen Welt, 291 S., transcript, Bielefeld 2015.

Auf der Suche nach dem „Nordischen Menschen“ ist Thomas Etzemüller nicht, er vermutet sie als Zielsetzung der deutschen Rassenanthropologie. Auch sucht er nicht „in der modernen Welt“, sondern allein in Deutschland. Er blickt auf die Rassenanthropologie als eine „methodisch seriöse Disziplin“, selbst „Gegner der Anthropologie“ nahmen sie seinerzeit ernst (S. 8), obgleich sie „von Beginn an weltanschaulich imprägniert und bereits im späten 19. Jahrhundert unter Beschuss geraten“ sei. (ebd.). Der Zeithistoriker will zeigen, wie sich diese „Gesellschaftslehre im Gewande der Biologie“ „jenseits der Falsifizierungsfrage und Ideologiekritik etablierte“ (S. 10); zur Geschichtsschreibung kommt der wissenschaftstheoretische Anspruch hinzu.

Etzemüllers Studie reklamiert tagespolitische Aktualität durch Bezug auf die Debatten über die Thesen von Thilo Sarrazin und die

Rückgabe musealisierter menschlicher Überreste aus ehemaligen Kolonien. Nach der nicht neuen Feststellung, dass Rassenanthropologie keine Pseudowissenschaft ist, folgen Kapitel über ‚Bevölkerung‘ als statistisches Konstrukt, Volkszählungen, Bevölkerungsstatistik und deren Visualisierung. Im Kapitel 6 nähert sich das Buch mit „Bismarcks Schädel“ endlich dem titelgebenden Thema. Etzemüller konzentriert sich auf die Bevölkerungsuntersuchungen des Sozialanthropologen Otto Ammon, des Mediziners und Politikers Rudolf Virchow, der Anthropologen Eugen Fischer und Walter Scheidt sowie nach 1945 der Anthropologen um Ilse Schwidetzky. Neben cursorischen Seitenblicken auf Eugenik, Darwinismus und den Beginn der modernen (Human-) Genetik versucht Etzemüller im Kapitel 14 eine Unterscheidung von Rassenanthropologie und Rassenkunde. „Die Grenze zwischen Rassenanthropologie, Vererbungslehre und Rassenkunde lässt sich nur willkürlich ziehen“ (S. 139) stellt Etzemüller fest und bleibt so selbst im Ungefähren.

Ein zentrales Anliegen des Autors ist wissenschaftshistorisch: Wie ist die selbstkritische Haltung der Anthropologen gegenüber dem aktuellen Forschungsstand mit ihrem weitreichenden Anspruch in naher Zukunft vereinbar? Durch Schaffung von Evidenz! Als Konstante der Disziplingeschichte sieht er das Dilemma, einerseits zu wenig Daten für seriöse Aussagen zu haben, andererseits zu viele Daten, um diese verarbeiten zu können. Ausführlich beschreibt Etzemüller Erhebungskategorien, Methoden, Datenverarbeitung, den Weg von der Methodenkritik zur Evidenz. Diese Abschnitte gehören zu den interessanteren Teilen der Arbeit. Es erstaunt die kritische Einschätzung ihrer Messungen durch die Rassenanthropologen selbst. Diese wirkt sich allerdings kaum dahingehend aus, in die Untersuchung hineingebrachte Überzeugungen zu hinterfragen, stattdessen werden sie ohne Berücksichtigung der Empirie zur Objektivität erhoben: Die Methode an sich, nicht deren Ergebnisse, adelt Überzeugungen zur Wissenschaft. Dabei helfen Visualisierungen, selten, in dem sie einen Sachverhalt auf den Punkt bringen. Die von Etzemüller gut gewählten Abbildungen aus rassenanthropologischen Untersuchungen sagen nicht ‚mehr als tausend Worte‘, sie bedürfen vielmehr vieler erläuternder Worte. Sie machen komplexe Erkenntnisse nicht sinnfällig, sondern stellen wissenschaftliche Seriosität an sich dar: Wissenschaftlich erscheint, was schwer verständlich ist. Hier hätte die Studie durch eine systematischere Analyse gewinnen können.

Durch die gesellschaftliche Entwicklung, nicht wegen deren Nähe zum NS-System, sei nach 1945 „die Rassenanthropologie einfach abgehängt worden“, dann „implodiert“ (S. 227). Emanzipation und Partizipation statt Volkskörper, genetische Beratung statt Bevölkerungspolitik führten zu „stillschweigenden Ausradierungsprozessen“ (ebd.) der Disziplin und zu Fluchtbewegungen, aber nicht allein durch Flucht in die Humangenetik und die Industrieanthropologie, wie Etzemüller meint, sondern unter anderem in die Primatologie, Biomechanik, Soziobiologie und in die Geschichtswissenschaften. Er erwähnt H.W. Jürgens, verborgen bleibt ihm, dass dieser als Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaft eine wichtige Schnittstelle zwischen biologischer Sozialanthropologie und Bevölkerungswissenschaft darstellte. Dass es heute eine Renaissance biologischer Anthropologie mit zum Beispiel zwei Max-Planck-Instituten gibt, wird von ihm nicht vermerkt.

Eine Verortung der Rassenanthropologie „in der modernen Welt“ unterbleibt, da keine vergleichbaren Untersuchungen aus anderen Ländern herangezogen werden (z. B. UK: J. Beddoe 1862; Italien: R. Livi 1896; USA: F. Boas 1912; Schweiz: O. Schlaginhaufen 1946; Hawaii: N.E. Morton u. a. 1967) und die Eingrenzung nicht begründet wird, es bleibt nur die Vermutung, dass der Autor das *Deutsche* an der Rassenanthropologie in Untersuchungen *deutscher* Rassenanthropologen in *Deutschland* (bzw. in *deutschen* Kolonien, jedoch nicht in der DDR) sieht, die von *deutschen* Rassenanthropologen für wichtig erachtet wurden. Zeitgenössische Kritik an rassenanthropologischen Vorstellungen wird erst gegen Ende des Bandes erwähnt – die Diskussionen, die etwa Otto Ammons Studien provozierten, bleiben unberücksichtigt. Zahlreiche zeitgeschichtliche Arbeiten zum Thema werden im Literaturverzeichnis genannt aber nicht spürbar rezipiert, andere wichtige Untersuchungen übersehen.

So geht Etzemüller mit seinem Gegenstand ähnlich um, wie er dies bei den Rassenanthropologen feststellt: Er stellt eine Menge von Fakten, Merkmalen und Methoden dar, weiß über deren Unsicherheiten, übersieht weitgehend die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Disziplin und die zeitgenössische Kritik daran und kommt so zu einem überraschend klaren Urteil über die unklar bestimmte Disziplin. Hier kam vor drei Jahrzehnten der von Etzemüller erwähnte St. J. Gould weiter, denn dieser stellte bei der Rekonstruktion rassenanthropologischer Messungen nicht nur

deren rassistischen Bias fest, sondern erkannte und dokumentierte selbstkritisch seine eigenen gegenläufigen Messfehler.

Etzemüller verzichtet auf einen Personenindex, schließt stattdessen mit Kurzbiographien der wichtigsten behandelten Akteure. Hier werden nur die bekannteren Figuren erwähnt, wie viel und was über sie preisgegeben wird, ist unterschiedlich (1 bis 16 Zeilen). In der Kürze wirkt manches beschönigend (Karl Astel „Rassenkundler und Rassenhygieniker“ ohne Erwähnung der unzähligen NS-Funktionen) oder funktelt tautologisch (Gunter Just „Versuchte die Erbbiologie genetisch zu fundieren“). Weiter mindert den Nutzen, dass viele im Text erwähnte Personen fehlen, darunter bekannte wie Willy Hellpach und fast alle der weniger bekannten Anthropologen, die von Etzemüller aufgeführte lokale Studien durchführten.

Resümierend heischen einleitende und abschließende Kapitel durch Bezug auf schon verwehte öffentliche Debatten nach Aktualität. Die subsumierende Einordnung des Themas unter ein Paradigma der ‚Bevölkerung als Konstrukt‘ folgt erkennbar der Zielsetzung des Autors in anderen Publikationen. Beides befördert das zentrale Ansinnen nicht und bläht die Untersuchung auf Buchumfang auf. Zugleich sind andere Themen zu oberflächlich behandelt, darunter der inspirierende Teil zur Evidenzgenerierung und Visualisierung.

Potsdam

Christoph Wichtmann

Global Dimension of Sex Education

Zimmerman, Jonathan: Too Hot to Handle. A Global History of Sex Education, 216 pp., Princeton UP, Princeton, NJ/Oxford 2015.

Over the past decades, historians of education, sexualities and society have broadened their investigation into the ways in which young people were taught about sex in diverse temporal, national and political contexts. Bringing this still patchy historiography together in a global history of twentieth-century sex education is a notable undertaking. This 150-page study, by the US-American educationalist and historian, Jonathan Zimmerman, is a courageous book covering education systems from the Americas, to Europe, Asia, Africa and Australasia in a concise and engaging manner. Based on printed source

material, archival research (mainly in the US and the UK but also in Ghana and Sweden) and utilising existing research, the book covers chronologically a period from around 1900 to the present.

A number of common themes emerge from the study. First, over the course of the last century, most of the countries shared deep concerns over changing sexual behaviours among young people. Secondly, there was widespread, nearly ubiquitous, disquiet about providing children with information on sex, and great unease about sexuality in children. Almost all the national debates about sex education covered demonstrate varying levels of concern that sex education would corrupt innocent children. Many countries embedded sex education within the school curricula to explain sexuality to young people and, at the same time, to control childhood and adolescent sexuality. Thirdly, most people agreed that sex education ideally should take place within the family rather than in classroom teaching. Hence, education systems often packaged sex education under opaque terms such as moral education, social hygiene or family life education.

The book takes a chronological approach, with a shifting geographical focus in line with key developments. The first chapter examines sex education from the end of the nineteenth century to World War II, focussing on Europe and North America where Zimmerman locates the beginnings of sex education. Teaching of sexuality, at this point, was mostly based on plant and animal analogies and covered warnings against masturbation, venereal diseases and, as might be expected at this time, racial decline. Chapter 2 investigates the period from World War II to the mid-1960s. Zimmerman sees these decades as dominated by two contrasting approaches which had international relevance. One approach, US American 'family life education', propagated sexual continence as essential to national strength. In contrast, Sweden (which, in 1956, became the first country to make school sex education mandatory) promoted a new curriculum that allowed greater sexual freedom for the individual. As chapter 3 reveals, some international organisations adopted the 'liberal' Swedish approach during the so-called 'sexual revolution' of the 1960s and 1970s and began to discuss sex education as a human rights issue. This triggered 'conservative' counter-responses in the United States, Britain and a number of other Western states, and, by the 1980s and 1990s, also in the developing world. Even in Sweden, education authorities struggled to implement sex education in

classroom teaching with teachers often being too embarrassed or lacking specific training about the subject to fully follow sex education curricula.

Chapter 4 takes us through the challenges of sex education in the age of HIV/AIDS and ends in the very recent past of 2010. In light of the HIV/AIDS crisis, education systems in most countries around the world provided some form of sex education. Nonetheless, the frontline between the two camps remained more or less unchanged. 'Liberal' educators supported sexual rights for the young; whilst 'conservative' activists, especially from the US but also including a 'Vatican-Muslim coalition' (p. 130), promoted sexual abstinence before marriage.

A great strength of Zimmerman's study is that he draws attention to the global dimension of sex education by highlighting, for instance, activities of international governmental and non-governmental organisations in promotion sex education around the world, as well as trends and patterns across countries. The linkage of perspectives shows the ways in which the international elements allowed critics of sex education, at a national level, to vilify sex education as a foreign import. However, the scope of the study also presents some problems. While there is a comparative framework in place, this often does not justify the sweeping generalisations employed (the recurrence of the phrase 'around the world' for example). Being truly global can only ever be a rhetorical claim. Furthermore, Zimmerman's fascinating analysis opens the question about the influence of state education (the focus of his analysis) in the ways in which young people learnt about sex. Even in education systems with a fully implemented sex education curriculum, young people's sexual knowledge was arguably more influenced by mass media and popular culture, a point Zimmerman himself concedes. Nonetheless, the issue of what constitutes education undermines one of the claims of the book: namely, that that nothing has fundamentally changed over the last century in the dilemmas of sex education in terms of which, and whose, values should be mediated. A broader approach to the ways and means young people learned about sex would reveal some significant changes in sexual morality and the ways in which young people's sexual knowledge was shaped. During the second half of the twentieth century, for example, young people gained easier access to an expanding range of information about sexualities. At least in the Western world, young people also found it less difficult to obtain contraceptives. This in particular

enabled young women to explore their sexuality without running the risk of getting pregnant. That said, this is a most useful study that helps to keep the broader and global perspective in mind, whilst showing the need for a more nuanced and detailed understanding at a national and multi-media level.

Durham

Lutz Sauerteig

Einführung in die Kriminalitätsgeschichte

Knepper, Paul: Writing the History of Crime, 248 S., Bloomsbury, London/New York 2015.

Stärker als im deutschsprachigen Raum ist die epochenübergreifende, methodisch reflektierte Kriminalitätsgeschichte in der angloamerikanischen Geschichtswissenschaft, aber auch in Nordeuropa mit eigenen Konferenzen, Netzwerken und Zeitschriften fest etabliert. Mit Paul Kneppers „Writing the History of Crime“ liegt jetzt eine kurze und informative Überblicksdarstellung vor, die in der von Stefan Berger, Heike Feldner und Kevin Passmore bei Bloomsbury herausgegebenen Textbook-Reihe „Writing History“ erschienen ist. Das Buch zielt in erster Linie auf Studierende, denen Knepper, Professor für Kriminologie im britischen Sheffield, in acht thematisch angeordneten Kapiteln die Bandbreite kriminalgeschichtlicher Forschungsansätze in Genese und aktueller Ausprägung präsentiert.

Wie Knepper in seiner Einleitung ausführt, betrachtet er Kriminalitätsgeschichte nicht nur als Unterfall der Sozialgeschichte, sondern betont zugleich deren interdisziplinären Charakter. Im ersten Kapitel zeichnet er überzeugend nach, dass es zunächst Rechtsgelehrte und -praktiker, Richter und Anwälte waren, die sich seit dem 18. Jahrhundert – und damit zwei Jahrhunderte vor der akademischen Geschichtsforschung – Fragen nach der sozialen, kulturellen und historischen Relevanz von Kriminalität zuwandten. Das waren Aspekte, die den Mainstream der Rechtshistoriker mit ihrer Fixierung auf Normen und Normdurchsetzung kaum interessierten. Auf wenigen Seiten bietet Knepper im zweiten Teil dieses Kapitels einen luziden Überblick auf die wichtigsten Entwicklungen an der Schnittstelle von Rechtswissenschaft, Soziologie und Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert, wobei er insbesondere die Bedeutung

des *legal realism* und später dann der sogenannten „Wisconsin Schule“ der US-amerikanischen Rechtsgeschichte als Ideengeber für die moderne Kriminalitätsgeschichte hervorhebt.

Die immer stärkere statistische Erfassung kriminellen Verhaltens, vorangetrieben insbesondere durch die Nationalstaaten des 19. Jahrhundert, bildet den Ausgangspunkt des zweiten Kapitels. Knepper schildert hier, wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die damals neue Sozialgeschichte zunächst große Hoffnungen in die vermeintlich „harten“ Fakten und Statistiken setzte; eine Hoffnung, die inzwischen jedoch deutlich an Strahlkraft verloren hat und in der Kriminalitätsgeschichte der letzten drei Jahrzehnte eher zu verstärkten Dekonstruktionsanstrebungen einlud. Ebenso wenig durchsetzen konnten sich Ansätze einer psychoanalytisch inspirierte Geschichtsschreibung (Kap. 3), während die Gruppe der marxistisch geprägten britischen Historiker um E. P. Thompson und Eric Hobsbawm mit ihren Studien über *outlaws* und „Banditen“ die Kriminalitätsgeschichte nachhaltig prägte, nicht zuletzt durch die von ihnen propagierte Akzentverschiebung hin zur Mikro- und Alltagsgeschichte (Kap. 4).

Während die ersten Kapitel das Entstehen der Kriminalitätsgeschichte historiographisch komplex nachzeichnen, sind die folgenden vier Kapitel primär der Beschreibung des Status quo in der aktuellen Forschung verpflichtet. Im fünften Kapitel zeigt Knepper zunächst, wie Kriminalität seit dem späten 19. Jahrhundert immer stärker als ein Problem des urbanen, großstädtischen Raumes wahrgenommen wurde. Kriminalitätsgeschichte ist seither ein fester Bestandteil von Stadt- und Urbanisierungsgeschichte, wobei sie ihre Attraktivität nicht zuletzt auch aus der Strahlkraft populärer Mythen, etwa der einer kriminellen „Unterwelt“, bezieht. Der nachhaltige Einfluss Michel Foucaults auf die aktuelle Kriminalitätsgeschichte steht im Zentrum des darauffolgenden sechsten Kapitels. Weniger überzeugend ist dagegen das siebte Kapitel mit dem Titel „Women, Gender and Crime“. Wie in den vorangegangenen Kapiteln liefert Knepper zwar auch hier eine gute zusammenfassende Diskussion einflussreicher Hauptwerke feministisch inspirierter Kriminalitätsgeschichtsschreibung, doch wird nicht recht deutlich, ob es sich seiner Meinung nach lediglich um ein weiteres Themenfeld, oder – was etwa eine gemeinsame Diskussion unter Einbeziehung der Ansätze Foucaults unter dem Oberbegriff der Körpergeschichte nahe legen würde – um einen genuinen und nachhaltigen Paradigmenwechsel

historischer (Kriminalitäts-)Forschung handelt. Ähnliches ließe sich auch für das achte und letzte Kapitel anmerken. Knepper hebt einerseits zu Recht die Relevanz der post-kolonialen Studien für die Kriminalitätsgeschichte hervor, diskutiert dies jedoch ausschließlich mit Blick auf das Britische Empire. Die Bilanz dieser Ansätze, wie Knepper mit Blick auf die Forschungskontroversen um die indischen *thugs* anschaulich zeigt, fällt gemischt aus: Auch wenn die Forschung deutlich herausgearbeitet hat, wie der koloniale Blick und die entsprechende Verwaltungs- und Herrschaftspraxis „Kriminelle“ zum Teil erst produzierte, warnt er vor „binary thinking“ und allzu einfachen Urteilen. Die Kriminalitätsgeschichte müsse den Ambivalenzen kolonialer Herrschaft Rechnung tragen.

Paul Kneppers Buch beeindruckt durch seine umfangreiche Kenntnis der internationalen englischsprachigen Forschung. Es ist klar strukturiert, mit Blick für das Wesentliche geschrieben und didaktisch gelungen, wozu nicht zuletzt die ebenso knappen wie treffenden Zusammenfassungen an jedem Kapitelende beitragen. Allerdings hätten weitergehende inhaltliche Fragen, offene Forschungsprobleme und anhaltende Kontroversen auch in einer Einführung stärker diskutiert werden können. Das Buch ist insofern eher als Hin- denn als Einführung im engeren Wortsinn zu bezeichnen. Komplementär sei daher auch zu einem Blick in das ebenfalls neue, von Paul Knepper zusammen mit Anja Johansen herausgegebenen „Oxford Handbook of the History of Crime and Criminal Justice“ (2016) geraten. Für eine erste Orientierung ist „Writing the History of Crime“ allerdings sehr empfehlenswert und mangels Alternativen auf dem deutschsprachigen Buchmarkt auch konkurrenzlos.

Bielefeld

Daniel Siemens

Neue Grundlage für den „Vertreibungs“-Diskurs

Scholz, Stephan/Röger, Maren/Niven, Bill (Hrsg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, 452 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.

Scholz, Stephan: Vertriebenenendenkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft, 440 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015.

Stephan Scholz legt mit „Vertriebenenendenkmäler. Topographie einer deutschen Erinnerungslandschaft“ erstmals eine umfassende Untersuchung über Denkmäler vor, die auf Initiativen der sogenannten ‚Vertriebenen‘ zurückgehen. Wie er in seiner überarbeiteten Oldenburger Habilitationsschrift verdeutlichen kann, war die Erinnerung an Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik kein Tabu. Vielmehr sind in Deutschland über 1.500 Vertriebenenendenkmäler von Neubürgern – vor allem aus den preußischen Ostprovinzen und aus den böhmischen Randgebieten – im öffentlichen Raum errichtet worden, von denen sich mehr als 1.200 datieren lassen. Die enorme Zahl der Denkmäler ist ein untrügliches Zeichen für ihre im kollektiven, erheblich politisierten Erinnerungsdiskurs über die jüngste Vergangenheit ganz prominente Rolle, die sich in vielfältigen Funktionszusammenhängen niederschlug.

Frappierend sind zunächst räumliche Verteilung und zeitliche Konjunkturen der Errichtung solcher Gedenkstätten. Sie entstanden schwerpunktmäßig in jenen Landesteilen, die dem Preußischen gegenüber eher Distanz wahrten (wie Bayern) oder die den Vertreibungsgebieten am entferntesten lagen – also eher im Süden und im Westen. Die meisten wurden in dem 1950 beginnenden Jahrzehnt eingeweiht, die zweitmeisten in den 1980er Jahren unter Kanzler Helmut Kohl (siehe Grafik S. 43). Die dezentralisierte Denkmälandschaft, die sich bis heute herausgebildet hat, weist Parallelen zu Strukturen früherer erinnerungskultureller Wellen auf, die in Monumenten Gestalt annahmen – etwa zum Kult um die „Gefallenen“ und „Krieger“ nach dem Ersten Weltkrieg, der gegenwärtig noch allenthalben greifbar ist, oder dem radikalnationalistischen Schlageter-Kult. Wie bei diesen sind das, was damit beabsichtigt war und das, was tatsächlich an Verlustbewältigung, Integration, an Einflussnahme auf Deutschlandpolitik und Geschichtskultur erreicht wurde, funktional voneinander zu trennen.

Nach der Darlegung seines theoretischen Rahmens analysiert der Verfasser Denkmäler als Medien der kollektiven Erinnerung. Er wendet sich sodann den topografischen Mustern, darüber hinaus Formen und Motiven, Akteuren und Praktiken zu. Die beschrifteten Denkmäler und die um sie veranstalteten Rituale lassen sie nur bedingt als Orte der Trauer erscheinen; vielmehr spiegelten sie im Nachkriegsdeutschland die kollektive Unfähigkeit zu trauern wider. Sie sollten im Allgemeinen auch gar nicht der Betrauerung eines Verlusts dienen, sondern als steinerne

Zeichen des Widerspruchs – wenn nicht gar des Revanchismus – gegen die nach 1945 entstandene Ordnung. In jedem Fall waren sie Orte der Integration, nicht zuletzt der Einbindung in der örtlichen deutschen „Opfergemeinschaft“. In politischer Hinsicht waren viele der Vertreibungs-Mahnmale mehr oder minder revisionistische Orte der Deutschlandpolitik, und stets erwiesen sie sich als Orte von einseitigen Geschichtsdeutungen, in denen etwa *Mütter und Kinder* im Mittelpunkt standen, die Männer – die ‚Täter‘ im Vernichtungskrieg – aber ausgeblendet waren. Späterhin wurden Bezüge zu Mahnmalen für NS-Opfer und Stellungnahmen zu aktuellen Erinnerungskonflikten immer ausgeprägter – ohne dass sie reflektiert worden wären (S. 45). Diesem Konkurrenzverhältnis sind die Ende der 1990er Jahre einsetzenden Bestrebungen geschuldet, ein zentrales nationales Vertriebenen-denkmal beziehungsweise -zentrum in Berlin durchzusetzen. Schon die ersten Gedenksteine für die „Toten der Heimat“ (Abb. 1, S. 42) waren stets auch ein Gegenakzent zu den Millionen unter dem Nationalsozialismus Ermordeten und dem daraus entsprungenen innerdeutschen Schuldiskurs. Und so kommt hier eine Dialektik ins Spiel, die auf der unaufgearbeiteten NS-Vergangenheit beruht. Dies erklärt auch, warum sich Deutsche weitab der Ostgrenzen bemüht fühl(t)en, Steine gegen das Unrecht der „Vertreibung“ zu setzen und weit in den Himmel ragende „Ostlandkreuze“ aufzustellen – und diese noch Jahrzehnte später *unhinterfragt* mit hohem Kostenaufwand sanieren zu lassen. In festgefühten, kleinen Ortsgemeinschaften gab es dagegen keine Bedenken; „Denkmalskonflikte“, stellt Scholz fest, traten vor den 1990er Jahren nicht zufällig „hauptsächlich in Groß- und Universitätsstädten auf, wo eine politisch und intellektuell kritische Masse existierte“ (S. 365).

Heute geht es den organisierten Vertriebenen nicht mehr um politische Mobilisierung, sondern um die Deutungshoheit bei der Memorialisierung. Sie geraten dabei nicht selten ins Fahrwasser der Rechtsextremen. Die betroffenen Gemeinden tun sich mitunter schwer, mit der revisionistischen Aussage ihrer Vertriebenen-denkmäler umzugehen (dazu Beispiele aus Bad Arolsen und Verden); nur wenige Städte haben – wie in Böblingen – ihr Denkmal „wegen Bauauffälligkeit abgetragen“ (S. 265). Für die Zukunft dürfte sich allein das grenzüberschreitend verbindende Gedenkzeichen als tragfähig erweisen. Ein Beispiel dafür geben jene Vertriebenen, denen es seit den 1990er Jahren in bereits über hundert

Herkunftsorten gelungen ist, im Verbund mit dortigen Gemeinden (in Tschechien, Polen, Ländern Südosteuropas) Denkmäler zu errichten.

Die umfassende, facettenreiche und differenziert argumentierende Studie füllt eine Lücke in den Forschungen zur deutschen Erinnerungskultur. Sie weckt einmal mehr Zweifel daran, dass die Nachkommen der einst evakuierten, geflohenen und vertriebenen Deutschen eines zentralen Gedenkortes bedürfen. Scholz spricht sich am Ende dafür aus, sich auf lokaler Ebene mit den Hinterlassenschaften der organisierten Vertriebenen auseinanderzusetzen. Solche Kritik könne dazu führen, „vorhandene Denkmäler nicht nur schriftlich zu kommentieren, sondern künstlerisch zu ergänzen oder umzugestalten“ (S. 373). Möglicherweise wird dies – wie schon im Fall revanchistischer „Kriegerdenkmäler“ – die Zukunft einer zunehmenden Zahl von Vertriebenen-denkmälern prägen.

Gegenstand des Interesses in den Artikeln des Handbuchs „Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung“ sind Medien und öffentliche Erinnerungspraktiken um den Komplex Flucht und Vertreibung. Es resümiert zugleich den Forschungsstand zum Gedächtnis an Flucht und Vertreibung. Einen Großteil der 35 Beiträge haben die Herausgeber Stephan Scholz, Maren Röger und Bill Niven sowohl allein als auch als Ko-Autor verfasst.

Berücksichtigt werden unterschiedliche Textgattungen und Medien wie Belletristik, Heimatbücher, Kinder- und Jugendbücher, populäre Sachbücher, wissenschaftliche Literatur, Schulbücher, die Lokalpresse und die Vertriebenenpresse, Hörfunk, Film und Fernsehen, Internet, „ostdeutsche“ Landesmuseen und museale Dauerausstellungen, zudem wichtige Praktiken der Erinnerungskultur, darunter der Ostkundeunterricht in der frühen Bonner Republik, Gedenktage, die sogenannten ‚Heimattreffen‘, sogenannte ‚Patenschaften‘, die Kommunen in Westdeutschland für ihre Neubürger aus ausgewählten Herkunftsorten übernahmen, oder auch historische Festzüge und Nachstellungen geschichtlicher Ereignisse. Das Themenspektrum umfasst zudem Briefmarken, Musik, Fotogeschichte. Manches kann geradegerückt werden, etwa wenn es um *das* ikonografische Symbol von „Flucht und Vertreibung“ geht – den Flüchtlingstreck: Auf einigen der lancierten Fotos ist nämlich nicht Flucht und Vertreibung dargestellt, sondern die Jahre zuvor stattgefundenen Umsiedlung „Volksdeutscher“ – oder gar gestellte (Film-)Szenen. Fragwürdigen Kontinuitäten folgt Tobias Weger in seinen Aufsätzen über Karten (mit

Christian Lotz), Plakaten und Straßennamen. Sie lassen sich auf völkisch-nationalistische Traditionen zurückführen, die bereits mit den revisionistischen Bestrebungen nach 1918 frischen Auftrieb erhielten.

Die Aufsätze folgen einem vereinheitlichten Aufbau, haben einen überschaubaren Umfang (8–14 Seiten) und weiterführende bibliografische Angaben. Die Einleitung ist sehr knapp: Ein Überblick über den realhistorischen Hintergrund des Umgangs mit dem Komplex Flucht und Vertreibung im deutschen Nachkrieg von BRD und DDR fehlt. In dem Beitrag von Cornelia Eisler über „Heimatstuben“ sind die Abbildungen den jeweiligen Einrichtungen nicht schlüssig zugeordnet, zwei Fotos aus dem Aufsatz über Denkmäler von Scholz kennen wir schon aus seinem oben genannten Buch.

Einmal mehr wird hier deutlich, dass seit einem halben Jahrhundert „die Zwangsmigration der Deutschen aus dem Osten am Ende und in der Folge des Zweiten Weltkriegs ein fester Bestandteil“ (S. 9) deutscher Erinnerungskultur ist. Für die Benutzer des Handbuchs ist es bedauerlich, dass auf Sach-, Orts- und Personenregister verzichtet wurde. Über letztere verfügt aber die Scholz'sche Studie über die Vertriebenen-denkmäler. Beide Bücher werden gewiss dazu beitragen, den Erinnerungsdiskurs über Evakuierung, Flucht und Ausweisung der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der Folgen einer verbrecherischen nationalsozialistischen Gewaltpolitik auf eine neue Grundlage zu stellen.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Ethik und Ökonomie – Konflikt oder Kooperation?

Aaken, Dominik van/Schreck, Philipp (Hrsg.): Theorien der Wirtschafts- und Unternehmensethik, 414 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Wirtschafts- und unternehmensethische Fragen werden in den letzten Jahren immer häufiger diskutiert. Dabei geht es um eine Bandbreite ganz unterschiedlicher Themen und Ansätze: von Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie und Ethik im Allgemeinen bis zu konkreten Auseinandersetzungen und damit verbundenen Handlungsanweisungen, zum Beispiel zur Verantwortung von Unternehmen, zum Mindestlohn

oder zu Managergehältern. Ein zentrales Anliegen der Wirtschafts- und Unternehmensethik besteht darin, eine theoretische Orientierung bezüglich der ethischen Normen zu geben, die in diesen Diskussionen vorrangig sein sollten, und eine Reflektion dieser Normen anzuregen.

Der vorliegende Sammelband setzt hier an, indem er eine Reihe von Ansätzen der Wirtschafts- und Unternehmensethik aus dem deutschsprachigen Raum vorstellt. Die dreizehn Beiträge dieses Bandes (inkl. Einleitung) reichen von den beiden Gegenpositionen der Ökonomischen Ethik (Karl Homann, Andreas Suchanek) und Integrativen Ethik (Peter Ulrich) über die Governanceethik (Josef Wieland/Marcus Ehrenberger), Ordonomik (Ingo Pies), Kulturalistische Ethik (Reinhard Pfriem, Thomas Beschorner) und Republikanische Ethik (Horst Steinmann/Albert Löhr) zur Analytischen Ethik (Hans-Ulrich Küpper). Zwei Beiträge widmen sich abseits der theoretischen Diskussion der politischen Rolle von Unternehmen (Andreas Scherer/Guido Palazzo/Andreas Butz) und dem Verhältnis von Philosophischer Ethik und Wirtschaftsethik (Michael S. Abländer). Den Herausgebern gelingt es, den „Theorienpluralismus“ (S. 13) in der deutschsprachigen Wirtschafts- und Unternehmensethik aufzuzeigen. Was indes fehlt, ist eine übergreifende inhaltliche Diskussion, die die Beiträge in Beziehung zueinander setzt.

Einführend skizzieren die Autoren die Aufgaben, Ziele und Herausforderungen einer Wirtschafts- und Unternehmensethik und stellen den Bedarf an normativem Orientierungswissen als Gegenpol zu derzeitig vorherrschenden empirischen Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet heraus – eine Forderung, die für alle enthaltenen Beiträge grundlegend ist. Die Begriffe Wirtschaftsethik und Unternehmensethik werden von den Herausgebern scheinbar synonym verwendet. Es wird nicht der Versuch unternommen, die Begriffe voneinander abzugrenzen oder ihre Reichweite für die folgenden Diskussionen abzustechen, was sicherlich den methodischen Zugang zu den folgenden Beiträgen erleichtern könnte.

Jenseits der disziplinären Grenzen der in diesem Band vertretenen Autoren setzen sich alle Beiträge mit der Frage nach der Integration ethischer und ökonomischer Ansprüche auseinander – methodisch jedoch völlig unterschiedlich.

Karl Homann führt als erster in seine Wirtschaftsethik mit ökonomischer Methode ein, indem er der Frage nachgeht, wie Moral unter den Bedingungen moderner Gesellschaften zur Geltung gebracht werden kann. Nach Homann muss moralisches Handeln anreizkompatibel sein und das

kann nur gewährleistet werden, wenn es „sanktionsbewehrte[r] Regeln“ (S. 35) beziehungsweise eine „Rahmenordnung“ (ebd.) gibt. Neben den bekannten Argumenten sind vor allem die kurzen Passagen am Ende seines Beitrags interessant und neu, in denen er auf die Fehldeutungen seiner Theorie eingeht und einen kurzen Ausblick auf die Unternehmensethik gibt. Auch Suchanek geht es in seinem Beitrag um Orientierungen für moralisches Handeln, allerdings vor allem hinsichtlich einer Ethik für Unternehmen. Die Aufgabe einer solchen Ethik liegt für ihn in der Entwicklung eines normativen „Spielverständnis[s]“ (S. 56), das ein Unternehmen entwickeln soll, um seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Dazu gehört für Suchanek unter anderem, dass Unternehmen auf Gewinn verzichten, um legitime Interessen anderer zu wahren. Dies sei eine Investition in ihre eigene Vertrauenswürdigkeit, die sich für alle als vorteilhaft erweise. Eine ganz andere Perspektive bietet Ulrich in seiner „Vernunftethik des Wirtschaftens“ (S. 216): In zwei langen und pointierten Beiträgen wendet er sich entschieden gegen das Konzept der funktionalistischen Wirtschaftsethik Homanns und stellt ihm die Forderung nach Lebensdienlichkeit von Wertschöpfung entgegen, die in einem prinzipiengeleiteten Gewinnstreben eines Unternehmens und schließlich in die Reintegration bürgerlicher Werte mündet. In eine ähnliche Richtung argumentieren Steinmann/Löhr mit ihrer republikanischen Unternehmensethik, die die Sicherung des Gemeinwohls (*res publica*) als obersten normativen Bezugspunkt für alle Regelungen und Handlungsweisen postuliert. Sie richten sich wie Ulrich gegen Homann, gründen jedoch anders als Ulrich ihr Argument auf die diskursethische Reflexion und Konsensfähigkeit ihres Argumentes.

Neben den normativen Ansätzen zur Wirtschaftsethik sehen eine Reihe von Autoren ihre Aufgabe vor allem in einer Bestandsaufnahme respektive Beobachtung wertorientierten Handelns (Wieland/Ehrenberger, Beschoner) und in der Entwicklung eines Kooperationsmodells zwischen Ökonomie und Ethik, beispielsweise durch die Implementierung eines Wertemanagementsystems in Organisationen (Wieland/Ehrenberger). Hier wird einmal mehr deutlich, dass einige Ansätze zur Wirtschafts- und Unternehmensethik inhaltlich und methodisch so weit auseinander liegen, dass kaum Überlappungen und gemeinsame Diskussionspunkte bestehen.

Immerhin zieht sich durch einige Beiträge die gemeinsame Frage, in welchem Verhältnis die wirtschaftswissenschaftliche Disziplin, insbesondere

die BWL, zur Ethik steht (Küpper) und welche Rolle die Ethik nicht spielen sollte (Abländer), um nicht zu einem praktischen Instrumentarium für normenkonformes Verhalten zu verkümmern.

Insgesamt bietet der vorliegende Sammelband einen guten einführenden Blick auf verschiedene wirtschafts- und unternehmensethische Theorien. Hilfreich sind insbesondere die Hintergrundinformationen nach jedem Beitrag. Dass die Beiträge auf unterschiedlichen disziplinären Zugängen und methodischen Ansätzen beruhen, ist kein Manko, sondern reflektiert die Vielfalt der Ansätze und lässt erkennen, dass sich die Fragen und Probleme der Wirtschafts- und Unternehmensethik nur interdisziplinär lösen lassen.

Wuppertal

Simone Heinemann

Infrastrukturgeschichte der industrialisierten Moderne

Högselius, Per/Kajiser, Arne/Van der Vleuten, Erik: Europe's Infrastructure Transition. Economy, War, Nature, 454 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2015.

Auf Seite 49 dieses Bandes findet sich ein emblematisches Foto: Es zeigt eine sogenannte „Entgleisungsweiche“ an einem ehemaligen Grenzübergang zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Sinn und Zweck dieser eigens für die innerdeutsche Grenze erfundenen Anlage war es, Züge durch kontrollierte Entgleisung an einem unerlaubten Grenzübertritt zu hindern. Einfach gesagt sollte die Flucht von DDR-Bürgern mittels Zügen in den Westen unterbunden werden. Dieses kaum bekannte Zeugnis verkehrstechnischer Kreativität symbolisiert wie kaum ein anderes ein Hauptergebnis der vorliegenden Studie: Die epochenmachende Infrastruktur-Transformation Europas seit dem 19. Jahrhundert war und ist eine zutiefst ambivalente Angelegenheit. Einerseits führte der stetige Ausbau vielfältiger technischer Netze zur Verdichtung im Austausch von Gütern, Menschen und Informationen, zum Zusammenwachsen des Kontinents. Andererseits suchten die betroffenen Gesellschaften oftmals, diese Verdichtung zu begrenzen, einzuschränken oder gar rückgängig zu machen – beispielsweise am „Eisernen Vorhang“.

Immer wieder kommen die drei Autoren auf die visionären Vorstellungen technikeuphorischer Experten zwischen den Saint-Simonisten des frühen

19. Jahrhunderts und den aktuellen Internet-Enthusiasten zurück. Freilich wurden entgegen den programmatischen Entwürfen weder Frieden, Wohlstand noch soziale Gleichheit gleichsam automatisch durch technische Infrastrukturen realisiert. Eine historische Konstante scheint darin zu bestehen, dass derartige Utopien fast regelmäßig mit dem Aufkommen neuer technischer Systeme verbreitet werden, nur um dann ebenso regelmäßig an der Realität zu scheitern.

Das hier zu besprechende Buch kann als Zwischenfazit einer erst in den allerletzten Jahren boomenden europäischen Infrastrukturge-schichtsschreibung angesehen werden. Der Band bietet eine Art Meistererzählung für die Infra-strukturgeschichte der industrialisierten Moderne an. Mehr noch, die Autoren weisen einen Weg, wie man die ‚allgemeine Geschichte‘ aus der Perspektive der Infrastrukturentwicklung (neu) schreiben kann. Das Buch zeigt das große Po-tenzial einer modernen, methodisch und vom Ge-genstand her offenen Infrastrukturgeschichte, die schon lange keine reine Technikgeschichte mehr ist, sondern Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Umweltgeschichte mit Wissens-, Diplomatie und Verwaltungsgeschichte verbindet, die also eine neue Art umfassender Gesellschaftsgeschichte repräsentiert.

Die Autoren haben den Band nach systemati-schen Kriterien aufgebaut. In acht Kapiteln werden zunächst große Infrastrukturplanungen und Um-setzungen geschildert, wobei dem Energiesektor besondere Aufmerksamkeit gilt. Anschließend wird der Bereich wirtschaftlicher Verflechtung durch Infrastrukturnutzung am Beispiel der Le-bensmittelversorgung und der Finanzwirtschaft sowie die „Kriegslogistik“ untersucht. Den Ab-schluss bilden drei Kapitel zu umwelthistorischen Zusammenhängen. Jedes Kapitel folgt grob der Chronologie, so dass wiederholt ein ‚Durchlauf‘ vom frühen beziehungsweise mittleren 19. Jahr-hundert bis in die unmittelbare Vergangenheit ge-macht wird. Dies hat den Vorteil, dass man die Kapitel auch einzeln lesen kann. Wie in der Ein-leitung angekündigt, schreiben die Autoren keine Geschichte der Infrastruktur in einem Container Europa, sondern sie legen dar, welche Vernet-zungen (und deren Begrenzungen) auf lokaler, regionaler, länderübergreifender und (oftmals) weltumspannender Ebene durch den Transport von Personen, Gütern, Informationen und Ener-gie entstanden. Keinesfalls entsteht dabei eine Art infrastruktureller ‚Vorgeschichte‘ für das politi-sche vereinigte Europa der heutigen EU. Vielmehr wird Europa als ein Schauplatz vorgeführt, auf

dem solche Vernetzungen gediehen. Zwar gab es auch immer wieder Konzepte und Versuche von Visionären, Europa mithilfe von technischen Netzen politisch, ökonomisch und kulturell zu ver-einigen. Doch viel bedeutender, so vermittelt es der vorliegende Band, waren wohl eher die nicht intendierten Effekte.

Die ‚Helden‘ in diesem Buch sind keine Ma-schinen, Straßen oder Rohrleitungen, sondern bestimmte Akteure, meist aus Fleisch und Blut. Die Autoren orientieren sich an dem von Thomas P. Hughes entwickelten Konzept der „system builders“. Das können in diesem Buch einzel-ne Politiker, Generäle oder Wirtschaftskapitäne sein, aber auch Institutionen oder Unternehmen, gelegentlich auch Branchen oder Verbände, die infrastrukturelle Anlagen nutzten und ausbauen. Das Konzept wird recht flexibel genutzt, und so finden wir auch „economic“, „military“, „ecological“, „knowledge“ und viele andere *system builders*. Eine wichtige Innovation in diesem Band ist, dass hier auch ein Begriff für die ge-genläufigen Kräfte gefunden wird, die „boundary builders“. Sie traten in der europäischen Ge-schichte in ständigem Konkurrenzkampf gegen die *system builders* an und versuchten, häufig mit Erfolg, die aus zeitgenössischer Sicht prob-lematischen Effekte der Vernetzung einzudäm-men oder rückgängig zu machen. Die eingangs erwähnte Entgleisungsweiche ist das Ergebnis eines Interessenausgleichs zwischen *system* und *boundary builders*. Dieser Kunstgriff erlaubt es den Autoren, den Netzausbau als Geschichte widerstreitender Konzepte zu beschreiben, die *beide* integrale Bestandteile der europäischen Moderne waren. Denn Exklusion und Segrega-tion sind mindestens in gleichem Maß Merkmale dieser Epoche wie Zirkulation und Vernetzung. Es gehört zu den großen Vorzügen dieser Stu-die, diese Ambivalenz systematisch zu erfassen und darzustellen.

Dabei wird denn auch bestätigt, was ande-re Arbeiten, etwa zur Außenhandels-geschichte, bereits zeigen konnten: Phasen der Integration wurden durch Phasen der Grenzmarkierung ab-gelöst. Die Zeit zwischen 1914 und 1990 war, geprägt durch Weltkriege, gesteigerte nationale Rivalität und später durch den Ost-West-Gegen-satz, eine lange Hochphase der *boundary builders*. Allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß und niemals ohne Gegenbewegungen. Luzide wird be-schrieben, wie der Zerfall der Sowjetunion sowohl zur Desintegration bestehender Systeme beitrug als auch neue Vernetzungen in Ost-West-Richtung hervorbrachte.

Diese Herangehensweise ermöglicht es den Autoren, strukturgeschichtliche mit ereignisgeschichtlichen Perspektiven zu verknüpfen, und auch die Sektoren der Wirtschafts-, Politik- und Sozialgeschichte miteinander zu verbinden. Die Autoren beschreiben eindrucksvoll die in der Regel wachsende Interoperativität unterschiedlicher technischer Systeme, wobei offenbar immer wieder ähnliche Muster wirksam waren: Neue Systeme des Transports von Gütern, Energie oder Personen zogen in der Regel bald spezifische Kommunikationsinfrastrukturen nach sich, die die Koordination gewährleisteten. An Beispielen, wie etwa dem Rotterdamer Hafen, schildern die Autoren plastisch, wie solche Systeme häufig chaotisch wuchsen und immer größere Teile der Welt in Austauschbeziehungen verknüpften, selbst dann, wenn viele Beteiligte nur sehr begrenzte Ziele hatten.

Im Kapitel über die militärischen Systeme lernen wir, wie zivile Infrastrukturen und die militärische Logistik stets korrelierten – welche Bremswirkung aber auch technische Inkompatibilität auf den Vormarsch von Armeen haben konnten, wenn zu erobernde Gebiete Eisenbahnsysteme mit ungebräuchlichen technischen Standards betrieben.

Trotz aller Begeisterung des Rezensenten müssen doch Einschränkungen gemacht werden. Während die Teile zur System-, Wirtschafts- und Militärgeschichte durchweg überzeugen und viele Anstöße zum Weiterforschen enthalten, bleiben die drei der Umweltgeschichte gewidmeten Kapitel seltsam farblos und thesen schwach, so als hätten die Autoren die Lust am Schreiben verlassen. Hier erfährt der in Umweltgeschichte bewanderte Leser fast nichts Neues. Auch haben die Autoren weite Teile der Literatur nicht zur Kenntnis genommen. So hätte es etwa unbedingt nahegelegen, sich mit dem Ansatz des gesellschaftlichen Metabolismus respektive der Stoffströme-Forschung (Rolf Peter Sieferle, Verena Winiwarter) auseinanderzusetzen. Die Orientierung an den drei Umweltmedien Land, Wasser, Luft ist wenig überzeugend und führt zu Redundanzen und Wiederholungen. Eine interessante These kann man diesem Abschnitt immerhin entnehmen: Es habe so etwas wie ökologische *system builders* gegeben, denen es um die Abfederung der infrastrukturell bedingten Fragmentierung der Umwelt durch eine eigens aufzubauende ökologische Infrastruktur gegangen sei. Diese Interpretation überzeugt für die Zeit ab 1970. Ästhetisch argumentierende Heimatschützer der 1910er Jahre zu ihren Vorläufern zu machen, verkennt jedoch deren völlig gegenläufige Konzeption von Natur.

Leider haben die Autoren die vielen Befunde über die ökologische Zeitenwende um 1970 nicht einmal ansatzweise rezipiert. Offen bleibt die Frage, ob für den Naturschutz nicht auch das Konzept des *boundary building* fruchtbar wäre.

Eine weitere auffällige Blindstelle ist zu nennen: Die jüngste Debatte über Infrastruktursicherheit ist geprägt von den Erfahrungen des 11. September 2001 beziehungsweise die Bedrohung durch den Terrorismus. Weder wird diese Debatte gebührend erwähnt, noch ihre lange Vorgeschichte erzählt. Auch die Perspektive der gewissermaßen negativen Inanspruchnahme von Infrastrukturen durch Sabotage oder Streiks in Krieg und Frieden hätte eine systematischere Darstellung verdient, gerade in dem gewählten Fokus auf Konstrukteure und De-Konstrukteure.

Der Band ist fast luxuriös ausgestattet, enthält viele Illustrationen, die gewinnbringend in den Text integriert sind. Der Text ist sehr gut, teilweise unterhaltsam geschrieben und wartet mit vielen plastischen Beispielen auf. Dabei ist freilich eine Präferenz für Nord- und Westeuropa zu bemerken. Auch Osteuropa findet regelmäßig Berücksichtigung, wohingegen die mediterrane Welt so gut wie nicht behandelt wird (oder mit ärgerlichen Fehlern wie bei den Bemerkungen über den spanischen Regenerationismus S. 274f.). Freilich ist dies weniger den Autoren anzulasten als der Literaturlage, auch wenn bedauerlicherweise die deutschsprachige Forschung zu Infrastrukturen in Osteuropa (Klaus Gestwa, Julia Obertreis, Frithjof Benhamin Schenk) nicht wahrgenommen wurde. Trotz solcher Einschränkungen sollte das Buch in keiner historischen Fachbibliothek fehlen. Es sei allen ans Herz gelegt, die sich mit der europäischen Geschichte in der Moderne beschäftigen.

Darmstadt

Jens Ivo Engels

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Europa global? Oder doch lieber nicht?

Dejung, Christof/Lengwiler, Martin (Hrsg.): Ränder der Moderne. Neue Perspektiven auf die Europäische Geschichte (1800–1930), 246 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

Die europäische Geschichte ist seit Langem von starken Ambivalenzen geprägt: Einerseits

verstand sie sich, insbesondere in ihren Hochzeiten nach dem Zweiten Weltkrieg sowie nach den Wendezeiten von 1989/1991, ausdrücklich als integrativ. Es ging ihr darum, die nationalstaatlichen Traditionen der Geschichtswissenschaft infrage zu stellen und idealerweise zu überwinden. Nach 1989 wurde der integrative Aspekt zudem sehr stark auf Ost- beziehungsweise Ostmitteleuropa bezogen: Diese Länder und Geschichten sollten nun auch zum Projekt der europäischen Geschichte dazugehören. Andererseits hatte diese Münze neben der integrativen Seite auch eine exkludierende – was niemanden, der sich auch nur ein wenig mit soziologischen Überlegungen zu sogenannten *in-out-groups* befasst hat, überraschen kann. Denn „die europäische Geschichte“ war nicht nur ein räumlich bestimmtes Konzept, sondern knüpfte direkt an politische und kulturelle Ideale an, verband Werte (Menschenrechte!) und epochale Zuordnungen (Moderne!) mit Europa und reklamierte diese damit letztlich für sich. Spätestens mit dem Siegeszug der Globalgeschichte, den ihr zugrunde liegenden postkolonialen Einsichten sowie dem inzwischen schon zum populären Schlagwort gewordenen Ruf nach der „Provinzialisierung Europas“ sind diese Schwierigkeiten offenbar geworden. Die aktuelle politische Situation, in der nicht mehr nur historiografisch-ideologische, sondern tatsächliche Zäune um Europa gebaut werden, macht die Problematik „Europas“ nur noch augenfälliger.

Das hier zu rezensierende Buch nimmt sich dieser Situation an und fragt danach, wie eine europäische Geschichte konzipierbar ist, wenn sie ausdrücklich auf eine teleologische Perspektive und die damit verbundenen Modernisierungsnarrative verzichten will. Zunächst einmal muss wohl die Frage gestellt werden, ob der Titel „Ränder der Moderne“ hier hilfreich sein kann. Die hier postulierte und dann in den einzelnen Beiträgen mehr oder weniger konsequent umgesetzte „Außensicht auf den alten Kontinent“ kann fraglos von Nutzen sein. Doch der Begriff der „Ränder“ suggeriert erneut ein Zentrum und eine Peripherie – ein Muster, das dem Prozess der Provinzialisierung nicht unbedingt entgegenkommt. Es wirkt nur konsequent, dass die Autoren der Einleitung später selbst formulieren, Kolonien seien „also weniger als Ränder der Moderne, sondern vielmehr als aktive Mitgestalter der modernen Welt zu verstehen“ (S. 29).

Ebenso fragt sich der Leser, ob man den Anspruch auf eine „Außensicht“ nicht besser hätte einlösen können, wenn man mehr ausgewiesene Globalhistoriker_innen in das Projekt einbezogen

hätte. Die Beiträge des Bandes stammen durchweg von namhaften, aber – abgesehen von Angelika Epple – doch eher auf europäische Regionen spezialisierten Autor_innen.

Angelika Epple führt in ihrem spannenden Aufsatz vor, dass Globalgeschichte sich nicht über Distanz definiert, sondern über den wissenschaftlichen Ansatz. Es geht nicht darum, möglichst weit entfernte Gebiete zu untersuchen und auf diese Weise ‚der europäischen Falle‘ zu entgehen. Vielmehr ermöglicht der globale Blick ein neues Verständnis von Verflechtungen, Zusammenhängen und – möglicherweise am Wichtigsten – räumlichen und sozialen Einheiten. Epple setzt genau diese Ansprüche um und analysiert das Bergische Land beziehungsweise die Stadt Solingen und ihre Verflechtungen mit den kolonialen Strukturen im Kongo mithilfe des Begriffs des „Hinterlandes“. Sie untersucht so eine Region, die sich dem Dualismus von Zentrum und Peripherie entzieht und zusätzlich eine eigene temporale Ordnung aufweist: von Epple pointiert formuliert als „not any longer“ im Kontrast zum üblichen „not yet“. Obwohl der Fernhandel Solingens im späten 19. Jahrhundert zurückging, konnte die dortige Kaufmannschaft Einfluss auf die Kongo-Konferenz von 1884 nehmen und im eigenen Interesse deutlich zur Festigung kolonialer Asymmetrien beitragen.

Da „europäische Geschichte“ in klassischen Narrativen gern mit „Moderne“ gleichgesetzt wird, erscheint es naheliegend, dass verschiedene Texte des Bandes sich mit Begrifflichkeiten und Debatten zur Modernisierung auseinandersetzen und deutlich machen, dass dieses Problem keineswegs erledigt ist. Frithjof Benjamin Schenk wendet sich ausdrücklich gegen Shmuel N. Eisenstadts Konzept der „multiple modernities“ und stellt einerseits die Gefahr der Essentialisierung (in diesem Falle einer „russischen“ Moderne) heraus, problematisiert andererseits die Beliebigkeit eines an Vielfalt orientierten Moderne-Begriffes. Schenk plädiert für das Beibehalten eines einheitlichen Modernebegriffes, fordert dabei aber einen differenzierten empirischen Blick auf die jeweils unterschiedlichen Auswirkungen der Moderne sowie auf eine detailorientierte Erforschung unterschiedlicher „Diskurse über die Moderne“. Ganz ähnlich argumentieren Patrick Kupper und Bernhard Schär für eine europäische Geschichte als „Geschichte einer Idee und einer damit zusammenhängenden Praxis“ (S. 113).

Die Texte von Siegfried Weichlein und Ludger Mees problematisieren die Geschichte des europäischen Nationalstaates, indem sie

historiografische und politische Narrative und deren Nutzung von Zentrums- und Peripheriekonzepten analysieren. Ähnlich gehen letztlich auch Martin Schaller und Bernhard Struck vor, die Reiseberichte aus dem 18. Jahrhundert untersuchen. Ihre These von Reiseerzählungen, die „weit davon entfernt [...] waren, das westliche Europa beziehungsweise den ‚Westen‘ als Inbegriff und normativen Maßstab der Moderne zu definieren, wie dies im späteren 19. Jahrhundert geschah“ (S. 62), ist keineswegs falsch, rennt aber doch weit offene Türen ein. Dass das aufklärerische Denken die Erfahrung „zivilisatorischer Unterschiede“ nicht biologistisch absolut interpretierte, sondern in ein Muster von Wachstum und Entwicklung setzte und entsprechend als überwindbar ansah, ist keineswegs neu. Zwar hat die Kombination der sehr unterschiedlichen Regionen und Reisenden in einem einzigen Text durchaus großen Charme. Doch ist einiges, vor allem die Konstruktion der Südsee zum Sehnsuchtsraum und ihrer Bewohner als „edle Wilde“ bereits ausführlich – und komplexer als hier – untersucht worden.

Insgesamt ist eine Kluft zu konstatieren zwischen dem hehren Anspruch des Bandes und der praktischen Umsetzung. Allzu viel Bekanntes wird wiederholt, allzu wenig wird der Anspruch auf eine Globalisierung respektive Provinzialisierung Europas eingelöst. Dies bedeutet nicht, dass die einzelnen Beiträge nicht lesenswert wären. Und auch nicht, dass es nicht lohnend wäre, „globalhistorische Ansätze auf die Europäische Geschichte zu beziehen“ (S. 7). Insofern ist die mit diesem Buch initiierte Reihe absolut begrüßenswert. Doch möglicherweise sollte die Globalgeschichte weniger als Herausforderung der europäischen Geschichte betrachtet werden (wie der Klappentext formuliert) und mehr als Bereicherung und Chance. Es bleibt zu hoffen, dass die in den hier vorliegenden Beiträgen erkennbaren Ansätze hin zu einer Provinzialisierung und damit Globalisierung Europas in den folgenden Studien der Reihe weiter ausgebaut werden.

Bremen

Martina Winkler

Atlantische Militärgeschichte

Plouviez, David (Hrsg.): *Défense et colonies dans le monde atlantique. XV^e–XX^e siècle*, 318 S., PUR, Rennes 2014.

Militärische Eroberungen und Kriege hatten ganz entscheidenden Anteil daran, dass (und wie) sich die atlantische Welt ab dem ausgehenden 15. Jahrhundert allmählich als ein mehr oder weniger integrierter Interaktionsraum zwischen Afrika, Europa und den Amerikas herausbildete. So mag es auch nicht verwundern, dass eine erweiterte Militärgeschichte – die sich nicht auf die Rekonstruktion militärischer Ereignisse und Taktiken beschränkt – ein dynamisches Forschungsfeld der *atlantic history* darstellt. Mit seinen empirisch fundierten Beiträgen gewährt der Sammelband wichtige Einblicke in einige der neuesten Resultate dieses Feldes (oder zumindest seines frankophonen Teils). Der Band trägt die Ergebnisse zweier Tagungen zusammen, die 2012 und 2013 am Forschungszentrum für internationale und atlantische Geschichte der Universität Nantes stattfanden. Er vereint Militär-, Stadt-, Kolonial- und Wirtschaftshistoriker_innen sowie Archäolog_innen (letztere ein zentrales Standbein der atlantischen Militärgeschichte), die jeweils unterschiedliche räumliche und epochale Expertisen einbringen: Westeuropa, Westafrika, Antillen, Nord- und Mittelamerika, Indischer Ozean, vom 15. bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Das thematische, geographische und zeitliche Panorama, das auf die informative und anregende Einleitung des Herausgebers David Plouviez folgt, ist entsprechend breit. Es reicht von der portugiesischen und niederländischen Militärpräsenz an der westafrikanischen Küste im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert über die Rekonstruktion einer Befestigungsanlage aus dem späten 18. Jahrhundert im Süden Guadeloupes und der Symbolik französischer Kolonialhäfen bis zu französischen Militärstrategien im Algerienkrieg. Trotz der schier Vielfalt zeichnen sich gewisse Schwerpunkte ab. Eine Mehrheit der Beiträge widmet sich dem 17. und 18. Jahrhundert, einer Zeit, in dem der Prozess der Militarisierung des atlantischen Raums besonders starke Schübe erhielt. 14 der 18 Kapitel befassen sich mit Frankreich oder französischen Kolonien (drei davon in vergleichender oder verflechtungsgeschichtlicher Perspektive) – was in gewissem Widerspruch zum Anspruch des Bandes steht, eine dezidiert atlantische Perspektive einzunehmen. Ein starker geographischer Schwerpunkt liegt zudem auf der Karibik, einer seit dem 17. Jahrhundert stark umkämpften imperialen Zone. Ein thematischer Schwerpunkt, der viele Beiträge verbindet, ist die Frage, ob und wann sich militärische Strategien zur Verteidigung

der Kolonien und imperialen Sphären entwickelten und wie diese sich imperienübergreifend beeinflussten. Der Band fragt damit weniger nach den militärischen Ursachen für die Herausbildung der europäisch dominierten atlantischen Welt (Debatten, die sich etwa um das Konzept der „Military Revolution“ entwickelt haben), sondern befasst sich mit deren Auswirkungen auf die militärischen Strategien europäischer Mächte.

Trotz ihrer Diversität ergänzen sich viele der Fallstudien und fügen sich zu einem originellen Gesamtbild zusammen. So zeigen zahlreiche Kapitel, dass sich imperiale militärische Planungen (mit Ausnahme des Britischen Empire) über weite Strecken des Zeitraums durch Schwäche und Inkohärenz auszeichneten. Einige Beiträge (etwa diejenigen von Mathieu Mogo Demaret zu Angola, von Eric Roulet zur Verteidigung der von Frankreich kolonisierten Kleinen Antillen im 17. Jahrhundert und von François-Xavier Jeanne zur *milice canadienne* während des Siebenjährigen Krieges) arbeiten das komplexe Zusammenspiel aus lokalen Konflikten und geopolitischer Konkurrenz der europäischen Mächte heraus. Zahlreiche Kapitel verweisen auf die fließende Grenze zwischen privaten und staatlichen Aktivitäten und auf die zentrale Rolle nicht-staatlicher Akteure wie Handelskompanien und Freibeuter (siehe etwa die Beiträge von Philippe Hrodej und Roberto Barazzutti zu Saint-Domingue bzw. den niederländischen Kolonien im 17. Jahrhundert, von Patrick Villiers und Sébastien Martin zu Martinique bzw. zur logistischen Rolle Rocheforts im 18. Jahrhundert sowie von Djiguatte Amédé Bassène zu Gorée).

Auch wenn die Atlantikküsten Nordamerikas, Afrikas und Europas sowie die Karibik im Zentrum stehen, löst der Band den atlantischen Raum nicht künstlich aus globalen Zusammenhängen heraus. Mehrere Beiträge (insbesondere Arnaud Orains Untersuchung eines Konvois von Lorient in den Indischen Ozean) zeigen, dass imperiale Planungen über den Atlantik hinauswiesen und diesen in größere imperiale Räume einordneten. Seine geographisch und zeitlich breite Anlage ist zweifellos eine der Stärken des Bandes. Der Bogen droht allerdings im Falle der für sich genommen lesenswerten Studien zu französischen Militärstrategien in Marokko und Algerien im 20. Jahrhundert sowie in Nadia Vargaftigs durchdachtem Kapitel zur Bedeutung imperialer Propaganda im Portugal der Zwischenkriegszeit überspannt zu werden.

Angesichts der außergewöhnlichen Themenbreite des Bandes fallen einige Leerstellen

auf. Eingedenk der in mehreren Artikeln anerkannten militärischen Vorherrschaft Großbritanniens in weiten Teilen des Kernzeitraums nehmen das Britische Empire und die Navy im Buch eine bemerkenswert marginale Position ein. Auch der in der Einleitung besonders hervorgehobene Aspekt transkolonialer und transimperialer Transfers bleibt eher am Rande (er kommt in den Beiträgen von Guillaume Hanotin zu spanisch-französischen Wissens- und Informationsaustausch während des Spanischen Erbfolgekrieges, von Caroline Seveno zur Kartographie der Antillen und von Stéphane Genêt zu Militärspionage und imperialer Propaganda zur Geltung); der komparative Beitrag von Françoise Le Jeune betont so auch eher die radikalen Unterschiede britischer und französischer Strategien in Kanada während des Siebenjährigen Krieges. Trotz dieser Einschränkungen leistet der Band einen wichtigen Beitrag zu einer vergleichenden und transfergeschichtlichen atlantischen Militärgeschichte.

Washington, DC

Jan C. Jansen

Protestantische Expansion

Pyrges, Alexander: Das Kolonialprojekt EbenEzer. Formen und Mechanismen protestantischer Expansion in der atlantischen Welt des 18. Jahrhunderts, 507 S., Steiner, Stuttgart 2015.

Die in der Dissertation von Alexander Pyrges formulierten Ziele sind hoch gesteckt, die Erwartungen groß: Es geht ihm mit der Ansiedlung von Salzburger Exulanten in Georgia beziehungsweise in EbenEzer um nichts anderes als um die Frage, wie sich dieses Kolonialprojekt in die protestantische Expansion im 18. Jahrhundert einordnen lässt (S. 15). Um den im Titel steckenden Anspruch gerecht zu werden, muss die Studie also dreierlei leisten: eine genaue Analyse des Kolonialprojektes EbenEzer selbst, eine profunde Kenntnis der Forschung zu protestantischer Expansion in der atlantischen Welt des 18. Jahrhunderts aufweisen und schließlich eine exakte Definition liefern, was mit „protestantischer Expansion in der atlantischen Welt des 18. Jahrhunderts“ (ebd.) eigentlich gemeint ist.

Die Kenntnis eines Teils der neueren und neuesten deutschen, amerikanischen, französischen

und britischen Arbeiten zu protestantischer Expansion im atlantischen Raum ist durchaus vorhanden, aber nicht so vollständig, wie es notwendig gewesen wäre: Keine Nennung finden beispielsweise die Arbeiten von Paula Wheeler Carlo, von Owen Stanwood (etwa dessen Aufsatz „Between Eden and Empire“ in „American Historical Review“, Dezember 2013), von Gisela Mettele, Ulrike Kirchner und Katherine Carté Engels. Die Arbeit geht insgesamt sehr selektiv mit der bekannten Forschung um und rekurriert vor allem auf ältere Forschungsliteratur. Dies stellt nicht nur keine wirklich gute wissenschaftliche Praxis dar, sondern nimmt der Arbeit auch einen Großteil ihrer Überzeugungskraft, nicht zuletzt, wenn es auf den Seiten 15 bis 22 um den Forschungsbericht und die Kritik an der Forschung geht. Denn genau das, was Pyrges kritisiert und als „Anforderungen an eine Beobachtungsperspektive“ (S. 21) formuliert, hat die Forschung in den letzten Jahren vielfach geleistet, wurde aber von Pyrges nicht zur Kenntnis genommen. Im Blick sind zwar durchaus einschlägige Autoren wie Hermann Wellenreuther, Hartmut Lehmann, Mark Häberlein, Evan Haefeli, Bertrand van Ruymbeke und Philip Otterness, aber die Bibliographie ist schmal, übersichtlich und zu reduziert – es fehlen selbst bei den genannten Autoren zum Teil deren neueste Arbeiten.

Die Perspektive des Bandes auf „die protestantische Expansion“ wird weitgehend auf die Landeskirchen beziehungsweise die „Imperial States“ fixiert – auch wenn immer wieder klar wird, dass die Akteure und die im Fall EbenEzer beteiligten Organisationen eben gerade nicht distinkt landeskirchlich waren. Europäische Expansion der Exil- und Diasporakirchen wie etwa der Hugenotten im Refuge oder nicht eindeutig territorial fixierter Glaubensgemeinschaften wie der Quaker, der Herrnhuter oder der English Prophets (siehe die gerade erschienene Studie von Lionel Laborie) werden zwar zum Teil gestreift, sind aber randständig und werden mit dem für das 18. Jahrhundert völlig inadäquaten Begriff der „Freikirchen“ belegt – ein Begriff, der nicht zuletzt auch für die Hugenottenkirchen im Refuge, die den Landesherrn durchaus als „Supreme Governor of their Churches“ anerkennen mussten, oder für territorial fixierte, aber eben nicht genuin landesherrlich organisierte reformierte Kirchen problematisch ist. Die an Max Weber und Ernst Troeltsch orientierte Dichotomie von „Landeskirchen“ und „Freikirchen“ erweist sich damit nicht nur als unbrauchbar, sondern als Anachronismus, der die Komplexität des Protestantismus der Frühen Neuzeit höchst

inadäquat beschreibt und im Weiteren zu Fehleinschätzungen führt. Damit bleibt zum einen ein wichtiger und in der neuesten Forschung prominenter Bereich der „protestantischen Expansion“ im 18. Jahrhunderts unterbelichtet. Insbesondere die wirklich wichtige Frage bleibt ungeklärt, inwieweit die für das Kolonialprojekt EbenEzer konstatierte Verbindung von unterschiedlichsten Akteuren und Netzwerken – landeskirchlichen, synodal organisierten, diasporakirchlichen und territorial nicht klar fixierten globalen religiösen – typisch für protestantische Expansion im atlantischen Raum des 18. Jahrhunderts ist. Ein stärkerer Fokus auf die frühneuzeitliche Diaspora- und religiöse Expansionsforschung jenseits von genau fixierter Territorialität hätte der Arbeit sicher gut getan. So wäre zum einen die Andockung an die neuere Forschung gelungen, zum anderen hätte ein solcher Fokus einige der wirklich wichtigen Thesen von Pyrges, nämlich protestantische Expansion als „Vorgang religiöser Vergesellschaftung“ als „Vergesellschaftungspraxis“ zu verstehen (S. 14), stützen und den Fragenkatalog der Dissertation sinnvoll erweitern helfen können (S. 15): Welche Rolle spielten bei protestantischer Expansion diese nicht territorial fixierten Kirchen und Glaubensgemeinschaften oder auch Diasporakirchen? Inwieweit trugen diese dazu bei, dass Landeskirchen im Kontext der atlantischen Expansion grenzüberschreitende Beziehungsgeflechte entwickelten und „ganz eigene sozio-kulturelle Formen des Religiösen“ hervorbrachten? Inwieweit waren es die vielfältigen Verflechtungen von nicht klar territorial fixierten Kirchen beziehungsweise Glaubensgemeinschaften und Landeskirchen in den Kolonien selbst, die diese Entwicklungen begünstigten?

Die Analyse des Kolonialprojekts EbenEzer selbst ist solide und fußt auf einem durchaus adäquaten Quellenstudium. Das zweite Kapitel widmet sich systematisch den Akteuren und der Organisation des Kolonialprojektes EbenEzer, das dritte der Finanzierung, was nicht zuletzt auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht ein interessantes Kapitel darstellt, das vierte beschäftigt sich mit Korrespondenzen als wichtigem Medium der Netzwerkbildung, das fünfte und sechste mit Konversion, Krankheit und Katechese, das heißt eigentlich der den „Freikirchen“ zugeschriebenen „grundlegenden Transformation des Menschen“, die „von Menschen gezogene Grenzen“ transzendierte (S. 51), beziehungsweise der spirituellen und konkreten Aneignung des kolonialen Raumes.

Eigentlich zeigen genau diese empirischen Kapitel der Arbeit, dass die Trennung von „Landeskirchen“ und „Freikirchen“ im Kontext des Kolonialprojektes EbenEzer nicht aufrechterhalten ist, sondern dass „protestantische Expansion in der atlantischen Welt des 18. Jahrhunderts“ in diesem konkreten Fall ein Phänomen war, das diese anachronistisch gesetzten Grenzen sprengt. So bleibt insgesamt der Eindruck, dass die Arbeit mangels adäquater Aufarbeitung des aktuellen Forschungsstands zum Thema und aufgrund eines ungeeigneten oder vielmehr überholten Begriffsinstrumentariums beziehungsweise der Nichtnutzbarmachung der Analyseinstrumente, die die frühneuzeitliche Diasporaforschung heute bietet, hinter ihrem Anspruch zurückbleibt. Auch bleibt der Begriff „protestantische Expansion“ unterkomplex. Gab es „die“ protestantische Expansion oder konkurrierende Protestantismen, die wie im Fall EbenEzer durchaus auch Allianzen eingingen, aber damit eben gerade auch wieder zu Vielfalt und Heterogenität von Protestantismen im atlantischen Raum beitrugen?

Bayreuth

Susanne Lachenicht

Selbstbestimmung à la Césaire und Senghor

Wilder, Gary: *Freedom Time. Negritude, Decolonization, and the Future of the World*, 400 S., Duke UP, Durham, NC/London 2015.

Und sie wiederholt sich doch, die Geschichte – zumindest in den Herausforderungen, die sie der Menschheit in der Gestaltung der politischen Ordnung und des sozialen Zusammenlebens stellt. Dies ist eine Kernbotschaft des neuen Buches von Gary Wilder: So, wie Léopold Sédar Senghor und Aimé Césaire, zwei der profiliertesten politischen Intellektuellen im Zeitalter der Dekolonisierung und die Hauptprotagonisten der Studie, intensiv über Konzepte freiheitlicher Selbstbestimmung jenseits von Kolonialismus und formaler Unabhängigkeit nachdachten, so würden heutzutage, in der postnationalen Konstellation, erneut Ordnungsmodelle jenseits des Nationalstaates fleißig debattiert. Der Anthropologe zielt damit auch auf eine Rehabilitierung von Césaire und Senghor, denen oft das Auseinanderdriften von hehren Worten und ausbleibenden Taten, ihre Nähe zur französischen Kolonialmacht

und nicht zuletzt eben ihre ambivalente Haltung zur Frage der Unabhängigkeit vorgeworfen wurden. Wilder betrachtet die beiden in erster Linie als politische Denker und bringt ihre Schriften einschließlich des literarisch-poetisch-künstlerischen Œuvres mit einigen Denkern der (europäischen) politischen Ideengeschichte ebenso in Verbindung wie mit Ahnen des politischen Freiheitskampfes von 1789 und 1848. Schließlich versteht Wilder Senghors und Césaires Ideen im Anschluss an (im Buch durchgehend des „c“ beraubten) Reinhart Koselleck als unzeitgemäße Zukunftsideen, die zugleich für aktuelle Diskussionen um *global governance*, Rechtspluralismus und *multilevel constitutionalism* fruchtbar gemacht werden könnten.

In diesem ambitionierten Unterfangen spannt Wilder einen weiten Bogen zwischen dem späten 18. und dem frühen 21. Jahrhundert auf und changiert innerhalb der einzelnen Kapitel mühelos zwischen politischer Theorie, Ideengeschichte der Dekolonisierung, Gedicht- und Dramenanalyse sowie politischer und rechtswissenschaftlicher Bewertung der globalisierten Gegenwart. Die Gliederung unterliegt dagegen einem vergleichend-chronologischen Prinzip, das die engere Geschichte der Dekolonisierung nach 1945 in den Blick nimmt: Césaire, sein Denken und seine Rolle bei der Transformation Martiniques zu einem *département d'outre-mer* sowie Senghors Schriften und Vorgehen in Senegal, das 1960 die Unabhängigkeit erlangte, werden in je drei Kapiteln abwechselnd erörtert. Unterbrochen wird dieses Wechselspiel von einem Abschnitt, in dem das sich wandelnde Verhältnis von Selbstbestimmung und Staatssouveränität allgemein erörtert wird (Kap. 4). Wilder zeigt hier, dass die historische Durchsetzung des souveränen Nationalstaats als politisches Ordnungsmodell von abweichenden theoretischen Konzepten begleitet wurde, die er ausgehend von Hannah Arendt bis zu Immanuel Kant zurückverfolgt. Selbstbestimmung ohne Staatssouveränität, sei es unter dem Dach eines (europäischen) *commonwealth* oder als Weltbürgerrecht konzipiert, befanden diese und andere Vertreter der politischen Theorie demnach ebenso bedenkenswert wie Césaire und Senghor im Dekolonisationsprozess.

Tatsächlich trat Césaire 1946 entschieden für die Departementalisierung Martiniques ein, wodurch die Insel zusammen mit drei weiteren zu französischen *départements* gemacht wurden, die allerdings bestimmten Sonderregelungen unterlagen. Césaire verstand dies als einen wichtigen

Schritt auf dem Weg zu wirtschaftlicher Autonomie und effektiver Selbstverwaltung und somit als Möglichkeit, koloniale Abhängigkeitsverhältnisse einzuebnen, ohne sich von Frankreich loszusagen. Er sah sich dabei in der Tradition des französischen Abolitionisten Victor Schoelcher, der 100 Jahre vor ihm als Abgeordneter Martiniques in der Pariser Nationalversammlung saß und gleichfalls rechtliche Reformen als Hebel für sozioökonomische Entwicklung betrachtete. Acht Jahre später änderte Césaire aufgrund halbherziger Umsetzung und ausbleibender Erfolge der Departementalisierung seine Meinung. Diesmal inspiriert vom Anführer der haitianischen Revolution, François-Dominique Toussaint Louverture, plädierte er letztlich vergeblich für einen autonomen Status Martiniques innerhalb einer föderierten französischen Union. Césaire schloss sich damit seinem Freund Senghor an, der in den 1950er Jahren für den Umbau der *Union française* in eine Föderation kämpfte, in der mehr politische und soziale Gleichberechtigung herrschen und so Selbstbestimmung ohne Staatssouveränität möglich werden sollte. Selbst nach dem *loi cadre* von 1956, deren Folgen Senghor als Balkanisierung Afrikas brandmarkte, stemmte er sich noch gegen die unausweichliche Transformation des französischen Afrika in unabhängige Nationalstaaten.

Dass zwischen 1945 und 1960 auch andere Ordnungsvorstellungen als die schnellstmögliche Unabhängigkeit von Frankreich und die Gründung von Nationalstaaten in der Diskussion waren, ist in letzter Zeit immer wieder und am prominentesten von Afrikahistoriker Frederick Cooper betont worden. Wer in erster Linie an historischen Zusammenhängen interessiert ist, sollte auch in Zukunft zuerst auf ihn zurückgreifen, da Wilders Essay, wie er seinen gut 250 Seiten langen Text selbst verstanden wissen will, doch recht sprunghaft daherkommt, immer wieder abschweift und mitunter in wenig erhellenden Allgemeinplätzen mündet. Empfohlen sei die Studie jenen, die sich intensiv mit dem Denken der beiden politischen Intellektuellen beschäftigen möchten. Hervorzuheben ist zudem, dass Wilder unvoreingenommen auf Martinique und dessen Weg als französisches *département* blickt und zu einem differenzierten Urteil kommt. Nicht zuletzt ist sein grundsätzliches Anliegen, vergangene Zukunftsentwürfe zu erörtern, um zum Nachdenken über sozialere Ordnungen jenseits des Nationalstaats anzuregen, angesichts der gegenwärtigen Krisen aktueller denn je.

Nashville, TN

Martin Remppe

Contemporary histories of the Sahel

Mann, Gregory: From Empires to NGOs in the West African Sahel. The Road to Nongovernmentality, 300 pp., Cambridge UP, Cambridge 2014.

Rossi, Benedetta: From Slavery to Aid. Politics, Labour, and Ecology in the Nigerien Sahel, 1800–2000, 399 pp., Cambridge UP, Cambridge 2015.

Last year Cambridge University Press published four works in a row in its African studies series dealing with government and development in the broader Sahel region. Two of these books, Gregory Mann's "From Empires to NGOs" and Benedetta Rossi's "From Slavery to Aid", are explicit contemporary histories of the Sahel and they have more in common than just the similarity of their titles. Both authors give new insights in the way present-day societies and politics of the region have been historically shaped—hence this joint review in which I concentrate on the books' common themes and the way they speak to each other.

Both books carry established themes in African history such as slavery, labour, mobility, migration and state rule. But these classic themes are put in new lights first through the introduction of new players—especially international NGOs and various other forms of the global society—and new decentred locales—such as Niger's Ader region, or the Parisian suburb of Bobigny—and second by the way the authors free these classic themes from the pre-set political agendas that ruled African history from the 1960s to the 1990s, exactly by analysing that specific period historically. Neither author wants to provide one strictly organised interpretation or analysis of this period. Mann offers us a collection of essays and thoughts on a wide variety of topics and persons, connected through his main questions and the life of one influential African politician: Madeira Keita. Rossi's work is bound together by the place she describes: Ader, a region in central Niger, but she does so through multiple voices from various actors, while her own narrative techniques change with the period she describes.

At the heart of both books lie questions about governmentality: the interrelation between populations and political economy, which continuously reconfigures power relations. Both authors argue that, in the case of the contemporary Sahel, the main actors that have shaped the knowledge

registers of political economy in relation to populations in the last six decades are states and NGOs, both engaged in “development”.

It would be wrong, however, to think that in these books the NGOs replace Michel Foucault’s original category of security forces in the construction of governmentality. Both authors emphasise the ways security forces formed the Malian and Nigerien state to a much larger extent than elsewhere in the Sahel. Most of Niger and northern Mali were ruled as a French military territory until 1947. Security forces took over power again in these countries in the shape of military juntas from the 1970s to the 1990s in open and masked forms. These political structures receive ample albeit different attention. In chapter 3 Rossi discusses the massive impact colonial military conquest had on the shapes governmentality took in the region. In his chapter 6 Mann explores the interplay in the 1970s between international human rights organisations and the Malian junta and the fate of the junta’s political prisoners in the penitentiary camps of Mali’s North. Rossi spends a good part of chapter 5 on the construction of the “development society” by the junta in Niger, which, in the name of development, abrogated the civil rights and liberties of its citizens from the 1970s to 1992.

Both authors argue with and against James Ferguson’s idea of development as an anti-politics machine. Where Ferguson stressed the ways in which the technical discourse and praxis of development neutralised the political structures and decisions underlying socio-economic hierarchies, Mann and Rossi show how development discourse and praxis led to new governmentalities in which local and national political elites, international NGOs and donor countries, and local populations recreated previously existing hierarchies through the politics of mobility, labour, and citizenship. As both authors show, in the Sahel, the power fields of governmentality were not reshaped by a simple take over by NGOs from weak states. They were the product of intense negotiation and collaboration between states and international organisations, with a common focus and goal of harnessing the productivity and mobility of populations, by granting or denying access to citizens’ rights and the active denying and claiming of citizenship by these populations.

Both authors apply new terminology to indicate these negotiated forms of governmentality. Borrowing the ‘non’ from NGOs, and linking it to the ‘governmental’ of the state, Mann employs the term ‘nongovernmentality’. The term is not

to invoke some form of state paralysis, but rather the outcome of the interplay between state and non-state actors in the field of political sovereignty in Mali and Niger, which is at the heart of the politics Mann describes. Rossi has developed a notion of governmentality that is specifically adapted to the ecological space of her society. It is one in which power is expressed primarily as control over mobility, as this control in turn shapes power over resources, which in an environment of almost absolute scarcity is vital. Rossi calls this specific form of governmentality ‘kinetocracy’.

The books differ somewhat with regard to the periods they are discussing. “From Empires to NGOs” is set in a strictly contemporary timeframe, from the 1940s to the present, while “From Slavery to Aid” takes a *longue durée* approach starting in the 19th century. They find common ground again in the spatial turn, accentuating in different ways the creation of the Sahel as a space produced in connectivity and mobility. Both authors deal with a large variety of local and global players. Where Mann’s perspective accentuates political elites and a global context of governance between Europe, the US and the Sahel, Rossi’s leans strongly towards the interplay between various local populations in the Ader region. Rossi conceptualises space more explicitly than Mann, but in turn her space is much smaller and more set as ecological and geopolitical place. At the core of Mann’s book is a Sahel seen as an object of governance, investigation, and intervention. Although Mann’s histories could not have been set anywhere else, his Sahel is more a conceptual and political space, less bound by the ecological setting that for many make the Sahel what it is, and more tied in with intercontinental politics of migration and policy formation by citizens and states in the (un)making. Rossi’s Sahel is much more defined by the ecological vagaries that have shaped its recent and more remote histories. Without wanting to reduce the history of the Sahel to a generic account of what climate did to people, Rossi’s narrative focus is fixed on histories of labour and politics in unpredictable environmental and climatic conditions. Nevertheless, the spaces of both authors have substantial overlap in geopolitics. They create Sahelian spaces between local communities, the national states of Mali and Niger, shaped by and connected with European (and American) Imperial and post-colonial powers.

The movement of people is pivotal in the formation and recreation of these spaces. Mobility is of widely recognised importance in the Sahel

and its study is not new. What these two studies add, however, is their focus on what the mobility of populations meant for governmental capacities in Africa. Rossi offers us a local perspective on this topic. She accentuates the role of the local regulation of mobility in the creation of social economic and political hierarchies, in which those in power in any historical period tried to fixate people in the Ader region itself. Those who nevertheless manage to migrate are simply gone, or they return, possibly with new assets. Where they go and what exactly they do there is less relevant in her study. Mann's globalising view pays detailed attention to the whereabouts, living conditions and political activities of migrants abroad, with two chapters focussing respectively on the impact of migration across the Sahel and to France on the complex political dynamics between migration, sovereignty and national identity.

Both authors argue strongly against schematic ideology inspired representations of global relations, that subsume the relations between Africa and the Northern Atlantic under the headings of neo-colonialism, fed by neo-marxist theories of dependencia and world system analysis. Mann argues against a precocious advent (and use of terms as) neo-colonialism by sketching the pre-history of neo-colonialism, thereby showing that the relations between states in the Sahel and the French metropole were shaped mutually through the practicalities of decolonisation, in which the states of the Sahel effectively and vigorously claimed the prerogative of sovereignty. Rossi's conclusion provides a well-argued rejection of neo-Marxist theories—dependencia, world history, and Jean-François Bayart's concept of extraversion—that relegate the Sahel to the role of a periphery providing labour and minerals, the inhabitants of which have (voluntarily) given up their autonomy and sovereignty to outside actors. She points out that in a human-sized history, the agency and intentions of the peoples of the Sahel bear out different histories. So does Mann.

These points are embedded in dense forms of micro history, thoroughly grounded in vast amounts of empirical material. Rossi spent over two decades doing fieldwork in Ader. The result of her long interaction in the region can be found in footnotes referring to innumerable interviews, backed up by a substantial amount of archive material in France and Niger. More or less the inverse holds for Mann, whose equally long personal experience with especially Mali and France forms the backup to an exposé built on

vast amounts of archival material. Both authors, Mann more so than Rossi, have profited from the opening of various new archives to researchers in the past decades. Rossi's main archival work has been in the colonial fonts of the National Archives of Niger, but she had access to some material in regional archives in Niger. Mann's main treasure troves have been the recently opened archives of the Bureau Politique Nationale of the first Malian Republic, the archives of the Comité Militaire de Libération Nationale of the Military regime, and those of the Union Démocratique du Peuple Malien of the Civil Government under Moussa Traoré, but his stories each draw upon a plethora of unexpected archives, such as those of Département Seine-Saint-Denis in Bobigny, or the archives of CARE International. Like Rossi's long fieldwork with the villagers of Ader, these so far underexploited or even ignored archives, allow for decentred perspectives on what cannot simply be called African history, but for which the label global history would be inappropriate as well. It is perhaps therefore that they fit the needs of our day and age in which any place, Bobigny or Ader, can be the centre of the world.

Berlin

Baz Lecocq

Frauen in der Kolonialpsychiatrie

Studer, Nina Salouâ: The Hidden Patients. North African Women in French Colonial Psychiatry, 320 S., Böhlau, Köln u. a. 2016.

Versteckte Patientinnen – *hidden patients* – bilden das Thema von Nina Salouâ Studers englischsprachigem Buch. Darin beschäftigt sie sich mit der Geschichte nordafrikanischer Frauen in der französischen Kolonialpsychiatrie des Maghreb, also dem Gebiet der heutigen Staaten Algerien, Marokko und Tunesien. Ihre Analyse fokussiert den Zeitraum von 1883, dem Erscheinen der ersten Dissertation, die sich dezidiert mit einem Aspekt der nordafrikanischen Psychopathologie befasste (bezeichnenderweise der Kriminalität), bis 1962, dem Jahr der algerischen Unabhängigkeit von Frankreich. In dieser Periode vollzog sich ein wichtiger Wendepunkt: Ab der französischen Besetzung kümmerten sich zunächst vor allem Allgemeinärzte um psychiatrisch auffällige Patienten, welche in schweren Fällen auf dem Seeweg in Psychiatrien nach Frankreich gebracht wurden. Ab circa 1920/1930 entstanden

schließlich auch in Nordafrika eigene psychiatrische Institutionen. Psychiater wurden nun an regionalen Universitäten ausgebildet, wo, im Kreise des einflussreichen Psychiaters Antoine Porot, die *École algérienne de psychiatrie* mit ihren rassistischen Theorien entstand.

Für die Untersuchung zog Studer über 100 Quellen heran – hauptsächlich medizinische Publikationen, die sich mit Psychopathologien im Maghreb beschäftigten. Dies wird durch die Auswertung von Datenmaterial ergänzt. Ein Glossar am Buchende macht die Vielzahl der erwähnten medizinischen Akteure nicht nur übersichtlicher, sondern rückt auch bislang wenig beachtete Figuren in den Blick, etwa die jüdisch-tunesische Psychiaterin Suzanne Taïeb.

Ein erstes, zentrales Analyseergebnis mag zugleich ein Hindernis für die weitere Forschung dargestellt haben. Denn für den gesamten Zeitraum sind vor allem Absenzen beziehungsweise Kontinuitäten festzustellen, die dem Begriff der ‚versteckten Patientinnen‘ auf dreifache Weise gerecht werden: Waren Patientinnen erstens zahlenmäßig sowieso schon seltener als Männer in psychiatrischer Behandlung vorzufinden, so wurden sie zweitens noch seltener überhaupt Gegenstand von psychiatrischen Publikationen – und wenn, dann waren Frauen drittens dort meist nur stereotyp, ohne deutliche Differenzierungen oder zeitliche Modifikationen, repräsentiert. Die Autorin löst dieses Problem auf gelungene Art, indem sie eine themenzentrierte statt chronologische Gliederung des Buches wählt.

Das erste Kapitel behandelt die Konstruktion ‚muslimischer Normalität‘ in psychiatrischen Theorien. Hier dominierten besonders zwei grundsätzliche Konzepte, mit denen Mediziner auch das geringe Auftauchen von Frauen in der Behandlung erklärten: Zum einen die mit der zeitgenössischen Zivilisationskritik verbundene Idee, dass Frauen durch muslimische Traditionen ‚natürlicher‘ lebten und deswegen psychisch gesünder seien; zum anderen die Annahme, muslimische Normalität sei bereits so abnormal, dass sich die Grenze zwischen Gesundheit und Pathologie schwer ziehen lasse. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit den als ‚abnorm‘ klassifizierten Frauen, die tatsächlich Eingang ins psychiatrische System fanden. Dies ging häufig mit ihrer Kriminalisierung wegen Prostitution, Alkoholismus oder Obdachlosigkeit einher. In diesem Rahmen wird die starke Bedeutung der Kolonialpsychiatrie als politischem Ordnungsinstrument deutlich, das primär der Sicherheit europäischer Siedler dienen sollte. Im dritten Kapitel wertet Studer

vorhandene Zahlen aus, die für die Kolonialpsychiatrie nur marginal und sehr unvollständig vorliegen. Ihren Berechnungen gemäß (eine detaillierte Offenlegung der einzelnen Rechenschritte wäre hier wünschenswert gewesen), waren im Untersuchungszeitraum stets circa ein Viertel der kolonialpsychiatrischen Patienten weiblich, wohingegen in psychiatrischen Fallgeschichten aber nur circa sechs Prozent Frauen auftauchten. Darüber hinaus betont sie Aspekte wie die oft höheren Todesraten von Frauen in Psychiatrien. Im vierten Kapitel steht die therapeutische Behandlung im Vordergrund. Hier erscheint der Maghreb in den 1930er bis 1950er Jahren als Versuchsgebiet, in welchem neue medizinische Therapien (etwa Elektroschock) ausprobiert wurden, bevor diese auch in Frankreich breiter angewandt wurden. Das fünfte Kapitel diskutiert die Abwesenheit bestimmter diagnostischer Kategorien bei nordafrikanischen Patientinnen. So wurde bei ihnen seltener als in Europa die zeitgenössische ‚generelle Paralyse‘ („general paralysis“, S. 184), Wochenbettpsychose oder Hysterie diagnostiziert, wohingegen die Diagnosen von Manie und Epilepsie überrepräsentiert scheinen.

Mit ihrer Arbeit schließt Studer an die medizin- und wissenschaftsgeschichtlichen Analysen von Kolonialpsychiatrien an, die ab den 1980er Jahren zunahmen und von denen besonders Richard Kellers 2007 erschienenes Buch „Colonial Madnes. Psychiatry in French North Africa“ für das Thema einschlägig ist. Studer erweitert dieses Forschungsfeld sinnvoll um den Aspekt von Geschlecht, wodurch eine intersektionale Analyse unterschiedlicher Machtkategorien möglich wird. Dem Problem, dass es sich um ein – tatsächlich auch in den Quellen – wenig präsentenes Thema handelt, wird dabei kreativ und materialreich entgegnet. Dies macht Studers Arbeit zu einer empfehlenswerten und wichtigen Studie sowohl für die Geschlechter- oder Rassismusforschung als auch für die Psychiatriegeschichte. Darüber hinaus besteht eine politische Aktualität des Buches. Seit der Diskussion um die Vorfälle in Köln erhalten orientalistische Zuschreibungen über ‚die Nordafrikaner‘ und ‚deren‘ Frauenunterdrückung schließlich neue Brisanz. Mit Studers Analyse lassen sich einschlägige Mechanismen auch für die Psychiatriegeschichte identifizieren. So zeigt sich nicht nur, dass viele orientalistische Stereotype eine lange Kontinuität haben: Oft übernahmen Psychiater bereits ältere Vorstellungen von Kolonisatoren, um ihnen dann durch die Wissenschaft neue Legitimität zu verleihen. Sondern es wird auch deutlich, wie Mediziner eigene misogynie

Annahmen – die sich darin äußerten, dass sie Frauen entweder vernachlässigten oder homogenisierten – nach Außen verlagerten und einem verallgemeinerten Islam zuschoben.

Berlin

Lisa Malich

Paradoxes Erbe

Hausteiner, Eva Marlene: Greater than Rome. Neubestimmungen britischer Imperialität 1870–1914, 411 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

An der altherwürdigen Universität Oxford rumort es. Seit einiger Zeit versuchen Aktivisten Cecil Rhodes vom Sockel zu stoßen. Der Diamantenhändler und praktizierende Imperialist hatte Ende des 19. Jahrhunderts im südlichen Afrika den Ruhm Britanniens gemehrt – und seinen eigenen Reichtum. Dies wird ihm nun angekreidet, obwohl mit dem Geld, über das die nach Rhodes benannte Stiftung verfügt, nicht zuletzt Studierenden aus dem Commonwealth der kostspielige Aufenthalt in Oxford ermöglicht wird. Zwar lehnte Anfang 2016 das Oriol College, an dem der umstrittene Stifter einst selbst eingeschrieben war, die Entfernung einer Rhodes-Statue ab. Doch die mit dem Namen Rhodes verknüpfte Kontroverse über Rassismus, Ausbeutung und Erinnerung ist symptomatisch für die Brisanz des imperialen Erbes in aktuellen Debatten. Zu Recht verweist Eva Marlene Hausteiner daher am Ende ihrer diskursgeschichtlich dicht gewobenen Studie über Rom als Bezugspunkt britischer Imperialreflexion auf Parallelen mit Entwicklungen im internationalen Staatensystem zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Denn das eklatante Machtgefälle zwischen einzelnen Akteuren im *great game* unserer Tage erhöht den Legitimationsdruck auf politisches wie ökonomisches Herrschaftshandeln.

In den viereinhalb Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges huldigte die in Oxford und Cambridge oft althistorisch ausgebildete Führungsschicht Großbritanniens einer Art „elitäre[r] Autosuggestion“ (S. 54), um das Wachstum und die Konflikte des Empire zu rationalisieren. Der Rekurs auf die Antike half dabei, sowohl den Status quo zu rechtfertigen als auch unter den sich wandelnden Bedingungen des internationalen Kräftefelds neue Ansätze zu wagen. Der Bezug auf das Imperium Romanum war also weit mehr als bloß schmückendes Beiwerk. Hausteiner

widmet sich detailliert drei Problemkreisen des Regierens im Weltformat: der Stabilität, dem Status und dem Differenzmanagement.

Dominierte bei der Frage nach der Stabilität des Empire zunächst im Anschluss an Edmund Burke die Sorge um Dekadenz und Korruption, welche die für politisch Verantwortliche unabdingbare *civic virtue* zu untergraben drohten, so verschoben sich die Debatten imperialer Selbstvergewisserung immer mehr in eine utilitaristisch-technokratische Richtung. In Edward Gibbons Fahrwasser distanzieren sich Beobachter vom „neoklassischen Mainstream“ (S. 105), indem sie nun Vorboten des *imperial decline* ins Visier nahmen. Der Fortschrittsglaube des viktorianischen Zeitalters lenkte den Blick zudem auf die systemische Ebene. John Robert Seeley präparierte die materiellen Ursachen des kaiserzeitlichen Abstiegs Roms heraus, und wer seiner Analyse folgte, verlegte sich auf „Überdehnungsbewältigung durch Effizienzsteigerung“ (S. 147). Diese Outputorientierung verhielt den Kolonisierten die Segnungen konkret fassbarer Kollektivgüter und der imperialen Elite ein probates Mittel gegen die Wühltätigkeit konkurrierender Imperien, der Barbaren der Neuzeit. Wie Hausteiner überzeugend darlegt, schlagen die Imperialapologeten so dem *Edwardian pessimism* ein Schnippchen, indem sie just aus dem „spektakulärste[n] Erinnerungsort imperialen Niedergangs“ (S. 169) die Hoffnung schöpfen, der ewigen Wiederkehr imperialer Zyklen zu entrinnen. Da jedoch quantitative Indikatoren nicht genügten, um sich der Dauerhaftigkeit des imperialen Projekts zu versichern, bedurfte es der *greatness* als diskursiver Statusanzeige. Zum einen verbürgte nach dieser Lesart die *soft power* britischer Selbstlosigkeit das Prestige imperialer Herrschaft und half gleichzeitig, deren Kosten zu minimieren. Zum anderen grassierte spätestens seit Benjamin Disraeli eine „Rassenpanegyrik“ (S. 204), deren essentialistischer Zungenschlag in weiten Kreisen des metropolitanen Establishments Gehör fand.

Allerdings wuchsen auch die Zweifel an Rom als tauglichem Vorbild für die Selbstverortung des britischen Imperialismus, denn das weltpolitische Koordinatensystem um 1900 ließ sich selbst bei erheblichem rhetorischem Aufwand nicht mit dem der Antike in eins setzen. Sosehr der Gedanke einer *translatio imperii* der imperialen Elite in London auch schmeicheln mochte, sowenig wollte sie sich in das Prokrustesbett eines historischen Determinismus zwingen. Die territoriale und ethnische Vielfalt des Empire erforderte schließlich ein behändes Differenzmanagement, das den

Spagat zwischen *imperium et libertas* nur auf den ersten Blick erschwerte. Am Beispiel Indiens nach der Revolte von 1857 kann Hausteiner plausibel nachweisen, wie der Subkontinent als vermeintlich „fixe Raumzeitkonstellation“ (S. 313) aus dem progressiven Raster des Utilitarismus eines John Stuart Mill herausgebrochen wurde, um unter dem Signum der *good government* – legitimatorisch entschlackt – autoritär regiert werden zu können. Die Erbringung infrastruktureller Leistungen trat in den Vordergrund, das Emanzipationsversprechen wurde bis auf weiteres ad acta gelegt, und hierfür bot Rom sogar wieder eine brauchbare Folie. Freilich stieß auch diese Analogie rasch an ihre Grenzen, da die *men on the spot* den „herrschaftsfestigenden Charakter der Diversitätsdiagnose“ (S. 314) jeglichen Uniformierungsbestrebungen römischer Observanz vorzogen. Die Heterogenität lieferte vielmehr einen Modus Vivendi für liberale und hierarchische Geltungsansprüche gleichermaßen.

Hausteiners diskursiver Spürsinn führt sie zu der Einsicht, dass der Bezug auf Rom zwar durchaus zur Legitimation prekärer Machtkonstellationen taugte, aber letztlich zu sehr im Allgemeinen verharrte, als dass er mit konkreten Handlungsanweisungen aufwarten konnte. Als Fundus historischer Vergleiche vermochte Rom immerhin die schillernden Widersprüche imperialer Herrschaft zu drapieren. Das paradoxe Erbe des Empire wirkt indes moralisch wie sicherheitspolitisch bis in die Gegenwart hinein nach. Die postimperiale Gemengelage im Mittleren Osten ist ein schlagender Beweis dafür.

Korb

Gerhard Altmann

Herausforderungen des Rassismus

Hamann, Ulrike: Prekäre koloniale Ordnung. Rassistische Konjunkturen im Widerspruch. Deutsches Kolonialregime 1884–1914, 382 S., transcript, Bielefeld 2015.

Momentan stehen die Chancen gut, dass man im sogenannten ‚Afrikanischen Viertel‘ im Berliner Wedding bald nicht mehr durch die Lüderitzstraße, die Petersallee oder über den Nachtigalplatz läuft. Langfristiges zivilgesellschaftliches Engagement, unter anderem durch afrikanische Organisationen, ist inzwischen bis in die Ortsvereine der Parteien vorgedrungen. Auch Ulrike Hamann möchte mit ihrem Buch in aktuelle Politiken

hineinwirken, indem sie die Aufmerksamkeit auf das Thema Rassismus zur Zeit des deutschen Kaiserreiches lenkt. Sie betont, die Ausläufer des Kolonialismus seien bis heute politisch spürbar (S. 15). Umso dringlicher erscheint es ihr, diesen Kolonialismus in seiner historischen Genese noch einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Zwar gibt es inzwischen eine Vielzahl von Studien zum deutschen Kolonialismus und von einer kurzen und damit für die deutsche Geschichte marginalen Kolonialzeit reden wohl auch nur noch wenige Historiker oder Historikerinnen. Fast schon unüberschaubar groß erscheint zudem das Feld der Forschungen zu Rassismus. Gleichwohl gelingt es Hamann, zu dieser Fülle an Arbeiten eine neue Perspektive auf die gut 30 Jahre währende Zeit aktiver Kolonialherrschaft des Deutschen Reiches hinzuzufügen. Theoretisch methodisch wählt die Autorin dabei einen um Praktiken und Politiken erweiterten, postkolonial ausgerichteten diskursanalytischen Zugriff.

Ulrike Hamann beschränkt ihren Blick innerhalb des Kolonialismus explizit auf Fragen des Rassismus, der, wie sie darlegen kann, eine Allianz mit dem Antisemitismus eingeht. Noch spezieller schaut sie auf Momente innerhalb der deutschen Kolonialgeschichte, in denen Rassismus problematisiert, herausgefordert oder hinterfragt wurde, auf „prekäre“ Momente für die kolonialisierende Macht in ihrer Interpretation. Dazu wählt sie nach einer ausführlichen Einleitung drei Fallstudien in chronologischer Folge, die einen historischen Wandel von Rassismen beziehungsweise rassistischer Praktiken zeigen.

Erstens befasst sie sich mit dem reichsdeutschen Alltag im ausgehenden 19. Jahrhundert. Quellengrundlage bilden hier die Arbeiten von Mary Church Terrell (1863–1954) und W.E.B. Du Bois (1868–1963), zweier afroamerikanischer, hochgebildeter und scharf beobachtender Berlinbesuchender. Von Terrell gibt es Tagebücher aus ihrer Berlinzeit, die Hamann befragt hat. Hier treten erstaunliche Befunde zutage. So ist die Szene besonders eindrücklich, in der Terrell ihrer deutschen Zimmerwirtin erklärte, der Rassismus in den USA funktioniere ähnlich wie der Antisemitismus im Kaiserreich. Hamann kann zeigen, dass „Hautfarbe“ im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts noch „keine große Rolle“ spielte, der Antisemitismus jedoch eine selbstverständlich anmutende Alltagspräsenz hatte (S. 155).

Zweitens untersucht Hamann den Krieg gegen die Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 im damaligen Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). Da dieser Krieg in der

deutschsprachigen Forschung zur Kolonialgeschichte, unter anderem durch die Debatten von Jürgen Zimmerer und Birthe Kundrus über die These einer Kontinuität zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus, schon sehr viel Aufmerksamkeit gefunden hat und Hamann keine maßgeblich neuen Quellen hinzufügen kann, birgt dieses Kapitel nicht viele neue Erkenntnisse. Im Hinblick auf ihre spezifische Fragestellung nach dem ‚Wie‘ des Rassismus und nach dessen Wandel, kann die Autorin trotzdem auf eine neue Art und Weise darlegen, dass sich rassistische Äußerungen und Praktiken in Anbetracht des umstrittenen Krieges verschärften.

Im dritten Großkapitel geht es Ulrike Hamann schließlich um den „kolonialen Alltag“ in den letzten Jahren der deutschen Herrschaft in Kamerun. Hier tragen die theoretischen Analysebegriffe, die in der Einleitung entwickelt wurden, meines Erachtens sehr gelungen die Interpretation. Auch die Beschwerden der Bevölkerungsgruppe der Duala über das Kolonialregime in Kamerun, die sich an den Reichstag in Berlin richteten, sind in der Forschung schon untersucht worden. Mit Jacques Rancières Begriff des Unvernehmens kann die Autorin jedoch noch einmal sehr eindrücklich eine These zur der Frage entwickeln, was der eigentliche Konflikt in Kamerun war: die Gleichheit, die die Duala einforderten beziehungsweise mit der sie argumentierten, die im Kolonialsystem jedoch nicht vorgesehen war und auf die die Kolonialherren mit Hinrichtungen antworteten. Durch die Deutung als Unvernehmen bekommt Hamann Aspekte widerständiger Praktiken in den Blick, die außerhalb des kolonialen Diskurses lagen – denn Gleichheit wurde nicht verhandelt.

Die theoretische Analyseebene der drei Fallbeispiele ist beeindruckend. Gleichzeitig schmälert sie mitunter das Lesevergnügen etwas. Die Einleitung ist 67 Seiten lang und diskutiert mehr als vierzehn theoretische Referenzen. An Autoren seien nur Antonio Gramsci, Chantall Mouffe und Ernesto Laclau, Jacques Rancière, Judith Butler, Michel Foucault, Paul Mecheril und Stuart Hall genannt, um die Bandbreite der Ansätze und Disziplinen zu veranschaulichen, die Hamann in ihre Studie einbezieht. Eine stärkere Fokussierung wäre hier mitunter wünschenswert gewesen, auch wenn die Autorin alle Ausführungen immer wieder an ihre eigenen Fragen rückbindet.

Mit dem offensichtlich theoretisch sehr geschulten Blick hätte manche Interpretation vielleicht etwas freier ausfallen können, nicht zuletzt weil dem Buch ein breites, großes Lesepublikum

zu wünschen ist. Denn die Fallbeispiele in ihrer Auswahl und Analyse zeugen sehr eindrücklich von der Hartnäckigkeit und Wandelbarkeit einer abwertend hierarchisierenden Denk- und Handlungsweise und sensibilisieren für Formen des Rassismus, die momentan wieder erschreckend aktuell erscheinen.

Bielefeld

Bettina Brockmeyer

Theoretischer Rahmen zur Volkszählung

Göderle, Wolfgang: Zensus und Ethnizität. Zur Herstellung von Wissen über soziale Wirklichkeiten im Habsburgerreich zwischen 1848 und 1910, 330 S., Wallstein, Göttingen 2016.

Die Geschichte der habsburgischen Volkszählung ab 1869 sowie der von der ‚kakanischen‘ Verwaltungsstatistik gepflogene Umgang mit dem immer bedeutender werdenden Moment der Ethnizität stehen im Zentrum dieser ursprünglich an der Universität Graz abgeschlossenen Dissertation. Bei den ab der Mitte des 18. Jahrhundert in der Habsburgermonarchie durchgeführten Volkszählungen – den so genannten „Seelenkonstruktionen“ – hatte das Merkmal der Sprache oder der Nationalität zunächst kaum eine Rolle gespielt: Es wurde in den Formularen schlicht nicht erfasst, wobei die in der Regel deutschsprachigen Erhebungsorgane durchaus Dolmetscher einsetzten, um in den jeweiligen Provinzen zum Beispiel mit der tschechischen Bevölkerung zu kommunizieren. Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollte sich dies radikal ändern, die Konflikte rund um Sprache und Ethnie eskalierten dermaßen, dass im Nachhinein die auch vom Autor zitierte These aufgestellt wurde, die Monarchie sei an einem Formular zu Grunde gegangen, einem Formular nämlich, welches das Merkmal der Ethnizität ausschließlich durch die Frage nach der „Umgangssprache“ zu erfassen suchte.

Der erste Teil von Göderles Arbeit behandelt die Durchführungsbestimmungen zum cisleithanischen Zensus von 1869, die gemäß dem Befund des Autors einen erheblichen Aufwand darauf verwendeten, die zu erfassenden Staatsbürger_innen einem bestimmten Raum zuzuordnen; es folgt eine Analyse der mit der Volkszählung befassten Institutionen mitsamt einer Vielzahl biographischer Skizzen des leitenden Personals des

Zensus: Dessen führende Akteure entstammten zumeist dem deutschsprachigen mittleren Bürgertum und verstanden sich gleichermaßen als Beamte wie als Gelehrte, die bis 1890 eine Statistik produzierten, die der deutschen Universitätsstatistik Göttinger Prägung näher stand als der politischen Arithmetik eines Adolphe Quetelet. Das abschließende Kapitel wiederum untersucht in Stichproben Vermessungen, Verhandlungen und Darstellungen von Ethnizität, beginnend mit der berühmten ethnographischen Karte des Karl Czoernig über die Umgangsspracherhebung der Volkszählung von 1880 bis hin zu den eigens durchgeführten „Zigeuner-Conscriptionen“. Gemäß dem heute nur mehr wenig überraschenden Resümee brachte die vom Zensus beabsichtigte Vermessung von Ethnizität erst den zu vermessenden Gegenstand hervor; es war die Volkszählung selbst, die einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur „Durchethnisierung der Habsburgermonarchie“ (S. 270) leistete.

Durchgängiges Merkmal der Arbeit ist die Anwendung des Vokabulars der von Bruno Latour und seinem Team entwickelten Akteur-Netzwerk-Theorie; dieses beherrscht Göderle souverän und setzt es auch systematisch ein. Er kann damit überzeugend die Fruchtbarkeit dieses Ansatzes für die Analyse historischen Verwaltungshandelns klarmachen, warum allerdings in einer zentralen Schlussfolgerung plötzlich ein Begriff Lacan'scher Psychoanalyse („Herrens signifikant“, S. 280) Verwendung findet, bleibt unklar, genauso wie die pointillistische Bezugnahme auf den Kittler'schen Begriff der Aufschreibesysteme überflüssig erscheint, da diese an keiner Stelle weiter entfaltet wird.

Generell gilt, dass die vorliegende Studie an einem Missverhältnis zwischen theoretischem Apparat und präsentierten Quellenbefunden leidet: Letztere ruhen in erster Linie auf gedrucktem Material wie Gesetzestexten, Durchführungsbestimmungen, publizierten Sitzungsprotokollen sowie Zeitschriftenartikel und obwohl der Autor an verschiedenen Stellen darauf zu sprechen kommt, dass eine „enorme Menge an Archivalien“ (S. 148, vgl. auch 226) vorliege, injiziert er diese seiner Arbeit nur in sehr homöopathischen Dosen. Über die Gründe dafür lässt sich nur spekulieren, da diese nicht eigens genannt werden, vermutlich handelt es sich um eine forschungspragmatische Entscheidung angesichts einer Überfülle an historischem Material, die auch im Rahmen einer Dissertation kaum zu bewältigen gewesen wäre. Dabei wird Göderles Studie gerade an diesen wenigen Stellen besonders

interessant, wenn er etwa auf die dem Ministerium des Inneren vorgebrachte Beschwerde von Einwohnern galizischer Gemeinden eingeht, die monierten, ihre Umgangssprache sei bei der Volkszählung von 1910 falsch in die Formulare eingetragen worden (S. 266–270). Erst mithilfe solcher Mikrokonflikte, die die Staatsmacht mit der zu verdatenden Bevölkerung konfrontieren, lässt sich ein Eindruck von den Problemen und Unzulänglichkeiten derlei Erfassungsmaßnahmen gewinnen und ein Bild liefern, das von deren geglätteten Endprodukten, seien es Tabellenhalten, ethnographischen Karten oder dem im Buch ebenfalls behandelten „Kronprinzenwerk“ erheblich abweicht.

Wolfgang Göderles Buch liefert eine solide Grundlage für eine noch zu leistende, auf der Auswertung von Archivalien beruhende Untersuchung der habsburgischen Volkszählungen in der Endphase der Monarchie. Es setzt einen theoretischen Rahmen, der durch Archivarbeit noch empirisch zu füllen ist.

Wien

Anton Tantner

Massenausweisungen im deutschen Kaiserreich

Fitzpatrick, Matthew P.: Purgings the Empire. Mass Expulsions in Germany, 1871–1914, 320 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2015.

Die Studie des in Adelaide/Australien lehrenden Historikers, der sich bereits mit seinem 2008 erschienenen Buch „Liberal Imperialism in Germany. Expansionism and Nationalism, 1848–1884“ als ein Kenner deutscher politischer Geschichte im 19. Jahrhundert erwiesen hat, ist ein anspruchsvoller, innovativer und weithin überzeugender Beitrag zur Geschichte des deutschen Kaiserreiches. Sie liefert erstmalig eine zusammenfassende Darstellung der im Kaiserreich zu Friedenszeiten durchgeführten Massenausweisungen von ‚unerwünschten‘ Gruppen und beleuchtet theoretisch fundiert deren rechtlichen und politischen Hintergrund.

Während die Ausweisungen einiger Gruppen (vor allem die von Jesuiten, Sozialdemokraten, ausländischen Polen und Juden) sich fest im kollektiven Gedächtnis dieser Minderheitengruppen erhalten haben und auch relativ gut erforscht sind, sind diejenigen anderer Gruppen (wie z. B. der Dänen in Schleswig, der

französischen „Agitatoren“ in Elsass-Lothringen, der „Zigeuner“ in Bayern, der Afrikaner in der deutschen Kolonie Südwestafrika) weniger allgemein bekannt. Fitzpatrick's Analyse der einzelnen Fälle basiert auf gründlicher Kenntnis der Quellen (insbesondere der parlamentarischen Debatten) und der einschlägigen Forschungsliteratur. Schon in der kenntnisreichen Synthese dieser verschiedenen Ausweisungsaktionen liegt ein bedeutender Erkenntnisgewinn.

Die Darstellung der Einzelfälle wird darüber hinaus durch eine stringente Fragestellung zusammengehalten, die auf den Charakter des Kaiserreiches als Rechtsstaat zielt. Ausgehend von Carl Schmitts Souveränitätslehre („Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“) fragt Fitzpatrick nach den verschiedenen Bedeutungen und konkreten historischen Kontexten, die das Konzept des Ausnahmezustands und der Ausnahme Gesetze im Kaiserreich bestimmt haben. Dabei kann er vor allem dreierlei zeigen: 1. Es gab kein einheitliches Rechtsinstrument im Kaiserreich für die Massenausweisungen, vielmehr wurden unterschiedliche Vollmachten und Verfahren benutzt. Der Autor unterscheidet konkret zwischen „demokratischen Ausweisungen“ (die auf parlamentarisch verabschiedeten Reichsgesetzen beruhten), „Länder-spezifischen Ausweisungen“ (die nur von einem Bundesstaat durchgeführt wurden) und „extrakonstitutionellen Ausweisungen“ (die die speziellen Rechtsräume in Elsass-Lothringen und Deutsch-Südwestafrika betrafen). 2. Die Ausweisungen waren nicht Ausdruck eines zentralistischen und autokratischen Obrigkeitsstaates, der durch Ausnahmemaßnahmen seine Macht zu stabilisieren suchte. Vielmehr spielten zivilgesellschaftliche Interessenorganisationen und lokale und regionale politische Akteure eine wesentliche Rolle als Initiatoren der Ausweisungen. 3. Im Gegensatz zu Carl Schmitts Auffassung (und der Rechtspraxis im nationalsozialistischen Deutschland), der zu Folge ein Ausnahmezustand außerkonstitutionelle Vollmachten legitimiere, blieben die repressiven Ausnahme Gesetze und Ausnahmemaßnahmen (wie die Massenausweisungen) im Kaiserreich an die Normen und Praktiken des Rechtsstaates gebunden: „[T]he mass expulsions that took place in the German Empire demonstrate the extent to which it was a *Rechtsstaat* characterized by multiple, constitutionally delineated sites of sovereign power which were subject to intense and often effective forms of political and civic pressure that were by no means politically monodirectional“ (S. 261, Hervorhebung im Original).

Während Fitzpatrick's Untersuchung insgesamt durch ihre klare Sprache und differenzierte Argumentation besticht, wird der positive Gesamteindruck an einzelnen Stellen jedoch durch zugespitzte Urteile geschmälert: Bekanntlich war die 1885/86 durchgeführte Massenausweisung von circa 32.000 ausländischen Polen und Juden aus den preußischen Ostprovinzen die bei weitem umfangreichste Ausweisungsaktion im deutschen Kaiserreich. Der Autor behandelt sie in zwei verschiedenen Kapiteln. In Kapitel 4 stellt er die Ausweisungen in den Kontext der zunehmenden demographischen Bedrohung durch polnische Einwanderer in den preußischen Ostprovinzen. In Kapitel 5 („A Question of Motivation“) diskutiert er ausführlich die Frage, ob die Aktion der preußischen Regierung vielleicht (auch) antisemitisch motiviert gewesen sein könnte. Gegen die etablierte Forschung zu diesem Thema (Helmut Neubach, Jack Wertheimer, Till van Rahden u. a.) vertritt er die These, antisemitische Vorstellungen und Forderungen hätten im Entscheidungsprozess überhaupt keine Rolle gespielt. Die preußische Regierung habe mit dem Ausweisungsbeschluss allein auf die zunehmende Polonisierung des preußischen Ostens reagiert. Ausländische Juden seien als „Polen“ und nicht als „Juden“ in die Ausweisungen einbezogen worden. Entsprechend erwähnt Fitzpatrick in seiner Zusammenfassung allein Polen und nicht Juden als Zielgruppe der Ausweisungen. Diese These vermag in ihrer Zuspitzung nicht zu überzeugen und ist angesichts der eindeutigen Quellenlage nicht zu halten. Es scheint fast so als habe Fitzpatrick sich von der Sprachregelung, mit der Bismarck die Ausweisungen öffentlich rechtfertigte, blenden lassen. Aber schon den Zeitgenossen war der logische Bruch in Bismarck's Argumentation aufgefallen: Warum waren fast ein Drittel (ca. 10.000) aller ausgewiesenen Ausländer Juden (die weder polnisch sprachen noch als Träger polnischer Kultur identifiziert werden konnten), wenn der alleinige Grund der Ausweisungen in der Bekämpfung des „polnischen Einflusses“ lag? Für Bismarck waren die eingewanderten osteuropäischen Juden ein „lästiges Element“ *sui generis*; die Ausweisungsaktion richtete sich mindestens ebenso sehr gegen sie wie gegen die ausländischen Polen. Es gibt klare Belege für diese Haltung. So schrieb Bismarck im März 1885 an den deutschen Botschafter in Sankt Petersburg, die preußische Regierung plane, die „eingewanderten polnischen Katholiken und Juden“ auszuweisen (Helmut Neubach „Die Ausweisungen von Polen und Juden aus

Preussen 1885/86“, 1967, S. 33) und im Sommer 1885 ließ er beim Innenminister nachfragen, warum sich unter den Ausgewiesenen bisher „so wenige Bekenner des mosaischen Glaubens“ befänden (ebd., S. 41). Fitzpatrick erwähnt diese von Neubach zitierten Quellen, die seiner These direkt widersprechen, mit keinem Wort. Stattdessen behauptet er ebenso vollmundig wie leichtfertig: „During the critical first stages of the expulsion, Jews were never mentioned by Bismarck or other officials as either intended or accidental targets of the measures“ (S. 129). Hier ist die handwerkliche Sorgfalt des Historikers, die Fitzpatricks Darstellung ansonsten kennzeichnet, offenbar der Lust an der steilen revisionistischen These zum Opfer gefallen.

Bergen

Christhard Hoffmann

Vergleichende Universitätsgeschichte

Birn, Marco: Die Anfänge des Frauenstudiums in Deutschland. Das Streben nach Gleichberechtigung von 1869–1918, dargestellt anhand politischer, statistischer und biographischer Zeugnisse, 385 S., UV Winter, Heidelberg 2015.

Universitätsgeschichte wird fast immer als Geschichte einer *bestimmten* Universität geschrieben. Studien, die ein Thema an mehreren Universitäten vergleichend untersuchen, sind äußerst rar, denn es gilt nicht nur, die Hochschulpolitik der verschiedenen deutschen Staaten zu berücksichtigen. Schon die Statistik sowie die gedruckten Personalverzeichnisse (die damals auch Name, Fach, Herkunft aller immatrikulierten Studierenden umfassten) sind so unterschiedlich angelegt, dass man zunächst selbst eine Vergleichsgrundlage erarbeiten muss (die außerdem die unterschiedliche Fakultätsgliederung zu berücksichtigen hat). Schon deshalb verdient das Unternehmen von Marco Birn, die Anfänge des Frauenstudiums an allen 21 (ab 1914: 22) Universitäten des Kaiserreichs zu vergleichen, größten Respekt.

Das Buch besteht aus drei unterschiedlich langen und gewichtigen Teilen: Im ersten werden, was für den Vergleich auch genügt, die *Grundzüge* der Hochschulpolitik der Bundesstaaten herausgearbeitet (S. 21–87), und zwar strikt auf die Frage der Immatrikulation beschränkt (s. u.). Dafür werden in kleinerem Umfang auch archiva-

lische Quellen einbezogen. Knapp werden Gründe für und gegen das Frauenstudium (S. 89–95) und „Die Frauenbewegung als Bildungsbewegung“ (S. 97–105) zusammengefasst.

Die größte Leistung steckt im zweiten Teil: Die Gruppe der immatrikulierten Studentinnen wird zunächst für das gesamte Reich, dann für jede einzelne Universität untersucht: soziale Herkunft, Konfession, Vorbildung, Studienfächer, Altersstruktur (S. 118–183). Dieses Kompendium bietet jedem, der künftig Arbeiten zu diesem Thema beginnt, eine Grundlage (auch als Tabellenteil S. I–LI). Zur fortlaufenden Lektüre eignet sich dieser Abschnitt allerdings kaum: Der Leser verliert den Überblick – und sollte am besten nur die letzten Sätze zu jeder Universität und die Zusammenfassung des gesamten Teils lesen, zu der auch eine Auswertung nach Berufsfeldern gehört, die die eruierten Zahlen in deren Entwicklung einbettet und mit Beispielen verbindet (S. 186–269).

Teil III stellt anhand gedruckter Erinnerungen sowie einiger zeitgenössischer publizistischer Quellen „Lebensverhältnisse und Versorgungslage“ dar, perspektiviert auf die Frage der Gleichberechtigung und veranschaulicht durch treffende Zitate. Dabei unterscheidet Birn zu Recht *nicht* zwischen Immatrikulierten und Gasthörerinnen. Der Korporationsanteil der männlichen Studentenschaft und die Lebenshaltungskosten in den einzelnen Städten bleiben leider unberücksichtigt, und die (auf S. 13 als Fragestellung dieses Teils formulierte) Entwicklung einer eigenen Identität tritt eher in den Hintergrund.

Vieles, was aus der Forschung, Erinnerungen und zeitgenössischer Publizistik bekannt ist, wird hier solide untermauert und zugleich differenziert. Besonders überzeugt die Gegenüberstellung preußischer und nichtpreußischer Universitäten, die sich vor allem aus der Gewährung der Immatrikulation für seminaristisch gebildete Lehrerinnen mit zweijähriger Berufspraxis (aber nur an der Philosophischen Fakultät!) in Preußen ergibt. Aus diesem Grund war der Anteil der Medizinerinnen hier viel kleiner als anderswo, das Durchschnittsalter beträchtlich höher.

Das Problem der sogenannten ‚Russinnen‘ wird mehrfach gestreift, wobei sich (durch falschen Bezug) ein gravierender Zahlen-Irrtum einschleicht (S. 314: „1.000“). Systematisch und vergleichend erörtert wird dieser Aspekt nicht. Fast alle Universitäten ließen Abiturientinnen russischer Mädchengymnasien prinzipiell nur als Gasthörerinnen zu (Ausnahme: Gießen), gestatteten ihnen aber die Promotion. Faktisch immatrikulierte die Berliner Universität jedoch viele, weil

sie zuvor schon an einer Schweizer Universität immatrikuliert gewesen waren. Andererseits studierten zum Beispiel im Sommer 1910 in Straßburg, als dort nur 58 Frauen immatrikuliert waren, allein 49 Frauen aus dem Russischen Reich (sowie einige weitere Ausländerinnen und Deutsche) mit Hospitantenbuch (d. h. quasi-regulär) (Maurer „Russische‘ Doktorinnen deutscher Universitäten“, i. V.).

Zwar muss für die Frage der *Gleichberechtigung* die Herbeiführung der Immatrikulation untersucht werden. Doch eine Untersuchung allein des immatrikulierten Teils der Studentinnenschaft vermittelt *kein* zutreffendes Bild der „Anfänge des Frauenstudiums“, da die Frage, welche Frauen mit welcher Vorbildung eine Universität immatrikulierte oder nur als Gasthörerin zuließ, so unterschiedlich gelöst wurde und manche Studentin mit dem Wechsel der Universität auch ihren Status im Lauf ihres Studiums mehrfach wechselte. Bei der Beschränkung auf Immatrikulierte (die arbeitspraktisch verständlich ist) ‚verliert‘ man alle Frauen, die ‚nur‘ Hospitantinnen waren, an den außerpreußischen Universitäten auch die deutschen Lehrerinnen! Trotzdem hat man infolge der unterschiedlichen Regelungen und Zulassungspraxis sehr heterogene Gruppen von Immatrikulierten. (Verzeichnisse der Hospitantinnen sind für die meisten Universitäten nur handschriftlich überliefert.)

Schließlich vermisst man bei diesem reichsweit ausgerichteten Werk (fast unvermeidlich) nicht nur diverse Erinnerungen und Untersuchungen zu einzelnen Aspekten oder Universitäten, sondern auch einige Werke zum Frauenstudium, deren ‚steile‘ Thesen gerade aufgrund eines statistisch untermauerten Vergleichs *aller* Universitäten zu diskutieren wären: P. Mazón („Gender and the Modern Research University“, 2003, S. 115–151 und pointiert in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 5 [2002], S. 185–198), der zufolge die Immatrikulation von Frauen (in Preußen und Sachsen) nur durch bewusste Ausschließung von Ausländerinnen, insbesondere russischen Jüdinnen möglich geworden sei, und L. Hirsch („Vom Schtetl in den Hörsaal“, 2010), der zufolge Jüdinnen, insbesondere aus dem Russischen Reich, den deutschen Frauen den Weg an die Universität gebahnt hätten. Nicht zuletzt könnte man durch den gesamtdeutschen Vergleich die Schlussfolgerung einer Untersuchung der preußischen Enquête zur Habilitation von Frauen (1907) überprüfen, wonach „der Ausschluss der Frauen von der akademischen Laufbahn an preußischen Universitäten [...] als

Voraussetzung für die allgemeine Zulassung (Immatrikulation)“ zu deuten sei (E. Brinkschulte, in: E. Dickmann u. a. „Barrieren und Karrieren“, 2000, S. 177–192, hier S. 184). So gesehen, ermöglichte Preußen (*gegen* den Willen der Studentinnen mit Abitur und *gegen* den Willen der Frauenbewegung) vielen Frauen also einen beschränkten Zugang zur Universität und damit einen beträchtlichen sozialen Aufstieg – aber zugleich schloss es *alle* Frauen von der Universitätslaufbahn aus.

Mit der Erstellung, Aufbereitung und Auswertung von Statistiken hat Marco Birn eine immense Leistung erbracht – doch auf Kosten einer stärkeren Einbindung in die Forschungsdiskussion.

Göttingen

Trude Maurer

Haben Intellektuelle ein Geschlecht?

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): Eingreifende Denkerinnen. Weibliche Intellektuelle im 20. und 21. Jahrhundert, 251 S., Mohr Siebeck, Tübingen 2015.

Ausgangspunkt dieses Bandes ist eine Ausblendung: Wiewohl der Begriff in Singular wie Plural geschlechtsneutral sei, blieben Frauen, wie die Herausgeberin Ingrid Gilcher-Holtey in ihrem Prolog konstatiert, „von der Analyse der intellektuellen-Figur ausgeschlossen“ (S. 1). Die Beiträge des hier zu besprechenden Bandes zielen auf die Analyse dieses Ausschlusses ebenso wie auf die Einschreibung ausgewählter Protagonistinnen in die intellektuelle Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die vorgestellten Denkerinnen (u. a.: Käthe Kollwitz, Hanna Arendt, Simone de Beauvoir, Susan Sontag oder Judith Butler – alle Beispiele stammen aus dem globalen Norden) verbindet allerdings weder eine spezifische politische Orientierung noch teilen sie eine wissenschaftliche Theorie. Gemeinsam ist ihnen aber, dass das soziologische und politische Konzept des/der Intellektuellen auf sie anwendbar erscheint, sie aber zugleich als Frauen aus der Wahrnehmung als Intellektuelle ausgeschlossen sind.

Der titelgebende Begriff des eingreifenden Denkens knüpft an Bertold Brechts Entwurf des symbolischen Kampfes um legitime Sichtweisen sozialer Realität an. Thema ist damit eine „Politik der Wahrnehmung“ (Pierre Bourdieu), die eine Transformation sozialer Realitäten durch

die Veränderung der Kategorien ihrer Darstellung intendiert (S. 2). Unbeschadet der typologischen Ausdifferenzierung des Begriffs von einem auf universelle Werte verweisenden „allgemeinen“ Intellektuellen über unterschiedliche Abgrenzungen des „spezifischen“, „kollektiven“, „öffentlichen“ oder „Bewegungsintellektuellen“ konnotiert das Konzept eine männliche Identität, die in enger Konformität mit der männlichen Definition der politischen Öffentlichkeit im 19. Jahrhundert steht. Das Paradoxon von Gleichheit und Differenz durchzieht, wie Joan Scott („Only Paradoxes to Offer“, 1996) so treffend aufgezeigt hat, die politische Öffentlichkeit seit der Französischen Revolution und stellt Frauen vor die Wahl, ihrer Ausgrenzung aus dem politischen Diskurs mit dem Verweis auf die besonderen Anteile von Frauen am gesellschaftlichen Geschehen zu kritisieren und damit Differenz zu affirmieren oder sich auf die Gleichheit aller Menschen zu berufen und damit die Unterordnung und Marginalisierung von Frauen auszublenden. Diesem Widerspruch entgeht auch die Herausgeberin in der Konzeption des Bandes nicht, wenn sie zum einen bei der Einordnung der vorgestellten weiblichen Intellektuellen an die vorgebliche Geschlechtsneutralität des Konzepts anschließt, zum anderen aber nach einem „neue[n] Typ weiblichen eingreifenden Denkens“ (S. 3) fragt. Die Problematik wird noch deutlicher, wenn man diesen Zugriff in den Kontext früherer Arbeiten Gilcher-Holteys stellt. So hat sie 2007 unter dem Titel „Eingreifendes Denken“ eine historische Analyse des Konzepts und seiner Realisierungen am Beispiel deutscher und französischer Intellektueller vorgelegt – alle 14 Fallbeispiele waren Männern oder von Männern dominierten Gruppierungen gewidmet.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Frage besonders brennend, wie die von den Autorinnen und Autoren des aktuellen Bandes vorgelegten Konstellationsanalysen das Paradoxon von Gleichheit und Differenz aufgreifen. Die Fallanalysen thematisieren spezifische Momente und Prozesse, in denen die Protagonistinnen als Intellektuelle hervorgetreten sind. Dabei wird deutlich, dass das dem Intellektuellenbegriff verbundene Konzept der öffentlichen Affäre, in der Einzelne jenseits von eigenem ökonomischen Interesse ihr symbolisches Kapital einsetzen, um gegen ein von ihnen wahrgenommenes Unrecht öffentlich eintreten, in einem manifesten Spannungsverhältnis zu Weiblichkeitskonzeptionen der bürgerlichen Öffentlichkeit steht. So ist ihr symbolisches Kapital aufgrund der langen

Geschichte der Ausgrenzung aus höheren Bildungsinstitutionen zumeist geringer – sie müssen sich häufig erst eine Position als Sprecherinnen in der Öffentlichkeit verschaffen, bevor sie ihre Stimme gegen die Mehrheit in dieser Öffentlichkeit erheben können. Dies zeigt etwa Brigitte Studer am Beispiel von Margarete Buber-Neumann, die „weder über akademische Titel noch literarisches Renommee“ (S. 63) verfügte und daher ihr symbolisches Kapital allein auf ihre lebensgeschichtlichen Erfahrungen (in stalinistischen wie in nationalsozialistischen Lagern Gefangene gewesen zu sein) stützen konnte. Damit habe sie zwar die „die Erfahrung des ‚Totalitarismus‘ sozusagen verkörpert“ (S. 64), habe aber theoretisch nichts zur Totalitarismustheorie beitragen können. Differenzen zum Konzept des/der Intellektuellen arbeitet auch Kristina Schulz in ihrer Auseinandersetzung mit Erika Mann und deren Kabarett „Pfeffermühle“ im Schweizer Exil heraus. Erika Mann sei aus der Intellektuellenforschung nicht zuletzt deshalb ausgeblendet worden, weil sie mit dem „Selbstverständnis der intellektuellen Welt“ (S. 39) brach, dass es sich dabei um einen „Ort des ökonomischen Desinteresses“ handle. Erika Mann ging es nicht zuletzt darum, in der prekären Situation des Exils während des Zweiten Weltkrieges einer ganzen Gruppe von Personen ein ökonomisches Auskommen zu schaffen (ebd.).

Beide hier exemplarisch herausgegriffenen Konstellationen sind nicht auf Frauen beschränkt. Doch in dem Maß, in dem ökonomisches und symbolisches Kapital im 20. Jahrhundert – und auch im 21. Jahrhundert – zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt sind, erweisen sich Fallanalysen zu weiblichen Intellektuellen als ein guter Weg, um die Grenzen des theoretischen Konzepts aufzuzeigen. Sie erlauben aber auch, beispielhaft spezifische Lösungen vorzustellen, wie sie etwa Erika Mann im Modell des „intellektuellen Unternehmens“ (S. 43) oder Margarete Buber-Neumann mit der Positionierung des „eigene[n] Lebens als Beleg“ (S. 58) schuf. Und so sind die Fallstudien dieses lesenswerten Bandes sind nicht nur anregend für die Reflexion und (Re-)Konzeptualisierung des Begriffs des/der Intellektuellen, sie machen auch individuelle und kollektive Strategien sichtbar, die weniger mit einem essentialisierenden Konzept weiblichen Denkens zu tun haben, sondern vielmehr deutlich machen, wie aus einer marginalisierten Position in öffentliche Auseinandersetzungen eingegriffen werden kann.

Wien

Johanna Gehmacher

19. JAHRHUNDERT

Probleme der Risorgimento-Forschung

Griessner, Florika/Vignazia, Adriana (Hrsg.): 150 Jahre Italien. Themen, Wege, offene Fragen, 413 S., Praesens, Wien 2014.

Die Feiern zum 150. Jahrestag der italienischen Einheit von 1861 haben nicht nur in Italien, sondern auch im deutschsprachigen Raum Anlass geboten, über das Risorgimento, also die nationale Bewegung und die Prozesse der Nationalstaatsbildung in Italien, zu diskutieren und die jüngsten Forschungsdebatten aufzuarbeiten. In diesem Zusammenhang ist der hier zu besprechende Band entstanden, der die Ergebnisse einer Ende 2011 in Graz veranstalteten Tagung zusammenfasst und sich von anderen Werken ähnlicher Art durch die Betonung des Verhältnisses von Österreich und Italien abhebt. Dies ist von besonderer Relevanz, denn das Habsburgerreich spielte im 19. Jahrhundert als Hegemonialmacht auf der Apenninhalbinsel und als Feindbild der Nationalbewegung eine zentrale politische Rolle, die in der italienischen wie internationalen Forschung allerdings viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Auch in den zahlreichen Tagungen, die in Italien anlässlich des ‚Jubiläums‘ der Nationalstaatsgründung veranstaltet wurden, kam das Problem nur am Rande zur Sprache. Überhaupt lässt sich konstatieren, dass das Risorgimento in den letzten Jahren zwar publizistisch und geschichtspolitisch recht präsent war, aber kaum methodische Innovationen zu verzeichnen sind. Nach wie vor wird die historische Forschung zum Risorgimento in hohem Maße durch das von Alberto Mario Banti im Jahre 2000 publizierte Werk „La nazione del Risorgimento. Parentela, santità ed onore alle origini dell'Italia unita“ geprägt, das eine kulturgeschichtliche Wende herbeiführte und damit einen überfälligen Innovationsschub auslöste. Allerdings hat sich danach schnell ein neuer, kulturgeschichtlicher Hauptstrom der Forschung mit eigenem Kanon von Themen und Ansätzen etabliert. Auf diesem Wege ist die Nation wieder zu einem bevorzugten Forschungsgegenstand geworden, wobei vor allem Diskurse, Mythen und symbolische Repräsentationen oder Vermittlungsformen der Nation im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Dies gilt auch im Wesentlichen für den vorliegenden Band, in dem 24 zum Teil vorzügliche Aufsätze in drei Rubriken versammelt und geordnet sind. Dabei gilt es hervorzuheben, dass dem

deutschen Publikum durch die hervorragende Übersetzung der italienischen Beiträge der Einblick in die italienische Forschungslandschaft erheblich erleichtert wird. Die Aufsätze des ersten Teils gehen aus historischer und literaturwissenschaftlicher Perspektive der „Konstruktion des Nationalstaates“ nach. Gefragt wird nach den Diskursen des Nationalstaats und Begriffen der Nation (Michael Metzeltin, Helmut Konrad), dem Verhältnis von Sprache und Nation (Francesco Sabatini), dem Begriff der *italianità* (Gualtiero Boaglio), verschiedenen Facetten der literarischen Vermittlung des Nationalen (Adriana Vignazia, Susanne Knaller, Albert Göschl, Sarah Zappulla Muscarà, Elke Lackner), der Rolle von Giuseppe Verdis Musik (Christian Springer) und nicht zuletzt der Erneuerung der nationalen Bildersprachen (Anna Villari).

Der zweite Teil des Bandes widmet sich dem Thema „Historiographie und nationale Einheit“ und behandelt Dimensionen der risorgimentalen Geschichte, die bislang verdrängt worden seien. Am Beginn des Abschnitts steht eine inspirierende Skizze der Geschichte Italiens, welche den Gegensatz von Kirche, Volk und liberalen beziehungsweise laizistischen Führungsschichten hervorhebt (Mario Isnenghi). Am Beispiel der Biographie des Aufklärers Francesco Saverio Salvi wird zudem der Beitrag der Freimaurerei zur Nationalbewegung erläutert (Antonio Trampus). In einem exzellenten Überblicksartikel erhält der Leser Einblicke in die Geschichte der jüdischen Minderheit und deren Verhältnis zur Nation (Tullia Catalan). Ferner wird die Sicht von Schriftstellerinnen auf die Nation und den Nationalstaat problematisiert (Adriana Chemello, Laura Auteri). In einem rechtsgeschichtlichen Beitrag wird das Verhältnis norditalienischer Eliten zum Habsburgerreich und zum Risorgimento aufgearbeitet, das keineswegs spannungsfrei war (Maria Rosa di Simone). Auch die ökonomischen Folgen der Einigung werden konzise dargelegt (Fiorenza Fischer), Piero Violante thematisiert das komplexe Verhältnis des Südens zur Nationalstaatsbildung, das sich in die risorgimentalen Meistererzählungen freilich nicht einfügen lässt. Schließlich ist ein sehr gelungener Beitrag über den Südtiroler Journalisten und Historiker Claus Gatterer und dessen politische Ideen sowie dessen Verhältnis zu den Föderalisten des Risorgimento hervorzuheben (Renate Lunzer).

Abgeschlossen wird der Band durch eine Reihe von Texten zur „Rezeption des Risorgimento“. In diesem Zusammenhang werden die mobilisierende Kraft und die Rezeption des Risorgimento in der zionistischen Bewegung (Roberta Ascarelli), in Böhmen (Pavel Helan), Ungarn

(Ilona Fried) sowie die Rolle thematisiert, welche die deutsche Schriftstellerin Ludmilla Assing für die Vermittlung der demokratischen Ideen des Risorgimento spielte (Maria Chiara Mocali).

Obwohl die Aufsätze sich zumeist Spezialproblemen widmen, gewinnt der Leser in ihrer Zusammenschau dennoch einen prägnanten Überblick über wichtige Stränge der Diskussionen zum Risorgimento. Es bleibt zu hoffen, dass der kleine Aufschwung, den dieser Forschungsbereich auch im deutschsprachigen Raum erlebt hat, nach dem Ende der Jubiläumsfeiern in Italien und dem unvermeidlichen Rückgang der medialen Präsenz des Risorgimento weiter anhält. Der vorliegende Band bietet dazu jedenfalls vielfältige Impulse und Anknüpfungspunkte.

Jena

Thomas Kroll

20. JAHRHUNDERT

Hinter der internationalen Forschung zurück?

Domeier, Norman u. a.: Gewinner und Verlierer. Beiträge zur Geschichte der Homosexualität in Deutschland im 20. Jahrhundert, 109 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld publiziert im 7. Band ihrer Schriftenreihe die fünf Beiträge der Sektion „Von Verlierern der Moderne zu Gewinnern der Post-Moderne? Die Geschichte der Homosexualität in Deutschland im 20. Jahrhundert“ des 50. Deutschen Historikertages 2014 in Göttingen, auf dem erstmals eine Sektion zur Geschichte der Homosexualität stattfand. Ebenfalls zum ersten Mal war, wie Jörg Litwischuh als Geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld in seinem Geleitwort hervorhebt, mit dem gemeinsamen Informationsstand der Stiftung und des „Fachverbands Homosexualität und Geschichte“ ein Stand von Organisationen zugelassen, die sich mit der Erforschung der Geschichte der Homosexualität beschäftigen.

Norman Domeier und Rainer Nicolaysen, die Initiatoren der Sektion, verweisen in ihrer Einleitung mit Recht darauf, dass es lange „in der deutschen Geschichtswissenschaft als ein wenig seriöses Unterfangen und geradezu karrierefördernd [galt], Homosexualitätsgeschichte zu

betreiben“ (S. 7). Erst in jüngster Zeit habe sich dies zu ändern begonnen. Ebenso konstatieren sie, die deutschsprachige Forschung hinke der angloamerikanischen in „Ansatz, Thema und Erkenntnisinteresse“ (ebd.) hinterher. Dies ist nach Ermessen des Rezensenten etwas zu kurz gefasst und auf den etablierten akademischen Betrieb fokussiert. Denn deutschsprachige Autor_innen rezipieren seit Jahrzehnten Theorien, tragen zu ihrer Weiterentwicklung und zum internationalen Forschungsstand bei, allerdings selten im Rahmen einer institutionellen Absicherung. Viele Themen aber sind in der Tat wenig beleuchtet worden, es fehlen insbesondere analytische Studien zur Geschichte gleichgeschlechtlichen Begehrens in der Frühen Neuzeit und zur Entwicklung homosexueller Lebenswelten in Großstädten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die über die Präsentation interessanter Quellen hinausgehen. Zutreffend sind die Aussagen der beiden Historiker sicherlich in Bezug auf die nicht vorhandene akademische Etablierung einer Subdisziplin (Homo-)Sexualitätsgeschichte und deren fehlende Absicherung durch wissenschaftliche Einrichtungen. Außerdem gibt es in Deutschland nur wenige Ansätze, Sexualitätsgeschichte mit anderen Gebieten der Geschichtswissenschaft zu verbinden, und umgekehrt äußern sich viele Autor_innen zu Aspekten der Sexualitätsgeschichte, ohne deren Theorien und Ergebnisse zu kennen, wie etwa als bekanntestes Beispiel Lothar Machtans Behauptung zeigte, Adolf Hitler sei homosexuell gewesen. Ausgehend von diesen Überlegungen war es den beiden Initiatoren der Sektion offensichtlich wichtig, die zeitliche Breite der Geschichte gleichgeschlechtlichen Begehrens vom Deutschen Kaiserreich bis in die BRD und DDR und weniger die Tiefe darzustellen. Gerade vor diesem Hintergrund verwundert es, dass sich nur ein Beitrag auch mit der Geschichte Frauen begehrender Frauen beschäftigt, ohne dass dies in der Einleitung thematisiert wird.

Norman Domeier zeigt in seinem Beitrag „Die deutsche Homosexuellenbewegung im Kaiserreich und ihre Niederlage im Eulenburg-Skandal (1906–1909)“, wie der Prozess um das „Outing“ führender Politiker im Umfeld Kaiser Wilhelms II. zwar zu einem breiten Thematisieren von Homosexualität in der deutschen Öffentlichkeit, aber eben nicht zu ihrer zunehmenden Akzeptanz führte. Im Gegenteil sei massive Abwehr gegen Homosexualität quasi als gesellschaftliche Norm formuliert worden, weil sie „die Volksgesundheit bedrohe“ (S. 21). Dies illustriert er umfassend mit gut ausgewählten Quellen, insbesondere Zeitungsartikeln. Domeier vertritt die These, der Eulenburg-Skandal

habe eine „heterosexuelle Liberalisierung“ (S. 23) mit sich gebracht, da „angesichts der Bedrohung der Heterosexualität durch Homosexualität ein[] moralische[r] Wert wie Keuschheit außer Kraft“ (S. 22) gesetzt worden sei. Auch sieht er den Eulenburg-Skandal als „Geburtsstunde der Homophobie“ (S. 13) an. An beiden Thesen zeigt sich – trotz ihrer politischen Relevanz – besonders deutlich, dass der Beitrag offensichtlich nur selektiv, etwa implizit in Anlehnung an Dagmar Herzog, Forschungsergebnisse der Geschlechter- und der Sexualitätsgeschichte berücksichtigt: Keuschheit wurde im Sinne der bürgerlichen Doppelmoral primär von Frauen erwartet, die sexuelle Sozialisation vieler männlicher Jugendlicher der oberen Schichten fand während des Kaiserreiches schon vor dem Eulenburg-Skandal im Bordell statt. Und ohne die Konstruktion von Homosexualität als Abweichung von einer unter anderem dadurch konstruierten Norm kann es keine Homophobie geben. Das Konzept der Conträrsexualität des ausgehenden 19. Jahrhunderts erreichte nunmehr als Homosexualität eben mit dem Eulenburg-Skandal die deutsche Öffentlichkeit. Die Stigmatisierung „unmännlichen“ oder „effeminierten Verhaltens“ hat es aber schon weit vorher in der Geschichte gegeben, nicht zuletzt in der öffentlichen Auseinandersetzung um den irischen Schriftsteller Oscar Wilde im Zuge des Prozesses 1895 in London, hier auch mit klarer Benennung einer vermeintlichen Bedrohung der Gesellschaft durch Männer, die „so“ sind. Das „Neue“ im Zuge des Eulenburg-Skandals ist die Bedeutung des nunmehr mit Recht als Homophobie zu bezeichnenden Phänomens für die Staatsräson in Deutschland, wie von Claudia Bruns und Susanne zur Nieden 2005 am deutlichsten dargelegt wurde.

Ausgehend von einer Tafel zur Geschichte Homosexueller in der Weimarer Republik in der Berliner Ausstellung „Topographie des Terrors“ kommt Martin Lücke in seinem Beitrag „Scheinerfolge und Emanzipationsstillstand. Männliche Homosexualitäten in der Weimarer Republik“ entgegen dem typischen positiven *master narrative* zu diesem Zeitabschnitt zu dem Ergebnis, dass „bestenfalls“ von einem „Emanzipationsstillstand“ gesprochen werden könne (S. 32), und schlägt dementsprechend einen neuen Ausstellungstext vor. Lücke konstatiert eine „Trennung zwischen anständiger und randständiger männlicher Homosexualität“ (S. 29) durch die „Homosexuellen-Bewegung“ der Weimarer Republik, indem er auf die Männerbilder im Film „Anders als die Andern“ und die Forderung vieler Beiträge in den Homosexuellen-Zeitschriften, „männlich

aufzutreten“, eingeht. Ferner analysiert er eine Äußerung des einflussreichen DVP-Abgeordneten Wilhelm Kahl, der die geplante Abschaffung des § 175 StGB 1929 mit der Hoffnung begründete, dass die Homosexuellen dann weniger mit Forderungen in der Öffentlichkeit präsent seien. Lücke sieht hierin ein treffendes Beispiel für das von Pierre Bourdieu formulierte Konzept der „Unterdrückung als ‚Unsichtbarmachen‘“. Lücke hat sicherlich Recht, das Bild der Goldenen Zwanziger Jahre als zu einseitig zu kritisieren. Die von ihm – möglicherweise bewusst überspitzt – bestrittenen Fortschritte gegenüber dem Kaiserreich sehe ich hingegen schon: So gab die Demokratie – mit allen Einschränkungen durch die neu eingeführte Zensur – den Raum, überhaupt größere Organisationen zu bilden, Zeitschriften zu veröffentlichen und öffentlich zu verkaufen und damit zu Selbstfindung und Selbstbewusstsein beizutragen. Auch wäre das Sonderstrafrecht für sexuelle Handlungen zwischen Männern beinahe liberalisiert worden, um nur zwei Aspekte zu nennen.

Rainer Nicolaysen ordnet in „Entwürdigt – Die Aberkennung von Dokortiteln im ‚Dritten Reich‘. Homosexuelle Opfer der Hamburger Universität“ das Entziehen akademischer Grade in die NS-Geschichte deutscher Universitäten ein. Am Beispiel der 59 Depromotionen an der Hamburger Universität und mit der Schilderung der sechs Fälle wegen Verurteilung nach § 175 StGB zeigt Nicolaysen, wie deutsche Hochschullehrer „vorausseilend und rigoros [...] gegen die ohnehin schon Verurteilten“ (S. 46) vorgingen und homophobe Stereotype reproduzierten. Der Entzug des Dokortitels habe bei den meisten Betroffenen den Verlust der Existenzgrundlage mit sich gebracht. Er betont, dass Aberkennungen von Dokortiteln vor der NS-Zeit nur im Falle eines Betrugers erfolgten, und stellt fest, dass die an allen deutschen Universitäten spätestens 1939 reichsweit eingeführten Bestimmungen in den Promotionsordnungen, die Depromotionen wegen „unwürdigen Verhaltens“ ermöglichten, über die NS-Zeit hinaus gültig blieben. So hätten die Gerichte Verurteilungen von Promovierten weiterhin an die Universitäten gemeldet und habe die Universität Hamburg bei Verurteilungen nach § 175 Verfahren eingeleitet, aber letztlich alle ohne Entzug des Dokortitels beendet. Darüber hinaus beleuchtet Nicolaysen den Umgang mit den während der NS-Zeit erfolgten Depromotionen nach 1945. Bis heute unterschieden viele Universitäten „zwischen den ‚rassisch‘ und politisch motivierten Entziehungen einerseits und den nach damaligen Strafgesetzen Verurteilten andererseits“ (S. 60).

Maria Borowski fragt in „Schwule und Lesben in der frühen DDR – Verlierer der Moderne?“ in Anlehnung an das Konzept der *low theory* der US-amerikanischen Anglistin Judith Halberstam nach *queer failures* in der frühen DDR, wobei sie alle drei möglichen Übersetzungen von *failure*, also Versäumnis, Verlust und Nichterreichung eines Zieles, heranzieht. Borowski stellt fest, dass die Dichotomie von Gewinnern und Verlierern zu kurz greife, um ihren 13 Interviewpartner_innen gerecht zu werden. Trotz der gesellschaftlichen Diskriminierung, die ein offen homosexuelles Leben verunmöglichte, hätten viele doch ein zufriedenes Leben geführt.

Michael Schwartz bietet schließlich mit „Entkriminalisierung und Öffentlichkeit. Mediale Reaktionen zur Reform des Homosexuellen-Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1969–1980“ einen interessanten Einblick in die Berichterstattung deutscher Medien. Er hebt hervor, dass die Verlagerung der Auseinandersetzung von der juristischen auf die gesellschaftliche Ebene schon vor der Strafrechtsreform von 1969 begonnen habe. Da Fragestellung, Theorie, Methode und Grundlage der Quellenauswahl nicht genannt werden und der Autor einschlägige Forschungsliteratur und die Geschichte der Schwulenbewegung nicht berücksichtigt, was etwa in Bezug auf die Bundestagswahl von 1980 als Anlass der Spaltung der Bewegung sinnvoll gewesen wäre, liefert der Beitrag primär interessante Quellen, die weiter zu untersuchen wären.

Auch auf folgenden Historikertagen sollte eine Sektion zur Geschichte gleichgeschlechtlichen Begehrens stattfinden und damit zu einer weiteren Institutionalisierung der Forschung beigetragen werden. Die Aufsätze zeigen auf, in welche Richtungen weitergeforscht werden kann. Denn nicht zuletzt die Frage nach dem Gewinn oder dem Verlust gleichgeschlechtlich begehrender Menschen in der Moderne und Postmoderne ist bisher unbeantwortet.

Hamburg

Stefan Micheler

Orthodoxe Biographie

Wengst, Udo: Theodor Eschenburg. Biographie einer politischen Leitfigur 1904–1999, 279 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

Diese Biographie über Theodor Eschenburg (1904–1999) von Udo Wengst präsentiert sich

als eine jener konventionell gearbeiteten, von Quellenhistorikern hergestellten Sorte aus der positivistischen Tradition des Historismus des 19. Jahrhunderts, die implizit der berühmten, von Lord James Bryce vertretenen Maxime gefolgt ist, dass „the fact is the first thing. Make sure of it. Get it perfectly clear“. Der Autor hat sie in neun Kapitel untergliedert; einziges Ordnungsprinzip sind die epochalen national-, kontinental- und weltgeschichtlichen Zäsuren. Ausgehend von Kindheit und Jugend sowie Studienzeit in Tübingen, in welcher Eschenburg seine ersten kalkulierten Netzwerkaktivitäten unternahm, geht der Autor sodann auf Eschenburgs Rolle als Doktorand in Berlin (beim Verfassungshistoriker Fritz Hartung) ein.

Im Kapitel über die Betätigungsfelder Eschenburgs in der Endphase der Weimarer Republik steht die Gründung des konservativen Debattierclubs „Quiriten“ in Berlin am Beginn (S. 71–75). Die Aktivitäten bei der Gründung der „Deutschen Staatspartei“ sowie die entsprechend unvermeidlichen Richtungskämpfe und organisatorischen beziehungsweise individuellen Befehdungen (S. 78–84), sind weitere Stationen in Eschenburgs Persönlichkeitsbeschreibung. Eschenburg war zwar äußerst rege am Parteaufbau beteiligt, er war aber kein Mann von „großer Bedeutung“ (S. 83). Eschenburg als „(w)irtschaftspolitischer Amtsträger im Dritten Reich“ ist das Kapitel überschrieben (S. 95–134), in welchem Wengst jene Aktivitäten Eschenburgs thematisiert respektive rekapituliert, die im Vorfeld zur „Eschenburg-Kontroverse“ geführt und über die der Porträtierte nach dem Kriege kein Wort verloren hat (z. B. S. 115, 254f.). Dazu gehören sowohl seine berufliche Arbeit in der Fachgruppe „Knopf- und Bekleidungsindustrie“ beziehungsweise „Schnitz- und Formerstoffe verarbeitende Industrie“ als auch seine temporäre Mitgliedschaft in der SS. Dazu gehört die Politik der forcierten „Arisierung“ jüdischen Vermögens und jüdischer Unternehmen, in die Eschenburg qua institutionellem Handlungsrahmen beruflich eingebunden war – „marginal“ nennt dies Wengst (S. 254) und geht ausführlich auf Eschenburgs gesellschaftlichen Umgang ein (S. 126–131).

Die Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg umreißen drei Kapitel. Im ersten wird Eschenburg als Mitglied der Regierung des kleinen Landes Württemberg-Hohenzollern geschildert. Dabei steht Eschenburg in seiner Eigenschaft als Landeskommissar für das Flüchtlingswesen, besonders seine Kompetenzstreitigkeiten mit den Franzosen (S. 137–145), im Mittelpunkt. Hier hat es Wengst leider versäumt, die 1999 erschienene

Arbeit von Andrea Kühne heranzuziehen, die ein weitaus lebendigeres und eingehenderes Bild von Eschenburgs Tätigkeit gezeichnet hat (etwa das Prinzip der Assimilationspolitik, dem Eschenburg gefolgt war). Ebenso zur Sprache kommen Eschenburgs Funktion als Leiter der Rechtsabteilung des „Deutschen Büro für Friedensfragen“, als Berater für Verfassungsfragen auf der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz (S. 145–151) sowie als kompromissloser Trommler für einen Südweststaat (S. 156–168).

Der vorletzte Abschnitt handelt von den Umständen der Berufung Eschenburgs an die Tübinger Universität, den Schwerpunkten seiner Lehrveranstaltungen, seinen Rufen an konkurrierende Universitäten und einigen seiner externen Habilitanden, seiner überraschenden Wahl zum Rektor 1961 sowie seine Mitwirkung an den Berufungen von Ernst Bloch und Walter Jens (S. 169–201). Die Lebensbeschreibung würdigt sodann die Stellung Eschenburgs in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit in akademischer, publizistischer, pädagogischer und politischer Hinsicht (S. 202–242). Das Buch schließt ab mit knappen Ausführungen über den Lebensabend: „Familiäres, Krankheiten und die Fron des Memoirenschreibens“ (S. 243–252). Dabei entpuppt sich die Schilderung über die Entstehung der beiden Autobiographien noch als die beachtenswerteste Passage (S. 245–250).

So weit, so schlecht. Der zitierte Lord Bryce hatte gleichwohl nicht einer Tendenz des Hyperfaktualismus das Wort geredet, sondern durchaus Raum für philosophische Generalisierungen zugelassen, freilich nur unter Bezug auf andere Fakten und Faktenrelationen. Was hätte ein philosophisch oder theoretisch bewandeter Historiker aus diesem Stoff herausholen können, wenn nur ein wenig Phantasie das Nachdenken und Esprit die Sprache beflügelt hätten! Was hat aber Wengst daraus gemacht? Er hat sich zum Götzendienst seiner Quellen gemacht, die buchhalterisch, um nicht zu sagen: pedantisch, teilweise narkotisierend aneinander gereiht werden. Wo es an Quellen mangelt, herrscht Schweigen, findet offenbar keine Geschichte statt. Das hat umgekehrt die Konsequenz, dass manches Nebensächliche, Überflüssige und Ermüdende in die Darstellung eingeströmt ist, nur weil es eben aktenkundig ist; vieles bleibt folglich unerklärt und unverständlich. Es findet sich auch Widersinniges wie zum Beispiel jener Satz auf Seite 116, wo es um das Hinwegsehen Eschenburgs hinsichtlich seiner behördlichen Aktivitäten in Sachen Arisierung jüdischer Firmen geht: „Da Siedler und Fest

[die mit ihm längere Interviews für seine Autobiographie geführt hatten, AM] nicht nach der ‚Arisierung‘ gefragt haben, ist Eschenburg hierauf auch nicht zu sprechen gekommen“.

Wengst hat gleich am Anfang klargestellt, dass die Biographie „nicht der Ort [sei]“, die von Rainer Eisfeld 2011 entfachte und von Hannah Bethke und Anne Rohstock später angereicherte Kontroverse über Eschenburgs Verhalten im ‚Dritten Reich‘ „fortzusetzen“ (S. 4). Aber auf Schritt und Tritt begegnet dieser Streit, wie ein roter Faden durchzieht dieser als Subtext die Darstellung, beherrscht sie gleichsam, allen gegenteiligen Beteuerungen des Autors zum Trotz. Wieder und wieder sucht Wengst die These aufrecht zu erhalten, dass Eschenburg kein Rechtsradikaler gewesen sei, schon gar kein Sympathisant der Nationalsozialisten, sondern ein zwar nationalbewusster, aber eher gemäßigter konservativer Etablierter, für den nur ein gut funktionierender Regierungs- und Verwaltungsapparat die Gewähr dafür biete, die immer komplexer werdenden staatlichen Aufgaben bewältigen zu können. Schon in der „Einleitung“ wird das sichtbar. Dort erscheint Eschenburg als Repräsentant derjenigen Kräfte „im Bürgertum, die sich für den Bestand der Republik gegen ihre Gegner einsetzten“ (S. 2). Hier fällt auch das Wort von der ‚Skandalisierung‘, die in der Zuordnung Eschenburgs ins rechtsradikale Lager bestehe, „[a]uf der Grundlage einiger weniger Quellen“ (S. 3). Hier rächt sich unter anderem, dass Wengst jegliche Beurteilungsmaßstäbe und -gründe außer Acht lässt, deren Diskussion im Angesicht der Liquidierung der Juden als Grundziel der NS-Politik unerlässlich sind. Wengst erscheint es auch als Denkmalsschändung, dass die Eschenburg-Kritiker auch vor seinen Aktivitäten nach 1945 „nicht halt“ machten (ebd.).

Sein berufliches Leben im ‚Dritten Reich‘ war nach außen hin angepasst, in seinem Denken lehnte Eschenburg die nationalsozialistische Ideologie hingegen ab (S. 100, 104, 254). Das Stammrollenblatt des SS-Beitritts wird von Wengst in seiner Bedeutung heruntergespielt (S. 102). Eschenburg war, trotz zweimaliger Aufforderung, nie der NSDAP beigetreten (S. 103f.). Wengst muss durchaus zugeben, dass Eschenburg an den Arisierungsmaßnahmen beteiligt war, sie aber verantwortlich nicht eingeleitet oder forciert habe (S. 115). Das ist ein untaugliches Argument, denn niemand hat je behauptet, dass Eschenburg diese Aktionen „eingeleitet“ habe. Herausgestellt wird die Hilfestellung für einen jüdischen Unternehmer (ebd.). Auch das gesellschaftliche Netzwerk, in welchem sich Eschenburg aufhielt, bot

die gehörige Distanz zum NS-System (S. 130). Eschenburg lässt sich, so der Autor, sogar der „inneren Emigration“ zurechnen, obwohl einer politisch angreifbaren Haltung (S. 134). Das verhöhnt aber den Emigrationsbegriff.

Der Entlastungsstrategie des Autors im Blick auf Eschenburgs Verhalten in Kaiserreich, Weimarer Republik und ‚Drittem Reich‘ korrespondiert wie automatisch mit Eschenburgs Liberalitätseinstellungen in der Bundesrepublik gegenüber Andersdenkenden. Das wird insbesondere in der Funktion als Professor für Politische Wissenschaft in Tübingen herausgestrichen, wo sein Umgang mit Lehrthemen und Schülern als „Beleg für die Liberalität und Offenheit“ bewertet wird (S. 185, 187), ebenso sein Verhältnis zu linken nonkonformen Anhängern wie Agnoli oder Krippendorff (S. 187f.). Die Berufungen der gesellschaftskritischen beziehungsweise marxistischen Gelehrten Walter Jens und Ernst Bloch sind weitere Beweise seiner liberalen Einstellung, die ihn bei konservativen Kollegen nicht gerade beliebt gemacht haben (S. 194–197), ebenso seine Verhalten als Mitherausgeber der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (S. 214). Wengst resümiert diese offenerhaltige Haltung Eschenburgs mit dem Satz: „Damit forderte Eschenburg das Recht auf politischen Irrtum (Bloch hatte sich vom orthodoxen Marxismus distanziert), und zwar sowohl für ‚rechten‘ wie für ‚linken‘. Dies sollten alle diejenigen bedenken, die meinen, Eschenburg und mit ihm viele andere, auch die, die sich viel stärker auf den Nationalsozialismus eingelassen hatten als er, auf Dauer an den Pranger stellen zu müssen“ (S. 197).

Anne Rohstock hat Wengst und überhaupt der Zeitgeschichte unlängst zu Recht vorgehalten, ihre Analysen zu theoriefern anzulegen [„Vom Anti-Parlamentarier zum ‚kalten Arisierer‘ jüdischer Unternehmen in Europa. Theodor Eschenburg in der Weimarer Republik und im Dritten Reich“, in Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 63 (2015), H. 1, S. 33–58]. Ihre intellektuelle Phantasie bleibt aber, wie so oft, bei einem der „charismatic french“ (Lawrence Stone) stehen – in ihrem Falle Gilles Deleuze, der emphatisch eingeführt wird, aber am Ende im Nebel der Schlussfolgerungen auf mysteriöse Weise verschwunden ist. Dass Theorie Not tut, legt gerade das Thema „Eschenburg“ sehr nahe. Man gewinnt mehr an Erkenntnis, wenn die theoretische Erörterung aus dem ‚Gegenstand‘ heraus, wie Bryce insistiert hat, erfolgt. Einige Hinweise, die die Relevanz theoretischer Zugänge evident werden lassen, mögen genügen: Wengst hat an einer Stelle eine gewisse

Feigheit Eschenburgs in Situationen, wenn es brenzlich wurde, konstatiert (S. 27). An dieser Stelle muss der Ruf nach persönlichkeits-theoretischen Erwägungen, die die politische Psychologie bereitstellt, ertönen. Der Autor war doch in der glücklichen Lage, mit den Töchtern Eschenburgs sprechen zu können. Mit den Interviewmethoden der qualitativen Sozialforschung kann hier manches hervorgeholt werden. Wengst hat vielfach seinen Helden als Netzwerker bezeichnet. Da liegt es doch nahe, netzwerktheoretische Erkenntnisse zu verarbeiten. Ein schwieriges Thema ist Eschenburgs Umgang mit Juden. Es gibt persönliche Freundschaften, aber im Institutionengefüge des ‚Dritten Reichs‘ hat er erwiesenermaßen dem System als Steigbügelhalter gedient. Hier sollten institutionentheoretische Aspekte berücksichtigt werden, zum Beispiel anhand der vom Soziologen Rainer M. Lepsius ins Spiel gebrachten Arbeitskategorie „Institutionenmoral“, die individuelle Handlungsbegrenzungen in Organisationen vorzugeben scheint. In epistemologischer Hinsicht wären Fragen der Kontext- beziehungsweise Kontextualisierungstheorie zu behandeln, denn der bisweilen obsessiv ausgelebte Kontextualisierungsimperialismus in der Zeitgeschichte versperrt auf fatale Weise den Zugang zu unumgänglichen normativen Urteilsbildungen. Ebenso sind Biographie- wie Autobiographietheorien heranzuziehen. Gerade die beiden Memoirbände Eschenburgs haben Wengst zu Recht in manche Zweifel geführt bezüglich ihres Wahrheits- und Zuverlässigkeitsgehalts (S. 4f.). Da muss doch über den Sinn und Zweck von Selbstdarstellungen eine Diskussion erfolgen. Das Ansinnen Wengsts war es, eine „schlanke“ Biographie (S. 4) zu schreiben. Die aufgetauchten Probleme sind aber zu komplex, um allzu einfache Antworten zu liefern oder oberflächliche Erzählstränge aufzubauen. Um die Persönlichkeit Theodor Eschenburgs verstehen und kritisch beurteilen zu können, bedarf es vielfältigerer Erklärungsversuche.

Heidelberg

Arno Mohr

Propaganda und der Erste Weltkrieg

Koch, Christian: Giftpfeile über der Front. Flugschriftpropaganda im und nach dem Ersten Weltkrieg, 485 S., Klartext, Essen 2015.

Christian Koch hat mit „Giftpfeile über der Front. Flugschriftenpropaganda im und nach dem

Ersten Weltkrieg“ die überarbeitete Fassung seiner Dissertation (Düsseldorf 2013) vorgelegt. Das Buch besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen. Im umfangreicheren ersten Part werden in geradezu lexikalischem Stil wesentliche Akteure und Produkte der Propaganda Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der USA vorgestellt, wie beispielsweise Crewe House, das Committee on Public Information oder die Gazette des Ardennes. Der Autor zieht hierfür wichtige Werke der Sekundärliteratur ebenso wie zentrale Quellenbestände (nicht zuletzt den Nachlass Walter Nicolais, des Leiters der Abteilung IIIb des deutschen militärischen Nachrichtendienstes) heran und erläutert jeweils den Aufbau der Institutionen, Genese, Gestalt, Inhalt und Verbreitungswege der Propagandamaterialien sowie die mit ihnen verfolgten Ziele. Mit Blick auf die deutsche Seite befasst er sich auch eingehend mit den verschiedenen Methoden der Propagandaabwehr, etwa dem ‚Vaterländischen Unterricht‘ oder Zensurmaßnahmen.

Im zweiten Teil des Buches beschäftigt sich der Autor mit den Nachwirkungen der Propaganda in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Er stellt ausführlich Publikationen und Debattenbeiträge rund um Propaganda und die Dolchstoßlegende vor und arbeitet deren Verquickung in der nationalsozialistischen Ideologie heraus. Koch zeigt dabei, dass die Gegner der Republik letztlich auch in der alliierten Propaganda des Ersten Weltkrieges ein Mittel fanden, um die von ihnen abgelehnte Demokratie und insbesondere die SPD anzugreifen und zu diskreditieren. Zugleich erklärt er das Verschwinden der deutschen propagandistischen Aktivitäten aus den Debatten der 1920er und 1930er Jahre überzeugend damit, dass deren Existenz den Interessen der politischen Rechten zuwiderlief. Sie störte das Konstrukt einer nur vom Feind eingesetzten, ‚unehrenhaften‘ Methode der Kriegführung ebenso wie das Bild einer unfähigen politischen wie militärischen Führungselite in der Weltkriegszeit. Durch die Kombination eines leicht zugänglichen Überblicks und die mit ausführlichen Zitaten angereicherte Darstellung wichtiger Debattenbeiträge zur Propaganda ist das Buch gerade für einen Einstieg in die Thematik durchaus geeignet.

Problematisch ist jedoch zweierlei. Zum einen kommen gerade im ersten Teil Verbindungen und historische Kontexte etwas zu kurz. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn im Zusammenhang mit ersten Flugblattabwürfen 1914 erwähnt wird, dass das Militär an dieser Stelle „zunächst“

noch dagegen gewesen sei, Briefe Kriegsgefangener zu vervielfältigen und zu verteilen (S. 31), während kurz darauf die Einführung eben dieser Praxis im weiteren Kriegsverlauf geschildert wird, ohne jedoch den Sinneswandel zu erläutern (S. 34f.). Widersprüchlich ist, dass es bei der Besprechung der Propagandamaßnahmen zunächst heißt, die britische Seite sei auf entsprechende Aktivitäten vor dem Krieg „nicht vorbereitet“ und „regierungsamtliche Propaganda“ sei „faktisch nicht vorhanden“ gewesen (S. 27), wohingegen bei der Erläuterung deutscher Anstrengungen betont wird, dass hier eine effektive Vorbereitung vor dem Krieg nicht vorhanden gewesen sei und eine zentrale Organisation – „im Gegensatz zu Frankreich und England, die bereits vor dem Krieg umfangreiche Propagandaorganisationen aufgebaut hatten“ (S. 165) – gefehlt hätte. Wenn später zudem mit Blick auf die deutsche Propaganda vermerkt wird, diese sei genau wie die alliierte von Kriegsbeginn an „geplant und organisiert durchgeführt“ (S. 398) worden, dann scheinen hier die Selbstdarstellungen der Propagandisten beider Seiten nachzuwirken, die nach dem Krieg jeweils sich selbst als unvorbereitet, die Gegner dafür als vorbereitet hinstellten.

Zum anderen erweist sich die vom Autoren vertretene These als problematisch, Propaganda wirke nur, wenn ihr Ziel bereits gebrochen, die eigene Seite aber gut aufgestellt sei (z. B. S. 397). Koch versucht hiermit einen Balanceakt, der oft im Spekulativen bleiben muss. Am deutlichsten tritt diese Schwierigkeit hervor, wenn er sich mit der Haltung Hitlers zur Propaganda auseinandersetzt. Hier konstatiert er einerseits, dass es entgegen der Behauptungen Hitlers „nicht die feindliche Propaganda war“ (S. 377), die im Ersten Weltkrieg für Unzufriedenheit bei bayerischen Soldaten gesorgt habe, sondern die Umstände des Krieges selbst, um mit Blick auf eine spätere Kriegsphase festzuhalten, Hitler habe nicht verstanden, dass Propaganda „nur dann ihre Wirkung zeigen kann, wenn die Soldaten schon bis zu einem gewissen Grad desillusioniert sind“ (S. 379). Schließlich urteilt er, dass das ‚Ermächtigungsgesetz‘ „auch mit der Ausnutzung der alliierten Flugschriftpropaganda des Ersten Weltkrieges erreicht [wurde], so dass diese auch jetzt noch, fast 15 Jahre nach Kriegsende, ihre verhängnisvolle Wirkung tat und so letztlich auch am Todesstoß beteiligt war, der den Sozialdemokraten an diesem Tag durch Hitler für die nächsten 12 Jahre beigebracht wurde“ (S. 386) – womit er nun doch eine konkrete Wirkmacht der Propaganda konstatiert.

Bedauerlich ist das schlechte Lektorat des Buches. Es finden sich zahlreiche Fehler bis hin zu unvollständigen Sätzen (letzteres z. B. auf den Seiten 274, 363 und 376). Hilfreich dagegen sind der Anhang mit Abbildungen zahlreicher Flugblätter und detaillierte Register. Auch die eher nebenher geäußerte These, die Propaganda habe geholfen, den Weg zur Totalisierung des Krieges zu bereiten, indem sie Soldaten wie Zivilisten gleichermaßen angesprochen und so den Unterschied zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten eingeebnet habe, ist positiv hervorzuheben, regt sie doch zu weiterem Nachdenken an.

Braunschweig

Christian Götter

Europas Krieg – Lateinamerikas Erstaunen

Rinke, Stefan: Im Sog der Katastrophe. Lateinamerika und der Erste Weltkrieg, 347 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Unter der Vielzahl an zum Teil monumentalen Neuerscheinungen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges der letzten Jahre sind vermehrt Bemühungen zu erkennen, diesen Konflikt aus einer globalen Perspektiven zu betrachten und damit der Bedeutung eines weltumfassendes Ereignisses gerecht zu werden. Es kann dabei nicht überraschen, dass in der Zeit des Hochimperialismus zuallererst die Auswirkungen auf die europäischen Kolonialgebiete und deren Bevölkerungen erfasst werden. Lateinamerika zählt dazu zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr, weshalb diese Weltregion in der Regel weiterhin außerhalb des Betrachtungsspektrums des globalen Ersten Weltkrieges bleibt, wenn man von einzelnen Seegefechten in südamerikanischen Hoheitsgebieten absieht. Doch auch wenn anders als im Zweiten Weltkrieg die lateinamerikanischen Staaten nicht militärisch am Kriegsgeschehen 1914–1918 beteiligt waren, zeigt der Berliner Historiker Stefan Rinke in seinem jüngsten Buch dennoch, dass es sich lohnt, den Ersten Weltkrieg aus lateinamerikanischer Perspektive zu betrachten.

Rinkes zentrale These lautet, so lässt bereits der Titel des Buches erahnen, dass trotz der großen Distanz zum zentralen Kriegsschauplatz auch die Länder Süd- und Mittelamerikas in den Strudel des „Weltenbrandes“ hineingezogen wurden. Neben den unmittelbaren materiellen Auswirkungen habe der Erste Weltkrieg insbesondere

identitär gewirkt. Die Dichotomie von Zivilisation und Barbarei, die führende Politikern der Region im 19. Jahrhundert verwendeten, um das Verhältnis Lateinamerikas gegenüber Europa zu beschreiben, wurde nun auf den Kopf gestellt. Während Europa sich unter Aufgabe aller ethischen und zivilisatorischen Errungenschaften in einem Prozess der Selbstzerstörung befand, konnten die lateinamerikanischen Staaten mit zunehmendem Stolz auf eine lange Tradition friedlicher zwischenstaatlicher Konfliktbeilegung verweisen.

Das Buch folgt in seinem ersten Teil einer chronologischen Gliederung, die mit einer kurzen Kontextualisierung der Einbettung der unabhängigen lateinamerikanischen Staaten in globale ökonomische und kulturelle Zusammenhänge seit der Kolonialzeit beginnt. Rinkes kulturwissenschaftlicher Zugang privilegiert Momente, in denen sich die Kommunikation in Lateinamerika über den Ersten Weltkrieg verdichtet. Neben dem Beginn und dem Ende des Krieges zählt dazu als weiterer einschneidender Moment die Ausweitung des deutschen U-Boot-Krieges Anfang 1917 mit dem anschließenden Kriegseintritt der USA, dem zahlreiche, aber nicht alle lateinamerikanischen Staaten folgten. In den beiden finalen Kapiteln untersucht Rinke zum einen, wie sich der Blick aus Lateinamerika auf das ehemalige Zivilisationsvorbild Europa verändert, zum anderen geht er auf die langfristigen Folgen des Ersten Weltkrieges für Lateinamerika ein.

Neben diversen politikgeschichtlichen Quellen ist die Auswertung von Presseberichterstattung zentrale Grundlage der Darstellung. Der Autor hat eine beeindruckende Anzahl an Zeitungen und Zeitschriften aus der gesamten Hemisphäre gesichtet und ist somit in der Lage, die Rezeption sowohl in ihrer Breite und Tiefe zu betrachten als auch die Kontextgebundenheit der jeweiligen Beobachterstandpunkte einzufangen. Dank der zu Beginn des 20. Jahrhunderts etablierten transatlantischen Kommunikationskanäle wurden die Ereignisse auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges unmittelbar in Lateinamerika wahrgenommen und kommentiert. Es bildete sich auf diese Weise eine Öffentlichkeit heraus, die über die Entwicklungen an den verschiedenen Kriegsfrenten bestens informiert war. Zu den eindrücklichsten Quellen der Studie zählen visuelle Repräsentationen des Kriegsgeschehens in Form von Karikaturen, Plakaten oder Werbeanzeigen, auch wenn die Qualität der Nachdrucke im Buch leider teilweise unzureichend ist. Durch diese Darstellungen erhielten auch illiterate

Bevölkerungsgruppen einen allerdings bereits ge- deuteten Zugang zum fernen Kriegsgeschehen. Die Rezeption des Ersten Weltkrieges in Latein- amerika war somit kein sich auf die Eliten konzen- trierendes Phänomen. Aus der Perspektive der kriegsführenden Nationen wurden die anfangs ausnahmslos neutralen Staaten Lateinamerikas wiederum zu Schauplätzen des Propaganda- krieges. Dabei wurden insbesondere, aber nicht ausschließlich, die in diesen Ländern lebenden ei- genen Staatsangehörigen in dem Krieg der Wör- ter und Bilder adressiert.

Bei der Frage nach den Auswirkungen des Kriegsgeschehens für Lateinamerika verweist Rinke auf der materiellen Ebene auf die dadurch ausgelösten ökonomischen Erschütterungen. Angesichts ihrer starken Außenhandelsabhän- gigkeit überrascht dies nicht. Zurückzuführen ist dies sowohl auf eine Nachfragekrise nach nicht-existenziell wichtigen Gütern wie Kaffee als auch auf eine massive Einschränkung der trans- kontinentalen Transportkapazitäten. Zwangsre- krutierungen von Handelsschiffen, Seeblockaden und der deutsche U-Boot-Krieg erwiesen sich als höchst problematisch. Mittelfristig gab es zwar durchaus auch ökonomische Kriegsgewinner in der Hemisphäre. Dazu zählten diejenigen, die wichtige Rohstoffe für die Rüstungsindustrien liefern konnten, wie die Salpeterindustrie Chiles, als auch solche, die vom Ausfall der europäischen Konkurrenz profitierten, wie die Zuckerproduzen- ten in der Karibik. Insgesamt hebt Rinke aber dennoch die disruptiven Konsequenzen hervor, die zu einem Anstieg von Arbeitslosigkeit, sozialer Not und in der Folge verstärkten sozialen Mobi- lisierungen führten. Wirtschaftshistoriker_innen werden bei der Erörterung dieser Aspekte indes bemängeln, dass Rinke nur selten belastbare Zahlen nennt, um die Gesamtfolgen einschätzen zu können.

Denn wichtiger ist dem Autor die kultur- und sozialgeschichtliche Perzeptionsebene. Rin- ke verortet diesen Zusammenhang unter dem Schlagwort eines sich verändernden globalen Bewusstseins und der Neuausrichtung von Iden- titäten. Viele Kommentatoren des Geschehens kamen zu dem Schluss, Europa habe als „Zivili- sations- und Entwicklungsvorbild“ ausgedient. Da spätestens seit der Intervention im kubanischen Unabhängigkeitskrieg 1898 auch die USA zu- nehmend kritisch in der Region gesehen wurden, gewannen alternative, genuin lateinamerikanische Identifikationsmuster, wie die Rückbesinnung auf die Nation und deren präkoloniale Vorläufer, an Bedeutung.

Abschließend bleibt zu klären, wie stark die behauptete Sogkraft des Ersten Weltkrieges in Lateinamerika tatsächlich zu spüren war. War er so bedeutend, um die traditionelle Periodisie- rung der lateinamerikanischen Geschichte, die die Weltwirtschaftskrise von 1929 als wichtigere Wegscheide im frühen 20. Jahrhundert ansieht, infrage zu stellen? Ist das Bewusstsein globaler Verflochtenheit bei breiten Bevölkerungsgruppen so zentral durch den Krieg geprägt worden? Ist er in diesem Maße verantwortlich für das Erstarken eines politischen und kulturellen Nationalismus sowie transnational ausgerichteter autochthoner Identitätsmodelle? Der Autor nennt für all diese Thesen gute Argumente. Dennoch bleibt die Fra- ge der Kontingenz und Kausalität bestehen, um den Ersten Weltkrieg wirklich als „Krise dramati- schen Ausmaßes“ (S. 299) oder Transformator sozialer Konfliktpotenziale (S. 297) anzusehen. Die in diesen Jahrzehnten zumindest für die Länder des *Cono Sur* sehr bedeutende transat- lantische Einwanderungsbewegung ist nur einer der Faktoren, der diese Prozesse mindestens im gleichen Maße beeinflusste, wie Rinke auch anerkennt.

Aus globalgeschichtlicher Perspektive ge- bührt Stefan Rinke mit seinem gut lesbaren Werk auf jeden Fall aber der Verdienst, Lateinamerika auf der globalen Landkarte des Ersten Weltkrie- ges verortet zu haben. Außerdem gelingt es ihm, den Blick auf bisher weniger beachtete Themen wie die kriegsbedingte Verschärfung sozialer Un- gleichheiten zu lenken, die für die Debatten um die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges in an- deren Weltregionen durchaus befruchtend wirken können.

Bielefeld

Jochen Kemner

Postkoloniale Erinnerung

Schilling, Britta: Postcolonial Germany. Memo- ries of Empire in a Decolonized Nation, 274 S., Oxford UP, Oxford u. a. 2014.

Postkoloniale Studien sind in Deutschland als Genre zur nicht außergewöhnlichen Betrach- tungsweise der kolonialen Vergangenheit Euro- pas in Übersee geworden. Inzwischen nehmen zunehmend auch Museen diese Rückwirkungen des „kolonialen Zeitalters“ in ihre Ausstellungen auf; die dazu vorliegende Literatur ist kaum mehr zu überblicken.

Ein weiteres sich diesem Anliegen verpflichtende Buch liegt nunmehr mit der hier vorzustellenden Arbeit „Postcolonial Germany“ von Britta Schilling vor. Deren Bedeutung liegt vor allem darin, dass auf den deutschen Kolonialismus – die wissenschaftliche und öffentliche Auf- und Bearbeitung vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Ende der deutschen Zweistaatlichkeit, vor allem der politische Umgang mit der kolonialen Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten bis 1990 – ein Blick „von außen“ geworfen wird. Dabei sind einige kleine sachliche Fehler und Unsicherheiten sowie das zuweilen auffällige Auslassen oder Nichtbeachten von bereits vorliegenden Forschungsergebnissen entschuldbar. Die Studie bezieht sich auf die Auswertung einer breiten Quellenbasis, einschließlich populärer Literatur, auf Ergebnisse der Auswertung von Erinnerungsliteraturen und bisher wenig oder unbekanntem Archivmaterialien.

Die vorliegende Analyse des „postkolonialen Deutschlands“ beginnt mit dem Verlust der Kolonien durch den Versailler Vertrag. Deutschland schien alles verloren zu haben – das Leben von Millionen Soldaten und Zivilisten im Krieg, die Kontrolle über die Grenzgebiete und vor allem das Selbstwertgefühl auf dem internationalen politischen Parkett. Aber es hatte auch über drei Millionen Quadratkilometer Territorium in Übersee verloren, das heißt seine Kolonien in Afrika, China und im Pazifikraum. Die alliierten Mächte erklärten die Deutschen für untauglich, über Völker in Übersee bestimmen zu können, und deshalb wurde Deutschland gewaltsam entkolonisiert. So wurde es die erste „postkoloniale“ europäische Nation, was in den bisherigen relevanten Debatten höchstens am Rande Erwähnung gefunden hat.

Das Ende des Kolonialismus war zugleich der Beginn einer Erinnerungskultur, die bemerkenswert langlebig und dynamisch war. Das „postkoloniale Deutschland“ wird, so die Verfasserin, durch die Herausbildung eines kollektiven Gedächtnisses über die Entstehung und Ausprägung einer deutschen Kolonialherrschaft und schließlich über den Verlust der Kolonien in der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus, die nationale Teilung und den Kalten Krieg bis in die Gegenwart charakterisiert. Britta Schilling versucht mithilfe der Analysen von verschiedenen Metiers nachzuweisen, dass koloniales Gedankengut noch immer im Gedächtnis der Deutschen vorhanden ist. Dies zeige sich zunächst an Objekten der materiellen Kultur in den ehemaligen kolonialen Metropolen wie durch den Verkauf tropischer Früchte während der kolonialen Versammlungen und (pseudo-)wissenschaftlichen

Veranstaltungen, Staatsgeschenken an Vertreter ehemaliger Kolonialgebiete anlässlich der Feiern zu deren Unabhängigkeit sowie an ethnologischen Erinnerungsstücken, die als Erbstücke in den deutschen Familien weitergegeben werden.

Die Verfasserin markierte einen wichtigen Schritt in der geschichtswissenschaftlichen Methodik, indem sie die Bedeutung von materieller Kultur und privater Erinnerung verbindet, um Prozesse und Ereignisse der Vergangenheit zu erklären. Zudem stellt sie wichtige Fragen zur allgemeinen Verantwortung postkolonialer Nationen und Regierungen in Europa und deren Beziehungen zu den privaten Vermächtnissen des Kolonialismus.

Berlin/Pretoria

Ulrich van der Heyden

Die Wehrmacht im Vernichtungskrieg

Dieckmann, Christoph/Quinkert, Babette (Hrsg.): Kriegführung und Hunger 1939–1945. Zum Verhältnis von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen, 294 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Die Diskussion über die Verbrechen der Wehrmacht drehte sich in den letzten Jahren häufig um die Frage, inwieweit diese ideologisch motiviert und intendiert waren oder vielmehr auf Entscheidungen in spezifischen Kriegssituationen zurückzuführen sind. Die Intentionalisten standen dabei vor dem Problem, dass der Zusammenhang von Vorkriegsplanungen und den Verbrechen in der Sowjetunion zwar evident erscheint, empirisch jedoch schwer zu belegen ist. Diejenigen wiederum, die situative Anlässe im Krieg für die treibende Kraft eines Radikalisierungsprozesses hielten, unterzogen die von der Wehrmacht vorgebrachten Begründungen keiner Quellenkritik und reproduzierten auf diese Weise tendenziell die Sichtweise der Täter.

Christoph Dieckmann und Babette Quinkert brechen mit dem aktuellen Band der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“ diese Dichotomie der Sichtweisen auf, indem sie Kriegführung und Vernichtungspolitik aufeinander beziehen. Im Zentrum steht die deutsche Hungerpolitik in der Sowjetunion, die in Berlin durch einen groß angelegten Hungerplan bereits vor dem Überfall auf die Sowjetunion entworfen worden war und von der Wehrmacht im Krieg ausgeführt wurde.

Zentrales Bindeglied zwischen Vorkriegsplänen und Kriegsverbrechen war das Argument der „Kriegsnotwendigkeit“. Die Beiträge zeigen in einer Reihe von aufschlussreichen Fallstudien, in welcher Weise die Prämisse, die Sowjetunion rücksichtslos für die deutsche Kriegswirtschaft auszubeuten, in eine Hungerpolitik gegen die sowjetische Zivilbevölkerung mündete. Der Hungerplan der deutschen Regierungsbürokratie war dabei nur eine Variante. Er basierte auf der optimistischen Annahme, dass die Wehrmacht die Rote Armee in wenigen Wochen besiegt haben würde. Bereits Ende Juli 1941 war jedoch offensichtlich, dass der deutsche „Blitzkrieg“ gescheitert war. Der Hungerplan, der nach einem militärischen Sieg weite Landesteile der Sowjetunion dem Hungertod preisgeben wollte, wurde aufgrund des steckengebliebenen Vormarsches verworfen und in eine selektive Hungerpolitik noch während des Krieges umgewandelt, und traf in erster Linie die sowjetischen Kriegsgefangenen, sowjetische Großstädte und die sowjetischen Juden. Die Ausbeutung der besetzten Gebiete schien der deutschen Führung nun umso dringlicher, da sich jener mehrjährige Abnutzungskrieg abzeichnete, den die deutsche Führung unter allen Umständen hatte vermeiden wollen. Insofern blieb die ernährungspolitische Prämisse erhalten, wurde aber dem Kriegsverlauf angepasst.

Die Beiträge des Bandes zeigen dieses Muster für unterschiedliche Opfergruppen auf. Philipp Rauh legt dar, wie sich rassehygienische Vorstellungen und kriegswirtschaftliche Ziele gegenseitig legitimierten, indem die Psychatriepatienten als „nutzlose Esser“ stigmatisiert und als Konsequenz einer ernährungspolitischen Kosten-Nutzen-Rechnung ermordet wurden. David Stahel und Christoph Dieckmann zeigen in ihren Beiträgen, wie das Scheitern des deutschen Blitzkriegskonzepts in der Sowjetunion eine Radikalisierung der Kriegführung nach sich zog. Die deutsche Hybris, der Erste Weltkrieg sei infolge der unzureichenden Versorgung der „Heimatfront“ verloren worden, ließ den Überfall auf die Sowjetunion als einen großen Befreiungsschlag erscheinen, der das Deutsche Reich „blockadefest“ machen sollte. Aufgrund des gescheiterten „Blitzkriegs“ musste das wirtschaftliche Potenzial der Sowjetunion allerdings noch während des Krieges für die deutsche Kriegswirtschaft nutzbar gemacht werden. Dies führte zu einer Radikalisierung der deutschen Kriegführung, die eine „rücksichtslose Ausbeutung“ von Land und Leuten nun zur kriegsentscheidenden Prämisse machte.

Rolf Keller verdeutlicht, dass die deutschen kriegswirtschaftlichen Interessen auch in Widerspruch zueinander geraten konnten. Die sowjetischen Kriegsgefangenen galten als „nutzlose Esser“ und wurden dem massenhaften Hungertod preisgegeben. Gleichzeitig hatte die Rüstungsindustrie ein Interesse an der Ausbeutung deren Arbeitskraft. Ideologische Prämissen standen infolgedessen den kriegswirtschaftlichen Interessen im Wege. Als im Frühjahr 1942 die Weichen für einen Einsatz der Kriegsgefangenen in der Zwangsarbeit gestellt wurden, bedeutete dies allerdings keine Kehrtwende der deutschen Politik. Vielmehr wurde die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft lediglich dem Tod durch Hunger und Erschöpfung vorgeschaltet. Auch bei der Heeresgruppe Mitte führten die konkurrierenden kriegswirtschaftlichen und ernährungspolitischen Interessen zu einer selektiven Hungerpolitik gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung, wie Nicholas Terry eindringlich aufzeigen kann.

Wie die deutsche Propaganda in der besetzten Sowjetunion auf den Kriegsverlauf reagierte, schildert Babette Quinkert. So führten die Besatzer im Februar 1942 eine „neue Agrarordnung“ ein, welche die Auflösung der Kolchosen in Aussicht stellte und die Zivilbevölkerung durch partielles Entgegenkommen zur Kooperation bewegen wollte. Einen kontrastiven Vergleich bietet schließlich der Beitrag von Shannon L. Fogg zur deutschen Besatzungspolitik in Frankreich. Die Deportation der jüdischen Bevölkerung wurde zwar mit den gleichen „Kriegsnotwendigkeiten“ wie in der Sowjetunion begründet, doch die französische Bevölkerung wurde nicht Opfer einer vergleichbaren Hungerpolitik, auch wenn sie unter der schlechten Versorgung litt.

Christoph Dieckmann und Babette Quinkert leisten mit diesem Band einen wichtigen Beitrag zur Debatte über die Wehrmacht im Vernichtungskrieg. Sie weisen einen Ausweg aus einer festgefahrenen Diskussion, indem sie die Flexibilität der deutschen Politik in Rechnung stellen, ohne die ideologischen Prämissen zu vernachlässigen. Die „Kriegsnotwendigkeit“ der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Gebiete ergab sich schließlich nur für jene, die den Deutschen ein höheres Lebensrecht zusprachen als der sowjetischen Bevölkerung. Die Autoren des Bandes entschlüsseln diese Logik der Entscheidungsprozesse, ohne ihr auf den Leim zu gehen.

Weimar/Jena

Jörg Ganzenmüller

Längst nicht „ausgeforscht“

Hördler, Stefan: Ordnung und Inferno. Das KZ-System im letzten Kriegsjahr, 531 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Stefan Hördler analysiert in seiner Dissertation das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager im letzten Kriegsjahr, das von einer massiven Expansion der Häftlingszahlen und der Errichtung zahlreicher Außenlager einerseits sowie einer an den Rändern beginnenden territorialen Reduktion durch die frontbedingte Räumung immer weiterer Lagerkomplexe andererseits gekennzeichnet war. So war der Sommer 1944 noch geprägt von Strukturänderungen, die das Lagersystem für den effizienten Masseneinsatz von KZ-Häftlingen in der deutschen Rüstungsindustrie tauglich machen sollten. Dazu gehörte zum Beispiel die Transformation der Wachverbände, die durch die Aufnahme von volksdeutschen SS-Freiwilligen, Trawniki-Männern und Wehrmachtssoldaten zu einer heterogenen und multiethnischen Truppe wurden, was jedoch, wie Hördler zeigt, keine Auswirkungen auf die nach wie vor hohe Tötungsbereitschaft hatte. Auch die Reorganisation der Unterstellungsverhältnisse im KZ-System war nach der Errichtung zahlreicher Außenlager nötig geworden und sollte die Verwaltung effizienter machen.

All diese Maßnahmen verhinderten jedoch nicht, dass die Situation in den Lagern seit Herbst 1944 aufgrund der durch die Räumungstransporte einsetzenden Überfüllung in den Aufnahmelagern und der schiereren Menge von unversorgten und durch mörderische Arbeitseinsätze und Transporte höchst erschöpften Menschen eskalierte. Um der drohenden Destabilisierung des Lagersystems entgegenzuwirken, reagierte die SS mit forcierten Tötungen von arbeitsunfähigen Häftlingen. Überzeugend kann Hördler zeigen, dass die Krankenmorde in Stutthof, Ravensbrück, Sachsenhausen und Mauthausen keineswegs situationsbedingte spontane Lösungen angesichts einer Vielzahl von marschunfähigen Häftlingen im Zuge von Räumungsplanungen waren. Die gezielte Zusammenziehung von Vernichtungsspezialisten und der Transfer von Tötungseinrichtungen zeigen eine zentrale und langfristige Planung: Die Krankenmorde im letzten Kriegsjahr waren ein bewusst eingesetztes Element zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Lager, denen eine mehrfach abgestufte Einteilung der Häftlinge nach Arbeitsfähigkeit, eine Partialisierung der Lager in funktionale Räume und die Isolierung der Kranken in Sterbezonen

vorausging. Zwar fanden spätestens seit 1941 im KZ-System systematische und regelmäßige Krankenmorde zur Steuerung der Häftlingszahlen statt (beispielsweise durch Phenolinjektionen in den Krankenrevieren); diese erhielten aber seit Sommer/Herbst 1944 durch die Vielzahl der (re-)aktivierten Mordmethoden wie Genickschussanlagen, Wiederinbetriebnahme von „T4“-Mordstätten und Gaskammern eine neue Dimension. Kenntnisreich stellt Hördler in diesem Zusammenhang die Gruppe der sogenannten Vernichtungsspezialisten vor, die als erfahrene Beteiligte an Massentötungen seit Herbst 1944 quer durch das KZ-System gezielt zu Krankenmordaktionen zusammengezogen wurden.

Die Betrachtung der lagerübergreifenden Laufbahnen einzelner SS-Kader und der karriereermöglichenden Netzwerk- und Patronagestrukturen macht (auch zwischenmenschliche) Dynamiken sichtbar, die über die üblichen punktuellen Betrachtungen des KZ-Personals (in einem bestimmten Lager, zu einem bestimmten Zeitpunkt) weit hinausgehen. Mit der beachtlichen Zusammentragung und interpretativen Zusammenführung zahlreicher Personalien belegt Hördler, dass die Beschäftigung mit Lebenswegen, Netzwerken und Patronageverhältnissen vielfältige neue Einsichten in Strukturen ermöglicht. Zu diesem Zweck verlässt die Darstellung hin und wieder den roten Faden, beispielsweise um die Alleinstellung von Dachau als SS-Karriereschmiede der 1930er Jahre infrage zu stellen. Hördler zeigt außerdem, wie die Analyse von Personalrevirements im Vorfeld und Auszeichnungen von SS-Männern im Nachgang von Massenmordaktionen für die historische Interpretation nutzbar gemacht werden kann.

Wer annimmt, die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager sei ausgeforscht, wird mit diesem Buch eines Besseren belehrt. Hördler hat nicht nur zahlreiche neue Quellen erschlossen, sondern auch demonstriert, dass es sich lohnt, den Tunnelblick auf einzelne Lagerkomplexe zu verlassen und übergreifende Prozesse detailliert unter die Lupe zu nehmen. Durch den Versuch, mit einem akteurszentrierten Ansatz die komplexen Dynamiken und Beziehungsgeflechte in Organisation und Administration des gesamten Systems für einen bestimmten Zeitraum zu erfassen, lassen sich neue Zusammenhänge und übergeordnete Strukturen erschließen, die zahlreiche alte Annahmen infrage stellen und neue Fragen aufwerfen.

Berlin

Andrea Rudorff

Der Holocaust in der Musik

Pawlowsky, Verena/Rásky, Béla (Hrsg.): Partituren der Erinnerung/Scores of Commemoration. Der Holocaust in der Musik/The Holocaust in Music, 388 S., nap, Wien 2015.

„Partituren der Erinnerung. Der Holocaust in der Musik“ ist der erste Band einer vom Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI) herausgegebenen Reihe. Vorausgegangen war ein 2011 abgehaltenes Symposium, das in Kooperation des VWI mit dem Institut für Analyse, Theorie und Geschichte der Musik (Universität für Musik und Darstellende Kunst, Wien) veranstaltet wurde. Zentral waren Fragen, in welcher Form der Holocaust und die Erinnerung an die Shoah Eingang in zeitgenössische Kompositionen fanden und wie weit der Holocaust die Auseinandersetzung um musikästhetische Themen beeinflusste. Musik sollte also sowohl in ihrer verschriftlichen Form als Kompositionen als auch in deren Interpretation als „Medium der Erinnerung, Auseinandersetzung und Aufarbeitung“ (S. 7) thematisiert und als Teil der kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung analysiert werden. Etwas missverständlich mutet vielleicht der Titel des Sammelbandes „Partituren der Erinnerung“ an, zumal die Musikhistorikerin Melanie Unseld unter genau diesem 2010 einen Beitrag über die Musikkultur des 18. Jahrhunderts publizierte (vgl. „Partituren der Erinnerung“, in: Einblicke 51, 2010). Dennoch hat der Titel als Metapher seine Gültigkeit. Die Umsetzung der Erinnerungs- und Gedächtnisforschung in einem kulturwissenschaftlichen Sinne, aber auch Fragen nach einer „musikalischen Vergangenheitsbewältigung“ scheinen hingegen nur eingeschränkt umgesetzt, Begriffe wie „Erinnerungsorte“ auch bisweilen fälschlich eingesetzt.

Der von Béla Rásky und Verena Pawlowsky herausgegebene Band gliedert sich in fünf Abschnitte: Tradition und Stränge: Eine Übersicht; Pathos der Auseinandersetzung: Fallstudien bis 1960 I; Verklingende Erinnerung: Holocaust-Rezeption nach 1960 I; Erinnerungsmotive: Holocaust-Rezeption nach 1960 II; Die Musik des Holocaust und ihre Vermittlung. Die Herausgeber_innen intendierten allerdings vier Hauptteile (S. 8f), der Teil „Fallstudien bis 1960 II“ scheint zudem dem Lektorat zum Opfer gefallen zu sein.

Einleitend setzt sich Tina Frühauf mit „Jüdischer Musik“ und dem Holocaust in der ost-/westdeutschen Musikwissenschaft auseinander, Jeroen van Gessel widmet seinen Beitrag

Holocaust-Kompositionen beziehungsweise Fragen nach *imagined victims* sowie *virtual Jewishness* und Anna G. Piotrowska versucht den Bezug zwischen dem Musizieren in Auschwitz und der Musiktradition des 19. Jahrhunderts herzustellen, bleibt aber in der Bedeutung von Musik für Häftlinge und Musiker_innen verhaftet.

Den Fallstudien bis 1960 sind ganz unterschiedliche inhaltliche und theoretische Zugänge zugeordnet, von denen nicht alle optimal gelungen erscheinen. Während Friederike Gremliza die Bedeutung des Musikalischen für die Poetik des Postmemory in Claude Lanzmanns Film „Shoah“ und in Thane Rosenbaums Roman „The Golems of Gotham“ untersucht, wagt Kerstin Sicking den Zugang zur Musik als Erinnerungsmedium mittels kulturwissenschaftlicher Gedächtnisforschung. Die Auswahl und Analyse der von ihr gewählten Zeitungsartikel sowie Rezensionen bleibt offen und lässt bedauerlicherweise die politischen Hintergründe ihrer Entstehungszeiten außer Acht. Inesa Dvuzhlnaya schreibt über Komponisten der früheren Sowjetunion. Katrin Gerlach widmet ihren Beitrag deutschen Oratorien und Kantaten nach 1945 als Beitrag zur ‚Vergangenheitsbewältigung‘. Herausstechend sind die beiden Beiträge von Sophie Fetthauer über zwei Liederbücher des DP-Camps Bergen-Belsen und jener von Julia Hinterberger über die Rezeption von Kindergedichten aus Theresienstadt. Der Beitrag von Iří Vysloužil über jüdische Komponisten aus den böhmischen Ländern geht leider nicht über eine deskriptive Aufzählung hinaus.

Holocaust Rezeption nach 1960 I versammelt Beiträge von Matthias Kontarsky, Beate Kutschke, Rachel Kollender und Věra Vysloužil zu den Komponisten Karl Amadeus Hartmann, Paul Dessau und Frederic Rzewski sowie zu drei Kategorien von Liedern, die nach dem Holocaust in Israel gesungen wurden, und Volksliedern der Roma in Mähren. Unter Holocaust Rezeption nach 1960 II widmet Florian Scheduling seinen Beitrag István Anhalts „Traces“, Golan Gur schreibt über Chaya Czernowins „Prima ...ins Innere“, Heike Frey über Alex Nowitz' „Die Bestmannoper“. Drei weitere Beiträge von Maryann McLoughlin, Sabine Feisst und Sonja Neumann haben den Erinnerungsdiskurs von Musik und Holocaust im Blickfeld. Letzterer hätte besser zum fünften und letzten Teil gepasst, der sich abschließend mit zwei Beiträgen von Stefan Schmidl und Johannes Hofinger der Filmmusik widmet. Yvonne Schürmann-Zehetner analysiert last, but not least Versäumnisse und Stigmata in der der Veröffentlichung von Werken verfolgter

Komponisten in der Vermittlung der ‚Musik des Holocaust‘.

Während die Herausgeber_innen den ersten Höhepunkt der Thematisierung des Holocausts bereits in den 1950er und 1960er Jahren verorten, kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass die aktive Forschung zu den Themen Musik und Holocaust erst in den 1990er Jahren einsetzte. Personelle Kontinuitäten an den musikwissenschaftlichen Forschungsinstituten ließen zunächst vor allem die ‚Opferforschung‘ zu, die Auseinandersetzung mit den ‚Täter_innen‘ erfolgte bislang nur vereinzelt und muss Teil der weiteren Forschungen sein. Alles in allem ist der Band ein wichtiger Schritt in der Beschäftigung mit Musik und dem Holocaust, wenn auch einzelne Beiträge eher deskriptive Bestandsaufnahmen sind und sich weniger den Erinnerungspolitiken widmen. Als besonderes Asset können Teile des künstlerischen Begleitprogramms der vorangegangenen Konferenz unter „Partituren der Erinnerung“ auf Youtube nachgehört werden.

Linz

Regina Thumser-Wöhs

Individuelle und soziale Erinnerungsprozesse

Thonfeld, Christoph: Rehabilitierte Erinnerungen? Individuelle Erfahrungsverarbeitungen und kollektive Repräsentationen von NS-Zwangsarbeit im internationalen Vergleich, 362 S., Klartext, Essen 2014.

Die Habilitationsschrift von Christoph Thonfeld entstand im Zusammenhang des groß angelegten *oral history* Projekts „International Forced Labourers’ Documentation Project“. Rund 600 Interviewpartner_innen, maßgeblich aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Weißrussland, Ukraine und Russland), Polen, Tschechien, Israel und den USA sowie 32 Interviewteams wirkten daran mit. Eine wirklich enorme Aufgabe, die ihresgleichen sucht. Weshalb NS-Opfer aus anderen Ländern nur im geringen Maße inkludiert wurden, bleibt offen. Ein Verweis auf zu hohe Kosten ist nicht schlüssig (S. 22). Der Autor konzentrierte sich auf 86 lebensgeschichtliche Interviews mit NS-Opfern aus sechs Ländern, die während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten. Sie sind die empirische Grundlage des Forschungsdesigns, dessen Ziel die Annäherung an die individuellen

und sozialen Prozesse der Erinnerung ist. Am Ende steht der Versuch, Strukturen individueller und auch kollektiver Erinnerung zu erfassen und herauszuarbeiten.

Dem Autor ist bewusst, dass individuelle Wahrnehmungen und tradierte Geschichtsbilder durchaus nicht-kongruente Dynamiken aufweisen. Geschichtsbilder einzelner Personen können zum Beispiel andere Schwerpunkte, Fokusse, Bewertungen oder Eindrücke verinnerlichen, als professionelle fachwissenschaftliche Zugänge. Indes ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die Sicht auf die eigenerlebte Geschichte ein durchaus komplexes Bild historischer Verläufe entstehen lässt. Dies gilt umso mehr für alltägliche Lebenszusammenhänge, die sich oftmals eines schriftlich-dokumentarischen Zugangs entziehen. Auch sie sind Teil der historischen Wirklichkeit und müssen, wie der Autor betont (S. 9f.), ihren Platz in der Geschichtsschreibung haben.

Überaus interessant ist der praktizierte komparative Ansatz: Erinnerungen aus sechs Ländern werden in ein vergleichbares Verhältnis gesetzt. Wenngleich offizielle Narrative in Europa sich im 21. Jahrhundert annähern, spielen staatliche Deutungsmuster immer noch eine nicht unwichtige Rolle. Aber auch hier gilt kein Imperativ. Staaten bieten eben keinen homogenen Erinnerungsansatz, sondern national sowie transnational auftretende konkurrierende geschichtliche Leitbilder. Bezogen auf Zeitzeugen lassen sich vergleichbare Dynamiken erkennen, die zum einen keine widerspruchsfreie Version und andererseits keine vom kollektiven Gedächtnis befreite Sicht ihrer Vita erwarten lässt. Letztes erlangt Evidenz insbesondere für Zwangsarbeiter_innen, die nach der Rückkehr in ihre Heimatländer staatlichen/gesellschaftlichen Repressalien ausgesetzt waren – in erster Linie galt dies für NS-Opfer aus der ehemaligen Sowjetunion. Des Weiteren muss, so der Autor, der Erhebungszeitraum beachtet werden, denn die zum Teil sehr detailreichen und präzisen Interviewergebnisse ließen sich unter anderem durch die zeitliche Nähe zur Beantragung von Entschädigungszahlungen im Rahmen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (Beweispflichten) sowie der medialen Präsenz des Zwangsarbeitskontextes herleiten.

Christoph Thonfelds Fokus liegt nicht primär auf den in ausgewählten Interviews ausgewiesenen Lebensgeschichten, obgleich sie der Ausgangspunkt seiner Arbeiten sind. Vielmehr geht es ihm um Dynamiken von Erinnerung von Zwangsarbeitserfahrungen im zeitlichen Kontext unterschiedlicher Nachkriegsgesellschaften. Wie sind

NS-Opfer mit ihrer individuellen Geschichte nach der Rückkehr in ihre Heimat umgegangenen, wie lebten sie in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontakten (z. B. in Frankreich und der Ukraine) mit der ihnen zugefügten Gewalt und inwieweit konnte ihr Lebensumfeld sie auffangen beziehungsweise wie wurden sie ausgegrenzt? Spannend zu lesen sind die Gegenüberstellungen der sechs Nachkriegsgesellschaften und deren Umgang mit ehemaligen Zwangsarbeiter_innen. Die Analyse bleibt nicht einem fixen Zeitrahmen (z. B. die 1950er Jahre) verhaftet. Der Blick richtet sich auch auf Veränderungen in Folge zunehmend global influierter Narrative und deren Auswirkungen auf nationale Erinnerungs- und Deutungsmuster. Skeptisch steht Thonfeld solchen Schlussfolgerungen gegenüber, Erinnerungsmodi seien maßgeblich vom Jetzt determiniert (S. 61). Für ihn hat das Vergangene einen zutiefst komparativen, abgleichenden Akzent. Aktuelle Rückbezüge werden demnach immer auch mit bereits konstituierten Denkmustern in Beziehung gesetzt und gewinnen, sozusagen im Bezug zum Überkommenen, ihre Veränderungen. Der Autor umschreibt dies als eine „Fortschreibung der Gegenwart mit Mitteln der Vergangenheit“ (S. 62). Dabei können Erinnerungsmodi entstehen, die progressiv, bewahrend oder eben auch amnestierend ausgerichtet sind und dies durchaus bei ein und derselben Person in verschiedenen Zeitabschnitten alternierend.

In medias res geht Thonfeld mit den Perspektiven der Rückwanderung ehemaliger Zwangsarbeiter_innen nach Frankreich, Tschechien und der Ukraine. Der Länderkanon ist sinnvoll gewählt, denn sie mussten große Arbeitskraftskontingente für die deutsche Kriegswirtschaft bereitstellen. Wenngleich die Lebenssituationen in den drei Ländern sehr unterschiedlich waren, konnten dennoch kongruent verlaufende Narrativenentwicklungen aufgezeigt werden: Zwangsarbeit hatte keinen festen Ort im kollektiven Erinnerungsprozess. Allerdings waren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen regelmäßig verschieden. In der Ukraine, als Teil der ehemaligen Sowjetunion, bedeutete Repatriierung regelmäßig einen negativ konnotierten gesellschaftlichen Marker (S. 315) und damit berufliche und monetäre Benachteiligung. Allerdings ist das kein neues Ergebnis; dies ist nach der Literaturlage offensichtlich (vgl. Polian „Deportiert nach Hause“, 2011 oder Goeken-Haidl „Repatriierung in den Terror?“, in: Dachauer Hefte 16, 2000, S. 190–209). Originär ist die Erfassung von Verarbeitungsschritten beziehungsweise Verdrängungsmaßnahmen, die nur bedingt auf das in Deutschland

erlebte rekrutierten. Eine Reihe der Interviewten betrachten ihre Geschichte durch ein Passepartout von Versöhnung gegenüber dem Täterland und -volk (S. 316f.). Anders hingegen heute in Israel lebende ehemalige Zwangsarbeiter_innen. Zum Trauma Zwangsarbeit addieren sich hier Holocausterlebnisse, die ein Vergeben auf persönlicher Ebene problematisch erscheinen lassen.

Thonfeld ist eine überaus interessante Studie zur Geschichte der Erinnerungen von NS-Opfern gelungen. Einer Geschichte, die Erlebtes und Erzähltes wiedergibt. Da es sich um ein strukturell-abstraktes methodisches Forschungslayout handelt, und nicht primär um lebensgeschichtlich fokussierte Interpretationen, muss sich der Leser auf eine Analyse, auf die Spannungen des Ineinandergreifens von individuellen historischen Erfahrungen und gesamtgesellschaftlicher Einflussnahme einstellen. Wobei dem Tempus keine absolut chronologische Struktur anhaftet. Zeit erscheint relational zu sozialen und individuellen Erinnerungsprozessen. Autobiographische Erzählungen unterliegen tendenziell individuellen „Verarbeitungs- und Narrativierungsrhythmen“ (S. 319) und ihrer Verquickung mit sich ändernden Narrativen. Zu fragen bleibt, ob das Sample eines Samples (89 von 600 Interviews sowie weiteren Befragungen) allgemeingültige Aussagen rechtfertigt. Nicht immer gelingt es dem Leser die Brücken zwischen erzählter Geschichte und analytischer Metaebene zu sehen. Verweise auf Interviews können vielfach nicht weiter nachvollzogen werden, da nur auf Textstellen (Aussagen) verwiesen wird, ohne dass Verifizierungen möglich wären. Die Wiedergabe kurzer Zitate wäre durchaus hilfreich gewesen, wenngleich sich dadurch die Seitenzahl des Buches etwas erhöht hätte. Christoph Thonfelds überaus interessanter Arbeit hätte in diesem Sinn eine präsentere Nutzung biographischer Zeugnisse sicherlich gut gestanden.

Marburg

Wolfgang Form

Erinnerungsdiskurse zur Kriegsgefangenschaft

Wienand, Christiane: Returning Memories. Former Prisoners of War in Divided and Reunited Germany, 346 S., Camden House, Rochester/New York 2015.

Die Kriegsgefangenschaft bildete eines der zentralen (Nach-)Kriegserlebnisse für ungefähr elf

Millionen deutscher Männer. Waren sie bereit, über die Vergangenheit in Uniform zu sprechen, dann wanderte der Fokus schnell von den eigentlichen Kriegserlebnissen zum Aufenthalt im Lager. Selbstverständlich handelte es sich um heterogene Erinnerungen, abhängig von der Dauer und dem Ort der Kriegsgefangenschaft. Wie sich die privaten und öffentlich artikulierten Erinnerungen in den folgenden Jahrzehnten im geteilten und danach wiedervereinten Deutschland ausformten, steht im Zentrum von Christiane Wienands Dissertation. Die Autorin betritt dabei ein Feld, das unter anderem durch die Studien von Robert Moeller, Frank Biess und Birgit Schwelling bereits recht gut erforscht ist. Die Herausforderung für Wienands Ansatz war es daher auch, einen originellen Zugriff zur Thematik zu bekommen. Dafür nutzt sie nicht nur Äußerungen ehemaliger Kriegsgefangener in Massenmedien und Selbstzeugnissen, sondern hat einige von ihnen auch selbst mündlich und schriftlich befragt. In Abgrenzung insbesondere zu Biess weitet sie ihren Betrachtungszeitraum auf die gesamte Nachkriegszeit bis in die jüngste Vergangenheit hin aus, um so den Wandlungen in der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Kriegsgefangenen nachzuspüren.

In vier Hauptkapiteln nähert sich Wienand ihrem Untersuchungsgegenstand: Zunächst analysiert sie die medialen Repräsentationen der Heimkehrer in Ost- und Westdeutschland, danach widmet sie sich den Debatten um Entschädigung beziehungsweise „Wiedergutmachung“. Die individuellen Narrative der Heimkehrer stehen im Mittelpunkt des dritten, ihre kollektiven Erinnerungsleistungen im Zentrum des vierten Kapitels. Die Studie stützt sich auf eine Vielzahl medialer, publizierter und unpublizierter Quellen und zeichnet sich durch eine umsichtige Analyse aus. Sie ist vergleichend angelegt, indem die Befunde für die BRD und die DDR gegenübergestellt werden. Es zeigt sich, wie die beiden entstehenden deutschen Staaten sich gegenüber den heimkehrenden Kriegsgefangenen positionierten und diese sich teilweise recht gegensätzlich als Anti-Bolschewisten (BRD) oder geläuterte Anti-Faschisten (DDR) einordneten.

Ähnlich anderen Gruppen der deutschen Nachkriegsgesellschaft – Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Ausgebombte – reichten sich die ehemaligen Kriegsgefangenen recht schnell in den allgemeinen Viktimisierungsdiskurs ein, der es erlaubte, die schuldhafte Verstrickung mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem zu ignorieren. Hier traten die Kriegsgefangenen sogar in eine „Wahrnehmungskonkurrenz“ mit

den anderen Gruppen, die sie zu der Annahme führte, von der Heimat „vergessen“ worden zu sein. Wienand kann aber zeigen, dass zu allen Zeiten durchaus eine Bereitschaft bestand, den Heimkehrern Gehör zu schenken. Das gilt selbst dann, wenn man die Bundestagsinitiative zu einem Heimkehrerentschädigungsgesetz im Jahr 2000 für verspätet erachtet. Hier waren es insbesondere die Erfahrungen ostdeutscher ehemaliger Kriegsgefangener, die den Anstoß gaben. Denn in den Jahrzehnten der DDR-Existenz fiel es ihnen schwer, als Geschädigte anerkannt zu werden, da der sozialistische Staat sein Paradigma der deutsch-sowjetischen Freundschaft erwartungsgemäß für wichtiger hielt. Dies geschah übrigens zu einer Zeit, als die Debatte um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter im NS-Regime geführt wurde. In den Folgejahren verstanden es die Lobbyisten der Kriegsgefangenen sowie ihnen nahestehende Parlamentarier, die Zwangsarbeiterdebatte in einen Opferdiskurs zugunsten der Kriegsgefangenen einmünden zu lassen. Wienand analysiert diesen Prozess umsichtig und zeigt, wie weit die Schatten des Zweiten Weltkrieges in die jüngste deutsche Geschichte bis in die Gegenwart hinein ragen.

Das Buch bietet eine profunde Analyse der gesellschaftlichen und privaten Erinnerungsdiskurse zur Kriegsgefangenschaft in den beiden ehemaligen deutschen Staaten sowie dem wiedervereinigten Deutschland. Wer jedoch mit der jüngeren Forschungsliteratur einigermaßen vertraut ist, dem bietet es nicht immer Neues. Dass beispielsweise der Erinnerungsdiskurs in der DDR einem recht starren und von der Staatsführung vorgegebenen Geschichtsbild folgte und für abweichende Narrative kaum Platz bot, erscheint plausibel – aber eben auch wenig originell. Dass dagegen die bundesdeutsche mediale Öffentlichkeit Raum für weitaus heterogenere Erinnerungen bot, kann auch niemanden verwundern.

Paderborn

Rainer Pöppinghege

Herausbildung eines neuen französischen Judentums

Hand, Seán/Katz, Steven T. (Hrsg.): Post-Holocaust France and the Jews, 1945–1955, 256 S., NYU, New York 2015.

Im Gegensatz zu anderen Ländern überlebten zwei Drittel der über 300.000 vor der Besetzung

in Frankreich lebenden Juden Deportationen und Massenmord während des Zweiten Weltkrieges. Dies zum Ausgang nehmend, widmet sich der Sammelband der Herausgeber Seán Hand und Steven T. Katz den jüdischen Gemeinden in Frankreich nach der Shoah und deckt mit der Zeit von 1945 bis 1955 eine Periode ab, die bisher noch wenig Aufmerksamkeit hinsichtlich des Themas durch die Forschung erfahren hat.

Seán Hand umreißt in seiner gelungenen Einleitung die unmittelbare Nachkriegszeit als eine ambivalente Phase zwischen Marginalisierung und Neuaushandlung des Verhältnisses zwischen Juden und IV. Republik beziehungsweise französischen Juden zum Staat. Die Verweigerung eines distinkten Status als Opfer im gaullistischen Frankreich stürzte alte Vorstellungen von Assimilation zugunsten einer Teilhabe als Staatsbürger in die Krise. Weil der französische Anteil am Holocaust beharrlich beschwiegen wurde und weil Holocaust-Überlebende aus den Vernichtungslagern gegenüber französischen Rückkehrern aus den Konzentrationslagern um ihren Status ringen mussten, kam es erstmals in der Geschichte des Landes, so Hand, zu einer Selbstorganisation von Juden, die sich als auch solche artikulierten.

Der Sammelband vereint sehr unterschiedliche Ansätze und Schlaglichter, dabei harmonisieren die einzelnen Beiträge jedoch erstaunlich gut miteinander und ergänzen sich gegenseitig. Grob lassen sich drei Themenkomplexe zusammenfassen:

Die ersten vier Beiträge nehmen vor allem Institutionen und Organisationen in den Blick. Während David Weinberg die Herausforderungen im Versuch der Organisation und Institutionalisierung von jüdischen Verbänden, Hilfsorganisationen und deren Finanzierung im Spannungsfeld zwischen Antisemitismus, jüdischen Loyalitätskonflikten und dem drohenden Verschwinden jüdischer Kultur nach 1945 beleuchtet, greift der Beitrag von Maud Mandel die Frage auf, ob und inwiefern 1945 einen Bruch im Verhältnis der Juden in Frankreich zu Gemeinde, Identität und Staat markiert. Der Holocaust habe, so die These, wenn auch nicht als Auslöser, eher als verstärkender Effekt hin zu einer größeren Solidarität unter assimilierten Juden gegenüber ‚native jews‘ geführt. Den mit der Gründung des Conseil représentatif des israélites de France verbundenen Versuch der Schaffung einer zentralen politischen Interessenvertretung, die allerdings erst nach 1955 bedeutsam wurde, beschreibt der Beitrag von Samuel Ghiles-Meilhac. Einen sehr lesenswerten Aufsatz legt Lisa Moses

Leff vor. Sie thematisiert die schwierige aber letztlich erfolgreiche Rückerstattung eines nicht unerheblichen Teils der von den Nazis in Frankreich beschlagnahmten jüdischen Bücher. Deren Rücktransfer nach Frankreich durch eine behutsam vorgehende Behörde schuf die Basis für neu gegründete jüdische Bibliotheken und damit für jüdisches Kulturleben in Frankreich nach 1945.

In einem zweiten Teil fokussieren die Texte auf Erfahrung und Erinnerung vor allem jüdischer Kinder, die nach 1945 zum Gegenstand einander überlappender Diskurse wurden. Daniella Doron zeigt auf, wie das Martyrium der getöteten jüdischen Kinder in seiner Repräsentation nach 1945 zum Vehikel der Artikulation der Einzigartigkeit des gezielten Mordes an Juden wurde und in Konkurrenz zur Vielzahl der Opfernarrative nach 1945 trat. Das Reden über die Kinder als Opfer war dabei sogar anschlussfähig an nationale und internationale Narrative, die wiederum geneigt waren, Täterschaft in den Hintergrund zu drängen. Welche Auswirkungen die Verwaisung durch die Shoah auf die Kinder und ihre Identität als Juden hatte, untersucht der Aufsatz von Susan Rubin Suleiman anhand von Selbstzeugnissen. Sie konstatiert eine starke Resilienz gegenüber den traumatisierenden Erfahrungen, die aber dadurch erkauft wurde, dass die Betroffenen erst spät in der Lage waren, das Erlebte zu thematisieren. Viele jüdische Waisen kamen nach dem Krieg in jüdische Heime, die von US-amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen finanziert wurden. Wie diese Heime versucht haben, auch auf die jüdische Identität der Kinder einzuwirken, hat Lucille Carins untersucht. Obwohl kaum geeignetes Personal zur Verfügung stand, boten die Heime – trotz sehr unterschiedlichen politisch-religiösen Agenden (Zionismus, Glaube) – den Kindern einen Ort, der für sie vielfach ein Neubeginn war. Der Beitrag von Bruno Chaouat, der philosophische und literarische Publikationen des Jahres 1947 unter der Maßgabe der Thematisierung des Bösen liest, wirkt als einziger Beitrag etwas fremd, auch weil er analytisch unscharf bleibt.

Der dritte Block widmet sich konkreten Akteuren. Neben Jonathan Judakens Aufsatz über den Historiker Léon Poliakov und dessen zu Unrecht in Vergessenheit geratene wegweisende Studien zum Antisemitismus und Edward K. Kaplans Text über André Neher, einem Philosophen, der darum bemüht war eine jüdische Ethik zu entwickeln, die den Brückenschlag versuchte zwischen Gottglauben und ethisch verantwortlichem Handeln, überzeugt vor allem Jay Winters Beitrag über Réne Cassin, den langjährigen Präsidenten

der Alliance Israélite Universelle. Winter präsentiert eine eindrucksvolle Figur, die in gewisser Weise quer zur bisherigen historiographischen Erzählungen liegt, die von einer starken Entfremdung der Juden nach 1945 vom Republikanismus ausgeht. Für Cassin waren jüdische Rechte nur im Kontext von universellen Menschenrechten denkbar. Anknüpfend an die Diskurse der III. Republik stand für Cassin außer Frage, dass Juden, egal in welchem Land sie sich zu leben entschieden hatten, in erster Linie Staatsbürger sein sollten.

Im Ergebnis liegt ein gut lesbares Buch vor, dem es insgesamt hervorragend gelingt, Kontinuitäten, Brüche und deren Folgewirkungen in ihrer Polyvalenz herauszuarbeiten und gängige Narrative auf den Prüfstand stellt. Zugleich zeigt es beispielhaft die Herausforderungen, die das narrative Zwangskorsett funktionalistischer Nachkriegsmythen den französischen Juden auferlegte, in der Konsequenz aber die Neuverortung von Judentum, Identität und Selbstverortung befeuert hat. Die Periode zwischen 1945 und 1955 nicht nur als eine Zeit der Trauer und Traumata zu verstehen, sondern auch als Zeit der Herausbildung eines neuen französischen Judentums, dafür plädiert der Band in überzeugender Weise.

Paris

Byron Schirbock

Dekonstruktion eines Klischees

Focardi, Filippo: Falsche Freunde? Italiens Geschichtspolitik und die Frage der Mitschuld am Zweiten Weltkrieg, 352 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2015 (italien. 2013).

Dass die Italiener anders mit ihrer faschistischen Vergangenheit umgehen als die Deutschen, sieht jeder Tourist, der dafür sensibel und ein wenig der italienischen Sprache mächtig ist. Überall stehen noch faschistische Denkmäler, an vielen finden sich noch in Marmor gemeißelt die lateinischen Buchstaben DVX (= Führer), wie Mussolini sich nennen ließ. Der widerliche kommerzielle Mussolinikult, von dem in seinem Geburtsort Predappio in der „roten“ Emilia-Romagna viele Geschäftemacher leben, mit Mausoleum und Kondolenzbuch wäre in Deutschland für Hitler undenkbar. Auch Diskussionen, wie sie deutsche Kommunen immer wieder aufwühlen, ob Straßen oder Schulen, die nach führenden Nationalisten, Kolonialpropagandisten, Antisemiten oder NS-Kollaborateuren

heißen, umbenannt werden sollen, sind in Italien unbekannt. Dabei ist sich die Forschung inzwischen einig, dass der Faschismus keineswegs eine harmlose und im Wesentlichen ineffiziente Variante des Nationalsozialismus war.

Den Hintergrund für diese politische Kultur analysiert der Zeithistoriker Filippo Focardi in seinem vor drei Jahren in Italien erschienenen, nun ins Deutsche übersetzten Buch. Im italienischen Titel „Il cattivo tedesco e il bravo italiano“ wird das Klischee, das Focardi sehr materialreich und erfreulich kritisch in seiner historischen Genese dekonstruiert, klar benannt: Der ‚böse‘ Deutsche, der „Nazifaschist“, wird für alle Kriegsverbrechen und die Judenverfolgung in Italien verantwortlich gemacht und dem ‚guten, tapferen‘ Italiener gegenübergestellt. Dieses Klischee war (und ist) eng verbunden mit dem Mythos der *resistenza*, des in der italienischen Gesellschaft verankerten Widerstands gegen die Deutschen, die das Land nach dem Sturz Mussolinis im Sommer 1943 besetzt hatten. Mit dem doppelten Klischee ‚tapfere Italiener/grausame Deutsche‘ wurde seit der Befreiung, die auch in Italien in erster Linie anglo-amerikanischen Truppen zu verdanken war, von den Verbrechen abgelenkt, die italienische Besatzer vor allem in den Kolonien, aber auch auf dem Balkan begangen haben. Denn Italien führte fast 20 Jahre lang Krieg – angefangen von Libyen über Äthiopien, Spanien, Jugoslawien, Albanien, Griechenland bis hin zur Sowjetunion – und zwar keineswegs nur als Juniorpartner des Reichs im „Achsenbündnis“, sondern zuvor und parallel auch aus eigenen imperialen Interessen.

Focardi tritt mit seiner ideengeschichtlichen Untersuchung einer „üblen Erbschaft“ (Tony Judt) entgegen, alle Verbrechen des europäischen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges allein den Deutschen anzulasten, die verbreitete Kollaboration zu verdrängen und ein Schwarz-Weiß-Bild aus Täter- und Opfervölkern zu zeichnen. Diese Vergangenheitspolitik war besonders fatal im Falle der übrigen faschistischen Länder wie Österreich, Ungarn, Rumänien, Kroatien und vor allem in Italien, dem Ursprungsland des Faschismus.

Focardi arbeitet mit Hilfe zahlreicher Dokumente, auch aus audio-visuellen Medien, heraus, dass die Gegenüberstellung des ‚bösen‘ Deutschen und des ‚guten‘ Italieners maßgeblich von der Militärmonarchie unter Vittorio Emanuele nach dem Sturz Mussolinis propagiert, aber auch von der alliierten Propaganda gefördert wurde, um einen Keil in die „Achse“ zu treiben. Zugleich lud die Widerstandsbewegung im Norden Italiens ihren antifaschistischen Kampf nationalistisch auf.

Katholische Komponenten kamen hinzu: vom Italiener als Samariter, der auch mit dem Gegner das Brot geteilt habe. Nach dem Krieg bestätigten die Supermächte aus eigenen politischen Interessen das schiefe Bild – der milde Friedensvertrag, den Italien bereits 1947 bekam, sowie der Verzicht auf „Nürnberger Prozesse“ und die mediale Aufarbeitung verstärkten den Eindruck, der Faschismus und erst recht „Mussolinis Krieg“ seien der italienischen Mentalität wesensfremd gewesen und hätten kaum Unterstützung gehabt.

Focardis Buch ist Teil der Tendenz in der jüngeren italienischen Zeitgeschichte, die – anders als die lange dominanten Lesarten, allen voran Renzo De Felices – die Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und Nationalsozialismus nivellieren und betonen, dass die Gräueltaten beider Regime qualitativ und quantitativ auf demselben Niveau lagen und dass man die Geschichte der deutschen und der italienischen Gesellschaft unter dem Faschismus und in der Nachkriegszeit nur als *entangled history* verstehen kann – und das heißt sich von tief eingepprägten Klischees zu verabschieden.

Einerseits ist die Übersetzung dieses wichtigen Buchs sehr erfreulich, um dem aus deutscher Sicht beschämenden Missverhältnis zwischen der Zahl der geschichtswissenschaftlichen Publikationen, die aus dem Deutschen ins Italienische übersetzt werden, und umgekehrt, ein wenig abzuhelpfen. Andererseits hätte man sich gewünscht, dass der deutsche Verlag sich mit seiner Ausgabe mehr Mühe gegeben hätte. Die Übersetzerin hätte ein kompetentes Lektorat gebraucht, um einige haarsträubende Fehler zu korrigieren (z. B. wird auf S. 11 Franco zu „Frankreich“, auf S. 112 Dino Grandi zu „Grando“, auf S. 234 der „bravo Italiano“ zum „guten Deutschen“). Insgesamt hätte ein guter Lektor den Text deutlich straffen können, da das Hauptargument für deutsche Leser_innen nicht so minutiös belegt werden muss wie in Italien, wo die von Focardi dekonstruierten Klischees tiefer verwurzelt sind. Auf Deutsch lesen sich die vielen Beispiele etwas ermüdend. Und wenn man einen neuen Buchtitel wählt, sollte man auch den Autor dazu bewegen, zu erklären, was mit den „falschen Freunden“ gemeint sein soll. Ebenso wird die „Mitschuld“ (was für ein Wort!) kaum thematisiert. Wer des Italienischen mächtig ist, sollte das Original lesen. Dennoch ist es eine verlegerische Großtat mit Filippo Focardi, einen der derzeit interessantesten italienischen Zeithistoriker einem deutschen Publikum zugänglich zu machen.

Trier

Christian Jansen

Selbststilisierung des ostelbischen Adels

Seelig, Michael: Alltagsadel. Der ehemalige ostelbische Adel in der Bundesrepublik Deutschland 1945/49–1975, 591 S., Böhlau, Köln u. a. 2015.

Historische Adelforschung hat immer noch Konjunktur. Doch die meisten Studien befassen sich mit adeliger Herrschaft und Kultur im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Wird das 19. Jahrhundert noch beleuchtet, so findet der Adel nach dem Ersten Weltkrieg nach wie vor wenig Aufmerksamkeit. Das hat zum einen damit zu tun, dass die vormalige Herrschaftselite in den beiden Demokratien und der Diktatur des 20. Jahrhunderts ein wesentliches Privileg verlor: den standesgebundenen Zugang zu Herrschaft. Für die Zeitgeschichte der Bundesrepublik erweist sich auch der schwierige Zugriff auf Quellen als Forschungshindernis. Wissenschaftlich fundiertes Wissen über adelige Lebensweise in der zweiten deutschen Demokratie ist daher relativ gering. Eckart Conzes familiengeschichtlich angelegte Studie über die Grafen Bernstorff (2000) steht weitgehend noch allein. Insgesamt lässt sich jedoch beobachten, dass sich zumindest ein Teil der traditionellen Herrschaftselite auch ohne privilegierten Zugriff auf politische Macht, als Stand in der Klassengesellschaft mit eigenständiger ‚privater‘ Lebensweise und Kultur behaupten konnte.

An dieser Feststellung setzt die kulturgeschichtliche Dissertation von Michael Seelig ein. Er will klären, was den Adel der mecklenburgischen und preußischen Gebiete östlich der Elbe nach Flucht und Vertreibung und dem Verlust seines Besitzes noch zu Adel mit standesbewusster Identität und adeliger Lebensform machte und auf welche Weise er sich „eine neue Lebenswelt erschaffen konnte“ (S. 29). Zeitlich endet die Studie Mitte der 1970er Jahre. Sie beleuchtet mithin die Konsolidierungsphase der jungen Bundesrepublik bis zum Einsetzen der sozialliberalen Ostpolitik. Egodokumente stellen die wesentliche Quellengrundlage der Studie dar. Der Verfasser hat publizierte und unveröffentlichte Autobiographien und Memoiren, Familiennachrichten, „Diverses“ (S. 554), Familiengeschichten, Familiennachrichten und „Ordner in ‚Familienarchiven‘“ (S. 562) von circa 70 ostelbischen Adelsfamilien ausgewertet. Es sind folglich primär Materialien, die geeignet sind, das im Familienverband vorgestellte beziehungsweise öffentlich zur Schau gestellte Selbstverständnis der

ostelbischen Adelsformation zu analysieren und auch Einblicke in ihre Lebenspraxis gewähren.

Auf der Basis des genannten Quellenmaterials behandelt Michael Seelig drei Schwerpunkte. Die Grundlage für weitere Ausführungen liefert die Deutung des Untergangs der eigenen Adelswelt bedingt durch Flucht und Vertreibung aus der Perspektive des ostelbischen Adels. Thematisiert werden die Konsequenzen, die die Autoren aus der Zäsur 1945 zogen und welche Wege beschritten wurden, die eigene adelige Identität zu bewahren. Der zweite Teil der Studie befasst sich mit dem Selbstverständnis und dem Selbstbild des ostelbischen Adels. Behandelt werden Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, die den Autoren dabei halfen, an der Vorstellung vom Adel als Gesinnungsgemeinschaft festzuhalten. Der dritte Schwerpunkt der Arbeit ist der soziokulturellen Praxis des ostelbischen Adels gewidmet. Im Mittelpunkt stehen Strategien zur Erhaltung und Gestaltung des Familienverbandes und die Pflege der familiären beziehungsweise adeligen Erinnerungskultur.

Im Ergebnis kann der Verfasser zeigen, dass der ostelbische Adel zwar nach 1945 seine kulturelle und materielle Lebensbasis verloren hatte, es ihm aber dennoch gelang, an einem spezifischen ständischen Selbstverständnis festzuhalten. In sozioökonomischer Hinsicht näherte er sich in Ausbildung und Berufswahl den Mittelschichten an. Da es nicht gelang, exklusive Berufswege und Karrieren auf- und auszubauen, mussten kulturelle Distinktionsmaßnahmen in besonderer Weise dazu beitragen, adelige Identität zu bewahren respektive neu zu konstruieren. Adelige Gesinnung und zugehörige Lebenspraxis im privaten Lebensraum, von Michael Seelig im Begriff der „Veralltäglichsung“ gefasst, rückten damit ins Zentrum adeliger Distinktionsbemühungen. Dabei ging es weniger ums ‚Obenbleiben‘, sondern vielmehr um die Bewahrung eines privatisierten adeligen Selbstverständnisses, das die familiäre und exklusive ständische Zugehörigkeit stabilisierte. Fazit: Der Glaube des ostelbischen Adels „an sein adeliges Wesen wurde wieder zur unangezweifelten Gewissheit“ (S. 545).

Insgesamt hat Michael Seelig eine interessante und fundierte Studie vorgelegt, die differenziert die Muster untersucht, die der ostelbische Adel nach seinem ‚Untergang‘ anwandte, um sich im eigenen soziokulturellen Milieu zu behaupten und die adelige Identität zu bewahren. Dass die herangezogenen Quellen nicht die Lebenswelt und den Habitus des ostelbischen Adels abbilden,

sondern denjenigen Teil der Lebenspraxis, den die Verfasser der Egodokumente im Interesse der Adelswahrung bewusst thematisierten, verliert Michael Seelig zuweilen aus dem Auge. Mitunter irritiert auch, dass die sozialen und materiellen Grundlagen der untersuchten Adelsformation nahezu gänzlich außen vorbleiben. So ist schon die Größe der spezifisch untersuchten Gruppe aus der Arbeit nur mühselig und ihre Relation zum ostelbischen Adel als statistische Größe gar nicht zu erschließen. Gesellschaftliche Weichenstellungen wie der Lastenausgleich, der in erheblichem Maße dazu beitrug, die Deklassierung des ostelbischen Adels zu verhindern, bleiben völlig unberücksichtigt. Diese kritischen Bemerkungen sollen jedoch den Wert der Studie hinsichtlich der Selbststilisierung des ostelbischen Adels in der Bundesrepublik als Gesinnungsadel und die Rückwirkung dieses Selbstbildes auf den kulturellen Zusammenhalt dieser Gruppierung nicht mindern. Denn so lässt sich fragen, wo wäre der ostelbische Adel als kulturelle Formation in der Bundesrepublik noch auszumachen, hätte es diese ‚Gesinnungsarbeit‘ nicht gegeben?

Neubiberg

Sylvia Schraut

Vom Militär, das keines sein darf

Sasaki, Tomoyuki: Japan's Postwar Military and Civil Society. Contesting a Better Life, 224 S., Bloomsbury, London/New York 2015.

Die weitreichenden sicherheitspolitischen Reformen der Administration von Premierminister Shinz Abe dominierten die politischen Schlagzeilen Japans im Jahr 2015. Die neue Gesetzeslage ermöglicht es Japan nun, auch im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung militärpolitisch außerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen einzugreifen. Welche Ironie für ein Land, das sich mit Artikel 9 seiner sogenannten Friedensverfassung den Verzicht nicht nur auf Krieg als Mittel der Politik, sondern – viel fundamentaler – den Verzicht auf den Unterhalt von Land-, See- und Luftstreitkräften auferlegte! Doch warum verfügt Japan überhaupt über Streitkräfte? Wie kann es sein, dass deren Existenz Unterstützung aus der Bevölkerung erfährt, obwohl der Pazifismus als zentrale Norm der japanischen Außenpolitik gilt? Um diese Fragen zu klären, führt uns der Band von Tomoyuki Sasaki, passgenau ebenfalls 2015 vorgelegt, zurück zu den Anfängen von

Japans sogenannten Selbstverteidigungsstreitkräften (*jieitai*).

Mit dem Beginn des Korea-Krieges von 1950 sollte Japan zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus in Ostasien ausgebaut werden. Die Besatzungsmächte initiierten die Gründung einer nationalen Polizeireserve, welche 1952, nachdem Japan seine staatliche Souveränität wiedererlangt hatte, zu Sicherheitskräften umgewandelt wurde und 1954 schließlich in der Organisationsform von Selbstverteidigungsstreitkräften (im weiteren Verlauf: SDF, *self-defense forces*) mündete. Sasakis Studie erklärt die Hintergründe dieser Entwicklung aus einer Graswurzelperspektive und zeichnet sie bis zum Ende des Kalten Krieges weiter. Er skizziert die Bedeutung der SDF als Arbeitgeber und als Institution des öffentlichen Lebens gerade in den ländlichen Regionen Japans, insbesondere auf Japans nördlichster Hauptinsel Hokkaidō. Dabei spricht er von Militarisierung der Regionen, wenn er auf entstehende Beziehungen zwischen den SDF und den Kommunen hinweist. Zudem sei vorangestellt, das Sasakis Verständnis von „civil society“ nichts mit Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft gemein hat, sondern er mit diesem Begriff schlichtweg eine aus Zivilisten bestehende Gesellschaft benennt.

Die Arbeitslosigkeit im Japan der 1950er Jahren war hoch. Sasaki unterstreicht die Rolle, welche die SDF als Arbeitgeber in diesem Jahrzehnt in Japan innehatten: Sie offerierten Löhne, die etwa dem Anderthalbfachen der Bezüge von Beamten entsprachen. Es waren vor allem die Söhne aus verarmten Bauersfamilien, deren Grundstücke im Zuge der alliierten Gebietsreformen deutlich geschrumpft waren, die sich bei den Streitkräften bewarben. Auf die 75.000 im Jahr 1950 ausgeschriebenen Positionen kamen knapp 400.000 Bewerber. Erst in den 1960er Jahren sank die Attraktivität der SDF im Zuge des einsetzenden Wirtschaftshochwachstums und der zunehmenden Konkurrenz durch zivile Arbeitgeber. Auch neue Rekrutierungsmaßnahmen, etwa das gezielte Anwerben von Tagelöhnern an den großen Pendlerbahnhöfen der Hauptstadt griffen nur bedingt. Sasaki räumt ein, die Rolle der SDF als Arbeitgeber sei im internationalen Vergleich sicherlich kein Alleinstellungsmerkmal, doch gebe es einen großen Unterschied zwischen den japanischen Streitkräften und denen eines jeden anderen Landes: „SDF service members did not have to worry about being sent to battlefields and dying there“ (S. 48) – der Friedensverfassung sei Dank.

Stattdessen sollten sich die Mitglieder der SDF lediglich auf einen eventuellen Ernstfall vorbereiten

– etwa durch Einsätze im Katastrophenfall oder durch Einsätze in der Strukturentwicklung der Regionen. Die Liste der Tätigkeiten der SDF bei Naturkatastrophen in diesem von Erdbeben, Tsunamis und Vulkanausbrüchen gebeutelten Land ist lang und beeindruckend. Politisch interessanter ist ihr Einsatz in der Strukturentwicklung, konkret beim Bau von Landstraßen oft bis in entlegene Dörfer hinein. Insbesondere auf der Insel Hokkaidō fielen derlei, von den Lokalregierungen hoch willkommene (weil hoch subventionierte) Auftragsarbeiten unter das Diktum der Landesgrenzsicherung. Immerhin stehen die direkt im Norden an Hokkaidō anschließenden Kurilen-Inseln bis heute im Zentrum ungelöster Territorialstreitigkeiten zwischen Japan und Russland. Es waren dies die Vorboten einer in den 1970er Jahren unter Premierminister Kakuei Tanaka institutionalisierten Politik der Subvention lokaler Bauprojekte im Gegenzug für die Unterstützung der langjährigen Regierungspartei, der Liberaldemokratischen Partei. Auf die gleiche Weise konnte der im Zuge einiger Umweltkandale der 1970er Jahre aufkommenden Zurückhaltung bei militärischen Übungseinsätzen großflächig Einhalt geboten werden. Als weiteres Druckmittel schließlich strich die japanische Regierung in den 1980er Jahren die sowjetische Gefahr heraus – es sei gleichermaßen die patriotische Pflicht der Bewohner Hokkaidōs, durch die Akzeptanz von Militärstützpunkten ihren Beitrag dazu zu leisten, dieser Einhalt zu gebieten.

Sasaki präsentiert in seinem Band eine umfassende Analyse der Interdependenz der SDF und der lokalen Bevölkerung der Insel Hokkaidō aus einer Graswurzelperspektive. Neben statistischem Material greift er dabei auf Notizen von SDF-Mitgliedern ebenso wie auf literarische Werke zurück. Dieser Materialmix garantiert eine kurzweilige Lektüre. Kritisch sei bemerkt, dass Sasakis Analyse der Einbettung der SDF in die mannigfaltig verflochtene Interessenslage der Akteure von Japans ‚eisernem Dreieck‘ von Politik, Wirtschaft und Ministerialbürokratie zu kurz greift. Zudem wird ein weiteres Thema bedauerlicherweise nur angerissen, obwohl es für die Entwicklung der japanischen Politik von zentraler Bedeutung ist: die Relevanz der SDF bei der Forcierung eines breit aufgestellten Rechtsrucks der japanischen Politik, welcher gerade in diesen Tagen, da Japan sich von seiner pazifistischen Norm zu verabschieden scheint, so deutlich wird.

Hamburg

Gabriele Vogt

Dritte Wege zwischen den Blöcken

Dinkel, Jürgen: Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992), 364 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2015.

In Zeiten des Kalten Krieges waren Bündnisfreiheit und Neutralität in NATO-Staaten inopportun, gleichwohl solche Anliegen durchaus anerkannt und attraktiv waren. Gamal Abdel Nasser (Ägypten), Jawaharlal Nehru (Indien), Josip Broz Tito (Jugoslawien) und Sukarno (Indonesien) standen symbolisch für eine Politik zwischen den Blöcken. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung gehörten 120 Staaten den Blockfreien an, womit man eine der größten internationalen Organisationen bildete. Es verwundert nicht, dass diese Bewegung über keine Gründungscharta verfügte, da die politischen, ökonomischen und kulturellen Unterschiede unter den Mitgliedern zu groß waren. Nach dem scheinbaren Ende der Ost-West-Konfrontation schienen die Blockfreien und Neutralen dann selbst zum Problem zu werden, sollte doch nun nach Wegfall der viel zitierten ‚Blöcke‘ angeblich keine Notwendigkeit mehr zu einer solchen Politik des „dritten Wegs“ bestehen. Umso mehr boten sich Chancen für eine unvoreingenommene Annäherung der Forschung an die Thematik und zu ihrer Historisierung sowie Objektivierung. Um es gleich vorwegzunehmen: Dies ist der vorliegenden Untersuchung von Jürgen Dinkel sehr gelungen. Entstehung, Entwicklung, Gestaltung und Praxis der allianz- und bündnisfreien Staaten sind Anliegen seiner hier zu besprechenden Studie, die einem strikt chronologischen, deshalb jedoch nicht minder überzeugenden Aufbau folgt.

Mit der Abhaltung des Brüsseler Kongresses und der Gründung der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit (1927) wird der Ursprung der „Globalisierung des antikolonialen Widerstands“ (S. 31) markiert, einer Bewegung, die 1937 mit ihrer Auflösung vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Zusammenbruchs des internationalen Systems ein Ende fand. Trotz Intensivierung der Kooperation kam es nicht zur Institutionalisierung. Der Völkerbund und die Kolonialmächte standen im kritischen Fokus. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg des Nationalsozialismus bereiteten der kurzlebigen anti-kolonialen Netzwerkarbeit den Garaus. Finanzielle, organisatorische und technische Mängel beeinträchtigten zudem ihre Schlagfähigkeit. Entscheidende Schritte folgten dann in der Nachkriegszeit.

Die asiatisch-afrikanische Konferenz von Bandung (1955) begreift Dinkel als einen „Moment des Wandels“ (S. 59). Sie läutete das Ende des Kolonialzeitalters ein und führte zur Konstruktion einer solcherart gestalteten Solidargemeinschaft der Nationenbildung im Zeichen der Entkolonialisierung und der Profilierung der Vereinten Nationen. Die Genfer Indochina-Konferenz (1954) hatte den Anstoß dazu geboten, zu der Burma, Ceylon, Indien, Indonesien und Pakistan nicht geladen waren. Bandung brachte somit das Recht auf Mitsprache aller Staaten in den internationalen Fragen zum Ausdruck. Sie blieb jedoch laut Dinkel ein „singuläres Ereignis“ (S. 298), da weitere Formen der Zusammenarbeit unbestimmt blieben.

Die Belgrader Konferenz (1961) der Blockfreien wird von Dinkel als „Knotenpunkt des Ost-West- und Nord-Südkonflikts“ (S. 99) tituliert. Sie trug zur Anerkennung blockfreier Außenpolitik und der bündnisfreien Staaten bei, die die Supermächte nun nicht mehr einfach übergehen konnten. Die USA und die UdSSR versuchten nun verstärkt, die Bündnisfreien in ihre jeweiligen Lager zu ziehen, was ihnen neue Handlungsspielräume eröffnete. Sie koordinierten ihre Interessen gegenüber den nördlichen Industriestaaten und brachten ihre Forderungen bei den Vereinten Nationen ein, was zur Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) führte.

Die 1970er Jahre werden von Dinkel als Formationsphase der Bewegung bündnisfreier Staaten gesehen. Hauptsächlich Organisatoren waren Jugoslawien, Algerien und Sri Lanka, die nun maßgeblich zur Institutionalisierung beitrugen. Die Gipfel in Lusaka (1970), Algier (1973), Colombo (1976) und Havanna (1979) dokumentierten die kontinuierliche Konferenzdiplomatie von bis zu knapp 100 Staaten, nachdem sie von der KSZE-Schlussakte von Helsinki (1975) und dem Nachfolgeprozess in Belgrad (1977/78) und Madrid (1980–1983) nahezu völlig ausgeschlossen waren, der nur die nördlichen Industriestaaten einbezogen hatte.

In den 1980er Jahren gab es vermehrt Meinungsverschiedenheiten zwischen den Blockfreien. Dazu trugen militärische Konflikte unter ihnen selbst bei. Hinzu kamen Konferenzmüdigkeit und Kritik an „Mammutkonferenzen“ (S. 261), aber auch die Krise des Multilateralismus. All dies beförderte Differenzen, obgleich verbindende Elemente und Themen vorhanden waren. Paradoxe Weise oder gerade deshalb kam es zum Ausbau der Organisation der Blockfreien.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts änderte die Konferenz in Jakarta (1992) trotz eines Institutionalisierungsschubs nichts am Relevanzverlust der Bündnisfreien. Niemand schien ihnen mehr groß Aufmerksamkeit zu schenken. Nicht von ungefähr wurde in westlichen Analysen die Bewegung bewusst und gezielt abgewertet. Das war ein Erbe des Kalten Krieges, ist aber für Dinkel kein Grund gewesen, die Blockfreien außer Acht zu lassen. Seine Studie verfolgt einen bewegungshistorischen Ansatz unter Anwendung von sechs Kriterien (Ablehnung der bestehenden internationalen Ordnung, Dauerhaftigkeit, Gemeinsamkeit der Alternative eines dritten Wegs, minimaler Konsens, Organisation und Sichtbarkeit), den der Verfasser konsequent durchzieht. Dagegen ist der Begriff des „Zweiten Kalten Krieges“ inzwischen von der Forschung (Matthias Peter, Hermann Wentker) hinterfragt worden, bestanden doch trotz Entspannung in den 1970er Jahren Muster und Strukturen des Kalten Krieges nahezu ungebrochen fort. Spannend wäre es gewesen, die Positionen der blockfreien mit denen der neutralen Staaten zu vergleichen, wie auch die Rolle der „Non-aligned and Neutral States“ (N+N-Staaten) stärker in die Untersuchung einzubeziehen und Unterschiede herauszuarbeiten. Dieses Feld zeitgeschichtlicher Forschung ist noch weiter zu erschließen. Oftmalige inhaltliche Wiederholungen mögen in Dinkels Studie mitunter etwas störend wirken. Abgesehen davon schließt diese Arbeit eine große Lücke der deutschen Zeitgeschichtsforschung; das Thema ist bisher von ihr grob vernachlässigt worden. Jürgen Dinkels Buch führt aus der mitunter verengten Sicht von einer an der Geschichte der NATO und ihren Vorgaben orientierten Historiker_innen heraus, eröffnet Perspektiven für Alternativen und ist daher für ein breiteres und tieferes Verständnis der Geschichte der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert und insbesondere für die Zeit nach 1945 unverzichtbar. Umso verdienstvoller ist es, diese Studie in die Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“ aufgenommen zu haben.

Hildesheim

Michael Gehler

Keine grüne Nische

Uekötter, Frank: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, 294 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Ein Buch, das die immer noch in Konjunktur begriffene Umweltgeschichte an die allgemeine deutsche Geschichte anschlussfähig macht und aufzeigt, welche Bedeutung Naturschutz- und Ökologiefragen im 20. Jahrhundert für die deutsche Politik und Gesellschaft hatten, stand bislang noch aus. Dieses Vorhaben möchte Frank Uekötter mit seinem Buch „Deutschland in Grün“ umsetzen, indem es auf die Umweltdebatten der Gegenwart einen neuen Blick wirft, die Umweltgeschichte in die zentralen Fragen der deutschen Geschichte einbettet (S. 18) und die Zusammenhänge zwischen beiden interpretiert. Uekötter wirft die These auf, der ökologische Strukturwandel in Deutschland sei zwar den Entwicklungen der westlichen Welt gefolgt (S. 23) und insofern werde schon die internationale Dimension kenntlich, dennoch seien aber deutsche Besonderheiten offenbar. Dass nationale Charakteristika auch die Entwicklungen im Bereich der Umwelt und Ökologie prägten, ist keine neue Aussage, sondern wurde inzwischen von Forscherinnen und Forschern immer wieder belegt (vgl. Holger Nehring „National Internationalists“, 2005). Originell hingegen ist das Ansinnen seines methodischen Zugangs: Mithilfe Bourdieus Konzept des Feldes, möchte Uekötter der Umweltgeschichte aus der Nische helfen. Er unterscheidet zwischen drei Bereichen: Politik, Zivilgesellschaft und Lebenswelt. Somit könne aufgezeigt werden, wie sehr ökologische Themen gesamtgesellschaftliche Debatten prägten (S. 20) und die deutsche Gesellschaft nachhaltig veränderten.

Den Hauptteil des Buches bilden – neben Einleitung und Schluss – zehn Kapitel, die das gesamte 20. Jahrhundert nach oben geschildertem Erkenntnisinteresse behandeln. Das Kaiserreich war in umweltgeschichtlicher Hinsicht insofern eine Hochzeit, da bereits hier die Weichen für die Zeit nach 1945 gestellt wurden. So entwickelte sich in dieser Epoche eine Verbandsstruktur, die in ihrer Stärke und Ausprägtheit bis heute das grüne Deutschland charakterisieren (S. 40). Parallel dazu entdeckte auch der Staat das Thema Naturschutz; es entwickelte sich eine starke Staatsverwaltung ohne die der Naturschutz nicht handlungsfähig gewesen wäre. In Bezug auf die lebensweltliche Dimension verweist Uekötter auf die Reformbewegung (z. B. die Naturheil- und Lebensreformbewegung sowie die vegetarische Bewegung). Im Vergleich zur Staatsverwaltung und der Verbandsstruktur würden heute jedoch an die Lebensreformbewegung nur noch Fragmente erinnern (S. 60). Das Überleben der Lebensreformbewegung kann aber durchaus

anders interpretiert werden. Im Vergleich zur Studentenbewegung der 1960er Jahre, die als eine zentrale Kritik auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung (Antikapitalismus) fokussierte, stellten seit den 1970er Jahren die sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik – so auch die Umweltbewegung – nicht mehr klassen- oder schichtspezifischen Ungerechtigkeiten, sondern das Individuum in den Mittelpunkt von Denken und Handeln. Mit der Maxime „Fang bei Dir selbst an“ lehnte sie sich somit an Denkmuster der Reformbewegung des 19. Jahrhunderts an (vgl. Astrid Mignon Kirchhof: Gelebte Überzeugung, in: Braun/Weiß „Agonie und Aufbruch“, 2014, hier S. 198f.). Blickt man so auf das Wiedererstarken der Reformbewegung, spielte sie in den 1970er Jahren eine zentrale Rolle.

Die Zwischenkriegszeit bis 1935 sei für den Naturschutz schwierig gewesen. Aufgrund der Folgen des Ersten Weltkrieges wurde Naturschutz als Luxus begriffen. Im Grunde standen die Naturschützer der Weimarer Republik indifferent gegenüber und waren in ihrer Mehrheit keine Freunde der parlamentarischen Demokratie. Hervorzuheben ist, dass sich zu jener Zeit diejenigen Muster entwickelten, die als korporatistische Strukturen die Umweltpolitik bis heute prägen. Hatte der Naturschutz zum ‚Dritten Reich‘ anfänglich eine „reserviert-distanzierte Haltung“ (S. 75) eingenommen, so änderte sich dies 1935 mit der Verabschiedung des Reichsnaturschutzgesetzes. Danach waren den Naturschützern Möglichkeiten gegeben, die sie noch nach Kriegsende ins Schwärmen brachten: eine einheitliche Struktur von Naturschutzbeauftragten, und der Schutz sowie die Ausweisung von Naturdenkmälern beziehungsweise Naturschutzgebieten.

Nach 1945 wurden Umweltprobleme, wie beispielsweise die Anwendung von Pestiziden, zum internationalen Thema und sukzessive von den USA angeschoben. Auch in Westdeutschland erhielten ökologische Debatten besondere Brisanz. Umweltprobleme, wie Abfall, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung wurden zum Schwerpunktthema der Politik. Parallel dazu war zivilgesellschaftlicher Umweltprotest im Aufwind, wobei hier vor allem das Thema Atomkraft besonders viele Menschen binden konnte. Die Entstehung der Umweltbewegung sieht Uekötter in einer Gemengelage begründet, die vom Wertewandel, der Veränderung von Gesundheitsängsten, dem Aufstieg der Dienstleistungsgesellschaft, der Rolle der Medien, der Ausweitung von Budgets und Behörden sowie der Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion

gekennzeichnet war. Darüber hinaus war Umweltschutz auch ein *feel good*-Thema, denn man wusste, dass man das Richtige tat. Interessant ist Uekötters These zur Zäsur der 1980er Jahre. Während es überall in der westlichen Welt durch Nullwachstum und Arbeitslosigkeit kriselte und England sowie die USA darauf beispielsweise mit einer neoliberalen Politik reagierten, boomten in der Bundesrepublik grüne Themen. Als ein Argument hierfür gibt Uekötter an, dass es in der Bundesrepublik beispielsweise kein „politische[s] Projekt à la Thatcher gab“ (S. 152), woran sich die Regierungspartei abarbeiten konnte. Wie der Autor in seinem Resümee schreibt, kann sich Deutschland auf diesen ‚Errungenschaften‘ allerdings kaum ausruhen. Sie lägen bereits ein Vierteljahrhundert zurück und danach wäre nicht mehr viel gekommen, auf das man sich umweltpolitisch positiv beziehen könne. Die Bilanz in Bezug auf ein grünes Deutschland fällt daher für Uekötter ambivalent aus.

Ein eigenes Kapitel widmet Uekötter der Naturschutz- und Umweltpolitik der DDR und vertritt die These, dass vor allem in den 1980er Jahren der Raubtierkapitalismus fröhliche Urstände feierte und Honeckers Einheitspartei (SED) durch Devisen versuchte, die hohen Staatsschulden auszugleichen. Wenn das auch im Grunde keine falsche Beobachtung ist, so muss diese Entwicklung auch nicht völlig erstaunen. Wirtschaftliche Gründe rangierten im ostdeutschen Staat von Anfang an vor der Umwelt oder anders ausgedrückt: Naturschutz war gut, durfte aber nicht viel kosten. Das lag daran, dass es auch im Realsozialismus stets um Marktexpansion und Produktionszuwächse ging, um die eigenen Bürger bei Laune zu halten. Da darüber hinaus das zivilgesellschaftliche Element in der DDR nahezu ganz fehlte, wurde kapitalistischen ‚Unsitten‘ mit der Zeit größerer Raum gegeben.

In Frank Uekötters Band geht es weniger darum, neue Erkenntnisse zu präsentieren und diese akademisch aufzubereiten. Schon an der kurzweilig verfassten Sprache wird offenbar, dass der Band nicht auf eine eingeschworene Gemeinschaft von Umwelthistorikern zielt, sondern sich vielmehr an alle richtet, die Interesse daran haben, Fragen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert durch eine ökologische Linse zu betrachten, um so deren gegenseitige Bedingtheit auszuloten. Uekötters Ansinnen ist es daher, explizit die Anschlussfähigkeit an andere Felder der Geschichtswissenschaft (Politik-, Kultur-, Wissenschafts- und Technik- sowie Körpergeschichte) herauszustellen. Ihm ist daher durchaus

zuzustimmen, dass es in der Umweltgeschichte „nicht um eine kleine grüne Nische, sondern um eine zentrale Dimension deutscher Geschichte“ geht. Darin liegt die Stärke und Notwendigkeit des von Uekötter vorgelegten Bandes.

Berlin

Astrid Mignon Kirchof

Die Natur der DDR

Huff, Tobias: Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, 470 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2015.

Das Titelbild trifft das bis heute vorherrschende stereotype Bild des Verhältnisses der DDR zu ihrer Natur und Umwelt auf den Punkt: Eine schwarz-weiße Industrielandschaft, in der es undurchdringlich aus Kühltürmen und Schloten qualmt, wo sich endlose Röhrensysteme durch einen industriellen Monoblock schlängeln und dubiose Flüssigkeiten aus einem Tank lecken. Nur am Bildrand hält noch ein Rest zerzausten und blätterlosen Astwerks die Stellung. Der Staatssozialismus, so suggeriert die Ansicht, befand sich im Kampf mit der Natur – und letztere unterlag. Huff aber ist daran gelegen, genau dieses Klischee historisch aufzubrechen. Dass es beileibe nicht so simpel um das Mensch-Natur-Verhältnis in den 40 Jahren der Deutschen Demokratischen Republik bestellt war, ist bekannt. So haben beispielweise Hermann Behrens und das Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung kontinuierlich an dieser Thematik, vor allem an der Naturschutzgeschichte, gearbeitet.

Eine umfassende politische Umweltgeschichte der DDR steht indes noch aus. Der Historiker Tobias Huff macht sich in seinem Buch daran, den Radius zu öffnen und das Feld zumindest weiter als bisher auszuleuchten. Erzählerischer Ausgangspunkt ist der Umgang mit emissionsbedingten Waldschäden, die später in Form abgestorbener Wälder ganz unterschiedliche Resonanzen in den beiden deutschen Staaten erzeugen sollten. Von diesem Auftakt ausgehend verfolgt der Autor die Entwicklung der Umweltdebatten durch vier Dekaden.

Für die 1950er Jahre zoomt Huff auf zwei Protagonisten der jungen DDR, Reinhold Lingner und Erich Zieger, die mit der Landschafts- und der Großraumdiagnose versuchten, den Aufbau wirtschaftlicher Infrastrukturen im großen Stil zu systematisieren, um einer Überbeanspruchung

natürlicher Ressourcen vorzubeugen, aber in den politischen Verhandlungen ihre Konzepte letztlich nicht durchsetzen konnten. Für die ambivalenten 1960er Jahre, der am wenigsten erforschten Zeit der DDR-Geschichte, nimmt Huff wieder den Faden der Rauchschaadforschung auf, wie sie sich in den Zeiten des ‚Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung‘ – den Wirtschaftsreformen unter Walter Ulbricht – entwickelte. Die Modernisierung, die dieses Effizienzprogramm ermöglichen sollte, legte durchaus Wert auf die Stimme der Wissenschaft. Und die war auch deshalb gefragt, weil die Rauchschaäden im Erzgebirge eine touristisch geprägte Region erreichten, dort für Unruhe sorgten und durch die benachbarte Tschechoslowakei eine internationale Dimension bekamen. Bereits 1968 hielt der Schutz der Umwelt Einzug in den Verfassungstext der DDR.

In den 1970er Jahren setzte sich die so eingeläutete formelle Institutionalisierung von Umweltfragen auch unter Erich Honecker fort: Deutlich früher als die BRD bekam die DDR 1972 ein Ministerium für Umwelt und Wasserwirtschaft und den dazugehörigen Umweltminister Hans Reichelt. Bekanntermaßen waren die frühen 1970er Jahre, angetrieben durch die Debatten im Vorfeld der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972, durch die massive Beschleunigung der Internationalisierung der Umweltfrage geprägt. Dadurch erklärt sich auch die außenpolitische Aufladung und Profilierungschance der ökologischen Debatte für Honecker. Allerdings verlor dieser Motor nach dem Grundlagenvertrag 1972 und dem UNO Beitritt 1973 deutlich an Kraft. So wurde das noch von Ulbricht eingerichtete Berichtswesen zum Zustand der Umwelt nun der Geheimhaltung unterworfen. Das postulierte Versprechen, der Sozialismus würde für ein harmonisches Verhältnis zwischen Umwelt und Gesellschaft sorgen, wurde zwar aufrecht – aber eben nicht eingehalten. Und diese Diskrepanz schien immer augenfälliger.

Nicht zuletzt durch diese „kognitive Dissonanz“ (S. 409) werden für das Kapitel der 1980er Jahre auch die Rolle der sich formierenden (kirchlichen) Umweltbewegung und die Rolle der Öffentlichkeit bedeutsam. Gleichzeitig fehlten der DDR längst die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, um durchschlagende Umweltschutzmaßnahmen wie den Einbau von effizienten Entschwefelungsanlagen zu realisieren.

Der Autor zeigt, wie sowohl in der BRD als auch in der DDR in den 1960er und 1970er Jahren durchaus ähnliche umweltpolitische Konzepte

und Vorstellungen aufkamen; sie sich allerdings ganz unterschiedlich Bahn brachen – oder eben im Fall der DDR schlechterdings bei der Umsetzung angesichts mangelnder Kapazitäten versagten. Sehr deutlich arbeitet der Autor heraus, welche Dominanz die Befriedigung der Konsumerwartungen der DDR-Bevölkerung im Wettstreit mit dem ‚anderen‘ Deutschland erreichte. So konstatiert Huff, nicht die ökologische Ignoranz sei Strukturmerkmal der DDR gewesen, sondern – nach den Erfahrungen des Aufstandes 1953 – die „strikte Unterordnung ökologischer Belange unter die Anforderungen der Warenproduktion“ (S. 413).

Huff ermöglicht mit seinem quellengesättigten Buch eine differenziertere Lesart des Verhältnisses zwischen Umwelt und DDR-Gesellschaft als sie bisher möglich war. Die Verbindung zwischen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Politikgeschichte der DDR sind ambitioniert und geraten bisweilen etwas ausufernd. Gleichzeitig legt Tobias Huff den Fokus immer wieder auch auf einzelne Protagonisten, was die Erzählung erfreulich konkretisiert. So ist beispielweise die biografische Beschreibung des Umweltministers Hans Reichelt, den der Autor noch – wie zahlreiche andere Beteiligte – interviewen konnte, ungemein aufschlussreich, um den Alltag und die Innenansicht der DDR-Umweltpolitik nachvollziehen zu können. Auch die Darstellung der subversiven Taktiken von Künstlern und Kirche, die Entstehung von Netzwerken aber auch isolierten Aktionen in den letzten Jahren der DDR sind erhellend – ein reichhaltiger Fundus für weitere Forschungen.

Bremen

Anna-Katharina Wöbse

Politische Umweltgeschichte

Metzger, Birgit: „Erst stirbt der Wald, dann du!“. Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986), 665 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Wenn man in die aktuellste Ausgabe des „Waldzustandsberichts“ von 2014 schaut, der (zunächst als „Waldschadensbericht“) seit 1984 durch das Bundeslandwirtschaftsministerium erhoben wird, liest man Erstaunliches: „Seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1984 zeigen sich im Durchschnitt aller Baumarten keine wesentlichen Veränderungen“. Anders als auf dem Höhepunkt der mit oft apokalyptischen Untertönen geführten

Waldsterbensdebatte in den 1980er Jahren befürchtet, ist der deutsche Wald bisher nicht vollständig abgestorben. War das Waldsterben also einer dieser „falschen Ökoalarme“ (Uekötter/Hohensee „Wird Cassandra heiser?“, 2003)? Der Bericht gibt aber keinen Grund zur Entwarnung; der Wald kränkelt offenbar weiter vor sich hin. Nunmehr seien es die einst als robust gepriesenen Laubbäume, die Buchen und Eichen, die den Forstleuten Sorgen machten: das wohl bekannteste und sichtbarste Krankheitsindiz, die „mittlere Kronenverlichtung [sei] seit Mitte der 80er Jahre stark angestiegen“ (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2014, URL: <http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Wald-Jagd/ErgebnisseWaldzustandserhebung2014.pdf?__blob=publicationFile>, Zugriff: 25.04.2016).

Als umweltpolitisches Thema ist das Waldsterben in jedem Falle längst tot, abgelöst in der öffentlichen Aufmerksamkeit von immer größeren und allumfassenderen Gefahren: zunächst von Tschernobyl, dann vom Ozonloch und anschließend – und bis heute – vom globalen Klimawandel. Höchste Zeit also für eine historische Annäherung an ein im Rückblick eher überschaubar und tatsächlich erfahrbar erscheinendes Problem der „guten alten Zeit“, das man meinte, mit vorhandenen technischen Mitteln – Schwefelfiltern und Katalysatorautos – recht rasch in den Griff zu bekommen.

Dreißig Jahren nach dem Höhepunkt dieser Debatte präsentiert Birgit Metzger eine mit mehr als 600 Seiten sehr umfassende Studie des Waldsterbens als politisch-gesellschaftliches Phänomen. Metzger interessiert sich nicht so sehr für die Schädigung der Forsten an sich, sondern leistet einen Beitrag zu einer politischen Umweltgeschichte. So untersucht sie die öffentliche Debatte und ihre Interpretationsrahmen, die wissenschaftliche, gesellschaftliche und mediale Mobilisierung sowie die politischen Reaktionen und Problemlösungsversuche. Metzgers Studie will neue Antworten auf zwei sozial- und umwelthistorische Fragestellungen geben. Erstens versucht sie, anhand des Waldsterbens die Konstruktion eines modernen Umweltproblems zu analysieren. Sie bettet ihre Untersuchung hierfür breit und sehr gelungen in einen interdisziplinären Forschungsstand ein, der auch die Forstwissenschaft umfasst. Zweitens untersucht sie das Waldsterben als zeittypisches und zeitprägendes Phänomen für den gesellschaftlichen Wandel der 1970er und 1980er Jahre. Sehr überzeugend verbindet sie

ihre Interpretationen mit einer Vielzahl politischer und sozialgeschichtlicher Kontexte.

Im Zusammenhang eines interdisziplinären Freiburger DFG-Forschungsprojekts „Und ewig sterben die Wälder“ unter der Leitung von Franz-Josef Brüggemeier und Roderich von Detten entstand Metzgers Studie. Aus dem Projekt sind bereits mehrere einander ergänzende Publikationen zu verschiedenen Aspekten des Waldsterbens entstanden, zum Beispiel im Vergleich zu Frankreich, der DDR (Huff „Natur und Industrie im Sozialismus“, 2015), in wissenschaftshistorischer Perspektive oder zur Vorgeschichte bis 1970 (Bemmann „Beschädigte Vegetation und sterbender Wald“, 2012). Metzgers Arbeit untersucht die eigentliche und politisch relevante Waldsterbensdebatte zwischen 1978 und 1986, von der „Entdeckung und Konstruktion“ des Phänomens, bis zum Scheitelpunkt der Debatte 1986, ab dem die Medienberichterstattung rapide abnahm (S. 34f.). Für diesen eher kurzen Zeitraum hat Metzger allerdings eine beeindruckende Vielzahl von verschiedenartigen Quellen konsultiert – neben öffentlich zugänglichen Materialien – Schrifttum und Bilder aus 20 Archiven.

Metzgers Studie ist chronologisch aufgebaut. Sie richtet für die verschiedenen Phasen, die den drei Hauptteilen entsprechen, allerdings den Blick auf unterschiedliche Akteure und Phänomene. Während einzelne Förster und Waldschadensforscher in einer begrenzten Expertenöffentlichkeit das Thema in einem kurzen Zeitraum bis 1981 konstruierten, spielten meinungsführende Medien, allen voran der „Der Spiegel“ die zentrale Rolle dafür, dass das Thema 1982/83 auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde. Anders als zu erwarten, verdrängte die zeitgleich stattfindende Bonner „Wende“ die Waldsterbensdebatte nicht etwa, sondern beschleunigte sie sogar im Wahlkampf 1983. Zum Abschluss des zweiten Hauptteils untersucht Metzger ausführlich und methodisch den Katastrophendiskurs, seine Metaphern, Erklärungs- und Schuldzuschreibungsmuster, und zeigt auf, wie dieser an ältere, aber auch zeitgenössische, gesellschaftspolitische und ökologische Debatten anknüpfte.

Im dritten Teil analysiert Metzger dann die politischen Antworten auf die Waldsterbensdebatte. Effektiv, so argumentiert sie, öffnete die Debatte ein Gelegenheitsfenster für die Durchsetzung von seit den 1970er Jahren verschleppten Maßnahmen gegen Luftverschmutzung. Das Thema wurde international bereits seit den späten 1960er Jahren als Problem der versauernden Seen in Skandinavien diskutiert und führte

zum Genfer Luftreinhalteabkommen von 1979, das 1983 in Kraft trat. Trotz der umfassenden Diskussion über die Notwendigkeit gesellschaftlichen Wandels löste die Politik das Problem technisch mittels neuer Vorschriften zur Abgasreinigung.

Zentrales Ergebnis der Waldsterbensdebatte im Hinblick auf den historischen Wandel ist für Metzger die Überwindung der festgefahrenen Konfrontation von Ökonomie und Ökologie der 1970er Jahre. Neues gesellschaftliches Leitbild wurde in den 1980er Jahren die ökologische Modernisierung, also die Erneuerung der Industriegesellschaft durch die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken. Kurzfristig half zudem das „umweltfreundliche Auto“ (S. 602) mit Katalysator der Autoindustrie beim Neuwagenabsatz und gab den Käufern ein reines Gewissen. So hatten die Autofahrer dann auch viel weniger Bedenken, die Zahl ihrer gefahrenen Kilometer seit den 1980er Jahren massiv zu steigern und damit die Vorteile der Abgasreinigung wieder zunichtezumachen. Auch diese Paradoxie übersieht Metzger nicht.

Metzgers exzellente Studie bietet einen äußerst gut lesbaren, sehr umfassenden und überzeugenden Überblick über die Komplexität des Phänomens Waldsterben und ist sehr zur Lektüre empfohlen.

Kopenhagen

Jan-Henrik Meyer

Protestaktivität in der „Provinz“

Templin, David: Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, 672 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Eine Studie zur Jugendzentrumsbewegung, wie sie David Templin nun vorgelegt hat, beleuchtet keineswegs nur eine weitere spezielle Facette linksalternativer Proteste in den 1970er Jahren, die neben den großen Themen der Friedens-, Umwelt- oder Frauenbewegung bisher unberücksichtigt geblieben ist. Die Jugendzentrumsbewegung ist historisch wichtig, weil sie eine zentrale Rolle für die geografische Ausweitung der Protestbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland spielte, so die zentrale These des Buches. Zwischen 1970 und dem Höhepunkt der Bewegung im Jahre 1974 entstanden rund 1.000 Initiativen, die sich für selbstverwaltete Jugendzentren einsetzten.

Wenn sich die Hochburgen der „68er-Bewegung“ in Groß- und Universitätsstädten befanden, aber die „Jugendrevolte“ der frühen 1980er Jahre ein flächendeckendes Phänomen war, so ist dies ganz wesentlich auf diejenigen Initiativen zurückzuführen, die in der „Provinz“ selbstverwaltete Jugendzentren erkämpften und betrieben. Die Jugendzentrumsinitiativen standen nicht so sehr für die Weiterentwicklung von Ideen und Aktionsformen, wohl aber verbreiteten sie die soziale Basis für Protestaktivitäten bis in suburbane und ländliche Bereiche.

Templin stellt seine Studie in den Kontext der Forschung, die Protest und Jugendkulturen der 1960er und 1970er Jahre in die breiteren gesellschaftlichen Wandlungsprozesse einer „Fundamentalliberalisierung“ eingeordnet hat. Die zum Teil konflikthaft ausgetragenen Kontroversen um selbstverwaltete Jugendzentren interpretiert er als Teil dieser Transformationsprozesse, die in den 1970er Jahren auch die Klein- und Mittelstädte erreicht hatten, wo sich die meisten Jugendzentrumsinitiativen bildeten. Dementsprechend zeichnet Templin auch nicht nur das Bild generationeller oder weltanschaulicher Gegensätze. An den Auseinandersetzungen zeigten sich vielmehr die Bruchstellen, die sich in den Prozessen gesellschaftlichen Wandels zunehmend auch in der „Provinz“ auftraten. Die konsumgesellschaftlichen Entwicklungen, die im Wandel begriffene gesellschaftliche Rolle der Jugend aber auch die Professionalisierung der Sozialpädagogik bilden Rahmenbedingungen, die das Buch immer wieder aufzeigt. Insbesondere zeigt der Autor, wie die Jugendzentrumsbewegung mit einem reformerischen Impetus verwoben war, und das Anliegen der Initiativen weit über linksradikale Kreise – im sozialpädagogischen Fachdiskurs aber beispielsweise auch bis hinein in die in Hessen regierende SPD – aktive Unterstützung fand. Konsequenterweise identifiziert Templin auch keine klaren Frontstellungen, sondern verweist auf jeweils lokale Besonderheiten, die Akteurskonstellationen und Verlauf der Konflikte bestimmt haben. Die Jugendzentren waren in vielen Klein- und Mittelstädten der Gegenstand par excellence, an dem die Wandlungsprozesse lokal ausgehandelt wurden, die die Gesellschaft als Ganzes erfasst hatten. Es ist ein Verdienst dieser Studie, den Protest der 1970er Jahre und seine Wechselwirkungen mit den breiteren gesellschaftlichen Wandlungsprozessen systematisch in ihrem klein- und mittelstädtischen Kontext aufzuarbeiten.

Methodisch ist die Studie dagegen schwieriger einzuordnen. Einerseits nimmt sie Bezug auf vornehmlich politikwissenschaftliche Konzepte der

Forschung zu den Neuen Sozialen Bewegungen, die immer wieder als Argumentationsgrundlage herangezogen werden. Andererseits orientiert sich Templin auch an den Arbeiten von Sven Reichardt, wenn er das linksalternative Milieu anhand von Diskursen und sozialer Praxis untersucht. Beide Perspektiven stehen in der Darstellung der empirischen Befunde oft unvermittelt nebeneinander. Deutlich wird in der Anlage des Buches der Anspruch, die Jugendzentrumsbewegung umfassend zu erklären. Das Nebeneinander unterschiedlicher methodischer Zugänge scheint durchaus bewusst gewählt, mit dem Ziel, möglichst viele Aspekte der Bewegung in die Analyse einbeziehen zu können. Auch die Fülle von Fragen, die Templin in der Einleitung seines Buches formuliert, unterstreicht den Eindruck, dass es ihm um eine umfassende Darstellung der Jugendzentrumsbewegung geht. Wie ernst Templin diesen Anspruch nimmt, zeigt sich darin, dass er für seine Studie eine beeindruckende Quellengrundlage zusammengetragen hat. So hat er neben zahlreichen kommunalen Archiven auch eine ganze Reihe von Privatarchiven ehemaliger Aktivistinnen und Aktivisten in allen Teilen der Republik aufgestöbert und ausgewertet. Unabhängig von dem methodologischen Nebeneinander profitiert das Buch ungemein von der extrem dichten und umfangreichen Quellenarbeit, die der Studie zugrunde liegt.

Die größte Stärke des Buches ist, dass es Templin gelingt, die Jugendzentrumsbewegung in all ihren Facetten differenziert und quellennah darzustellen. Die einzelnen Aspekte, angefangen bei der sozialen Zusammensetzung der Initiativen über die Rolle von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen bis hin zu lokalen Konfliktlinien werden mit zahlreichen Quellenzitaten sehr anschaulich beschrieben und in einer eindrucksvollen Dichte belegt. Dabei vermeidet Templin allzu pauschale Urteile und zeichnet stattdessen mit einem guten Blick fürs Detail auch die Schattierungen und Unterschiede zwischen den einzelnen lokalen Auseinandersetzungen an zahlreichen Beispielfällen von Dietzenbach über Pinneberg bis Wertheim nach. Allerdings ist es zugleich die größte Schwäche des Buches, dass Templin die Jugendzentrumsbewegung in all ihren Facetten differenziert und quellennah darstellt. Die einzelnen Aspekte werden teilweise so differenziert beschrieben, sodass es schwer fällt, einprägsame Schlussfolgerungen zu ziehen, die über den Eindruck hinausgehen, die Jugendzentrumsbewegung sei überall ein bisschen anders verlaufen. Zudem hat man beim Lesen immer wieder das Gefühl, dass der Autor versucht hat, möglichst

viele seiner Beispielfälle und – zugegeben sehr guten – Quellenzitate in der Darstellung unterzubringen. So greift er in dem gut 600 Seiten starken Buch Kontroversen aus insgesamt über 400 verschiedenen Kommunen auf.

Die gut 600 Seiten sind zwar sehr gut strukturiert: Sowohl die Kapitel als auch die einzelnen Absätze sind äußerst systematisch angelegt und in sich überzeugend. Aber Templin bleibt in seiner Argumentation in den jeweiligen Kapiteln bei Befunden auf einer mittleren Abstraktionsebene stehen und bindet sie meist nur cursorisch an übergeordnete Thesen zurück – weder an seine eigenen, noch an solche, die in der Forschung diskutiert werden. So stellt er beispielsweise fest, dass die Jugendzentren „Vergemeinschaftungs-orte“ des linksalternativen Milieus in der „Provinz“ und zugleich Anlaufpunkt für ein wesentlich breiteres Spektrum von Jugendlichen gewesen seien (S. 513f.). Inwieweit die Relevanz der Jugendzentren für die Ausbreitung des Protestpotenzials in suburbane und ländliche Gebiete aber auf diesen Befund zurückzuführen ist, lässt Templin offen.

Nichtsdestotrotz schließt Templin mit diesem Buch eine relevante Forschungslücke, indem er mit der Jugendzentrumsbewegung einen der wichtigsten Faktoren für die Verbreitung der Protestaktivitäten in suburbane und ländliche Räume während der 1970er Jahre analysiert. Hervorzuheben ist, dass die Studie, was die Breite der untersuchten Beispielfälle und die Quellenbasis angeht, hervorragend fundiert ist und kaum Zweifel an der Validität von Templins Befunden aufkommen lässt. Arbeiten, die sich in Zukunft mit Protest in der „Provinz“ befassen, werden um dieses Buch nicht herumkommen und insbesondere das umfangreiche Ortsregister dürfte einen hervorragenden Einstieg für weitere Beispielstudien bieten. Gegenüber dem Anspruch, die Jugendzentrumsbewegung umfassend und differenziert zu analysieren, wäre aber eine konsequenter thesenorientierte Darstellung hilfreich gewesen. Auf den gut 600 Seiten stellt sich dann doch häufiger die Frage, wie sich die konkreten Ereignisse in Dietzenbach, Pinneberg oder Wertheim in ihrer jeweiligen Besonderheit denn nun zur Ausweitung der Protestaktivitäten verhalten haben. Trotzdem ist es wichtig, dass mit diesem Buch nun endlich auch Dietzenbach, Pinneberg und Wertheim auf die Landkarte der geschichtswissenschaftlichen Forschung zu den Protestbewegungen der 1970er Jahre gebracht werden.

Darmstadt

Sebastian Haumann

Entprovinzialisierung der Terrorismusforschung

Hürter, Johannes (Hrsg.): Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren, 330 S., De Gruyter Oldenbourg, Berlin u. a. 2014.

Der vorliegende, aus einer Tagung am Münchner Institut für Zeitgeschichte vom Herbst 2012 hervorgegangene Sammelband untersucht staatliche Reaktionen auf terroristische Angriffe, die bekanntlich nicht erst seit 9/11, sondern bereits seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den zentralen Herausforderungen westlichen Regierungshandelns gehören. Die Autoren_innen der insgesamt 13 Beiträge betreten insofern Neuland, als sie (mit einer Ausnahme) die bisher dominante nationale Perspektive auf ihren Gegenstand zugunsten einer vergleichenden beziehungsweise transnationalen Betrachtung verlassen. Die untersuchten Fälle sind dabei alle mit dem deutschen Linksterrorismus in seiner Hochzeit (1970 bis 1990) verbunden; ohne dass diese Perspektive allerdings eigens kommentiert oder mit einer spezifischen Fragestellung verknüpft wird. Überhaupt hat der Herausgeber seinen (ganz überwiegend deutschen) Mitstreiter_innen nur sehr vage Vorgaben gemacht: Als leitendes Erkenntnisinteresse gibt er in der knappen Einleitung lediglich „die Spannung zwischen Effektivität und Legitimität von Terrorismusbekämpfung“ (S. 4) an. Entsprechend groß sind die Unterschiede (und manchmal die Widersprüche) zwischen den einzelnen Beiträgen, die auf die drei Großkapitel „Innere Sicherheit und staatliche Gewalt“, „Inszenierung und Kommunikation“ und „Terrorismusbekämpfung international“ verteilt sind.

Auf den interessantesten Text des Bandes stößt der Leser (fast) ganz zum Schluss. Auf der Grundlage einer Fülle von neu erschlossenen Archivrechnen kann Tim Geiger auf eindringliche Weise vorführen, wie überaus eng der Nahost-Konflikt mit dem europäischen Terrorismusproblem verknüpft war. Nicht nur versuchten die Regierungen mit Mitteln, die je nach Sichtweise als „feiges Appeasement oder kluge Realpolitik“ (S. 275) beurteilt werden können, die eigenen Staaten vor terroristischen Attacken der Palästinenser zu schützen. Gerade für den deutschen Fall ergibt sich darüber hinaus, dass das erstaunlich detaillierte Wissen über die engen Kontakte zwischen gewaltbereiten deutschen und palästinensischen Organisationen für die schon zeitgenössisch als überzogen charakterisierte Bedrohungswahrnehmung der Behörden

in hohem Maße mitverantwortlich war. Die Beobachtung, dass für die US-Regierung im Untersuchungszeitraum die gezielte Tötung von Terrorismusverdächtigen aus prinzipiellen Erwägungen heraus (noch) nicht infrage kam, unterstreicht die unter anderem von Peter Waldmann stark gemachte (hier leider nicht diskutierte) These, der 11. September besäße eher für die Geschichte der Terrorismusbekämpfung denn für die des Terrorismus selbst Zäsurcharakter. Der für die westliche Diplomatie im Nahen Osten formulierte Befund, „dass der politische Gesamtkontext wichtiger war als der reine Anti-Terrorismus-Ansatz“ (S. 266), lässt sich im Übrigen mit nur wenigen Abstrichen auf alle im Band thematisierten Fälle übertragen.

Aus der hohen Bedeutung situativer politischer Konstellationen für die Dynamik des Geschehens ergibt sich, dass Prozessanalysen von Eskalations- respektive Deeskalationsverläufen auch in komparativen Settings substantiellere Ergebnisse zeitigen als solche Verfahren, die den Vergleich formal stillstellen. Dies zeigt etwa Beatrice De Graafs lesenswerter, auch transnationale Aspekte berücksichtigender Vergleich des niederländischen, deutschen und italienischen Umgangs mit politischen Entführungen, der auf kommunikations- beziehungsweise performanztheoretischen Überlegungen beruht. Demgegenüber wird in Johannes Hürters deutsch-italienisch-britischem Vergleich das in der Tat bemerkenswerte Versagen des britischen Rechtsstaats im Kampf gegen die IRA wenig überzeugend als Beleg für die strukturelle Unterlegenheit des britischen Modells der ‚Mehrheitsdemokratie‘ bei der Terrorismusbekämpfung interpretiert. Dabei wird nicht nur die Eskalationsspirale vor Ort ausgeblendet, die vor allem von den hier nicht berücksichtigten protestantischen Gegenspielern der IRA angeheizt wurde, sondern auch die nur beiläufig erwähnte britische Wahrnehmung des Konflikts in kolonialen Kategorien. Sachlich womöglich näherliegende Bezüge ins post-franquistische Spanien werden (wie auch in den übrigen Beiträgen) nicht hergestellt. So vermag der Verfasser im Ergebnis nicht viel mehr als die eigenen, etwas schematisch aus der Politikwissenschaft entlehnten Vorannahmen zu bestätigen. Irritierend wirkt auf Kenner der polarisierten bundesrepublikanischen Szene der 1970er Jahre auch der Befund einer „Großen Koalition von Konservativen und Sozialdemokraten in der Inneren Sicherheit“ (S. 73), der die massiven Versuche der Union, die Terrorismusgefahr parteipolitisch zu instrumentalisieren, völlig außer Acht lässt – Versuche, die sich

teilweise im Beitrag von Achim Saupe unmittelbar studieren lassen.

Insgesamt vermag der Band das selbstgesetzte Ziel, Impulse für die überfällige Entprovinzialisierung der Terrorismusforschung „im Sinne einer modernen Vergleichs- und Beziehungsgeschichte“ (S. 4) zu geben, durchaus zu erfüllen. Er unterstreicht allerdings auch, dass gründliche Sachkompetenz für nur einen einzigen nationalen Fall dabei ebenso zu kurz greift wie eine Analyse, die maßgeblich auf formalen Analogien oder Diskrepanzen beruht. Die Herauslösung der Anti-Terror-Politik aus dem kommunikativen Gesamtzusammenhang des Terrorismus läuft zudem Gefahr, der entscheidenden interaktiven und prozessualen Dynamik dieses Politikfeldes nicht gerecht werden zu können. Martha Crenshaw, die US-amerikanische Altmeisterin der Terrorismusforschung, hat früh vor einem solchen Vorgehen gewarnt, das meist mit einer Überschätzung der Effektivität von Präventions- und Repressionsmaßnahmen einhergeht: „In some cases, terrorism is self-defeating“ („How Terrorism Declines“, in: David C. Rapoport „Terrorism. Critical Concepts in Political Science, Bd. 3“, S. 114–133, hier S. 114).

Göttingen

Petra Terhoeven

Privatisierung und Liberalisierung im Postsektor

Etling, Andreas: Privatisierung und Liberalisierung im Postsektor. Die Reformpolitik in Deutschland, Großbritannien und Frankreich seit 1980, 300 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Andreas Etling widmet sich in seiner Studie einem fundamentalen gesellschaftlichen Veränderungsprozess der letzten drei Jahrzehnte. Am Beispiel des Postsektors untersucht der Autor, wie seit 1980 originär staatliche Aufgaben in Deutschland, Großbritannien und Frankreich liberalisiert und privatisiert worden sind.

Die Liberalisierungs- und Privatisierungsforschung ist bislang eine Domäne der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, während sich die Geschichtswissenschaft mit diesen Themen erst wenig beschäftigt hat. Auch Etlings Arbeit beruht auf einer politikwissenschaftlichen Dissertation und ist im Rahmen des Bremer Sonderforschungsbereichs 597 „Staatlichkeit im Wandel“ entstanden. In einem systematischen Vergleich hat der

Verfasser die Ausgangsbedingungen in den drei untersuchten Ländern dargelegt, anschließend die Relevanz der als extern angenommen Einflüsse Globalisierung, Europäisierung und ‚sozioökonomischer Problemdruck‘ bewertet und letztlich die politische Umsetzung von Liberalisierung und Privatisierung im Postsektor analysiert.

Die Postorganisationen waren in den drei untersuchten Ländern ursprünglich öffentliche Monopolanbieter. Ihr Ziel bestand nicht nur darin, Postdienstleistungen zu erbringen. Vielmehr sollten sie auch politische Aufgaben erfüllen, etwa Arbeitsplätze schaffen, den nationalen Staat repräsentieren oder durch ein dichtes Filialnetz Unterschiede zwischen dem ländlichen und dem urbanen Raum ausgleichen.

Bei seiner Analyse wettbewerbsorientierter Reformen geht Etling zunächst auf die Entwicklung bei der Deutschen Bundespost ein. Weitgehend im Konsens zwischen der Regierung Helmut Kohls und der SPD wurde die deutsche Post 1989 in ein öffentliches Unternehmen und 1994 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Ab dem Jahr 2000 folgte die materielle Privatisierung, also der Verkauf von Postaktien an den Börsen. Eine Liberalisierung des Briefmarktes wurde hingegen in Deutschland erst nach 2000 allmählich eingeleitet, damit sich die ‚gelbe‘ Post nach ihrer Trennung von der lukrativeren Fernmeldesparte im Schutz eines staatlich garantierten Monopols zu einem gewinnorientierten und international führenden Unternehmen entwickeln konnte. Für Großbritannien zeigt der Autor, wie die Royal Mail alle Privatisierungswellen der konservativen Regierungen Margaret Thatchers und John Majors überstand. Eine materielle Privatisierung wurde erst im Jahr 2013 ins Auge gefasst. Als ersten Reformschritt setzte man in den 2000er Jahren auf der Insel nicht die Privatisierung, sondern die Liberalisierung des Postwesens um, wodurch die Royal Mail durch mangelnde Konkurrenzfähigkeit in eine schwere wirtschaftliche Krise geriet. Im dritten Untersuchungsland Frankreich war der politische Wille zu einer umfassenden Liberalisierung und Privatisierung des Postwesens geringer ausgeprägt. Erst 2011 wurde der Markt vollständig geöffnet. La Poste ist seit 2010 zwar eine Aktiengesellschaft, verbleibt aber zu hundert Prozent im Staatsbesitz, übernimmt weiterhin festgeschriebene politische Aufgaben im Bereich Raumplanung und garantiert ein landesweites Filialnetz.

Die Reformpolitik unterschied sich also national, wobei in Deutschland die Weichenstellungen für die Postprivatisierung viel früher fielen als im europäischen Privatisierungsmutterland

Großbritannien. In Frankreich dagegen wurde auf eine materielle Privatisierung sogar ganz verzichtet. Bemerkenswert ist dabei Etlings Ergebnis, dass internationale, übergreifende Strukturänderungen wie Globalisierung und Europäisierung, die häufig als unweigerliche Ursachen von Liberalisierung und Privatisierung angesehen werden, auf die Postreformen seit den 1980er Jahren keinen dominierenden Einfluss ausübten.

Nur in Frankreich, wo die Reformen später und in geringerem Umfang durchgeführt wurden, wirkten sich mittlerweile eingeführte liberalisierungsfreundliche EU-Bestimmungen stärker aus. Für die wichtigste Ursache der Liberalisierung und Privatisierung des Postwesens in Deutschland und Großbritannien hält Etling hingegen zunehmende finanzielle Probleme der Post: Die Organisationen litten unter betriebswirtschaftlichen Schwierigkeiten und öffentliche Subventionen waren angesichts der Haushaltsdefizite in den untersuchten Ländern politisch immer schwieriger durchsetzbar und aus wettbewerbsrechtlichen Gründen immer weniger möglich. Die wirtschaftlichen Herausforderungen der Postdienstleister verschärfen sich zudem seit der Jahrtausendwende durch einen Rückgang des Briefaufkommens infolge technischer Veränderungen, insbesondere des Siegeszugs der Email.

Dieses Ergebnis lässt allerdings insbesondere aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive Fragen offen, denn Etling erklärt nicht, weshalb die entscheidenden politischen Akteure in Liberalisierung und Privatisierung die notwendigen Antworten auf die Probleme im Postwesen sahen. Die Festlegung auf dieses Handlungsmuster setzt der Autor voraus, weswegen seine Darstellung der Postreformen bisweilen als die Geschichte einer alternativlosen Entwicklung erscheint. Alternativlos waren Liberalisierung und Privatisierung jedoch nicht, schließlich hatte international jahrzehntelang der politische Konsens bestanden, der unternehmerische Gewinn solle keine entscheidende Maßgabe für Bereiche sein, die man als originäre Staatsaufgaben erachtete. Auch endeten die Subventionierungen des Briefverkehrs durch renditeträchtiger Postbereiche wie das Fernmeldewesen nicht zwangsläufig, sondern wurden im Interesse einer wettbewerbsorientierten Politik aufgehoben. Andreas Etlings Studie stellt somit einen ersten Schritt zum Verständnis der Privatisierung und Liberalisierung im Postwesen dar, weiterführende und ergänzende Untersuchungen bleiben aber wünschenswert.

Berlin

Marcel vom Lehn

Ostpolitiken im Spiegel des ‚Prager Frühlings‘

Hofmann, Birgit: Der ‚Prager Frühling‘ und der Westen. Frankreich und die Bundesrepublik in der internationalen Krise um die Tschechoslowakei 1968, 472 S., Wallstein, Göttingen 2015.

Die Reaktionen Frankreichs und der Bundesrepublik auf den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei zur Niederschlagung der dortigen Bemühungen um eine Reform des Kommunismus im Jahre 1968 stehen im Fokus dieser Untersuchung. Dabei sind nicht die Beziehungen zwischen den Blöcken dargestellt, sondern die diplomatischen Folgen, die der ‚Prager Frühling‘ innerhalb des westlichen Blocks zeitigte. Diese werden anhand zweier Fallbeispiele untersucht: dem der Bundesrepublik und dem Frankreichs. Darüber hinaus analysiert das Buch, das auf der Dissertation von Birgit Hofmann fußt, die Folgen des tschechoslowakischen Reformwillens und dessen Niederschlagung auf die Ostpolitiken des Westens.

Entsprechend dem politikwissenschaftlichen Ansatz, der die Dissertation leitete, geht es in dieser Untersuchung um das Krisenmanagement der BRD und Frankreichs am Beispiel des ‚Prager Frühlings‘. Gemeinsam ist diesen beiden westlichen Staaten, dass sie schon seit Mitte der 1960er Jahre eine Öffnung gegenüber dem Ostblock anstrebten. In Januar 1967 vereinbarten der deutsche Außenminister Willy Brandt und sein französischer Amtskollege Maurice Couve de Murville in Paris eine ostpolitische Kooperation. Die kooperierende Politik der BRD und Frankreichs legitimiert die vergleichende Herangehensweise der Arbeit. Die deutsch-französische Kooperation ist insbesondere deshalb bemerkenswert, als beide Länder im Vorfeld der angestrebten Zusammenarbeit in der Frage der Ostpolitik teilweise unterschiedliche Interessen verfolgten. Im Fokus der BRD stand die ‚Deutsche Frage‘, während für Frankreich die politische Einigung des damals gespaltenen Kontinents eine größere Rolle spielte. Gleichwohl verfolgten beide Länder das Ziel, eine Verschlechterung der Großwetterlage zu vermeiden. Dieser Ansatz war insbesondere in Hinblick auf die BRD wichtig, als diese in den Staaten des Ostblocks dem Verdacht ausgesetzt war, das sozialistische Lager spalten zu wollen. Besonders Bundeskanzler Kiesinger orientierte sich daher gegenüber den Staaten des Ostblocks häufig, während der Krise um die Intervention des Warschauer

Paktes in der ČSSR, an der Haltung Frankreichs, was zu einer Mäßigung der westdeutschen Ostpolitik führte. Bundesaußenminister Willy Brandt nahm gegenüber den Ostblockstaaten dagegen eine offensivere Position ein. Zwar wollte auch Brandt die Entspannungspolitik nicht gefährden, er sah aber größere politische Handlungsmöglichkeiten als Kiesinger. Hofmann arbeitet heraus, dass man in der BRD, „weit deutlicher als in Frankreich bereit [war], auf eine konsequente Verurteilung des Einmarsches hinzuwirken“ (S. 333). Tatsächlich war Westdeutschland wegen seiner geopolitischen Lage in dieser Situation direkter gefordert. Charles de Gaulle dagegen befürchtete, seine Strategie der Öffnung gegenüber den Ostblockstaaten könne durch eine zu scharfe Reaktion der BRD auf den sowjetischen Einmarsch gebremst werden. Das Buch stellt klar, dass die politische Konvergenz zwischen Frankreich und Westdeutschland nur kontextbedingt war, und dass die zwischen beiden Ländern bestehenden Differenzen in Krisensituationen stärker zum Vorschein kamen.

Die Arbeit liest sich flüssig und ist zudem für Laien verständlich, auch wenn manche didaktischen Ausführungen, die stilistisch zu einer Dissertation gehören, den Text an einigen wenigen Stellen beschwert. Das Buch ist sehr gut recherchiert und es berücksichtigt in großem Umfang Sekundärliteratur wie auch Archivdokumente. So zieht die Autorin neben Dokumenten der Außenministerien und Redenausschnitten auch Quellenmaterial aus den Archiven der politischen Parteien heran, um die Haltung deutscher Spitzenpolitiker (Brandt und Kiesinger) besser erfassen zu können. Bedauerlich ist, dass auf französischer Seite die Präsidialakten nicht berücksichtigt wurden. Dies ist insofern ein gewisser Verlust, als dem französischen Staatspräsidenten nach den Vorstellungen des Gründers der V. Republik die maßgebliche Rolle in der Definition der Außenpolitik Frankreichs zukommt (geredet wird sogar von einem *domaine réservé*).

Das Buch veranschaulicht in hervorragender Weise die Haltung der BRD und Frankreichs gegenüber der Tschechoslowakei und arbeitet in prägnanter Weise die Relevanz der ‚Deutschen Frage‘ für das Handeln der beiden Akteure heraus. Hofmann folgt diesbezüglich einem aktuellen und berechtigten Trend der Geschichtsschreibung. Zudem ermöglicht die Studie ihren Lesern einen Einblick in die Bedeutung, die der ‚Prager Frühling‘ in den zwischen Frankreich und der BRD geführten bilateralen Gesprächen spielte.

Der von Hofmann unternommene Versuch, die Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘ als einen „Wendepunkt der außenpolitischen Konzeptionen Frankreichs und der Bundesrepublik“ (S. 431) hervorzuheben, überzeugt jedoch nicht ganz. Diesbezüglich erscheinen die von Udo Wengst („Die westdeutschen Parteien und ihre Reaktionen auf dem Einmarsch“, in: Stefan Karner (Hrsg.): *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, 2008, S. 559–569) bezüglich der deutschen Außenpolitik formulierte Kontinuitätsthese, oder der Ansatz von Andreas Wilkens („Der unstete Nachbar“, 1990), der den im Jahr 1969 in Frankreich und in der BRD vollzogenen Regierungswechseln eine Zäsurwirkung zuschreibt, überzeugender. Gerade die von Birgit Hofmann gut ausgewählten Quellen offenbaren die Kontinuitäten der deutschen und der französischen Ostpolitik in der Krise. Der Mehrwert des Buches liegt in der hervorragend gelungenen Veranschaulichung der großen Anspannung, die die Ostpolitiken Frankreichs und der BRD in der Phase des ‚Prager Frühlings‘ prägte. Nach der Lektüre des Buchs verfügt der Leser über ein profundes Verständnis der Rollen, die Frankreich und Westdeutschland im Zusammenhang mit den Ereignissen des ‚Prager Frühlings‘ spielten.

Berlin/Straßburg

Alexandre Bibert

Deutsch-französische Beziehungen in Europa

Koopmann, Martin/Schild, Joachim/Stark, Hans (Hrsg.): Neue Wege in ein neues Europa. Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges, 217 S., Nomos, Baden-Baden 2013.

Der 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages am 22. Januar 2013 war Anlass für die Überlegung der Herausgeber, das deutsch-französische Verhältnis in Europa nach der Zäsur von 1989/90 „neu zu vermessen“ (S. 5). Die an dem Sammelband beteiligten Historiker_innen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler_innen arbeiten Gemeinsamkeiten und geteilte Interessen wie auch Differenzen heraus und hinterfragen den vielbeschworenen deutsch-französischen „Motor für Europa“ durchaus kritisch. Dabei werden zentrale Themenfelder der deutsch-französischen Beziehungen in ihren Auswirkungen für Europa abgehandelt.

Den Auftakt macht ein Beitrag von Joachim Schild, der einen „Vertragsreformzyklus“ (S. 10) von Maastricht bis Lissabon erkennt, in dem im Kern deutsche und französische Ordnungsvorstellungen verhandelt worden sind und sich auf dem Wege der Annäherung von entgegengesetzten Seiten der hybride Mischcharakter einer Staaten- und Bürgerunion durchgesetzt habe. Deutschland und Frankreich hatten dabei die Funktion in Europa, Stellvertreterkompromisse auszuhandeln, denen sich die anderen europäischen Mitgliedsstaaten dann anschließen konnten. Was auf der institutionellen Ebene gelang, funktionierte in anderen Bereichen weniger gut. Ein weniger positives Bild liefert der Beitrag von Yann-Sven Rittelmeyer und Hans Stark, die die Widerstände in Frankreich und Deutschland gegen die Europäische Union analysieren, welche durchaus eine längere Vorgeschichte haben. So wird oft übersehen, dass der permissive Konsens der Anfangsjahre schon in den 1970er Jahren erodierte wie beispielsweise die geringe Beteiligung am französischen Referendum zum Beitritt Großbritanniens 1972 zeigte. Das setzte sich fort in den weiteren Referenden bis hin zur Ablehnung des Verfassungsvertrages 2005. Die geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen und eine sich verstärkende Skepsis auch in Deutschland seit der Wiedervereinigung haben demnach zu einem Nachlassen des europäischen Elans auch bei den etablierten Parteien geführt.

Nach diesen beiden grundlegenden Verortungen werden dann im weiteren Verlauf die unterschiedlichen Problemfelder durchdekliniert. Zunächst analysiert Pascal Kauffmann die unterschiedlichen Währungskulturen und den Grundkonflikt über die Rolle der Europäischen Zentralbank, die entweder als Kriseninterventionsinstrument mit politischer Funktion (so der französische Wunsch) oder als unabhängige Zentralbank (so die deutsche Perspektive) gesehen wird. Konkret habe in der Griechenlandkrise 2010 gerade die Unfähigkeit zu deutsch-französischen Kompromissen zu einer Verschärfung der Krise beigetragen. Hendrik Uterwedde konstatiert über engere Währungsfragen hinaus zwei unterschiedliche ökonomische Leitbilder (ordoliberal versus staatsinterventionistisch), die sich jedoch in einem immer stärker verflochtenen Europa nicht mehr komplementär zueinander verhalten, sondern die weitere europäische Entwicklung hemmen. Ähnlich argumentiert Jean-Marc Trouille, der das Auseinanderdriften von Deutschland und Frankreich als Ergebnis unterschiedlicher Reaktionen auf die Globalisierung verortet – mit Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit

auf deutscher und Erhalt von Einkommen und Kaufkraft auf französischer Seite.

Wenig überraschend ist die Erkenntnis, dass die deutsch-französische Kooperation im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitsfragen nicht sehr ausgeprägt ist (Dominique David). Gleiches gilt für den Energiesektor, insbesondere die zivile Nutzung der Atomenergie (Maïté Jauréguy-Naudin/Michel Cruciani). Aber auch in unmittelbar (außen-)politischen Fragen wie der Osterweiterung und der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind die Interessendivergenzen derart ausgeprägt, dass von einem deutsch-französischen Tandem nicht die Rede sein kann (Martin Koopmann). Einen Lichtblick stellen abschließend die Beiträge zur zivilgesellschaftlichen Annäherung und der kulturellen Zusammenarbeit dar. Claire Demesmay und Daniela Heimerl konstatieren eine zivilgesellschaftliche Partnerschaft zwischen den Polen von Idealismus und Vernunft, die in der Annäherung „von unten“ seit den 1950er Jahren fundiert ist. Trotz gegenseitiger gewachsener Sympathie, zeigen Meinungsumfragen aber dennoch die Persistenz stereotyper Wahrnehmungen. Allerdings ist es für die Autorinnen eine Frage der Perspektive, ob man diesen Befund – sofern man die Messlatte einer engen deutsch-französischen Union anlegt – negativ bewertet oder ihn als Beleg für eine stabile, aber normalisierte Partnerschaft betrachtet. Auch das deutsch-französische Autorengespann Corine Defrance und Ulrich Pfeil kommt zu dem Schluss, eine „Banalisierung“ der Beziehungen habe sich bis hin zu „freundschaftliche[n] Gleichgültigkeit“ (S. 186) eingestellt, was angesichts der gemeinsamen Konfliktgeschichte nicht unbedingt der schlechteste Befund sein muss. In ihrem abschließenden Beitrag mahnen Martin Koopmann und Joachim Schild eine Neubelebung der deutsch-französischen Beziehungen an, nicht zuletzt da sich bislang keine Alternativen zur deutsch-französischen Führungsrolle in Europa abzeichnen. Diese *relance* würde allerdings eine Beziehung „auf Augenhöhe“ voraussetzen, die angesichts des ökonomischen Auseinanderdriftens und der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit zu erodieren droht. Hier setzen einige der Beiträge im Stile einer Politikberatung an, so wenn Kauffmann für eine wachstumsanregende Angebotspolitik von deutscher Seite plädiert, Uterwedde ein Umdenken der deutschen Politik und Kompromissbereitschaft von beiden Seiten anmahnt oder Stark und Rittelmeyer dem deutsch-französischen Motor einen Neuanfang empfehlen (S. 53).

Ob diese Analysen und Vorschläge ihren Weg in die konkrete Politik finden, sei dahingestellt. Die Fortsetzung der Griechenlandkrise 2015 und nicht zuletzt die aktuelle Flüchtlingskrise stellen Europa und die deutsch-französischen Beziehungen vor eine fortdauernde und eine sogar größer werdende Herausforderung.

Duisburg-Essen

Claudia Hiepel

Frankreich „nach dem Boom“

Chabal, Emile (Hrsg.): France Since the 1970s. History, Politics and Memory in an Age of Uncertainty, 288 S., Bloomsbury, London/New York 2014.

Der vorliegende Themenband ist eine problemorientierte, forschungsnah und einführend zugleich gehaltene Artikelsammlung zur Zeitgeschichte Frankreichs seit den 1970er Jahren. Gemäß seinen Forschungsschwerpunkten im Bereich der *intellectual history* hat Emile Chabal Historiker und Politikwissenschaftler aus Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten eingeladen, drei Themenbereiche zu erörtern: 1. die aktuelle politische Landschaft, im Ausgang von der Frage nach Relevanz und Geschichte des Links-Rechts-Schemas; 2. postkoloniale Erinnerungskulturen und Formen der Geschichtspolitik und schließlich 3. die intellektuelle Neuformierung von Liberalismus und Republikanismus nach dem Ende der sogenannten „marxistischen Hegemonie“.

Der Fülle der angebotenen Themen und internationalen Perspektiven kann das kurze Resümee einer Rezension nicht gerecht werden. Dennoch soll im Folgenden zumindest knapp jeder Artikel vorgestellt werden, um Spektrum und Anschlusspotenzial des Bands abzustecken. Pascal Perrineau erklärt im ersten Aufsatz, wie die Fragmentierung der französischen Gesellschaft und die Globalisierung dazu geführt haben, dass das klassische Modell eines linken und eines rechten politischen Lagers seit den 1980er Jahren den neuen gesellschaftlichen Konflikten und Herausforderungen nicht mehr gerecht werden konnte. Wie James Shields im zweiten Artikel zeigt, hat der neue Akteur Front National (FN) trotz seiner großen Popularität ebendiese bipolare Teilung der französischen Parteienlandschaft durch die sich gegen ihn formierenden Allianzen zunächst ungewollt verstärkt. Nick Hewlett argumentiert in seinem Beitrag, unter Rückgriff auf

das Klassen-Konzept, der Aufstieg des FN bedeute nicht, dass die unteren Schichten rechtsradikale Überzeugungen angenommen hätten, sondern sei vielmehr Ausdruck der Repräsentationskrise der etablierten Linken. Diese Krisendiagnose führt zum Zeitalter der „Leere“ (Gilles Lipovetsky), das die Folie für das von Christophe Prochasson entworfene intellektuelle Porträt François Furets als Protagonist einer „postkommunistischen Melancholie“ bildet.

Der zweite Abschnitt des Bandes beginnt mit einem Artikel von Yann Scioldo-Zürcher, der die Debatte um das erste Entschädigungsgesetz für die Pieds-Noirs von 1970 als eine moralische Verpflichtung analysiert, die aus dem Schuldgefühl angesichts des Verlusts Algeriens sowie der Sorge um eine allzu große Frustration unter den Repatriierten erwuchs. Eine Verbindung der Krisendefinition mit Fragen des ‚migrantischen Aktivismus‘, so zeigt Daniel A. Gordon im Folgenden, ist bereits für den Beginn der 1980er Jahre interessant. In der zwischen 1979 und 1986 erscheinenden Zeitschrift „Sans Frontière“, die von Nordafrikanern und ehemaligen Maoisten gegründet wurde, erkennt er einen exemplarischen Generationskonflikt: Die Redaktionsmitglieder verloren zunehmend den Kontakt zur zweiten Generation migrantischer Antirassismus-Aktivistinnen und verlegten sich in den späten 1980er Jahren deshalb erfolgreich auf Dokumentationsprojekte zur Migrationsgeschichte.

Isabel Hollis vergleicht in ihrem erinnerungsgeschichtlichen Aufsatz eine offizielle Ausstellung des im Pariser Regierungsviertel gelegenen Musée de l'Armée und ein multimediales, mit dem Plakatieren von QR-Codes arbeitendes Basisprojekt und zeigt, wie beide trotz gegenläufiger Deutungsangebote dazu beitragen, die französische Kolonialherrschaft über Algerien im städtischen Raum der Metropole sichtbar zu machen. Patricia M. E. Lorcin macht in ihrem Beitrag auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten von kolonialer und imperialer Nostalgie aufmerksam und konstatiert, dass die französische Sehnsucht nach internationalem Einfluss im Gegensatz zur Trauer über verlorenes Territorium nicht verschwand, sondern sich zum Beispiel in militärische Auslandsinterventionen übersetzt.

Michael C. Behrent wendet sich im dritten Themenschwerpunkt, dem Phänomen einer Neubelebung des Kapitalismus im öffentlichen Diskurs durch die Association pour la liberté économique et le progrès social zwischen 1969 und 1973 zu, die aber letztlich ihre Wirkung durch ihren „fundamentally conservative outlook“ (S. 177) selbst behinderte. Marktradikale Ideen in Frankreich hätten

daher weniger Verbreitung als etwa in den USA und Großbritannien gefunden. Eine einflussreiche intellektuelle Form des antimarxistischen Aktivismus beschreibt Iain Stewart, der die Entstehungsgeschichte und die Beiträge der von Raymond Aron beeinflussten Zeitschriften „Contrepoint“ und „Commentaire“ analysiert und ihr Ziel darin sieht, als Reaktion auf den Mai 68 die politische und intellektuelle Kultur des Landes durch „interrelated critiques of radical egalitarianism, relativist ‚anti-humanism‘, and ‚intellectual irresponsibility‘“ zu verändern (S. 214).

Camille Robcis stellt anschließend dar, wie Marcel Gauchet in seinem Essay „Les droits de l'homme ne sont pas une politique“ (Le Débat, 1980) einen neuen Republikanismus begründete und andere Wissenschaftler des Centre Raymond Aron und der Fondation Saint-Simon die darin artikulierten Ideen aufgriffen, um die Forderungen sexueller, religiöser und ethnischer Minderheiten nach Gleichberechtigung zurückzuweisen. In impliziter Kritik daran entwickelt Sophie Guérard de Latour unter Berufung auf Émile Durkheim ein eigenes multikulturelles Demokratiemodell, das einerseits die Diversität der französischen Zivilgesellschaft anerkennt und andererseits darauf besteht, dass „the rights of the individual are inseparable from membership of a political community and its networks of solidarity“ (S. 258).

Sudhir Hazareesingh, Spezialist für Napoleon und De Gaulle in Oxford, gibt in seinem knappen Fazit eine pessimistische Einschätzung der politischen Lage, die insbesondere auf der bereits bekannten Kritik an der Linken beruht. Diesen Pessimismus mag nicht jeder teilen, am Ende dieses gelungenen Parforceritts durch politische Gegenwartsanalyse und historische Reflexion ist er jedoch nicht unbegründet. Gleichzeitig verweist er kritisch auf das Problem einer Zeitgeschichte, die sich als politisch-pädagogischer Diskussionsbeitrag zum „civic renewal“ versteht und deshalb an einigen Stellen vielleicht zu wenig Abstand zu aktuellen Krisendiagnosen sucht (S. 18), wohingegen andere Themenbereiche fehlen, wie insbesondere die Debatte zum Islam und/in Frankreich im Umkreis der Terroranschläge von 1985/86.

Ob der Band sein selbst gestecktes Ziel in Frankreich erfüllt, kann hier nicht entschieden werden. Für die Bundesrepublik hingegen lässt sich festhalten, dass der Themenband mit seiner historischen Verortung der „französischen Krise“ einen gewichtigen Beitrag zu zeithistorischen Debatten leisten kann. Neben den Versuchen, die Zeitgeschichte der Bundesrepublik zu „transnationali-

sieren“ (Gallus/Schildt/Siegfried, 2015), durch eine ideengeschichtliche Befragung des Konzepts des „Westens“ zu problematisieren und zu kontextualisieren (Bavaj/Steber, 2015) oder durch das Instrument des Vergleichs „neu zu vermessen“ (Levsen/Torp, 2016) zeigt Chabals Band, wie produktiv auch eine grundsätzliche „Provinzialisierung“ sein kann.

Berlin

Anne Kwaschik

Charles de Gaulle – In den Stürmen des Jahrhunderts

Loth, Wilfried: Charles de Gaulle, 331 S., Kohlhammer, Stuttgart 2015.

Charles de Gaulle ist sicher der bedeutendste französische Politiker des 20. Jahrhunderts. Da er zudem für die deutsch-französischen Beziehungen besonders wichtig war – direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wie als Mitinitiator des deutsch-französischen Vertrages von 1963 –, ist es umso erstaunlicher, dass es bisher nur eine gute und gründliche Biographie von einem deutschen Autor gibt (Peter Schunck). Nun hat der durch mehrere Publikationen als einer der besten deutschen Kenner der französischen Zeitgeschichte ausgewiesene Historiker Wilfried Loth eine neue Biographie vorgelegt. Inwiefern geht Loth über Schunck hinaus? Bietet er neue Informationen oder andere Interpretationen?

Loth verweist zu Recht darauf, dass seit Schuncks Buch (1998) „genügend neues Material“ vorliegt, „um eine neue Darstellung [...] zu rechtfertigen“ (S. 8f.). Auch wenn der Leser einiges Neue aus dem Leben und Wirken de Gaulles erfährt (vor allem aus Veröffentlichungen seiner Mitarbeiter), so ist dieser gewiss wichtige Aspekt nicht der ausschlaggebende Grund dafür, dass sich die Lektüre auch für den Leser lohnt, der Schuncks Biographie kennt. Loths Darstellung ist gestrafter, analytischer, auch kritischer und setzt andere Schwerpunkte.

Loth zeichnet, zuverlässig informierend, klug analysierend und sich auf das Wesentliche beschränkend, das außergewöhnliche Leben seines ‚Helden‘ nach: Seine Herkunft aus einem streng katholischen, antirepublikanischen und betont nationalbewusstem Milieu; seine frühe Entscheidung für den Offiziersberuf; sein tapferes Kämpfen im Ersten Weltkrieg, wo er bei Verdun schwer verwundet wird (er wird sogar schon für

tot erklärt) und in deutsche Gefangenschaft gerät; sein vergebliches Bemühen in der Zwischenkriegszeit, die französische Militärführung von ihrer einseitig defensiven Strategie abzubringen, indem er auf die Bedeutung der Panzerwaffe hinweist; seine Einsicht, das französische Debakel im Mai und Juni 1940 sei noch nicht kriegsentscheidend; sein – in eigenen Worten – tollkühner Entschluss, den Kampf von England aus fortzusetzen; seine allmähliche Anerkennung als Führer auch des innerfranzösischen Widerstandes; seine Tätigkeit als Chef der Provisorischen Regierung nach der Befreiung Frankreichs; sein früherer Rücktritt im Januar 1946 (den er später für einen Fehler hielt); das gescheiterte Unternehmen, mit einer gaullistischen Partei (RPF) in der IV. Republik an die Macht zu kommen; 1958 seine unverhoffte Rückkehr an die Macht und die Gründung der V. Republik; seine innen-, wirtschafts- und vor allem europa- und außenpolitischen Initiativen und Entscheidungen, die Loth kenntnisreich und eingehender als Schunck analysiert; die Erschütterung seiner Herrschaft durch die Maiunruhen 1968 und schließlich sein Rücktritt im April 1969, nachdem das Referendum über die Regional- und Senatsreform verloren gegangen war.

De Gaulle wird zutreffend als ein Mann mit herausragenden Begabungen charakterisiert: „außerordentliches Selbstbewusstsein, gepaart mit hoher Intelligenz und [...] Ehrgeiz“ (S. 12) sowie ein sich früh manifestierendes Sendungsbewusstsein, das ihn mitunter als einen „König im Exil“ erscheinen lässt (so eine Beurteilung an der Militärakademie). Neben dem Hinweis auf sympathische, mitunter überraschende Charakterzüge (kameradschaftlich, liebevoller Vater und Großvater) werden auch seine weniger schönen Eigenschaften nicht verschwiegen: hochfahrend und eigenwillig, unduldsam und mitunter rechthaberisch, auch seine allzu betonte Selbststilierung als Retter der Nation. De Gaulle wurde eher „contre coeur“ der herausragende Politiker Frankreichs, denn sein Bild vom Politiker war ausgesprochen negativ: „Sein ganzes Leben, sein ganzes Werk zeichnen sich durch einen unstillen, aufgeregten, lärmenden Charakter aus“ (S. 37).

Loth zieht eine überwiegend positive Bilanz von de Gaulles politischem Wirken und seiner historischen Verdienste: „Er hat dem vielfältigen Widerstand gegen die Integration Frankreichs in Hitlers Imperium einen Kristallisationspunkt geboten [...] und damit an führender Stelle dazu beigetragen, dass [...] Frankreich in der Lage war,

an der Seite der Siegermächte als eigenständiger Akteur aufzutreten. Er hat die Handlungsfähigkeit des politischen Systems gestärkt und die Modernisierung der Wirtschaft vorangetrieben. Er hat den Prozess der Dekolonisation gegen Widerstände [...] abgeschlossen und den Aufbau des Gemeinsamen Marktes beschleunigt“ (S. 302). Auch dass er die Verständigung mit dem deutschen Nachbarn förderte und im Élysée-Vertrag fest schrieb, gehört dazu. Es gibt aber auch einige Aspekte, die diese Bilanz beeinträchtigen: Seine allzu pauschale Diffamierung der III. und der IV. Republik, wobei er letztere mit seiner Partei, dem RPF, bekämpft und dadurch geschwächt hat; sein allzu hartnäckiges und als unzeitgemäß erscheinendes Beharren auf dem Ziel, Frankreich als Großmacht wiederherzustellen, das die Europäische Integration behindert hat.

An einigen wenigen Punkten mag man ein Fragezeichen anbringen. Über die Charakterisierung der V. Republik scheint sich Loth unsicher zu sein. Einmal heißt es, sie sei „weit mehr eine Fortentwicklung der IV. Republik als die Überwindung einer ungeliebten Parenthese“ (S. 186). Nach dem Wortlaut der Verfassung, wonach sie ein parlamentarisches Regime ist, war es die neue Republik, aber neben den erheblichen Einschränkungen, die schon der Verfassungstext vorsieht, ist auf die präsidentialistische Verfassungspraxis zu verweisen, die der IV. Republik fremd war. Loth zitiert auch zustimmend die häufiger auftretende Bezeichnung Monarchie (wenn auch ohne echten Monarchen, sondern republikanisch) – eine Bezeichnung, die nie auf die IV. Republik angewandt wurde. Einmal heißt es, de Gaulle wolle 1958 „die Gefahr einer autoritären Herrschaft bannen“ (S. 192), dann meint Loth, es „ging die charismatische Herrschaft allmählich in eine autoritäre über“ (S. 252). Die politische Systemlehre unterscheidet jedoch grundsätzlich demokratische von autoritären Herrschaftsformen. Die V. Republik war zweifellos zu jeder Zeit eine demokratisch legitimierte Herrschaft. Wenig plausibel ist auch Loths Annahme, de Gaulle habe, als er sich für das Amt des Präsidenten und nicht das des Premierministers entschied, eine eher repräsentative als eine aktive politische Rolle spielen wollen. Er hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, dass er als Präsident die Richtlinien der Politik bestimmen wollte, während dem Premierminister die mühsame Aushandlung mit dem Parlament, den Parteien und Interessengruppen verblieb.

Ungeachtet dieser Anmerkungen ist Wilfried Loths Biographie die beste, die in deutscher Sprache vorliegt. Selbst in französischer Sprache

findet man in dieser Prägnanz, Ausgewogenheit und Klarheit kaum Vergleichbares.

St. Ingbert

Adolf Kimmel

POLITIKWISSENSCHAFT

Demokratie mit Methode

Bluhm, Harald/Krause, Skadi (Hrsg.): Alexis de Tocqueville. Analytiker der Demokratie, 341 S., Fink, München/Paderborn 2016.

Alexis de Tocqueville ist Zentral- und Übergangsfigur zugleich: Ein permanent zitierter, aber eher selten edierter Klassiker, der im Kanon der Ideengeschichte zwar vorkommt, aber kaum in vorderster Reihe. Als aristokratischer Demokrat, liberaler Konservativer, empirisch arbeitender Theoretiker und systemforschender Komparatist ist er keine Randfigur, aber doch ein Denker zwischen den gängigen ideengeschichtlichen Kategorien, der kaum schulbildend wirkte.

Wie eng nun ist diese ambivalente Rolle Tocquevilles mit seiner Methode verbunden? Ein stattlicher Überblicksband über den französischen Demokratieforscher, herausgegeben von Harald Bluhm und Skadi Krause, stellt sich genau dieser Frage: Wie lässt sich der Anspruch des Autors, eine „new science of politics“ zu erschaffen, verstehen?

In seiner Ambition wie auch im Nutzen für den Leser geht das Kompendium weit über den Tagungsursprung hinaus: Es enthält nicht weniger als einen systematischen Überblick zur methodischen Bewertung Tocquevilles – komplettiert um exemplarische Tiefenbohrungen in dessen demokratieanalytische Praxis. Die Brillanz und Originalität der Tocqueville'schen Methode – erfahrungsgesättigt, induktiv und kontextsensibel – werden ebenso exponiert wie die theoretischen Vergleichbarkeiten, Geistesverwandtschaften und Schwächen der angeblich so neuen Politikwissenschaft. Ein solches Portrait von Tocqueville als Theoretiker, das auch mittels Übersetzungen die internationale Debatte in die deutschsprachige Ideengeschichte hinein trägt, fehlte bislang.

Eine Reihe von Beiträgen stammt von international wichtigen Stimmen; so diskutiert Aurelian Craitu anhand eines Gedankenexperiments – hätte Tocqueville mit „De la démocratie en

Amerique“ heute die Chance auf eine Promotion? – Charakter und Vorzüge des anti-positivistischen und anti-deterministischen, interdisziplinären und normativen Zugangs. Michael Drolet unternimmt eine Expedition in den ideengeschichtlichen Kontext von Tocquevilles „neuer Wissenschaft der Politik“ im Spannungsfeld des Moralismus, aber auch und gerade im Verhältnis zu Jean-Jacques Rousseau („Tocqueville war nicht allein“, so Drolet); und Cheryl Welch situiert Tocqueville in der komplexen Vorgeschichte eines vom Autor als defizitär entlarvten Liberalismus. Siri Hummel und Hubertus Buchstein erschließen Tocquevilles charakteristisches Verfahren ihrerseits aus einem Doppelportrait mit dem Zeitgenossen John Stuart Mill – und arbeiten so die semantische Anpassungsfähigkeit hinter der angeblichen konzeptionellen Unschärfe, aber auch heutig anmutende „Datenerhebungsverfahren“ und eine „hypothese-generierende“ Herangehensweise (S. 125f.) heraus. Tocquevilles „politisches Denken“ stehe – methodisch, in der Folge aber auch demokratietheoretisch – in scharfem Kontrast zu teleologischen Generalisierungsversuchen und zu einer „rekonstruktiven politischen Theorie“ à la Mill.

Der Band brilliert gerade dann, wenn, wie hier, die Frage nach dem Wissenschaftsstil in jene nach der philosophischen Stoßrichtung Tocquevilles greift. So bringt Cheryl Welch Tocquevilles Kritik an der „logischen Sterilität“ des Liberalismus in Anschlag, um die verbreitete These von der Demokratieskepsis anzufechten. Skadi Krause und Harald Bluhm stellen in ihrem Beitrag dagegen den Erfahrungsbegriff in den Mittelpunkt: Aus seinem Stellenwert heraus könnte Tocquevilles Verknüpfung von Institutionen- und Gesellschaftsanalyse, aber auch das Verhältnis von Fallanalyse und verallgemeinernder Modellierung in seinem Werk verstanden werden. Kollektiv vermittelte Erfahrung ist der Kitt der demokratischen Gesellschaft: Sie bedarf der institutionellen Voraussetzungen dafür, „dass Erfahrungsräume von Freiheit entstehen können“ (S. 75). Aus diesem fundamentalen Mechanismus ergeben sich die unzähligen Varianten des Gelingens oder der Degeneration. Auch wenn die Geschichte keine in Stein gemeißelten Lehren kenne: „Der erste Analytiker der modernen Demokratie ist sich sicher, diese Form von Politik und Gesellschaft wirft überall ähnliche Strukturprobleme auf“ (S. 76).

Solcherlei Problemstellungen in der Demokratietheorie Tocquevilles werden anschließend in einer Reihe von Abhandlungen konzentriert verfolgt. Die Assoziation (Philippe Chénail), die gefängnisförmige Disziplinierung (Mathias Bohlender), der

Zusammenhang zwischen Kolonie und Metropole (Ewa Atanassow) und schließlich, in einer Brücke zur politischen Gegenwart, die erschaffende Postdemokratie (Oliver Hidalgo) – dies sind Figuren, die, mal hochplausibel, mal etwas weniger überzeugend, als Schlüssel zu Tocquevilles politischem Denken erprobt werden. Es bleibt aber als Grundton die Einsicht, dass die Beteuerung einer „new science of politics“ trotz des enthaltenen Quäntchens Rhetorik den entscheidenden Aufschluss gibt: Methode und Inhalt gehen eine analytische Koalition ein, die die anhaltende Beschäftigung und Vermittlung von Tocquevilles Werk nachdrücklich empfiehlt.

Berlin

Eva Marlene Hausteiner

Zwischen Parteienforschung und Totalitarismustheorie

Kunze, Michael: Sigmund Neumann. Demokratielehrer im Zeitalter des internationalen Bürgerkriegs, 300 S., be.bra, Berlin 2015.

Michael Kunze legt mit diesem Band seine, an der Technischen Universität Chemnitz eingereichte und von Alfons Söllner betreute Dissertation vor. Der Band erscheint zugleich in der von Frank-Lothar Kroll herausgegebenen Reihe „Biographische Studien zum 20. Jahrhundert“, die mit Hardcover und Lesebändchen auffällt. Im Umfeld des Chemnitzer Instituts für Politikwissenschaft sind bereits einige werkbiographische Arbeiten zu den Gründungsvätern der deutschen Politikwissenschaft erschienen, darunter etwa eine Arbeit von Ellen Thümmel zu Waldemar Gurian und eine Arbeit von Frank Schale zu Otto Kirchheimer. Die Chemnitzer Politikwissenschaft profiliert sich zunehmend mit diesen Arbeiten in der Disziplin.

Sigmund Neumann wurde 1904 in Leipzig geboren, war Schüler namhafter akademischer Lehrer, danach Dozent und Leiter des Zeitungsausschnittarchivs an der Deutschen Hochschule für Politik. Als Deutscher mit jüdischen Wurzeln emigrierte er bereits kurz nach der Machtübernahme der NSDAP zunächst nach London, danach in die Vereinigten Staaten, um dort als Dozent, später als festangestellter Professor an der Wesleyan University (Connecticut) zu lehren und zu forschen. Ihm gelang, anders als vielen Emigranten, schnell der Anschluss an die amerikanische Wissenschaft, so dass er mit Studien zur Parteien- und Totalitarismusforschung beachtenswerte Erfolge feiern

konnte. Dem steht in deutlichem Gegensatz die nahezu vollständig ausbleibende Rezeption und Würdigung Neumanns in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik gegenüber.

An diese Diagnose bindet Kunze die Fragestellung seines Buches an. Das zentrale Interesse der Arbeit zielt auf die Bedeutung Sigmund Neumanns im Gestern und Heute. Mit Blick auf die Vergangenheit stellt Kunze die Frage, welche Rolle Neumann in der Frühphase der Politikwissenschaft eingenommen habe. Diese Frage lässt sich zunächst bündig beantworten: Neumann, der als einer der Vorläufer und Väter der deutschen Politikwissenschaft angesehen werden müsste, wird bislang so noch nicht in der Forschung gewürdigt. Mehr noch, zentrale Begriffe seiner Arbeiten fänden zwar Eingang in Publikationen der Disziplin, selten jedoch würde dabei die Urheberschaft Neumanns deutlich gemacht. Daher, so ein vorläufiges Fazit, sei Neumann auch heute noch in der Disziplin präsent, ohne aber, dass darauf bewusst rekurriert werden würde. Bleibt also die Frage zu beantworten, warum Neumann eine umfassendere Würdigung verdient hätte – hier liegt der Schwerpunkt des Bandes. Kunze antwortet darauf zweigeteilt: So zeichnet sich einerseits das Gesamtwerk Neumanns durch methodische Innovationen aus, die auch heute relevant seien und andererseits sind einzelne Schriften, so beispielsweise die sogenannte Parteienstudie über das Parteiensystem der Weimarer Republik, auch heute noch in Teilen als Stand der Forschung anzusehen.

Kunze strukturiert die Darstellung seines Stoffes nach drei historischen Phasen: Weimarer Republik, Emigration sowie die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Jede dieser Phasen wird mit einem in das Zeitgeschehen eingebetteten biographischen Abriss eingeleitet. Anschließend referiert Kunze die zentralen Arbeiten aus den betreffenden Phasen sowie deren Rezeption. Abgerundet wird jedes Kapitel mit einer zusammenfassenden Bewertung der Befunde, einer Einordnung von Neumanns Beiträgen zur zeitgenössischen Forschung und seiner Aktualität. Im Mittelpunkt der Darstellung stehen insgesamt fünf Bücher, beginnend mit der Dissertation „Die Stufen des preussischen Konservatismus“ von 1928 bis zum Sammelband „Modern Political Parties“ von 1956. Im Schlusswort kommt noch ein Vortrag von Neumann, gehalten 1962 an der FU Berlin, mit dem Titel „Der demokratische Dekalog. Staatsgestaltung im Gesellschaftswandel“ zur Sprache, den Kunze zu einem guten Teil als

Neumanns Vermächtnis für die noch junge Bundesrepublik einordnet.

Der Autor liefert damit eine fokussierte Werkbiographie Neumanns. Diese hält sich in wohlthuender Weise von privaten Details fern. Die Konsequenzen dieser Vorgehensweise mögen beim Leser ein ‚gefühltes‘ Defizit hervorrufen. Allerdings erweist sich die Abwesenheit von privaten ‚Hintergrundinformationen‘ über das Familienleben von Neumann, über gepflegte und zerbrochene Freundschaften und dergleichen pikantes mehr, als eine kluge Beschränkung. Diese schützt Kunze vor Spekulationen darüber, in welchem Maße das Privatleben für die Werkgenese verantwortlich sei.

Die Einordnung der von Kunze vorgelegten Befunde fällt mit Blick auf die Fragestellung gemischt aus. In vielen Hinsichten seien der wissenschaftliche Fortschritt sowie das Zeitgeschehen über die Erkenntnisse von Neumann hinweggegangen. Dennoch bleibt dieser relevant für die aktuelle politikwissenschaftliche Forschung, und dies jenseits eines – in dieser Studie auch begründeten – Status als ein weiterer Gründungsvater der bundesdeutschen Politikwissenschaft. So habe sein empirisch-komparativer Ansatz in der Parteienforschung auch weiterhin als innovative Methode zu gelten. Mit Blick auf die Totalitarismusforschung erweise sich Neumanns Ansatz, die Jahre von 1918 bis 1945 als zweiten Dreißigjährigen Krieg, oder wie es im Untertitel der Studie heißt: als internationalen Bürgerkrieg, aufzufassen, befruchtend für jene Teile der Totalitarismusforschung, die bei Begriffsbildung und Konzeptionalisierung in politischen Sackgassen angelangt seien. Denn, so Kunze, Neumann habe sehr wohl den eigenen Standpunkt als Vertreter einer demokratischen Politikwissenschaft, die natürlich in der Systemauseinandersetzung Partei sei, reflektiert. Dies muss wohl auch als dezidierte Kritik Kunzes an Teilen jener Totalitarismusforschung angesehen werden, die anscheinend Schwierigkeiten damit habe, wissenschaftliches Erkenntnisinteresse und politische Standpunkte auseinanderzuhalten.

Dresden

Steven Schaller

Analyse und Kritik des unternehmerischen Selbst

Brown, Wendy: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie

zerstört, 332 S., Suhrkamp, Berlin 2015 (engl. 2015).

Wendy Browns „Die schleichende Revolution“ reiht sich ein in die Phalanx neuer Literatur zur Neoliberalismusanalyse und -kritik, die sich unter anderem der anhaltenden Hegemonie der Mainstream Ökonomie (Phil Mirowski), dem Dogma der Austerität (Mark Blyth), der Herrschaft multinationaler Konzerne (Colin Crouch) und dem Scheitern der Schuldenmodelle zur sozialen Abfederung kapitalistischer Vergesellschaftung (Wolfgang Streeck) widmen. Brown geht stärker als die genannten Werke auf die Mikro-Fundamente der großen gesellschaftlichen Zusammenhänge ein, indem sie sich von Michel Foucaults Biopolitik-Vorlesungen einerseits inspirieren lässt, andererseits für sich in Anspruch nimmt, über die Arbeit Foucaults hinauszugehen. Der Vorwurf an Foucault: Er interessiert sich nicht für die Demokratie und gehe daher nicht auf die Ausschaltung des Homo Politicus durch den Homo Oeconomicus ein.

Ausgangspunkt und Zentrum der Analyse aber bilden die zentrale Einsicht Foucaults, wonach der deutsche Ordoliberalismus der wahre Neoliberalismus sei, weil das politische System über den Markt definiert werde. Die im englischen geläufige Bezeichnung kapitalistischer Demokratie für die bürgerlich-demokratischen Staaten mit kapitalistischer Eigentums- und Wirtschaftsordnung bringt das bereits ähnlich prägnant auf den Begriff wie die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel von der marktkonformen Demokratie. Warum war das neu? Gegenüber dem klassischen Laissez-faire-Denken, welches den Staat unabhängig von der Ökonomie politisch legitimierte und gegenüber politischen Vorstellungen, welche Politik und Gesellschaft theoretisch über beziehungsweise vor die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen, begründete der deutsche Neoliberalismus eine Staatsvorstellung, für die nach Foucault eine funktionierende Wettbewerbswirtschaft sowohl Fluchtpunkt der Politik als auch letzte Legitimationsinstanz sind. Daraus resultiert eine neue politische Rationalität, eine andere Art von Vernunft.

Die traditionellen Vorstellungen vom staatlichen Zwangsapparat zur Sicherung der Ordnung genügten nicht bei der Durchsetzung dieser neuartigen neoliberalen Regierungskunst, die mehr ist als Regierungstechnik und Diskurs. Vielmehr musste ein neues Selbstverständnis der Individuen als Mikrofundament die neue Ordnung gleichermaßen von unten absichern: Der Homo Oeconomicus beziehungsweise das

unternehmerische Selbst tritt an die Stelle des Wahl und Staatsbürgers, des Homo Politicus ebenso wie des Zoon Politikum. Der auf die ökonomische Sphäre begrenzte Homo Oeconomicus expandiert auf alle anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Browns Rekonstruktion der historischen Verschiebungen im Verständnis des Homo Oeconomicus ist eine der Stärken des Buches. Ein auf Austausch und Handel fokussiertes Verständnis von ökonomischem Handeln ist nicht in eins zu setzen mit der ständigen Investition und Anpassung zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Brown rekonstruiert Foucaults Erläuterungen zum Unternehmertum, und weist über ihn hinaus auf den Aufstieg des finanzierten respektive handelbaren Humankapitals hin (S. 34). Exklusivität, Maximierung und Handelbarkeit verweisen auf die Universalisierung des Homo Oeconomicus jenseits der frühen Neoliberalismusdiagnose Foucaults und begründen die umfassende Bedrohung der traditionellen Demokratievorstellung. Für Brown schwinden damit die traditionellen liberalen und sozialistischen Voraussetzungen für den Einsatz für Demokratie, weil Vorstellungen der öffentlichen Interessen und der Kultur dem ökonomischen Kern des nackten Kampfs um Überleben untergeordnet werden und damit verschwinden. Politik und Kultur sind entbehrlicher Luxus.

Neben der Kritik an Foucaults mangelndem Interesse an der Demokratie reklamiert Brown in ihrer Rekonstruktion den Biopolitik-Bedarf an der marxistischen Analyse ökonomischer Verhältnisse, weil ohne diese die materiellen Grundlagen von Foucaults neoliberale Vernunft nicht zu verstehen sind. Das ausführliche dritte Kapitel trägt die Überschrift „Foucault revidieren“. Brown erarbeitet eine umfangreiche Genealogie des Homo Oeconomicus und der Verdrängung des Homo Politicus. Das Programm wird zwar unter anderem auf das Geschlecht des Homo Oeconomicus ausgedehnt, bleibt aber exklusiv philosophisch selbst am Endpunkt der Analyse, die dann kurz auf Max Weber und Karl Marx zu sprechen kommt. Etwas stärker berücksichtigt werden ökonomische Besitz- und Machtverhältnisse erst in den drei folgenden Kapiteln, die sich der Ausbreitung der neoliberalen Vernunft widmen. Sie handeln von 1. *governance*, 2. Gesetzgebung und 3. dem Wandel des Bildungssystems.

Das *governance*-Kapitel analysiert die Neuprogrammierung des Staates, die Verschränkung des öffentlichen und privaten Sektors in wachsender Distanz zu traditionellen liberalen Vorstellungen. Komplementarität und Zusammenarbeit

sowie neue Instrumente zur Effizienzsteigerung (Leistungsvergleiche, *benchmarking* etc.) verkörpern die Überwindung traditioneller Vorstellungen von Steuerung. Nach Brown ist *governance* im Kern eine „dezentrierte und dezentralisierte Macht“ (S. 152). Der theoretische Fokus droht damit das theoretische Spannungsfeld von Devolution und postnationaler Zentralisierung von ökonomischer und politischer Macht aus den Augen zu verlieren. Diese Realität gerät bei Brown dann aber doch anhand des empirischen Beispiels der Anwendung von *governance* im besetzten Irak in den Blick. Paul Bremer verordnete als amerikanischer Statthalter 100 Verordnungen, welche dem neuen Irak eine radikale neoliberale Verfassung aufoktrozierte und ganz unverblümt (und gänzlich unkooperativ) die Eigentumsrechte ausländischer multinationaler Konzerne sicherte (z. B. durch das Verbot der Wiederverwendung von Saatgut geschützter Arten, S. 170). Andere, auch progressivere Formen von *governance* etwa in der Entwicklung von Formen der europäischen Netzwerk-*governance* in neo-korporatistischer Linie bleiben bei Browns amerikanischer Theorie außen vor.

Im Gesetzgebungskapitel führt Brown Foucaults Anliegen weiter, wonach die Gesetze und Rechtsinterpretation dem Wirtschaftlichen Form verleihen. Brown erkennt dem Recht die Funktion zu, für die Ausweitung ökonomischer Bereiche und Praktiken zu sorgen. Weil in einem zentralen Bereich, die Frage der Begrenzung von Zuwendungen von Unternehmen an Wahlkampf-Komitees (Political Action Committees, so genannte Super PACs), der Supreme Court im Jahr 2010 bis dahin geltende Regelungen von Maximalsummen als „Zensurmaßnahmen“ verbot, sieht Brown die Schleusen geöffnet für ungebremste Ökonomisierung. Die Kritik an der Entscheidung, die auf der lange existierenden Zuerkennung von Bürgerrechten an Korporationen (*corporate personhood*, insbesondere die Geltung des 14. equal protection Amendment der U.S. Verfassung für Unternehmen) gründet, ist berechtigt. Bestehende Ungleichheiten werden weiter verschärft. Allerdings kann gefragt werden, ob hier die Kontinuität, in der die Entscheidung steht, nicht wichtiger ist als die Neuerung: Die verfassungsmäßige Verankerung der Persönlichkeitsrechte für Unternehmen hat bereits vor langer Zeit in den USA anthropozentrische Vorstellungen des Staatsvolks um kapitalistische Vorstellungen von Marktvolk (Streeck) ergänzt und verankert: Kapitalistische Eigentumsverhältnisse schränken damit bereits an sich

die Gleichheit der Mitglieder des Staatsvolkes ein. Möglicherweise wäre also eher mit einer Begrifflichkeit der wachsenden Monopolisierung zu operieren als mit dem zu allgemeinen Begriff der neoliberalen Vernunft. Kleiner Trost aus dem aktuellen Wahlkampf: Der Super-PAC von Jeb Bush konnte nicht verhindern, dass er in der monopolistischen Konkurrenz von Donald Trump und Hillary Clinton keine Rolle spielt und möglicherweise ärgert Bernie Sanders die Monopolisten weiterhin mit den höchst dezentralen Mitteln der klassischen sozialen Bewegungen. Geändert aber haben sich zweifellos Konfliktkonstellationen und Relationen, die aber genauer als Kräfteverhältnisse analysiert werden sollten.

Das abschließende Bildungskapitel kontrastiert das traditionelle humanistische Verständnis von akademischer Bildung mit der neoliberalen Universität. Im Zentrum steht dabei natürlich die Vorstellungswelt der Virginia School (James M. Buchanan, Gordon Tullock, Gary S. Becker) von Humankapital. Neben der Anerkennung von Bildung insofern sie den eigenen Wert im Markt steigert und entsprechend alle anderen Anliegen der traditionellen liberalen und humanistischen Bildung abzuwickeln geneigt ist, tritt die Missachtung des akademischen Systems. Der deutsch-amerikanische Hedge Fond Milliardär Peter Thiel bietet Studierenden im Silicon Valley 100.000 Dollar an, wenn sie mit ihrem Studium aufhören, um eine Geschäftsidee zu verfolgen. Gleichzeitig selektieren die ständig wachsenden Studiengebühren den Zugang zur Universität wieder zunehmend nach Klassenzugehörigkeit. Selbst das ureigene liberale Versprechen sozialer Mobilität nach Maßgabe individueller Leistung wird obsolet.

Browns Buch über den institutionellen Wandel wird ihrem Anspruch gerecht, über Foucault hinauszugehen. Ihre Bearbeitung des Mikro-Fundaments des unternehmerischen Selbst ergänzt Analysen, die stärker als Foucault und Brown kapitalistische Eigentumsverhältnisse berücksichtigen und international vergleichend den Strukturwandel hin zu postdemokratischen Verhältnissen untersuchen. Brown hat nicht sehr viel beizutragen zum umfassenderen Verständnis der Entwicklung neoliberaler Verhältnisse. Zu sehr wird ihre Analyse durch U.S. Bezugspunkte in Theorie und Empirie eingengt. Die vorwiegende Geschichte der Erneuerung und Verallgemeinerung des Unternehmertums im Rahmen der neoliberalen Netzwerke unter anderem durch Günter Schmolders und Herbert Giersch in Deutschland ist ihr fremd. Im Schlussteil behauptet Brown,

dass der Neoliberalismus auf die Durchsetzung immer vollständigerer Märkte zielt. Das stimmt wohl kaum für jene tonangebende Neoliberale, die auf Dynamik des Wettbewerbs und Strukturwandel insistieren. Schon der Ausgangspunkt beim deutschen Ordoliberalismus ist zu eng und droht den Stellenwert der Ökonomie im Neoliberalismusverständnis generell und selbst beim Ordoliberalismus zu überschätzen. Es gilt die neoliberale Politik der Ökonomie besser zu erkennen, als zentrale Voraussetzung zur Kontrolle der Ordnung. Karen Horn hat vielleicht nicht ganz unrecht in ihrer Rezension des Buches von Brown, wenn sie ihr eine verabsolutierende Sprache und monolithische Sichtweise unterstellt, was auch den Übersetzer offenkundig vor hohe Anforderungen stellte. Überraschend wenig hat Brown darüber hinaus über Bewegungen und Widerstand gegen die Ausbreitung der neoliberalen Vernunft zu sagen, was wohl auch nicht zuletzt am geringen Stellenwert von Konflikten und Auseinandersetzungen in ihrer Analyse begründet liegt.

Berlin

Dieter Plehwe

Akzente im (Post)säkularisierungsdiskurs

Lutz-Bachmann, Matthias (Hrsg.): Postsäkularismus. Zur Diskussion eines umstrittenen Begriffs, 362 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Der vorliegende Band geht auf eine Ringvorlesung von 2011 des Frankfurter Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ zurück. Wer mit der kritischen Revision des Säkularisierungsparadigmas und der Diskussion um das Habermas'sche Konzept der postsäkularen Gesellschaft vertraut ist, stolpert zunächst über den Titel „Postsäkularismus“, impliziert ein „-ismus“ doch Ideologie. Hier geht es aber um ein normatives wie deskriptives Konzept, das auf die Gleichzeitigkeit von Säkularisierung und der Permanenz von (öffentlicher) Religion in Europa verweist. Und hierzu leisten die Beiträge, was in der internationalen Diskussion bisher zu kurz kam: Der Genese und dem philosophisch, sozialwissenschaftlich, theologisch oder politisch geprägten Verständnis vom Postsäkularen kritisch nachzuspüren, das analog zum Säkularen beschreibend (postsäkular), zur Darstellung eines

Prozesses (Postsäkularisierung) oder einer Verfassung (Postsäkularität) sowie mit Verweis auf eine Ideologie (Postsäkularismus) Anwendung findet (S. 43).

Der intellektuelle Mehrwert der sehr kenntnisreichen, sehr gut strukturierten und für unterschiedliche Disziplinen sehr zugänglichen Texte besteht darin, die vielfältige Infragestellung des Säkularisierungsparadigma mit eigenen Akzenten kritisch zu diskutieren, sie mit soziopolitischen Realitäten zu konfrontieren und Diskurse zu strukturieren. Leider müssen die Lesenden sich dies ohne ein einleitendes oder resümierendes Kapitel erschließen. Worin etwa sieht der Herausgeber, der Frankfurter Philosophieprofessor Matthias Lutz-Bachmann, den Beitrag des Buches innerhalb der Debatte, die mit der Friedenspreisrede von Jürgen Habermas im September 2001 ihren Ausgang nahm?

Der Band besteht aus zwölf Beiträgen deutscher und internationaler Philosophen, Theologen und Sozialwissenschaftler und keiner an der Debatte beteiligten Wissenschaftlerin. Während sich acht Texte der theoretischen Diskussion des Postsäkularen widmen, sind die letzten vier eher empirischer Natur. Mit „Die Erschließung des Postsäkularen: Drei Bedeutungen von ‚säkular‘ und deren mögliche Transzendenz“ übernimmt der Religionssoziologe José Casanova gewissermaßen die Einleitung. Zentrale Positionen von Charles Taylor und Jürgen Habermas diskutierend, formuliert er seinen bekannten Standpunkt einer differenzierten Konzeption von Säkularisierung. An Habermas kritisiert er insbesondere, dass dieser mit binären Begriffen wie „religiös-säkular“ sowie mit der Annahme eines ‚europäischen Sonderwegs‘ säkularistisches (also ideologisches!) Denken – für Casanova das „Stadialbewusstsein“ – reproduziert.

In „Sechs Facetten der Postsäkularität“ differenziert der Ethikprofessors William A. Barbieri disziplinär inspirierte Debatten um eine „öffentliche“, eine „soziologische“, eine „theologische“, eine „philosophische“, eine „politische“ und eine „genealogische“ Postsäkularität. Gerade letztere ist interessant, da sie, wie auch von Casanova eingefordert, durch eine reflexive machtkritische Grundhaltung säkulare Vorannahme und sie konstituierende Kategorien hinterfragt (S. 72).

Matthias Lutz-Bachmann diskutiert in „Die postsäkulare Konstellation: Öffentliche Vernunft, Religion und Wissenschaft“ das normativ voraussetzungsvolle liberale Konzept der „öffentlichen Vernunft“. Von John Rawls geprägt und von Habermas als eine „postsäkulare Antwort auf

die szientistische Rationalität“ verstanden, sieht Lutz-Bachmann in ihr die Errungenschaft, die Weberianische Unvereinbarkeit von Religion und Wissenschaft infrage zu stellen.

In „Religion und Toleranz von der Aufklärung bis zum postsäkularen Zeitalter“, vergleicht der Philosophieprofessor Rainer Forst transparent das Denken von Habermas, Pierre Bayle und Immanuel Kant anhand des Toleranzgedankens gegenüber Religion. Man begreift, dass es unterschiedliche Positionen der Aufklärung zu Moral, Recht und Religion gibt und versteht den Wandel hin zu Habermas' Idee einer postsäkularen Gesellschaft (S. 131).

Der Beitrag „Religion und Öffentlichkeit: Taylor, Rawls, Habermas“ von Luiz Bernardo Leite Araujo, Philosophieprofessor aus Rio de Janeiro, vergleicht die Protagonisten der liberalen Theorie hinsichtlich ihrer Auffassung zur Rolle von Religion in der politischen Öffentlichkeit. Gute Grundlagen liefernd ließe sich der Text mit vielen englischen Zitate in einer englischen Version jedoch besser erschließen.

In „Eine postsäkulare Weltordnung? Der Pluralismus von Lebensformen und kommunikative Freiheit“ diskutiert der Philosophieprofessor James Bohman Habermas' Konzeption von Postsäkularität. Er kritisiert zu Recht, dass sie den Herausforderungen, die für eine transnationale Gesellschaft durch den Pluralismus von Lebensweisen und religiös konnotierte Konflikte entstehen, nicht Stand hält.

Ebenfalls über den europäischen Tellerrand hinausschauend fragt Uchenna Okeja, Mitarbeiter am Exzellenzcluster, in „Postsäkularismus: Zur Exploration eines theoretischen Konzepts“, ob das für Westeuropa gedachte Konzept der Postsäkularität auch auf das „Afrikanische Paradigma“ übertragbar ist. Da es den intellektuellen Raum eröffne, Modernisierung nicht zwangsläufig in Verbindung mit Säkularisierung, sondern auch mit Rekurs auf das „Paranormale“ neu zu denken (S. 209), sei dies möglich. Auf das „wie“ können wir gespannt sein.

In „Der lange Abschied von der Säkularisierungsthese – und was kommt danach?“ skizziert Karl Gabriel, Professur em. für Christliche Sozialwissenschaften, die Genese von und die Kritik an säkularisierungstheoretischen Kernaussagen. Der problematischen Annahme einer „Wiederkehr von Religion“ setzt er das reflexive Konzept der multiplen Moderne entgegen.

Die letzten vier empirischen Kapitel könnten sich auch in einem Band über Säkularisierung und westliche Moderne befinden. Obgleich

man sich mit Ausnahme von Hartmut Leppins „Religiöse Vielfalt im öffentlichen Raum in der Spätantike“ den Bezug zum Postsäkularen selbst herstellen muss, ergänzen sie den ersten Teil des Buches gut. Sehr lesenswert ist etwa die Geschichte des Kreationismus in den USA von Friedrich Wilhelm Graff, die das changierende Verhältnis von Religion, Wissenschaft und Politik thematisiert. Datenreich überprüft der Religionssoziologe Volkhard Krech kritisch die These der „Wiederkehr von Religion“, während sich der Religionssoziologe Detleff Pollack in „Die Genese der Moderne: Religiöse Bedingungen der Emergenz funktionaler Differenzierung im Mittelalter“ sehr kenntnisreich mit dem befasst, was die erwähnten „Genealogisten“ oder Casanova kritisch hinterfragen: mit der Sonderstellung Westeuropas, die er unter anderen in dem Monopolanspruch des westlichen Christentums seit dem 11. Jahrhundert begründet sieht.

Am Ende dieser erkenntnisreichen Akzentsetzungen in der Auseinandersetzung mit „Post-Säkularisierung“ bleibt indes der Wunsch nach einer Selbstverortung des Bandes im international geführten kritischen Diskurs bestehen.

Frankfurt a. d. O.

Anja Hennig

Wertfreie ökonomische Theorien?

Egan-Krieger, Tanja von: Die Illusion wertfreier Ökonomie. Eine Untersuchung der Normativität heterodoxer Theorien, 300 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2014.

In der Einleitung des Buches wird die Problematik einer als nicht normativ auftretenden Ökonomik kurz angesprochen. Tanja von Egan-Krieger stellt fest, es sei in den vergangenen Jahrzehnten eine Reihe von „Netzwerken“ entstanden, die von heterodoxen ökonomischen Theorieschulen begründet werden. Die „integrative Wirtschaftsethik“ gehe – so berichtet die Autorin – davon aus, dass „zwangsweise normative Annahmen gemacht werden müssen“ (S. 12). Sie erklärt sodann, ihre Arbeit gehe von der „Diskursethik“ aus, deren Begründer Jürgen Habermas und Hans-Otto Apel seien.

Im ersten Kapitel beschreibt die Arbeit nun, der Ausgangspunkt der Untersuchung sei Peter Ulrichs Ansatz der diskursethischen Grundlagenkritik der Ökonomik. Karl Homanns Arbeiten werden von der Position Ulrichs aus kritisiert. Ganz

verschämt betont die Autorin, die „heutige Dynamik eines zunehmend globalisierten Wirtschaftssystems sowie dessen Auswirkungen auf die natürliche Umwelt und ihre soziale Lebenswelt der Menschen lassen zunehmend den Wunsch einer ethischen Korrektur dieser unerwünschten Auswirkungen aufkommen“ (S. 21). Ulrichs Theorem einer „sozialökonomischen Rationalität, die der reinen ‚ökonomischen Sachlogik‘ gegenübergestellt wird“ (ebd.), wird anschließend beschrieben.

Im zweiten Kapitel „Kritik der Standardökonomik“ beschreibt die Arbeit, wie mit dem Modell des „Homo oeconomicus“ eine als rational implizierte Präskriptivität in die ökonomische Lehre eingebaut wird (S. 56ff.), die aus der Ökonomik eine imperialistische Gesamtinterpretation der sozialen Wirklichkeit macht. Die Vertiefung dieser auf tönernen Füßen stehenden Argumentation (z. B. Heiratsüberlegungen als Kosten-Nutzen-Abwägungen; es scheint Ökonomen sind nie verliebt) verfolgt Egan-Krieger nun in den verschiedenen Denkschulen der Elfenbein-Ökonomik. Die „institutionelle Ökonomik“ wird ebenso ausgeleuchtet wie die Umwelt-Ökonomik. Und die Autorin folgert: Alle Erweiterungen der Standardökonomik übernehmen die Normativität der reinen Neoklassik.

Es folgt eine Kritik der feministischen Ökonomik. Danach wird im Kapitel vier die „Alte Institutionelle Ökonomik“, die ja – ebenso wie die feministische – keine geschlossene und einheitliche Schule ist, diskutiert und kritisch untersucht. Im fünften Kapitel werden dann die Ansätze ökonomischer Theorien, die unter dem Begriff Ökologische Ökonomik zusammenfassbar sind, beschrieben und untersucht. Das Buch endet mit dem, was Frau Egan-Krieger schon zu Anfang erklärt: Ökonomische Theorie sei, das zeige auch die Untersuchung der neueren Spielarten ökonomischen Denkens, nie ‚wertfrei‘ (s. Kap. 6, S. 268ff.).

Der Leser dieser Arbeit ist ein wenig erstaunt: Die wertfreie Ökonomie ist ja nicht in unseren Tagen entstanden. Als im 18. und 19. Jahrhundert die Ökonomie als eigene Disziplin entstand, gaben ihre großen und ersten Theoretiker vor, eine exakte Wissenschaft zu entwickeln, die den Qualitätsmerkmalen und Kriterien der Naturwissenschaften entspreche und deren Gesetze wie Naturgesetze wertfrei und allgemein gültig seien. Adam Smith spricht im ‚Wohlstand der Nationen‘ von der ‚unsichtbaren Hand‘. Der Deist Smith glaubt die Hand des Schöpfer-Gottes zu beschreiben, der die Welt geschaffen und sich dann

von seiner Schöpfung zurückgezogen habe. In seiner der ökonomischen Arbeit vorgeschalteten „Theorie der moralischen Gefühle“ (1759) spricht Smith von den Befehlen und Gesetzen der Gottheit. Das blieb – manchmal unausgesprochen – die Überzeugung der ersten Generationen von Nationalökonomern. Selbst Karl Marx war der festen Überzeugung die ehernen Gesetze einer vom menschlichen Handeln gleichsam unabhängigen ökonomischen Entwicklung zu beschreiben, die bei ihm allerdings vom Geschichtsprozess getrieben auf die Revolution zuführte, die dann das Ende der klassischen Nationalökonomie sei. Einer der grundlegenden Denker für die Marktformenlehre – der Mathematiker Gossen – verwendete 1854 bei der Darstellung der Grenznutzenlehre fast prophetische Ausdrücke: Der Schöpfer habe Gesetze geschaffen, die dem Menschen zu einem ganz bestimmten Verhalten antreibe. Man vereitle die Zwecke des Schöpfers wenn man die göttlichen Gesetze durch ‚Menschensatzungen‘ ersetze. Und der Schöpfer spreche nun durch ihn. Von all diesen ist in der vorliegenden Arbeit kaum und nur am Rande die Rede.

Der Leser ist um die Erkenntnisse reicher, die in den zeitgenössischen Theorien und Debatten behandelt werden. Viel Material wird vorgestellt, behandelt, kritisch untersucht und diskutiert. Die aus ernsthafter Gesellschaftswissenschaft und Sozialphilosophie herausgelöste und in ihren Axiomen eingebettete Ökonomik überlebt in allen ihren Spielarten wohlbehalten ihre Unfähigkeit, die kritische Situation der Ökonomie in unserer Gesellschaftsordnung zu analysieren.

Wer über diesen Befund nachdenkt, muss zwangsläufig auf eine Problematik stoßen, die abschließend zumindest thematisiert werden sollte. So geht ein Großteil der der Studie zugrunde liegenden Theorien auf Gedanken des St. Galler Wirtschaftsethikers Peter Ulrich zurück, der zudem Zweitgutachter der vorliegenden Dissertation war. Obwohl in der deutschsprachigen Wissenschaft solche Überschneidungen durchaus vorkommen, lässt die Studie in einem stark debattierten Feld wie der Ökonomik doch die Frage aufkommen, ob durch diese Konstellation eine zu starke Eingebundenheit in eine bestimmte Forschungsrichtung konstatiert werden muss und dadurch kritisches Potenzial verschenkt wurde, welches dem akribisch recherchierten Teil der Arbeit gut zu Gesicht gestanden hätte. Insbesondere im Hinblick auf die von der Autorin konstatierten Netzwerke in der Forschung muss dieser Hinweis gestattet sein. Es ist ja letztlich oftmals schwierig für junge Wissenschaftler_innen,

kritische Distanz zu dem Werk eines Gelehrten zu bewahren, der die Arbeit mit-begutachtet.

Saint Cyr sur Mer

Michael Hereth

Wider die Normativitätsnormierung!

Möllers, Christoph: Die Möglichkeit der Normen. Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität, 461 S., Suhrkamp, Berlin 2015.

Christoph Möllers' seit Erscheinen vieldiskutierte Theorie über die „Möglichkeit der Normen“ und Engstirnigkeit sozialphilosophischer Normativitätskonzepte angemessen darstellen zu sollen, ist ein einschüchterndes Unterfangen. Der von Möllers vorgezeichnete Weg zu einem supradisziplinär integrierten Verständnis des Begriffs, der Wirkung und der Ambivalenz sozialer Normen will immerhin nicht nur thematisch souverän sein. Auch eine Emanzipation vom espritlosen Regeldenken und eine mehr als bloß akademische Konfrontation mit dem hierzulande etablierten Normativitätsparadigma werden verlangt. Soziale Normen, so Möllers, sollten nicht länger auf Ideale beschränkt werden und andernfalls den eigenen Inhalt nicht zum allgemeinen Maßstab erheben, mithin „[k]einen gemeinsamen Begriff des Normativen implizit unterstellen“ (S. 11).

Eingeteilt ist das Werk nebst einer Einleitung in drei griffige Hauptteile: „Probleme“, „Begriffe“ und „Erträge“. Während der erste Teil zu einer umfassenden Kritik der vor allem außerjuristischen Normativitätstheorien ansetzt, die sich für die Materialisierung ihrer idealisierten „Normen“ kaum interessierten und hilflos etwa gegenüber demokratischen Praktiken wie der Mehrheitsregel seien (z. B. S. 43ff.), formuliert der zweite Teil einen Abhilfevorschlag. Soziale Normen sollten als Ausdruck einer – um es Weberianisch anzuverwandeln: je konkreten Möglichkeitsverwirklichungschance begriffen werden. Jeder Umgang mit ihr verbliebe dann in der Sphäre sozialen Handelns, würde nicht dem individuellen Selbstgehorsam moralischen Gewissens überantwortet, bloß um verlässlich am umso unerträglicheren Anderssein der Wirklichkeit zu scheitern, in rigiden Normenfundamentalismus oder erhabene Totalkritik zu münden. Der dritte Teil des Buchs überführt diese moralisch enthaltsame, gewissermaßen soziologische Perspektive in ein Spektrum, das

der Komplexität des Themas von Normenproduktion, Normenbefolgung, Befolgungserzwingung, Normenkollision und Normendestruktion gerecht(er) werden soll.

Das Ziel all dessen ist die Plausibilisierung eines Normativitätsverständnisses, in dem Widerspruch, Abänderung und sogar Scheitern einer Norm nicht notwendig als Versagen der Wirklichkeit gegenüber einem ihr immerzu überlegenen Ideal evaluiert werden müssen. So zielt Möllers auf eine Idee normativer Praxis als einem sozialen und mithin selbst ethisch flexiblen Zusammenhang, auf eine nüchterne Normativitätsidee, die sich nicht gemein macht mit der imperativen Hoffnung auf Wirksamkeit konkreter Inhalte und sich nicht verfängt in der Illusion zivilisatorischer Universalität und objektiver Neutralität.

Offenkundig befremdet reagiert Möllers' Opus damit auf Konvolute der praktischen Normen- und Gerechtigkeitsphilosophie, für die zuletzt keine Kosten gescheut wurden, um beinahe jeder sozialen Praxis jede nur denkbare Gerechtigkeitstheoretische Unzulänglichkeit en détail nachzuweisen. So unterstellt Möllers' Perspektive nicht nur eine Selbstreferentialität dieser politikphilosophischen Normativitätsforschung. Zugleich attestiert wird ihr ein methodischer Zirkelschluss: Ein moralphilosophisch intendiertes Normenverständnis, das Normativität als vernunftorientierte Rechtfertigungspraxis begreife, ignoriere die Vielfalt sozialer Normen, diskriminiere nämlich die Mehrheit all jener Konventionen und zwingenden Regeln, die ohne moralische Geltungsgründe unseren Alltag bestimmen. Dabei weist Möllers den anthropologischen Zeitgeist der politikphilosophischen Normenforschung zwar nicht unbedingt zurück, wo dieser die Menschheit als Rechtfertigungsgattung konstruiert. Wohl aber bezweifelt Möllers die sozialwissenschaftliche Leistungsfähigkeit und strategische Nützlichkeit einer politischen Rechtfertigungsphilosophie.

Ohne die institutionalisierte Deutungsmacht der jüngeren Kritischen Theorie einschließlich des globalen akademischen Siegeszugs diskurs-ethischer Kommunikationsmodelle jedenfalls ist dieser für Außenstehende womöglich überzogen wirkende anti-normativistische Gestus folglich kaum zu verstehen. Wenn der präzise Titel fragt, welche realistischen „Möglichkeiten“ Normen „jenseits von Kausalität und Moralität“ haben, will Möllers also eine der außerakademischen Zugänglichkeit entfremdete Normativitätshegemonie im Alleingang anfechten – und vor diesem Hintergrund beeindruckt die thematisch riesige

Dimensionalität des gleichwohl klug proportionierten, uneingeschüchternen und hervorragend lesbaren Buchs umso mehr.

Entsprechend deklassifizierend reagierte der Frankfurter Doyen der von Möllers immer wieder kritisierten Schule, der arrivierte Leibniz-Preisträger Rainer Forst, in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ (Nr. 3, 2016). Der „Berliner Staatsrechtslehrer, Rechtsphilosoph und frisch gekürte Leibniz-Preisträger“ Möllers, „einer der Virtuosen seiner Zunft“, kämpfe, so Forst, „einem edlen Ritter gleich [...] gegen Windmühlen [...]. Möllers' Befürchtung, dass diejenigen, die Normen als Rechtfertigungen für Handlungen und selbst auf Rechtfertigungen beruhend ansehen, stets nur auf gute Gründe und letztlich auf moralische Gründe blicken“, sei „unbegründet“.

Diese Kritik ist mindestens insofern gerechtfertigt, wie der als *Wiko-permanent fellow* und *public intellectual* dauergefragte Möllers eher jene prominente Literatur aufs Korn nimmt, die den von Forst zurückgewiesenen Einwand tatsächlich vermittelt. Das sind zwar immer noch beträchtliche Mengen, Titel aber auch, durch die suggeriert wird, das Thema sei maßgeblich mit Verkaufsschlägern und abstrakter Höhenkamm-literatur bestückt, bedürfte einer äußeren Erdung, zu der die Disziplin selbst unfähig sei. So gerät Möllers bisweilen aus dem Blickfeld, dass es gewöhnlich nicht die der Wissenschaftskommerzialisierung seitens der *academic celebrities* geschuldeten Prestigemonographien sind, in denen sich fachspezifische Selbstkritik, reflexive Kraft, empirische Prüfung und sogar materiale Anschaulichkeit entfaltet. Umso mehr könnte die Politische Theorie und Sozialphilosophie nun nachlegen!

München

Sebastian Huhnholz

Demokratie als Anomalie?

Möller, Kolja: Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen, 240 S., transcript, Bielefeld 2015.

In den soziologischen, rechtswissenschaftlichen und politologischen Debatten der letzten Jahre hat die Frage nach einer Verfassungsbildung jenseits des Staates vermehrt Aufmerksamkeit erhalten. Unter den Proponenten, die einen solchen Konstitutionalisierungsprozess behaupten, ist unter anderem strittig, was für Regime

hierdurch gebildet werden, wie es um ihre Legitimität bestellt ist und ob mit ihnen Chancen für eine Demokratisierung des Regierens jenseits des Staates eröffnet werden. Mit Kolja Möllers Studie über den „Formwandel der Verfassung“ liegt ein weiterer Beitrag zur Diskussion vor.

Möller diagnostiziert einen mit der weltgesellschaftlichen Verflechtung zusammenhängenden Verfassungsbildungsprozess, der sich anhand der Entwicklung eines globalen Handelsrechts, globaler Menschenrechtsnormen oder eines zum Teil supranationalen Regimes wie der Europäischen Union beobachten lasse. Er nähert sich ihm mit einer theoretischen Perspektive, die auf der einen Seite das diagnostische Potenzial der Systemtheorie ausschöpfen soll, auf der anderen Seite die gesellschaftskritischen Motive der Verfassungskritik des frühen Marx sowie die hegemonietheoretischen Innovationen des Postmarxismus aufzunehmen habe. Die eigene Perspektive wird im Fortgang der Studie insgesamt durch die Rekonstruktion von Theorien entwickelt (Marx, Luhmann, Stäheli, Fischer-Lescano, Teubner, Laclau/Mouffe, Maus u. a.).

Verfassungen werden von Möller als „reflexive Strukturbildungen“ (S. 16) definiert, die Recht und Politik miteinander verkoppeln, über bestimmte Regierungsweisen entscheiden und Grundrechte enthalten. Zugleich wird die Verfassung, mit Karl Marx, als stets in konkreten gesellschaftlichen Lebensformen situierte begriffen. Sie dürfe nicht hypostasiert werden, sondern müsse vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Einbettung und ihrer Scharnierfunktion zwischen Herrschaftsausübung und Herrschaftsbegrenzung interpretiert werden.

Gegen die These einer die nationalstaatliche Ebene nur funktional ergänzenden supra- und transnationalen Ebene des Regierens, interpretiert Möller die „Weltgesellschaft“ als eine „fragmentierte Hegemoniekonstellation“ (S. 33), in der *politische* Regime zu beobachten seien, zuvörderst das dominante „Weltwirtschaftsregime“ (S. 34ff.). Es zeichnet sich dem Autor zufolge dadurch aus, dass es eine maßgeblich kapitalstarken Akteuren zugutekommende Handlungs-rationalität auf Dauer stellt und sich gegenüber demokratischen Ansprüchen abschirmt. Vor dem Hintergrund dieser Diagnose kritisiert Möller an jüngeren Verfassungstheorien, ihre Erwartung auf eine funktionale Begrenzung oder auf eine liberal-demokratische Transformation transnationaler Regime sei ideologisch beziehungsweise utopisch. Er gelangt zu dem Schluss, unter anderem mittels eines gelungenen Exkurses

zum frühneuzeitlichen Policey-Staat, dass Verfassungsbildung im Zuge dieser Regime keineswegs normativ kurzschlüssig als nur Herrschaft begrenzend oder gar per se demokratisierend aufgefasst werden dürfe. Für Demokratisierung sieht Möller im transnationalen Konstitutionalismus gegenwärtig keine Anzeichen (S. 205), betont aber die Offenheit des Rechts für emanzipatorische Ansprüche. Die systemische Schließung der Regime könne auf Dauer nicht gelingen.

Seine eigene normative Position arbeitet Möller in der Auseinandersetzung mit radikal-demokratischen Positionen heraus. Sie seien zwar durch ein historisch überlebtes, dem Nationalstaat verhaftetes Denken charakterisiert, ihren radikaldemokratischen Impetus gelte es aber mit Blick auf die weltgesellschaftliche Evolution zu aktualisieren. Dies mündet im Begriff der „destituierenden Macht“ (S. 193), die gewissermaßen das Residual der Volkssouveränität in Zeiten der Postdemokratie und des transnationalen Regierens darstellt. Volkssouveränität zieht sich damit für Möller in die Form einer negierenden Politik des Widerstands oder eines ins Globale verlängerten Generalstreiks zurück. Diese Figur ist nicht mehr im Sinne des wirklichkeitswissenschaftlichen Prinzips gedacht, sondern stellt eine rein begriffliche Konstruktion dar, die mit der „wirklichen Bewegung“, die der Verfasser zuvor so gekonnt analysiert hat, nicht recht in Deckung zu bringen ist. Niklas Luhmanns bedeutsame Frage, die von Möller mehrmals angeführt wird, ob sich die „konstitutiven Ideale der westlichen Rechtstradition eventuell als Anomalie“ (ebd.) erweisen werden, lässt sich vor dem Hintergrund von Möllers eigener Diagnose jedenfalls nicht negativ beantworten. Auch Michael Th. Greven These, im Zuge der fortschreitenden Modernisierung würden Demokratie und Revolution zu Relikten der Vormoderne, gewinnt im Lichte des von Möller beschriebenen „Formwandels der Verfassung“ leider an Plausibilität [vgl. Greven: War die Demokratie jemals „modern“? Oder: des Kaisers neue Kleider, in: Berliner Debatte Initial 20 (2009), H. 3, S. 67–73; Greven: Ist Systemopposition heute noch möglich?, in: Zeitschrift für Politische Theorie 2 (2011), H. 1, S. 85–96].

Es handelt sich bei „Formwandel der Verfassung“ um eine bedeutsame Studie, die insbesondere für diejenigen relevant sein dürfte, die an kritischer internationaler politischer Theorie interessiert sind. In seiner Auseinandersetzung mit gegenwärtigen Theorien des Konstitutionalismus gelingt Möller eine treffende Kritik an „Ideologie und Utopie“ (Mannheim) im Konstitutionalismus,

die den Rezensenten zu häufigem Kopfnicken brachte. Möller kann überdies mit einem überzeugenden Rekurs auf die ältere soziale Demokratietheorie und seinem Begriff der „politischen Regime“ (S. 71) zeigen, dass Unterscheidungen wie privat/öffentlich und Staat/Markt anachronistisch geworden sind.

Die in der Studie zuweilen sehr gekonnt erfolgenden Rekonstruktionen haben einen eigenständigen Wert, sie werden aber meist als Brücken oder Trittleitern für die eigene Theoriebildung genutzt. Die dabei entstehende Verbindung von so unterschiedlichen Ansätzen wie der Systemtheorie, Claude Leforts Neo-Republikanismus, der Hegemonietheorie und Marxens Verfassungskritik wirft indes die Frage auf, ob sich all diese Theorien tatsächlich dergestalt zusammenfügen lassen, dass immer dort eine Theorie einspringt, wo die anderen nicht mehr weiterführen. Hinzu kommt, dass bei der Lektüre von Möllers Auseinandersetzungen mit den rekonstruierten Theorien zuweilen die Differenz zwischen Referat und eigener Position nicht immer klar wird und einige politikwissenschaftliche Ansätze nur recht knapp angerissen werden. Insgesamt handelt es sich gleichwohl um eine sehr anregende Studie mit Innovationsgehalt.

Darmstadt

Veith Selk

Negative Freiheit der Nicht-Beherrschung

Pettit, Philip: Gerechte Freiheit. Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt, 307 S., Suhrkamp, Berlin 2015 (engl. 2014).

Das Programm der gerechten Freiheit, das Philip Pettit in seinem jüngsten Buch ausarbeitet, ist anspruchsvoll: Pettit aktualisiert die zentralen Begriffe der Freiheit und der Gerechtigkeit vom Standpunkt des neo-republikanischen Denkens, um daraus eine praktisch-moralische Orientierung für unsere gegenwärtige Welt zu gewinnen – eine Welt, die für den Autor durch zunehmende „Komplexität“ und das „Hickhack antagonistischer Politik“ gekennzeichnet ist (S. 9ff.).

In diesem Sinne fasst Pettit seine Vorarbeiten aus „Republicanism – A Theory of Freedom and Government“ (2001) und „On the People's Terms“ (2012) zusammen und versucht sie für die praktischen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft fruchtbar zu machen. Damit orientiert er sich an einem Desiderat, das in der Traditionslinie

des republikanischen Denkens schon immer eine Rolle gespielt hat. Schon einer der Urväter des Republikanismus, der Italiener Niccolò Machiavelli, hatte seine politische Philosophie auf die „*verità effettuale della cosa*“ (Der Fürst, Kap. XV) – die „tatsächliche Wahrheit der Sache“ – ausgerichtet. Demnach sind erst aus der Einsicht in die tatsächliche Beschaffenheit der sozialen Welt diejenigen Erkenntnisse zu gewinnen, die schließlich wirkliche normative Orientierungskraft stiften. Man kann Pettit so verstehen, dass er hier anknüpft. Er verarbeitet ein breites Reservoir an ideengeschichtlichen Studien, Erkenntnissen aus der Ethik, der Entscheidungstheorie und Sozialontologie, um die zentrale These seines Buches zu unterfüttern: Die Idee der Freiheit sei als negative Freiheit der „Nicht-Beherrschung“ zu verstehen (S. 31ff.). Nicht-Beherrschung bedeutet jedoch nicht in klassisch liberaler Manier eine bloß ungestörte Willkürfreiheit der Individuen. Denn sie betrifft die schon immer geteilten Handlungs- und Machtverhältnisse der Bürger untereinander und ihr Verhältnis zu öffentlichen Institutionen. Als „nicht-beherrschend“ gilt folglich ein politisches Gemeinwesen, in dem niemand – seien es andere Bürger oder der Staat – so große Machtpotenziale auf sich vereint, dass er willkürlich über andere Bürger und ihre Handlungsoptionen verfügen könnte.

Diese Weichenstellung trägt freilich eine stark sozialdemokratische Note. Wie freiheitlich die Zustände nun sind, kann man nicht nur formal dahingehend bestimmen, ob eine liberale Rechtsstaatlichkeit vorliegt; vielmehr müssen darüber hinausgehende Mechanismen sozialer Sicherung (S. 17f.), Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger im Hinblick auf die Entscheidungsfindung öffentlicher Institutionen (S. 155ff.) sowie die politische Gestaltbarkeit von ökonomischen Eigentumsverhältnissen (S. 127) vorliegen, um von tatsächlichen Machtgleichgewichten sprechen zu können. Freiheit als Nicht-Beherrschung erweist sich als zentrales „Schlüsselgut“ (S. 18), auf dem das gesamte Programm aufbaut.

Nachdem Pettit im ersten Teil des Buches die Traditionslinie dieser republikanischen Freiheitskonzeption erläutert, wendet er sich dann den praktischen Folgen im Hinblick auf die „Institutionen der Freiheit“ zu (S. 115ff.). Er beginnt mit der „Gerechtigkeit“, die mit wohlfahrtsstaatlicher Absicherung und der Regulierung der Besitz- und Eigentumsverhältnisse in Verbindung gebracht wird. Im nächsten Schritt rücken Probleme der Demokratie ins Blickfeld (S. 153ff.). Dabei entfaltet der Autor die klassisch republikanische

Idee einer politischen Regierungsweise, in der die Bürger_innen nicht nur Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben, sondern eine effektive Kontrolle durch Kontestationsverfahren und Einspruchsmöglichkeiten ins Werk setzen. Erst eine wachsame Bürgerschaft formt eine Art Hintergrundscenario, das die Machteffekte politischer Herrschaftsausübung einer Beschränkung unterwirft. Schließlich wird angedeutet, was das Schlüsselgut der Nicht-Beherrschung im Hinblick auf das internationale Staatensystem bedeuten könnte (S. 201ff.). Der Fluchtpunkt besteht hier in einem Souveränitätsregime, das die Machtungleichgewichte der Staaten untereinander zurückdrängt und rechtlich einhegt.

In jedem dieser Bereiche schlägt Pettit einfache Testverfahren vor, um zu ermitteln, wie die jeweiligen Zustände zu beurteilen sind. Mit dem sogenannten „Blickwechsel-Test“ soll hinsichtlich der „Gerechtigkeit“ ermittelt werden, ob sich die Bürger als Gleiche – auf „gleicher Augenhöhe“ – begegnen. Der „Pech-Gehabt-Test“ soll prüfen, ob die Bürger eines Gemeinwesens mögliche Benachteiligungen oder Freiheitseinschränkungen durch staatliche Institutionen als systematisch oder eben als rein zufällig (und damit akzeptabel) wahrnehmen. Der „Offene-Rede-Test“ gilt als Prüfstein, ob Staaten in der internationalen Gemeinschaft in der Lage sind, ihre souveräne Freiheit zum Ausdruck zu bringen und ihre Interessen angstfrei zu vertreten. Mit diesen drei Testverfahren schlägt Pettit den Bogen zur „*realità effettuale*“. Ob und inwieweit Beherrschungsmechanismen zurückgedrängt oder überwunden werden können, ist nicht nur ein prinzipielles Anliegen, sondern erfordert auch ein Sich-Einlassen auf die konkreten Bedingungen in Politik und Gesellschaft, die dem Autor zufolge außerordentlich komplex funktionieren und eine geschulte Urteilskraft der Öffentlichkeit erfordern.

Hier wird deutlich, dass das Buch eine zentrale Schwäche an genau diesem Übergang hat. Konnte Pettit auf der Ebene der Freiheit als Nicht-Beherrschung noch aus einem reichen theoretischen Reservoir schöpfen, so fällt auf, dass der Übergang zum moralischen Kompass, der direkte Orientierungswirkungen zeitigen soll, ein wenig holpert. Die genannten Testverfahren, Beispiele aus der Welt der Zivilgesellschaft, der Strafjurs und der Staatenwelt kommen ins Spiel, aber in jedem Schritt bleibt unklar, wo sich die republikanische Perspektive effektiv von einem sozial erweiterten Liberalismus abgrenzt. Die genannten Tests mögen als Sinnbild ihre Wirkung erzielen. Faktisch bieten sie kaum Orientierung,

da man sie in den bestehenden demokratischen Verfassungsstaaten der westlichen Welt immer gleichzeitig sowohl positiv als auch negativ beantworten kann. Man kann sie stets positiv beantworten, da die im Buch ausgeflaggtten Bedingungen gleicher Grundfreiheiten, demokratischer Kontrolle und souveräner Freiheit der Einzelstaaten längst Verfassungsrang genießen. Man kann die Testverfahren aber auch stets negativ beantworten, da alle diese Vorkehrungen ja gerade nicht diejenigen massiven Machtungleichgewichte aushebeln, die Pettit in seiner Analyse mitlaufen lässt: Die Macht transnationaler Konzerne, die imperiale Politik mächtiger Einzelstaaten oder der Übergriff der Verwaltung auf die Rechte der Bürger. Der moralische Kompass verliert im Laufe des Argumentationsgangs leider an Attraktivität. Er kann zwar angeben, wo die prinzipielle Himmelsrichtung verläuft, aber er gibt kaum allgemeinere Aufschlüsse über den Standort derjenigen, die nach dem Weg suchen. Dazu passt auch der Umstand, dass Pettit einen beeindruckenden Umfang an Forschungsliteratur verarbeitet, die Soziologie aber massiv ausspart. Was würde es für den Republikanismus der Nicht-Beherrschung bedeuten, wenn der Wohlfahrtsstaat einen Strukturwandel durchläuft, sich vollkommen veränderte Verständnisse von Bürgerschaft verbreiten und längst transnationale Strukturbildungen vorliegen, die sich nicht einfach in ein souveränitätsbasiertes Staatensystem fügen?

Soll die politische Philosophie des Republikanismus tatsächlich orientierende Kraft entfalten, dann braucht sie nicht nur Testverfahren. Sie braucht, um ihre Testergebnisse überhaupt sinnvoll einordnen zu können, auch einen diagnostischen Zugriff auf den Zustand der Welt und ihre prägenden Beherrschungsverhältnisse. Auf diese Weise könnte ein negatives Programm der Freiheit als Nicht-Beherrschung tatsächliche Orientierungskraft entfalten.

Frankfurt a. M.

Kolja Möller

Ostmitteleuropäische Elitenforschung

Thieme, Tom: Eliten und Systemwechsel. Die Rolle der sozialistischen Parteiführungen im Demokratisierungsprozess, 394 S., Nomos, Baden-Baden 2015.

Das Verhältnis von Eliten und Demokratie steht von Beginn an im Zentrum der sozialwissenschaftlichen Elitenforschung. Die modernen Klassiker

Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto und Robert Michels, die das Konzept der Elite vor dem Hintergrund der zweiten großen Industrialisierungs- und Demokratisierungswelle an der Wende zum 20. Jahrhundert entwickeln, sehen die demokratische Massengesellschaft bestimmt und geführt von Eliten. Ihre dichotome Gegenüberstellung von handlungsfähiger Elite und politisch indifferenter Masse wird in der sich nach dem Zweiten Weltkrieg etablierenden funktionalistischen beziehungsweise pluralistischen Elitentheorie grundsätzlich revidiert. Mit Blick auf die funktionale Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilbereiche in der Moderne und die Differenzierung der Elite in Teileliten wird die Frage, in welchem Maße die sektorale Elitengruppen untereinander (horizontal) und gesellschaftlich (vertikal) integriert sind, zum Gradmesser der Leistungsfähigkeit liberal-demokratischer Gesellschaften.

Tom Thieme schließt in seiner Studie an die klassische wie an die moderne Elitentheorie an. Mit dem klassischen Ansatz teilt er die Fokussierung auf die politischen Machteliten; von der modernen Elitentheorie übernimmt er die Frage nach dem Nutzen der Elite für die Demokratie: „Welchen Beitrag leisteten die sozialistischen Parteieliten zur Demokratisierung in der DDR und in den Staaten Ostmitteleuropas im Vergleich – und welchen nicht?“ (S. 23). Wie die Gutachter der Chemnitzer Habilitationsschrift (Eckhard Jesse, Tilman Mayer und Gerd Strohmeier) im Vorwort konstatieren, ist Systematisierung „eine spezifische Stärke des Autors“ (S. 7f.). So gelingt es Thieme in beeindruckender Weise, die Selbstbeschreibungen sozialistischer Parteieliten hinsichtlich ihrer Rolle im Transformationsprozess sowie die politikwissenschaftliche Reflexion dieser mal mehr, mal weniger geglückten Anpassungsleistungen zu rekonstruieren und entlang einer Typologisierung von Systemwechseln zu analysieren.

Den integrativen, akteurszentrierte Ansätze mit struktur- und kulturtheoretischen Konzepten verbindenden Analyseansatz (S. 75f.) entwickelt Thieme im zweiten Teil seiner auf fünf Teile angelegten Studie. Im einleitenden Teil werden Untersuchungsgegenstand, Problemstellung, Forschungsstand sowie Konzeption und Methodik der Studie umfassend dargelegt. Hier wird auch die Ausgangsthese der Arbeit formuliert: „Die Parteieliten als die Schlüsselakteure der Transformation prägen auf unterschiedliche Weise die Verlaufsformen der Systemwechsel und beeinflussen maßgeblich die Entwicklungswege der Demokratisierung“ (S. 23). Entlang der im zweiten, theoretisch-konzeptionellen

Teil entwickelten drei Transformationsphasen – Ende des autokratischen Systems, Institutionalisierung und Etablierung der Demokratie –, der Unterscheidung zwischen „konsensualen“ und „dissensualen“ Systemwechseln (S. 109) und der idealtypischen Differenzierung der sozialistischen Eliten in „harte“ und „weiche Antidemokraten“ sowie „angepasste“ und „überzeugte Demokraten“ (S. 94) wird im dritten Teil der Studie das Agieren der sozialistischen Parteieliten in der DDR dargestellt und im vierten Teil mit Blick auf das Handeln der Eliten in Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei vergleichend analysiert. Im fünften Teil fasst Thieme die Ergebnisse seiner Untersuchung knapp zusammen.

Thieme hat eine klar strukturierte, die Fülle des empirischen Materials gut aufbereitende Arbeit verfasst, die einen wichtigen Beitrag zur Transformations- und Systemwechselforschung leistet. Gerade hinsichtlich der von ihm „herausgehobenen Rolle der Eliten bei der Rekonstruktion der Systemwechsel“ (S. 349) schöpft der Autor das analytische Potenzial der Elitentheorie jedoch nicht aus. So lässt sich das Versagen sozialistischer Machteliten an ihrer Unfähigkeit festmachen, politische Deutungs- und Handlungsmacht dadurch zurückzugewinnen, dass oppositionelle Akteure rechtzeitig in die Führungselite aufgenommen werden. Thieme hat diese (defizitäre) Integrationsfähigkeit durchaus im Blick, wenn er die personelle Erneuerung beziehungsweise deren Ausbleiben zur Grundlage einer Differenzierung verschiedener Muster des Wandels macht (S. 335), aber er greift die von Mosca und Pareto im „Zirkulationsmodell“ angestellten stabilitätspolitischen Überlegungen zur Elitenverjüngung und -auffrischung nicht systematisch auf.

Auch im Hinblick auf die analytische Relevanz des pluralistischen Funktionselitensatzes verschenkt Thieme starke Argumente dafür, warum die Systemwechselforschung einer elitentheoretischen Flankierung bedarf. Zwar kann dieses für liberal-demokratische Gesellschaften entwickelte Elitenkonzept nicht ohne weiteres auf (post-)sozialistische Regime angewendet werden, es bietet aber durchaus wertvolle Einsichten für die Analyse des Verhältnisses zwischen den sozialistischen Parteieliten auf der einen und den teilweise inkorporierten, teilweise in Opposition stehenden Deutungs- und Werteliten sowie den Facheliten aus der Wirtschaft auf der anderen Seite. Thieme widmet diesen Teileliten jedoch weitaus weniger Aufmerksamkeit als den Militär- und Sicherheitsexperten. Die „Funktionäre

im Ideologie- und Agitationsbereich“ (S. 155) werden vornehmlich aus „kaderpolitischer“ Perspektive (S. 158) betrachtet, während die Facheliten aus Wirtschaft und Wissenschaft recht knapp als machtlose „Technokraten“ vorgestellt werden (S. 159). Auch in der Darstellung der Oppositionsbewegung wird die Rolle von Intellektuellen im Kampf um Deutungsmacht nicht vertiefend behandelt. Diese kritischen Anmerkungen schmälern jedoch nicht den in der typologisierenden Rekonstruktion der Systemwechsel und vergleichenden Analyse der ostmitteleuropäischen Parteieliten überzeugenden Ertrag der Studie.

Bonn

Grit Straßenberger

Zur Globalisierung von Eliten

Schneickert, Christian: Nationale Machtfelder und globalisierte Eliten, 271 S., UVK, Konstanz/München 2015.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung spielen die Eliten – Personen, die nach lexikalischem Verständnis aufgrund von Auslese Kriterien wie besonderer Befähigungen beziehungsweise besonderer Qualitäten eine ausgelesene Gruppe bilden – eher eine nebengeordnete Rolle. Auch wenn dieser Gruppe von Personen in besonderem Maße gesellschaftspolitische Macht und gesellschaftspolitischer Einfluss sowie die Inanspruchnahme von Führungspositionen zugeordnet wird, hat gerade die politikwissenschaftliche Forschung traditionell mehr Blick für Strukturen und systembezogene Prozesse und widmet sich deutlich seltener speziellen Personengruppen. Gleichwohl sind elitentheoretische Arbeiten in der Soziologie seit Jahrzehnten prägend für den empirischen Zugriff der repräsentativen politikwissenschaftlichen Elitenstudie, die in den 1960er Jahren etwa fest mit der Mannheimer Schule verbunden sind. Rudolf Wildenmann und später Ursula Hoffmann-Lange und Wilhelm P. Bürklin ermöglichten eine repräsentativ Einsicht in die Rekrutierung sowie die politischen Einstellungen der Elite in der Bundesrepublik. Spätere Studien – insbesondere im transdisziplinär ausgerichteten Jenaer Sonderforschungsbereich SFB 580 mit dem Titel „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systembruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ – zielten darauf ab, die Wirkungen und Strukturmerkmale im Zuge der deutschen Vereinigung auch auf die gesellschaftlichen

und politischen Eliten in den Blick zu nehmen. Zugleich hat sich insbesondere die soziologische Forschung um eine kontinuierlich betriebene und den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen konzeptionell Rechnung tragende empirische Elitenforschung und Weiterentwicklung der Elitentheorie verdient gemacht. Die Politikwissenschaft hat zu dieser Theoriebildung nur wenig beigetragen und auch den analytischen Zugriff auf die Akteure tendenziell vernachlässigt.

Seit den 1990er Jahren hat sich die Politikwissenschaft vielmehr stark und mit anhaltender Intensität den Folgen der Transnationalisierung beziehungsweise der Globalisierung gewidmet. Auch hier standen und stehen die Analyse einzelner Politikfelder, System- und Regimeprozesse sowie notwendigerweise veränderter Formen politischer Gestaltung im Zentrum. Die Akteure, die im Rahmen und unter den Bedingungen veränderter Strukturen handeln und Entscheidungsverantwortung übernehmen und Entscheidungsmacht ausüben, bleiben erstaunlich stark im Schatten der Forschung.

Mit dem Ziel, wenigstens etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen, tritt Christian Schneickert mit seinem Band über „Nationale Machtfelder und globalisierte Eliten“ an. Die soziologische Dissertation will einen sozialwissenschaftlich sowohl in der Soziologie als auch in der Politikwissenschaft anschlussfähigen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Globalisierung politischer und wirtschaftlicher Eliten liefern. Sie tut dies durch eine Bereitstellung von biographischen Vergleichsdaten der wirtschaftlichen und politischen Eliten aus vier Staaten des globalen Nordens (USA, Deutschland) und Südens (Brasilien, Indien) und taucht zur theoretischen Rückbindung tief in die Klassiker der Elitentheorie und die aktuelle Diskussion der Elitenforschung ein. Insbesondere der Rekurs auf Pierre Bourdieu prägt den analytischen Ansatz der Studie: „Die Feldtheorie Bourdieus wird im Folgenden als Möglichkeit verstanden, die dargestellten anschlussfähigen Punkte der klassischen und funktionalistischen Elitentheorie mit dem Anspruch einer kritischen Elitentheorie unter Globalisierungsbedingungen zu verbinden“ (S. 52). Sie öffnet somit den Blick auf die interdependenten Wirkungen von Globalisierungsprozessen auf nationale Machtfelder und die Prozesse der Globalisierung solcher Machtfelder neben deren weiterer Bedeutung sowie auf die Effekte dieser Entwicklung auf die hier im Zentrum stehenden Eliten. Schneickert leistet so den von ihm versprochenen Beitrag zu einer instruktiven vergleichenden Strukturanalyse

nationaler Elitenkonfigurationen. In Korrespondenzanalysen stellt der Autor den Leser_innen in erheblichem Umfang empirische Daten zur Verfügung, die mindestens eine beschreibende Annäherung ermöglichen und deren analytische Auswertung und Einordnung in der Tat ein verbessertes Verständnis der Sozialstruktur und der Globalisierung nationaler Eliten in entscheidenden Machtfeldern zur Folge hat.

Münster

Christiane Frantz

Globale Gerechtigkeit ohne Weltstaat?

Culp, Julian: Global Justice and Development, 215 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2014.

Was heißt globale Gerechtigkeit und welches Verständnis von globaler Entwicklung folgt daraus? Die an der Universität Frankfurt am Main im Rahmen des Forschungskollegs „Justitia Amplificata“ entstandene Dissertation von Julian Culp bietet eine hervorragende Übersichtsstudie zur internationalen Diskussion über globale Gerechtigkeit seit den Schriften von Charles Beitz und John Rawls. Aus der Kritik der vorliegenden Argumente entwickelt der Autor eine eigene Konzeption: den ‚diskurstheoretischen‘ beziehungsweise ‚demokratischen Internationalismus‘, den er gegen die herrschenden Ansätze des ‚Nationalstaatszentrismus (statism)‘, des ‚Globalismus‘ und des ‚Transnationalismus‘ verteidigt.

Der ‚statism‘ sieht keine Grundlage gegeben, überhaupt Pflichten zur Schaffung globaler Gerechtigkeit jenseits des Staates zu postulieren, weil es im internationalen Raum aufgrund fehlender Zwangsapparate keine Anwendungsbedingungen für Gerechtigkeitsprinzipien gebe. Solange kein Zwangsapparat auf Weltebene existiere, fehle die Instanz der Pflichtenzurechnung. Da aber andere Formen von Zwang sehr wohl vorhanden seien, könne man nicht die Pflicht zur Schaffung globaler Gerechtigkeit bis zum Entstehen eines Weltstaates aussetzen. Der ‚Globalismus‘ scheitert nach Culp daran, dass er sich allein auf die Verteilungsfrage konzentriert und eine weltweite Umverteilung einfordert, ohne zugleich die globale Durchsetzung gleicher Rechte und Freiheiten sowie gleicher Chancengerechtigkeit einzufordern. Die Idee globaler Gerechtigkeit bei solch prominenten Autoren wie Thomas Pogge will mit dem Differenzprinzip allein den zweiten

Rawls'schen Gerechtigkeitsgrundsatz global zur Leitschnur erklären. Diese rein distributive Konzeption von Gerechtigkeit vernachlässigt jedoch die politische Seite der Gerechtigkeit, die vom Autor in Anschluss an die Theorie Rainer Forsts stark gemacht wird. Forst gilt dem Autor aber nicht nur als Vertreter einer diskurstheoretisch-demokratischen Gerechtigkeitstheorie, sondern auch des „Transnationalismus“. Der Vorteil dieses Zugangs sei zwar, dass eine Vielzahl von Konstellationen im globalen Raum betrachtet werde, bei denen nicht nur Staaten und internationale Organisationen, sondern auch private Akteure wie transnationale Unternehmen und NGOs sowie private Normsetzungen und Regulierer eine Rolle spielen. Die Pluralität der Konstellationen führt aber auch dazu, dass überall und jederzeit neu über Gerechtigkeit entschieden werden muss, weil es keinen institutionellen Ort gibt, um über Prinzipien global gerechten Agierens entscheiden zu können. Diese Kritik hätte nun zu einer anderen Variante des „Globalismus“ führen können, der auf Weltebene die Verwirklichung der beiden Rawls'schen Gerechtigkeitsprinzipien verlangt, den ursprünglich nationalen Entwurf also konsequent auf die globale Ebene hebt. Dagegen steht allerdings eine vom Autor nur kurz angesprochene und mit Immanuel Kant autorisierte Verwerfung jeder Weltstaatlichkeit. Wenn in der Kritik des Transnationalismus eine globale institutionelle Grundstruktur als zentraler Gegenstand des Gerechtigkeitsdenkens postuliert wird, rückt die Argumentation bereits sehr nah an die Idee einer Weltföderation heran. Der Autor versagt sich jedoch einer solchen Konsequenz und findet zum „Internationalismus“, jener Konzeption, mit der John Rawls in „The Law of Peoples“ die Debatte über globale Gerechtigkeit erst in Bewegung gebracht hatte. Freilich unterscheidet sich der Internationalismus Culp von Rawls' Ansatz durch die diskurstheoretische, dem Forst'schen Prinzip des „Rechts auf Rechtfertigung“ folgende Grundlegung und die dadurch bedingte Vorrangstellung politischer Machtfragen und deliberativer Verfahren für die Schaffung von gerechten Institutionen. Internationalistisch ist der Ansatz, weil er differenziert zwischen Rechtfertigungsordnungen auf intranationalstaatlicher und internationaler Ebene. Gefordert ist zwar auf beiden Ebenen, dass alle Personen befähigt sind, Rechtfertigungen einzufordern und ihr Veto einzulegen gegen nicht rechtfertigungsfähige Strukturen. Auf internationaler Ebene können legitimerweise aber nur Staaten mitentscheiden, die bereits intern gerechte Institutionen besitzen,

also in einem bestimmten Grade sich demokratisch nennen dürfen. Die internationale Ebene wird durch die Zweistufigkeit der Theorieanlage zu einem Club der demokratischen, das heißt intern gerechten Staaten.

In einem zweiten Teil setzt sich Julian Culp mit den Konzepten globaler Entwicklung und Entwicklungspolitik auseinander. Der ökonomistischen Engfassung des Entwicklungsbegriffs will Culp entkommen über die Adaptation des *capability*-Ansatzes von Amartya Sen und Martha Nussbaum. Das führt jedoch, stärker bei Sen als bei Nussbaum, zu einer *outcome*-orientierten Vorstellung von Entwicklung, die nicht direkt mit einem *input*-zentrierten, auf demokratisch-diskursive Verfahren ausgerichteten Programm auf der Linie von Rainer Forst vereinbar ist. Entsprechend mündet Culp's Argumentation bei dem Vorschlag, als internationales Entwicklungsziel insbesondere die Schaffung fundamental gerechter politischer Verfahren zu proklamieren, die in sich bereits die Realisierung substanzieller Forderungen der Gerechtigkeit tragen. Statt vor allem in ökonomischem Wachstum Entwicklung zu sehen, ist es nun der graduelle Fortschritt in Richtung Demokratie, der als weltweites Ziel gelten soll. Das letzte Kapitel zur Entwicklungshilfe verteidigt einen gerechtigkeitszentrierten gegen einen bloß humanitären Ansatz und will es im Sinne des „demokratischen Internationalismus“ den Repräsentanten intern gerechter Staaten (also Demokratien) überlassen, die Regeln für eine globale Politik der Entwicklung festzulegen. Von den konkreten Fragen, wie die Länder des Globalen Südens unterstützt werden können, muss sich ein solcher Denkansatz fernhalten, ist es doch den beteiligten Staaten überlassen, sich in diskursiven politischen Verfahren als Autoren der zu wählenden Regelungen zu verstehen.

Mit „Global Justice and Development“ liegt eine äußerst klar argumentierende Studie vor, die die umfangreiche Debatte zu Fragen der globalen Gerechtigkeit souverän übersieht und mit einem eigenen Vorschlag bereichert. Die Argumentation lässt aber auch erkennen, dass alle Theorien, die ein institutionelles Grundarrangement auf globaler Ebene als ‚gerecht‘ ausweisen wollen, über den Ansatz des Internationalismus hinaus auf eine Art Weltföderation verweisen. Dass der Autor sich dieser Denkmöglichkeit verweigert, liegt weniger an fehlenden Argumenten als an einem kantischen Horror vor jeder Annäherung an irgendeine Variante des Weltstaatsgedankens. Vielleicht sollte man sich manchmal von den eigenen guten Argumenten über das hinaustreiben

lassen, was allgemein für politisch erreichbar und emotional vertretbar gehalten wird – zum Nutzen der Politischen Theorie.

Bremen

Frank Nullmeier

Statt Entwicklung: Weltgemeinwohl

Reder, Michael u. a. (Hrsg.): *Global Common Good. Intercultural Perspectives on a Just and Ecological Transformation*, 272 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2015.

Spätestens seit Erscheinen des von Wolfgang Sachs herausgegebenen Handbuchs „Wie im Westen so auf Erden“ (1993) ist die Kritik des Entwicklungsbegriffs Bestandteil des entwicklungspolitischen Diskurses. Anhänger der „Post-Entwicklungstheorie“ zufolge sei der Entwicklungsbegriff ein Herrschaftsinstrument, mittels dessen die wohlhabenden Länder des Globalen Nordens die ärmeren Länder des Globalen Südens seit Beginn der offiziellen Entwicklungshilfe Mitte des 20. Jahrhunderts zu ihrem Vorteil ausnutzten. Ein primär auf Wirtschaftswachstum reduzierter Entwicklungsbegriff diene ökonomischen Interessen des Globalen Nordens, zementiere die wahrgenommene Ungleichwertigkeit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden und nehme den Ländern des Globalen Südens die Möglichkeit, ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

An diese Kritik knüpft der von Michael Reder, Verena Risse, Katharina Hirschbrunn und Georg Stoll herausgegebene Band „Global Common Good. Intercultural Perspectives on a Just and Ecological Transformation“ an, indem er eine auf Wirtschaftswachstum ausgelegte Entwicklung ursächlich für eine Vielzahl gegenwärtiger globaler Probleme wie etwa Klimaungerechtigkeit, ökonomischer Ungleichheiten oder Ernährungsunsicherheit erachtet. Daher bedürfe es eines alternativen normativen Leitsterns, der auf legitime und effektive Weise zur Lösung dieser Probleme beitragen könnte. In konstruktiver Absicht untersucht der Band daher, ob der Begriff des ‚Weltgemeinwohls‘ einen solchen Leitstern darstellen könne. Der Band verharrt somit nicht bei der Kritik des Entwicklungsbegriffs, sondern liefert einen durchaus innovativen Vorschlag, wie dennoch eine normative Orientierung zur Lösung drängender globaler Probleme entstehen und wirksam werden könnte.

Die Art und Weise in welcher der Band aufgebaut ist, reflektiert bereits, wie der nicht gerade geläufige Begriff des Weltgemeinwohls genauer zu spezifizieren ist. So legen zunächst Länderstudien zu Kolumbien, Brasilien, Sambia, Kongo, Indonesien und Deutschland verschiedene Verständnisweisen des (Welt-)Gemeinwohls dar. Zum Beispiel repräsentieren in Kolumbien geschützte Gebiete für Kleinbauern, im Kongo ein erfülltes Leben als Mitglied der Menschheitsfamilie, und in Deutschland die soziale Marktwirtschaft konkrete Vorstellungen des (Welt-)Gemeinwohls. An die Länderstudien schließt eine gemeinsame Darstellung einer begrifflichen Synthese des Weltgemeinwohls an, welche die Autor_innen der Länderstudien gemeinsam mit Michael Reder verfasst haben. Hierdurch werden auch Einsichten eines 2013 stattgefundenen interkulturellen wissenschaftlichen Diskurs über das Weltgemeinwohl dokumentiert. Abschließend ergänzt Georg Stoll diese Erkenntnisse um aus Konsultationen mit Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen gewonnene Auffassungen darüber, wie das Weltgemeinwohl inhaltlich zu bestimmen sei.

Der Band nähert sich somit dem Weltgemeinwohlbegriff auf eine dialogische und kulturell vielfältige Art und Weise, die großen Wert darauf legt, kontextspezifische Erfahrungen unterschiedlicher Akteure einzubeziehen. Diese Vorgehensweise deckt sich mit der in der begrifflichen Synthese enthaltenen *prozeduralen* Forderung, wonach es einer deliberativ-demokratischen Bestimmung des Weltgemeinwohls bedarf, an der sich vielfältige soziale Bewegungen im Rahmen kontext-beziehungsweise kulturabhängig unterschiedlich gestalteter politischer Institutionen beteiligen können müssen. Auf diese Weise soll der Bedeutungskern des Weltgemeinwohlbegriffs, den die Autor_innen als ein von allen geteiltes und für alle verfügbares Gut definieren, das zudem über die Summe von Individualinteressen hinausweist, auf politisch legitime und relevante Weise entfaltet werden.

Doch auch *substanziell* spezifiziert der Band den Weltgemeinwohlbegriff bereits genauer, da dessen Beiträge der Kritik eines ökonomisch verengten Entwicklungsbegriffs weitestgehend zustimmen. Hieraus ergibt sich erstens, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen habe und nicht umgekehrt; zweitens, dass wirtschaftliches Handeln nachhaltig sein und die Interessen zukünftiger Generationen berücksichtigen müsse; und drittens, dass marktwirtschaftliche Interaktionen demokratisch kontrolliert und eine Kolonisierung anderer Lebensbereiche, etwa solcher, die der Fürsorge dienen, verhindert werden müssen.

Wie verhält sich aber ein derart prozedural und substanzial verstandener Weltgemeinwohlbegriff zur eingangs erwähnten Post-Entwicklungstheorie? Der Verzicht auf den Entwicklungs- zugunsten des Weltgemeinwohlbegriffs legt zunächst nahe, dass die in diesem Band versammelte Forschung als Fortentwicklung dieser Theorie anzusehen ist. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die mächtigeren Staaten nicht auch den Begriff des Weltgemeinwohls ideologisch gebrauchen könnten und Post-Entwicklungstheoretiker dem Vorschlag der Autor_innen entsprechend skeptisch gegenüberstehen würden. In der Tat, der in diesem Band herausgearbeitete Begriff des Weltgemeinwohls muss immer wieder neu auf inklusive, deliberative und kontextsensible Weise bestimmt werden. Dennoch scheint eine ideologische Verwendungsweise dieses Begriffs aufgrund der momentan gegebenen, asymmetrischen Rechtfertigungsverhältnisse in transnationalen Beziehungen nicht unwahrscheinlich. Zumindest lehrt die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dass wenn Herrschaft damit gerechtfertigt wird, dass diese der Realisierung von Zwecken diene, die über die Summe individueller Interessen hinausgehen, sehr wohl eine Verschleierung der eigentlichen Absichten und Nutzenverteilung vorliegen kann.

Frankfurt a. M.

Julian Culp

Toleranz im Gespräch

Brown, Wendy/Forst, Rainer: The Power of Tolerance. A Debate, hrsg. v. Luca Di Blasi/Christoph F.E. Holzhey, 105 S., Turia + Kant, Wien/Berlin 2014.

Der Band „The Power of Tolerance. A Debate“ dokumentiert die Diskussion zwischen Wendy Brown und Rainer Forst, die am 8. Dezember 2008 am ICI Kulturinstitut Berlin stattfand. Im ersten Teil des Buches findet sich die Aufzeichnung des von Antke Engel moderierten Gesprächs. Im zweiten Teil kommentieren die Herausgeber die Diskussion vor dem Hintergrund der Ziele, die sie mit der Reihe „Spannungsübungen“ verfolgen: die Idee, verschiedene Kulturen, Diskurse und Systeme einander auf produktive Weise gegenüberzustellen, statt sie voneinander abzuschirmen oder sie zum Gegenstand eines destruktiven Konflikts werden zu lassen (S. 71). Das Konzept der Toleranz schien ihnen dazu besonders geeignet, weil es voll innerer Spannungen

ist, die in Gestalt von Paradoxen oder Widersprüchen zum Ausdruck kommen können; so zum Beispiel im Paradox, Toleranz könne nur unter der Bedingung bewahrt werden, dass man sich gegenüber Intoleranten selbst intolerant verhält (S. 72). In der Diskussion zwischen Brown und Forst ging es jedoch in erster Line um die weitere Spannungsdimension, die im Verhältnis zwischen Macht und Toleranz steckt (S. 77) – ein Verhältnis, das die Kontrahenten in ihren Büchern zum Thema je verschieden analysierten: Rainer Forst in „Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs“ (2003) und Wendy Brown in „Regulating Aversion. Tolerance in the Age of Identity and Empire“ (2006). Wie Brown in ihrem Eröffnungsvotum einräumt, stehen die beiden Bücher in unterschiedlichen philosophischen Traditionen, in jener von Jürgen Habermas' Diskursethik (Forst) und von Michel Foucaults Diskursanalyse (Brown). Diese „langweilige“ Debatte wollten die Gesprächspartner aber vermeiden (S. 13).

Im ersten Teil wird der Leser über deren unterschiedliche Zugänge zum Thema informiert. Dabei dient Forsts Unterscheidung zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Konzeptionen der Toleranz immer wieder als Bezugspunkt. Da ist zum einen die „Erlaubniskonzeption“, die eine hierarchische Beziehung voraussetzt zwischen der politischen Instanz, die toleriert (der Monarch, die Mehrheit), und der Minderheit, deren abweichende Überzeugungen und Praktiken geduldet werden. Auch wenn Toleranz in diesem Sinn als Alternative zu Unterdrückung und Verfolgung wertvoll erscheint, so ist sie doch zugleich auch repressiv, da die Tolerierten ihre unterprivilegierte und schwache Position anerkennen müssen und der Willkür des Tolerierenden ausgesetzt bleiben (S. 25f.). Die zweite Konzeption ist die „Respektkonzeption“, die sich von der ersten dadurch unterscheidet, dass sie auf der gegenseitigen Achtung der sich tolerierenden Individuen oder Gruppen beruht und dass die Toleranz umstrittener Überzeugungen oder Praktiken durch allgemeine und wechselseitig akzeptable Gründe gerechtfertigt wird. Dadurch wird nicht nur ein friedliches, sondern auch ein gerechtes Zusammenleben ermöglicht (S. 27–31). Forst betont, er werde falsch verstanden, wenn man ihm ausschließlich die Rolle zuschreibe, Toleranz (im Sinne der Respektkonzeption) als normatives Ideal verteidigen zu wollen. Ihm gehe es vielmehr um die „Dialektik der Toleranz“ (S. 22), die sich aus der Präsenz beider Toleranzkonzeptionen in unseren demokratischen Gesellschaften ergebe.

Browns Haupteinwand gegen diese Sicht der Dinge lautet, dass Toleranz nicht als „Konzept“, sondern als „Diskurs“ funktioniere, der immer schon durch Dispositionen von Macht bestimmt sei, die er jedoch verberge (S. 34). Aus ihrer Sicht schreibt sich auch die Respektkonzeption der Toleranz in dramatische Machtgefälle ein, welche die Identität der zu Tolerierenden erst konstituierten (S. 35). Auf diese Weise würde Toleranz gewisse Leute segmentieren und herabwürdigen, auch wenn diese formal die gleichen Rechte hätten wie die Mehrheit (S. 19). Aus Browns Sicht sind etwas die Toleranzmuseen in Los Angeles und New York „ultrazionistisch“ (S. 18), indem sie ihr ausdrückliches Projekt, Israel zu verherrlichen und Palästina zu verteufeln als Toleranz bemäntelten. Allgemeiner gesprochen: Sie sieht Toleranz zusammen mit anderen Werten wie Individualismus oder Aufklärung in einem Diskurs über Zivilisation verschränkt, der die westlichen liberalen Demokratien unter Vernachlässigung der historischen Epochen von Sklaverei, Kolonialismus, Imperialismus und Faschismus mit Toleranz gleichsetze, während er den Islam mit Intoleranz identifiziere (ebd.).

Auch wenn im Detail verschiedene Fragen kontrovers bleiben, scheinen sich die Kontrahenten darauf verständigen zu können, dass Toleranz, wenn sie überhaupt wertvoll ist, höchstens die zweitbeste Option darstellt. In Forsts Worten – denen Brown zustimmt – ist Toleranz kein Ideal, sondern das Ideal wäre eine Gesellschaft, die sich von Klischees und Vorurteilen befreit (S. 38). Rassisten und Homophoben gelte es nicht Toleranz abzuverlangen, sondern deren Einstellungen müssten bekämpft werden. Während Forst daran festhält, Toleranz komme trotzdem nicht nur in der privaten, sondern auch in der politischen Sphäre weiterhin zentrale Bedeutung zu (S. 40), gibt sich Brown diesbezüglich skeptisch. Warum sollten für den Umgang mit religiösen und kulturellen Differenzen eine Verpflichtung auf Säkularismus, ein großer Spielraum für Rede- und Meinungsfreiheit sowie für gleiche Rechte nicht genügen (S. 42)?

Die Herausgeber Luca Di Blasi und Christoph F.E. Holzhey kommen in ihrem Epilog mit einem gewissen Recht zum Schluss, dass sich Forsts und Browns Positionen nicht widersprechen, sondern nach dem Muster von Kippbildern (wie das Enten-Hase-Bild) als zwei verschiedenen Beschreibungen desselben Bildes deuten lassen (S. 80). So gesehen mögen sie Leser, die mit Debatten über Toleranz und Anerkennung noch nicht vertraut sind, dazu anregen, über ihr eigenes Verständnis von Toleranz – zum Beispiel

anhand des wiederholt erwähnten Beispiels der gleichgeschlechtlichen Ehe – nachzudenken. Philosophisch Interessierten sei eher das Studium von Forsts und Browns Büchern empfohlen.

Lausanne

Simone Zurbuchen Pittlik

Die Zukunft hat begonnen

Floridi, Luciano: Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändert, 317 S., Suhrkamp, Berlin 2015 (engl. 2014).

Untergang der abendländischen Kultur oder Anbruch einer paradiesischen Zukunft – Arbeiten über die digitale Zukunft oder die Informationsgesellschaft fallen gerne in die eine oder in die andere Kategorie. Auch der Titel „Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändern wird“ von Luciano Floridi scheint sich an dieser eschatologischen Dichotomie zu orientieren. Davon sollte man sich aber nicht abschrecken lassen: Der Philosoph, der aktuell in Oxford als Professor für Philosophie und Ethik der Information lehrt, vertritt zwar die These, dass die Menschheit durch die Ubiquität und die Qualität der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in eine neue historische Phase eintritt – die Hypergeschichte und die Infosphäre –, verzichtet aber auf apokalyptische oder messianische Töne. Sein Buch, das sich explizit an Laien in der Informationstheorie und Kommunikationstechnologie richtet, zeichnet sich durch einen angenehmen pragmatischen Stil aus. Floridi scheut sich nicht, komplexe informationstheoretische Konzepte und Kommunikationstechnologien durch Praxisbeispiele oder Gedankenexperimente verständlich zu machen.

Auch wenn der Stil pragmatisch-moderat ist, die Ambitionen des Buches sind es nicht. In zehn Kapiteln behandelt Floridi fast alle Aspekte, die sich aus seiner Grundthese ergeben: Was bedeutet es, theoretisch und praktisch, in der Hypergeschichte und in der Infosphäre zu leben? Dabei schafft es der Autor, grundsätzliche philosophische Fragen wie die nach dem Verhältnis von Geist und Körper oder was wir unter einem Subjekt verstehen – und wie sich diese Fragen seiner Meinung nach im Lichte der neuen Situation stellen – in sehr lebensnahen Beispielen darzustellen oder anhand Szenen aus der Kultur- und Geistesgeschichte zu diskutieren. Die Leserin begegnet Marcel Proust, René Descartes,

Michel de Montaigne, Alice im Wunderland, D'Artagnan und dem Graf von Monte Christo genauso wie dem Sprachbot Mitsuko, Kühlschränken, die Ratschläge zur gesunden Ernährung geben, selbststeuernden Autos und komplett autonom agierenden Produktionsstraßen.

Viele der Dualismen, mit denen wir immer noch, quasi habituell, unsere Wahrnehmung und Interpretation der Welt strukturieren, hält Floridi für komplett obsolet. Er geht davon aus, dass in der Hypergeschichte und Infosphäre alles als Information begriffen werden muss – jeweils in verschiedenen Aggregatzuständen, verschieden dicht miteinander verwoben und aufeinander bezogen. Unterscheidungen zwischen Bewusstsein und Körper, Natur und Kultur, Tier, Mensch und Maschine oder künstlicher Intelligenz, analog und digital, online und ‚dem richtigen Leben‘ versteht er deswegen nicht kategorial, sondern graduell. In der Infosphäre werden nicht nur ständig neue Informationen produziert, sondern alles vernetzt sich ständig neu und anders. Der Mensch ist dabei nur ein Aktant unter anderen – aber bisher der einzige, der Sinn stiftet, eine semantische Maschine. Damit nähert sich Floridi Konzepten des Post- und Transhumanismus, die er aber nicht explizit diskutiert, genauso wenig wie andere informationstheoretische oder technikphilosophische Konzepte. Seine Argumentation verliert dadurch manchmal an Trennschärfe und begrifflicher Genauigkeit. Für die nicht einschlägig vorgebildeten oder interessierten Leser_innen, an die sich „Die 4. Revolution“ vornehmlich richtet, ist das vielleicht sogar ein Vorteil. Denn so kann sich Floridi darauf konzentrieren, die subtilen und weniger subtilen Arten und Weisen, in denen sich das Mensch-Sein durch und in der Infosphäre verändert, zu beschreiben und erste Vorschläge für eine Ethik der Infosphäre zu machen. Dabei setzt er sich zum einen mit den Auswirkungen auseinander, die ein Leben im und vor dem Spiegel digitaler Selbstpräsentation auf dieses Leben hat. Was wird aus dem Selbst, wenn nun die Feedback-Schleifen, in denen sich jedes Selbst in Begegnung und Abgrenzung zu den anderen konstituiert, nicht nur sichtbar

werden, sondern sich auch noch multiplizieren und miteinander verschränken? Wie müssen eine Pädagogik und ein Bildungssystem aussehen, die in diesem Umfeld operieren und Menschen dafür handlungsfähig machen wollen? Zum anderen betrachtet Floridi die Wandlungen, die sich in Gesellschaft und Politik abzeichnen. Wie verändern sich die Legitimation und das Selbstverständnis einer Gesellschaft, in der Prozesse durch Biometrie und andere auf Datenvernetzung und Mustererkennung basierenden Technologien geregelt, gesteuert oder ganz neu etabliert werden? Welchen Status haben intelligente Maschinen, die selbstständig Entscheidungen treffen, selbst wieder Maschinen steuern oder sogar Menschen? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Privatsphäre und Öffentlichkeit, wenn wir auf Schritt und Tritt Information produzieren, weil wir permanent mit Daten aufzeichnenden Geräten interagieren – von unserem Smartphone, das unsere Position registriert und anderen Usern zur Verfügung stellt, bis hin zu Überwachungskameras und intelligenten Oberflächen wie den Touchscreens von Fahrkartenautomaten? Dabei zeigt Floridi auch, dass ein Konzept, das Daten oder Informationen als von jemand produziertes und ihm zurechenbares Eigentum versteht, wie es zum Beispiel aktuell Gesetzen zu Copyright, Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung zugrunde liegt, am Charakter der Information in der Infosphäre völlig vorbeigeht. Sein Vorschlag, Privatsphäre mehr so zu konzipieren, wie wir heute bereits körperliche Integrität und Selbstbestimmung denken, bleibt in seinen praktischen Konsequenzen diffus – das muss aber, laut Floridi, in diesem Stadium der Entwicklung sein.

Wer sich philosophisch fundiert und auf dem aktuellen Stand der technischen Möglichkeiten über das, was gesellschaftlich Stand der Dinge ist und sein wird, informieren möchte, findet in Floridi einen smarten Führer, der keine falschen Versprechungen macht – auch nicht in Sachen Untergang des Abendlandes.

Stuttgart

Christina Dongowski